



Landtag von Baden-Württemberg

59. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 28. Januar 2004 • Haus des Landtags

Beginn: 10:04 Uhr

Schluss: 19:02 Uhr

INHALT

Eröffnung	4143	Abg. Brigitte Lösch GRÜNE (zur Geschäftsordnung)	4190
Erklärung des Präsidenten zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus (27. Januar)	4143	Minister Dr. Schäuble	4190, 4200
Mitteilungen des Präsidenten	4143	Abg. Hillebrand CDU	4194
		Abg. Fischer SPD	4196
		Beschluss	4201
Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 (Staatshaushaltsgesetz 2004 – StHG 2004)		c) Einzelplan 09: Sozialministerium	
a) Einzelplan 02: Staatsministerium		Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2809	4203
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2802	4144	Abg. Dr. Lasotta CDU	4203
Abg. Oettinger CDU	4144	Abg. Ursula Haußmann SPD	4205
Abg. Drexler SPD	4149, 4169, 4179	Abg. Dr. Noll FDP/DVP	4208
Abg. Pfister FDP/DVP	4154	Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	4210, 4221
Abg. Kretschmann GRÜNE	4157, 4173	Minister Dr. Repnik	4213
Ministerpräsident Teufel	4160, 4176	Abg. Klenk CDU	4217
Beschluss	4180	Abg. Marianne Wonnay SPD	4219
b) Einzelplan 03: Innenministerium		Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	4221
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2803	4181	Beschluss	4222
Abg. Heinz CDU	4181	d) Einzelplan 11: Rechnungshof	
Abg. Junginger SPD	4183	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2811	4224
Abg. Dr. Glück FDP/DVP	4186, 4198	Abg. Ursula Lazarus CDU	4224
Abg. Oelmayer GRÜNE	4187, 4199	Abg. Junginger SPD	4225
		Abg. Theurer FDP/DVP	4226
		Abg. Heike Dederer GRÜNE	4226
		Beschluss	4227
		Nächste Sitzung	4228

Protokoll

über die 59. Sitzung vom 28. Januar 2004

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 59. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger an den Bildschirmen, meine Damen und Herren! Der 27. Januar ist als Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus gewidmet. Auch der Landtag hat sich gestern wieder daran beteiligt – durch eine abendliche Stunde des Erinnerns und der Trauer unweit von hier, am Mahnmal zwischen Altem Schloss und Karlsplatz.

Trotzdem soll unsere heutige Plenarsitzung nicht routinemäßig beginnen. Wir halten inne, um in Scham und Demut all derer zu gedenken, die dem Rassenwahn, der Menschenverachtung und dem Massenmord der Nazis zum Opfer gefallen sind, um uns in Hochachtung zu verneigen vor allen, die ihren politischen, weltanschaulichen oder religiösen Überzeugungen treu geblieben sind und die deshalb unter der Tyrannei des barbarischen Hitler-Regimes gelitten, ihr Leben, ihre Gesundheit oder ihre Freiheit verloren haben.

Wir wollen damit auch deutlich machen, dass unser Gemeinwesen in bewusster Abkehr von der nationalsozialistischen Unrechtsherrschaft auf einem festen Wertefundament aufgebaut wurde und dass unsere tagespolitische Arbeit und unser demokratischer Streit dem Erhalt und der Stärkung dieser Werte zu dienen haben.

Menschenwürde, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Teilhabegerechtigkeit, Solidarität und Bereitschaft des Einzelnen zur Mitverantwortung für die Allgemeinheit – all das ist nie endgültig errungen. Viele Gefahren sind offensichtlich: die Gefahren, die von den Rändern des politischen Spektrums her kommen, die Gefahren durch von außen kommende Fundamentalisten und Terroristen, die unsere freiheitliche Ordnung erst missbrauchen und dann zerstören wollen. Wir müssen uns als konsequent und als wehrhaft erweisen gegen Extremisten, egal, welcher Nationalität, gegen Hetzer, gleich, welcher Ideologie, gegen Fundamentalisten, unabhängig davon, mit welcher Religion sie sich tarnten.

Genauso bedrohlich wie diese offenen Gefahren sind aber Entwicklungen, die schleichend verlaufen und deren Brisanz deshalb allzu leicht verkannt wird.

Das heißt erstens: Der Antisemitismus darf in der Mitte unserer Gesellschaft nicht dadurch Wurzeln schlagen, dass

über eine pauschalisierende Kritik an der Politik Israels alte Ressentiments gegen Juden geweckt werden.

Das heißt zweitens: Wir dürfen keine anderen Ausgrenzungen und Diskriminierungen in unserem Gemeinwesen dulden.

Und das heißt drittens: Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Problemlösungskompetenz der Parteien, in die Glaubwürdigkeit von uns Politikern und in die Funktionsfähigkeit der demokratischen Entscheidungsprozesse muss erhalten bleiben. Nicht zuletzt Enttäuschung, Resignation und fehlgeleitete Hoffnungen haben den Nationalsozialisten damals zur Macht verholfen. Deshalb sind nachvollziehbare und verlässliche Antworten auf die wachsenden Sorgen um die materielle Sicherheit und auf die Überforderungsängste in einer komplizierten Welt heute so wichtig.

Die viel zitierten „Lehren der Vergangenheit“ sind nichts Abstraktes. Sie bleiben konkrete Prüfsteine für alle Demokraten, und sie beschreiben die Verantwortung, der wir auch und gerade in den Parlamenten gerecht werden müssen.

Lassen Sie uns kurz innehalten zum ehrenden Gedenken an alle Menschen, die von Nationalisten ermordet, ihrer Menschenwürde beraubt, verfolgt, misshandelt, ausgeplündert oder ins Exil getrieben worden sind, weil sie einer anderen Rasse zugerechnet oder nach einem anderen perversen Schema ausselektiert wurden, weil sie einem anderen Volk angehörten oder weil sie sich nicht gleichschalten ließen.

(Die Anwesenden erheben sich.)

– Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren, Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Kleinmann, Rust und Stickelberger erteilt.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Alfred Haas und Nagel.

Heute Vormittag ist Frau Ministerin Dr. Schavan dienstlich verhindert.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vervielfältigt vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

(Präsident Straub)

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 19. Dezember 2003 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrags über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen – Drucksache 13/2776

Überweisung an den Finanzausschuss

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 27. November 2003 – Organstreitverfahren des MdL Benker gegen den Schleswig-Holsteinischen Landtag betr. „Schleswig-Holsteinische Abgeordnetenentschädigung“

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Antrag des Finanzministeriums vom 22. Januar 2004 – Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2002 – Drucksache 13/2833

Überweisung an den Finanzausschuss

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 (Staatshaushaltsgesetz 2004 – StHG 2004)

a) Einzelplan 02: Staatsministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2802

Berichterstatter: Abg. Junginger

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 02 – Staatsministerium – eine Gesamtrededzeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Rededzeiten gelten.

Es liegen keine Anträge zum Einzelplan 02 vor.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! In wirtschaftlich denkbar schwieriger Zeit hat die Regierung einen Haushaltsentwurf vorgelegt, haben wir die Finanzausschussberatungen hinter uns liegen und gehen nun in die Zweite Beratung.

Der Haushalt für das Jahr 2004 ist die finanzielle Grundlage dafür, dass Baden-Württemberg handlungsfähig bleibt. Natürlich wissen auch wir: Kürzungen tun weh. Die meisten Kürzungen haben wir nicht aus freien Stücken getätigt, sondern aus der Not heraus. Trotzdem glaube ich, dass der Haushalt, so wie er von CDU und FDP/DVP geprägt ist, sozial gerecht, zukunftsfähig und bürgernah geblieben ist. Das

betrifft die Bildung, die innere Sicherheit, die Partnerschaft mit den Kommunen, die Kirchen, die Verbände und Vereine, die Bürger insgesamt. Wir achten darauf, dass Baden-Württemberg mit all seinen Kräften wettbewerbsfähig in die Zukunft geht. Der Haushalt bildet die Grundlage dafür.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nach den Beratungen im Finanzausschuss sage ich zunächst Dank, Dank für eine gute Leitung durch den Kollegen Moser, Dank für eine hervorragende Zusammenarbeit mit unserer Regierung – Erwin Teufel, die Minister und Staatssekretäre –, Dank aber auch für einen kompetenten Stab von Mitarbeitern. Die Bediensteten aus allen Ressorts haben gut Rat gegeben, gut geantwortet. Ich glaube, dass im Finanzausschuss eine seriöse Arbeit geleistet worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Im Mittelpunkt unserer Arbeit im neuen Jahr steht das Thema Beschäftigung. Wenn man in einer Demokratie und in einem Sozialstaat ein überragendes Ziel nennen darf, dann das, dass für jeden, der arbeitswillig und arbeitsfähig ist, die Chance auf einen Arbeitsplatz besteht. Wir werden alles dafür tun, dass unser Land Baden-Württemberg ein Land mit Chance auf Beschäftigung, mit großer Chance auf berufliche Bewährung, dass Baden-Württemberg gerade auf dem Arbeitsmarkt ein Land sozialer Gerechtigkeit bleibt.

Deutschland hatte vor einem Jahr 39 Millionen Arbeitsplätze. Heute sind es 400 000 weniger. 400 000 Arbeitsplätze gingen im letzten Jahr verloren, einige auch in Baden-Württemberg, und kommen im Zweifel nicht mehr zurück. Uns muss klar sein, dass der Arbeitsmarkt in Deutschland nicht mehr überall soziale Gerechtigkeit ermöglicht und dass für manchen Langzeitarbeitslosen und für manchen jungen Menschen der Zugang zu Beschäftigung schwierig oder gar unmöglich geworden ist.

Dabei steht Baden-Württemberg, relativ gesehen, gut da: Die Arbeitslosenquote beträgt im Osten Deutschlands 18 %, in Deutschland insgesamt 10 %, im Westen Deutschlands 8 % und in Baden-Württemberg 6 %. Es wird der Ehrgeiz der Landespolitik sein, es ist der Ehrgeiz meiner Fraktion, im Rahmen unserer Möglichkeiten alles dafür zu tun, dass dieser gute Wert einer geringen Arbeitslosenquote, die es weiter abzusenken gilt, in den nächsten Jahren noch verbessert werden kann. Ein hoher Beschäftigungsgrad ist für uns das vorrangige Ziel.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir müssen dies auch deshalb erreichen, weil Baden-Württemberg eine besondere Herausforderung hat: Unsere Einwohnerzahl steigt. Das heißt: Mit einer gleich bleibenden Zahl von Arbeitsplätzen ist es nicht getan. 60 000 Menschen – eine Wanderungsbewegung vom Nordosten in den Südwesten Deutschlands – kommen zu uns. Wir müssen also nicht nur Arbeitsplätze halten, sondern auch zusätzliche schaffen. Ich fordere dieses hohe Haus auf, jede Entscheidung, jede Entwicklung darauf auszurichten, dass in allen Branchen der Wirtschaft, in Handwerk, Handel, Mit-

(Oettinger)

telstand, Industrie, die Zahl der Arbeitsplätze gehalten und erhöht werden kann. Nicht Insolvenzen und Verlagerungen von Unternehmen ins Ausland dürfen eintreten, sondern Industrie, Mittelstand und Familienbetriebe sollen hier bleiben und hier verstärkt produzieren. Ich glaube, dass dies der zentrale Leitsatz für unser Handeln sein muss.

(Beifall bei der CDU)

Es kommt Bewegung in die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Föderalismusreform. Ich bin der festen Überzeugung, dass das Zeitfenster jetzt offen ist, dass jetzt die Chance besteht, die Kompetenzen zwischen Bundestag und Bundesrat einerseits und den Landtagen andererseits neu zu ordnen. Das steht jetzt auf der Tagesordnung, und es wird ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit sein, mit gemeinsamer Kraft das umzusetzen, was alle Fraktionen wollen.

Ich bin den Kollegen Kretschmann und Drexler dankbar dafür, dass sie in der Kommission zur Föderalismusreform mitwirken. Erwin Teufel ist an vorderer Stelle für uns tätig. Ich sehe eine Chance. Wenn die Länder bereit sind, Kompetenzen im Bundesrat abzugeben, dann müssen und werden hoffentlich der Bundestag und die Bundesregierung in Berlin bereit sein, von der Rahmengesetzgebung zurückzugehen, die Gemeinschaftsaufgaben zu schließen und generell die Kompetenzen der Landtage zu stärken. Wir müssen die einmalige Chance der Föderalismusreform nutzen. Ich fordere uns alle dazu auf, dafür zu sorgen, dass Baden-Württemberg in vorderer Front dabei ist. Das ist, glaube ich, eine Aufgabe von größter Priorität.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Drexler SPD)

Die Grundlagen dazu liegen auf dem Tisch. Die Bundesregierung tut in der Praxis aber oftmals das Gegenteil. Sie mischt sich derzeit konkret in drei Länderaufgaben ein. Das betrifft zum einen die Ganztagschulen und ihre Finanzierung. Natürlich nehmen wir alles Geld, das uns angeboten wird, mit, aber es ist ein falscher Weg, wenn der Bund Ganztagschulen mitfinanziert.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Brigitte Lösch und Oelmayer GRÜNE)

Ein Gesetzentwurf der Regierung in Berlin zur Kleinkinderbetreuung befindet sich derzeit in der Schublade. Der Entwurf ist fertig. Er sieht vor, dass die Betreuung der Kinder unter drei Jahren mit Standards aus Berlin im Kinder- und Jugendhilferecht als Rahmengesetz weiterentwickelt werden soll. Ich glaube, dass unsere Kommunen, unsere Tagesmütter, unsere freien Träger, unsere Kirchen und das Land den Bund hierbei nicht brauchen. Gewähren Sie uns Freiheit! Liebe Kollegen Kretschmann und Drexler, sorgen Sie dafür, dass die Föderalismusreform nicht bei ganz konkreten Beispielen in die falsche Richtung geht!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dazu gehört auch das Stichwort des Jahres – Frau Bulmahn –: Eliteuni.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Seifenblase! – Zuruf von der SPD: Ein gutes Projekt!)

Ich glaube, dass die Hochschullandschaft in den letzten Jahren beim Land Baden-Württemberg in guten Händen war. Unsere Hochschulen sind schon dort, wo sie nach Ansicht der Bundesregierung hingehören. Unsere Hochschulen sind vorn. Ich rate dem Bund, sich bei diesem Thema herauszuhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Heute schreibt die FAZ: „Vom Abbau reden und die Mischfinanzierung aufstocken. Der Bund mischt sich in die Bildungspolitik ein. An eine echte Föderalismusreform traut sich keiner ran.“

Im Grunde genommen predigen Sie sonntags das Richtige, und von Montag bis Freitag kommen Mogelpackungen aus Berlin, die das Gegenteil dessen sind, was die Länder und die Landtage benötigen. Ich fordere Sie in diesem Bereich zum Rückzug auf. Setzen Sie sich hierfür in Ihrer Bundespartei ein und dabei endlich durch!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Generell zum Thema Eliteunis: Wie soll denn das gehen? Fünf sollen ausgelobt werden, fünf in Deutschland! Überlegen Sie einmal: Sollen sich Heidelberg oder Tübingen bewerben?

(Abg. Drexler SPD: Alle! – Abg. Pfister FDP/DVP: Alle aus Baden-Württemberg!)

Karlsruhe oder Stuttgart? Wie soll die Auswahl erfolgen? Ich traue unseren neun Hochschulen zu, dass sie in wichtigen Fächern, Fachbereichen und Fakultäten Spitze in Deutschland sind.

(Beifall bei der CDU)

Das Ranking von Unabhängigen weist dies genau aus. Im Ranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft kommen unter zwölf deutschen Universitäten die besten sieben aus Baden-Württemberg.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Na also!)

Im Ranking des Zentrums für Hochschulentwicklung in Gütersloh haben baden-württembergische Hochschulen die Plätze 1, 2 und 3.

Was bedeutet dies? Es bedeutet, dass wir vorn liegen. Die Mogelpackung aus Berlin dient den Hochschulen nicht. Sie passt nicht in die Zeit und ist unseriöse Politik.

(Beifall bei der CDU)

Was wir brauchen, ist klar: Wir brauchen mehr Autonomie, keine Gängelung, kein Ranking durch den Bund. Wir brauchen eine Hochschulautonomie, wie sie im Gesetzentwurf unserer Regierung, der dem Landtag in den nächsten Wochen vorgelegt wird, enthalten ist. Wir brauchen mehr Freiheit für die Berufung von Professoren, wir brauchen ein Selbstauswahlrecht der Hochschulen für Studenten,

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

(Oettinger)

wir brauchen keine ZVS, und wir brauchen die Möglichkeit, Studiengebühren zu erheben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie verbieten die Studiengebühr, gehen damit den falschen Weg, trauen sich nicht und folgen hier nicht einmal Frau Vogt, wenn sie einmal richtig liegt. Mit dem Begriff Elite belegen Sie das ganze Thema völlig kontraproduktiv.

Ich meine, dass die Bundesregierung dem Föderalismus und dem Landtag von Baden-Württemberg sowie unseren Hochschulen schadet und ihnen einen Bärenienst erweist. Ich baue darauf, dass die Hochschullandschaft in Baden-Württemberg weiter an der Spitze bleibt, unabhängig und selbstbewusst in Länderkompetenz.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser
FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, nun zur Steuerpolitik: Gestatten Sie mir, einmal aufzuzeigen, wie die Rolle Baden-Württembergs dabei aussieht. Ich spreche nicht von der Rolle meiner Partei auf Bundesebene.

(Lachen des Abg. Drexler SPD)

Auch daran habe ich durchaus Kritik; ich komme darauf zurück.

(Unruhe bei der SPD)

Ich spreche von der CDU Baden-Württemberg. Vor einem Jahr haben wir – unsere Fraktion, der Finanzminister – hier im Landtag gesagt: Die Gewerbesteuer hat keine Zukunft; nicht Verbreiterung, sondern Abschaffung ist der richtige Weg. Wir haben die Verbreiterung gestoppt; freie Berufe bleiben draußen. Für diesen Weg haben wir längst Partner: Die CSU ist mittlerweile unserer Meinung, auch bundesweit die CDU und die FDP. Das heißt, wir haben in der Ordnungspolitik für unser Steuerrecht Pionierarbeit geleistet. Deswegen gilt Gerhard Strathhaus für diese Arbeit auch im Vermittlungsausschuss unser ausdrücklicher Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Jetzt zur großen Steuerreform: Manche sind bei diesem Thema wenig mutig; manchen fehlt ein Konzept. Die CDU Baden-Württemberg hat ein Konzept. Wir glauben, dass nach den Modellen von Kirchhof und Friedrich Merz eine möglichst weit gehende Veränderung, ein neues Steuerrecht notwendig ist. Das Steuersystem – das System der Einkommen- und Lohnsteuer – ist so kompliziert, dass Reparaturarbeiten daran nicht mehr machbar sind. Dieses System kann keine Zukunft haben. Deswegen kann ich nur sagen – und zwar jedem, Frau Merkel, Edmund Stoiber, aber auch der Bundesregierung –: An uns wird es nicht liegen; die CDU-Fraktion im Landtag trägt dies mit, und die Regierung, die wir tragen, ist bei der großen Steuerreform mit den Stimmen des Landes im Bundesrat zum frühestmöglichen Zeitpunkt dabei.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Theurer FDP/
DVP)

Wir kündigen an, dabei auch unpopuläre Veränderungen mitzutragen: Wenn man einen Freibetrag von 8 000 € für jeden – den Mann, die Frau, die Kinder – einführen will, wenn man die Linie des Steuerverlaufs – egal, ob sie linear, in Stufen oder progressiv verläuft – absenken will, wenn in der Spitze ein Steuersatz von 35 oder 36 % herauskommen soll, dann braucht man dafür finanzielle Substanz. Dafür sind wir bereit, mitzutragen, dass die Pendlerpauschale fällt. Dafür sind wir bereit, mitzutragen, dass die Eigenheimzulage fällt, und auch bereit, mitzutragen, dass die noch steuerfreien Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit – bei großen Freibeträgen – in Zukunft versteuert werden müssen.

Wir haben den Mut, die Steuerreform nicht nur dort, wo sie positiv klingt, sondern auch die notwendigen Maßnahmen der Gegenfinanzierung mitzutragen, und wir kündigen an: An uns soll es nicht liegen. Wenn Berlin eine große Steuerreform macht – Bundesregierung und Bundesrat –, kommen mit Sicherheit die Stimmen Baden-Württembergs dazu.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Drexler SPD: Dann macht doch einen
Gesetzentwurf!)

Zur Landespolitik: Der Vorschlag der Landesregierung für eine Verwaltungsreform befindet sich in der Anhörung. Wir haben unsere Aufgaben erledigt. Die entsprechende Wertung kommt jetzt. Wir bleiben im Zeitplan. Wir werden dafür sorgen, dass die neue Ordnung unserer Landes- und Kommunalverwaltung bis zum Juli dieses Jahres im Landtag beraten und verabschiedet wird und am 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten kann. Ich sehe deutlich überwindende Vorteile, und ich glaube, dass die vorgesehene Effizienzrendite für die Kreise erzielbar ist. Jedenfalls baue ich darauf, dass daraus mittelfristig ein dreistelliger Millionenbetrag zugunsten der Haushaltsstruktur des Landes entsteht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Zweitens: Bei der Messe stehen entscheidende Schritte an. Schauen wir zurück. Im alten Jahr hatten wir Hoffnungen. Wir haben gehofft, dass Leinfelden-Echterdingen zur Einsicht kommt und eine Partnerschaft mit dieser Stadt möglich wird. Der Oberbürgermeister hat klug verhandelt; er kam seinem Auftrag nach und wurde den Interessen seiner Gemeinde gerecht. Aber leider gab es für das Verhandlungsergebnis keine Mehrheit im Gemeinderat. Ich glaube, dass hier die Rolle der SPD schon einmal kritisch hinterfragt werden muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Unruhe
bei der SPD)

Auf Landesebene hielt sich die SPD mehr als bedeckt. Im Kreisverband des Fraktionsvorsitzenden, der sich im Neckartal versteckt: Gegenstimmen in der SPD-Fraktion im Gemeinderat, Schmiedel dafür, aber ohne Bedeutung und Autorität, und die Ortsvereine dagegen.

(Abg. Schmiedel SPD: Was? Die CDU war doch
dagegen!)

(Oettinger)

Liebe Freunde, ihr habt bei diesem Thema eine unwürdige Rolle gespielt!

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Schmid und Drexler SPD)

Ich glaube nicht, dass eine Partei, die in diesem Land Mitverantwortung trägt,

(Abg. Drexler SPD: Die CDU war gespalten! Die CDU hat doch gespalten abgestimmt!)

je nachdem, welchen Wähler sie erreichen will, im letzten halben Jahr in den Gremien so gespalten abgestimmt hat.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Ursula Haußmann, Schmiedel und Drexler SPD)

– Kollege Drexler, es geht ja nicht um Fraktionszwang,

(Abg. Drexler SPD: Aha!)

sondern es geht um Führung.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Zurufe der Abg. Gustav-Adolf Haas SPD und Dr. Reinhart CDU – Abg. Drexler SPD: Die SPD war geschlossen! – Abg. Seimetz CDU: Jetzt hast du sie erwischt! – Weitere lebhafte Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

In der CDU-Fraktion des Gemeinderats gab es eine klare Mehrheit, die nur durch die geschlossene Ablehnung von Rot und Grün keine Mehrheit im Gemeinderat gefunden hat. Eindeutig!

(Beifall bei der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Drexler)

– Kollege Drexler, dass es Abweichungen in jeder Fraktion geben kann, ist kein Problem.

(Heiterkeit bei der SPD – Zurufe der Abg. Ursula Haußmann SPD und Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Drexler SPD: Wo ist da die Führung?)

Aber ich spreche dem Oberbürgermeister, der ein Christdemokrat ist, und der Mehrheit im Gemeinderat meinen großen Respekt aus. Rot-Grün hat vor Ort im Grunde genommen das Gegenteil dessen gemacht, was bei Schmiedel und zum Teil bei Ihnen vorhanden ist. Von Wirtschaftspolitik, von Standortpolitik gibt es bei Ihnen vor Ort keine Spur.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Ja-wohl!)

Ich spreche ein zweites Thema an: ICE und Stuttgart 21. Wir sind in der Planung genau dort, wo die Regierung in Baden-Württemberg sein kann. Die Straßenplanung läuft. Auch Mehdorn will die Strecke. Aber aufgrund des Desasters im Bundeshaushalt, aufgrund der Mautpolitik von Stolpe und Co. hat die Regierung kein Geld mehr für die notwendige Infrastruktur. Mir scheint, dass in der rot-grünen Bundesregierung die Lobby für Stuttgart, Ulm und München überhaupt nicht mehr vorhanden ist.

(Zuruf von der SPD: So ein Käse! – Abg. Drexler SPD: Das kann man aber nicht sagen!)

Mir scheint, dass andere Strecken Ost- und Westdeutschlands und der Transrapid in dieser Regierung mehr Unterstützung haben. Deswegen fordere ich uns alle, aber auch gerade Sie auf: Stuttgart 21 braucht mehr Unterstützung in Berlin, braucht mehr Unterstützung durch die Sozialdemokratie. Wir aus Baden-Württemberg müssen mit Autorität dafür sorgen, dass diese Maßnahme nicht am Sankt-Nimmerleins-Tag, sondern in drei bis fünf Jahren begonnen werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zur Energiepolitik. In einem Jahr schalten wir das Kernkraftwerk Obrigheim ab. In vier Jahren ist der große Block Neckarwestheim I mit der Abschaltung dran. In fünf Jahren ist das Kernkraftwerk Philippsburg dran. Drei von fünf Kernkraftwerksblöcken gehen in den nächsten fünf Jahren vom Netz.

(Abg. Schmiedel SPD: Und was tut die Landesregierung?)

– Augenblick! – Deswegen brauchen wir gemeinsam ein Konzept ohne jede Ideologie, damit Baden-Württemberg kein Stromimportland werden muss, sondern der Strom, der in Baden-Württemberg benötigt wird, dort weiter produziert wird, damit das Land unabhängig bleibt und Arbeitsplätze gesichert werden.

(Zuruf von der SPD: Bravo!)

Ich sage Ihnen: Die CDU-Fraktion legt im Verlauf des Jahres ein Konzept vor. Darin bauen wir auf Gas und auf Kohle. Wir bauen auf eine Stromerzeugung aus Gas, Dampf und Kohle. Wir bauen auf erneuerbare Energien. Wir bauen auf die Große Wasserkraft. Indem wir aber all diese Faktoren in Baden-Württemberg halten und entwickeln wollen, halten wir ergänzend auch mittel- und langfristig an einer Option auf neue Kernkraftwerke in Baden-Württemberg fest.

Ich bin bei dieser entscheidenden Frage auf Ihre Antwort gespannt.

(Beifall bei der CDU)

Im Laufe des Jahres kommt die Entscheidung über die Rundfunkgebühr auf den Landtag zu. Dabei setzen wir auf Kompromiss und Konsens statt auf Konfrontation.

Ich meine, dass heute auch von Ihnen eine Aussage dazu getroffen werden könnte, wie Sie es mit Steinbrück halten. Wie halten Sie es mit dem, was zur Strukturreform vorgeschlagen wird? Ich glaube, dass die öffentlichen Anstalten strukturelle Reformen benötigen.

Drei Punkte deute ich an:

Erstens: Die bisherige Altersversorgung bei den Rundfunkanstalten ist nach den Kürzungen in der Wirtschaft und im öffentlichen Bereich längst nicht mehr haltbar. Deshalb fordere ich die Anstalten zu einer Kürzung bei den alten Ver-

(Oettinger)

sorgungszusagen an ihre Mitarbeiter auf, denn dort gibt es oftmals 90 % netto des letzten Gehalts. Dies ist ein erster Faktor im Hinblick auf eine mittelfristige Einsparung.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Zweitens: Wir können uns nicht erlauben, dass es immer mehr Programme gibt.

Drittens: Was Online-Angebote im Internet angeht, müssen die Anstalten klar sagen, wie sie sich beschränken wollen. Ich halte eine Beschränkung der Entwicklung für notwendig, da ansonsten der Markt durch den Wettbewerb der öffentlich-rechtlichen Anbieter in Schieflage gerät.

Abschließend stelle ich fest: Der SWR hat seine Hausaufgaben weitgehend gemacht. Ich danke dem Rundfunkrat und dem Verwaltungsrat. Das Stellenabbauprogramm läuft. Wären andere – in Bayern und in Köln – schon so weit wie wir, dann wäre die Strukturdebatte längst nicht so notwendig, wie sie geworden ist.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Beate Fauser und Pfister FDP/DVP)

Dann und nur dann sind wir zu einer Gebührenanpassung bereit, zu einer maßvollen Gebührenanpassung, die notwendig wird, damit der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Aufgabe der Grundversorgung auch in den nächsten vier Jahren seriös und qualitativ hochwertig wahrnehmen kann.

Die Neuordnung der Bankenlandschaft tritt jetzt in ihre entscheidende Phase: Landesbank und BW-Bank in einer Hand. Die Sozialdemokraten schlagen vor, den Landesanteil zu senken und an die Kommunen bzw. Sparkassen im Land zu verkaufen. Wir glauben, dass dies der falsche Weg ist. Nie war die Landesbank, nie waren die Sparkassen, nie war die Baden-Württembergische Bank für Handwerk, Handel und Mittelstand so notwendig wie in diesem Jahr.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Wie jetzt!)

Deswegen gilt: Die Sparkassen in der Fläche sind neben Privatbanken und Volksbanken eine starke Säule, in kommunaler Hand ohne jede Verkaufsoption. Daneben gibt es die Landesbank als wettbewerbsfähige regional und global handelnde Bank, die vom Land mitgetragen wird. Die Vertreter der CDU-Fraktion werden in den Gremien und hier alles tun, damit Landesbank und BW-Bank gestärkt aus der Neuordnung hervorgehen und für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg auch in Zukunft ein wichtiges Instrument der Landespolitik sein können.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem Haushalt halten wir Wort, auch im Lehrerbereich. 500 Stellen kommen neu hinzu; 3 600 Stellen wurden schon eingerichtet. Zu den zugesagten Lehrerstellen fehlen noch 1 900 Stellen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer uns des Wortbruchs zeih, handelt ungerecht. Wir haben die 5 500 Stellen im Auge,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Im Auge! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Im Auge bringen sie nichts!)

und mit dem nächsten Doppelhaushalt werden sie realisiert. Ich sage ausdrücklich, dass am Ende dieser Legislaturperiode die angekündigte Zahl von Neueinstellungen erreicht sein und daraus eine gute Unterrichtsversorgung in Baden-Württemberg resultieren wird.

(Beifall bei der CDU)

Gestatten Sie mir einen Satz zum Kindergartenwesen im Land. Das Kindergartengesetz ist nun seit einem knappen Jahr in Kraft. Wir bekennen uns dazu.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Im Januar ist es in Kraft getreten!)

Die Kommunen eignen sich für die Trägerschaft vor Ort. In der Praxis gibt es aber eine Schieflage, die man heute nennen muss. Die Kindergärten in freier Trägerschaft – Kindergärten der Kirchen, Waldorfkinderärten und Waldkindergärten – laufen Gefahr, an den Rand gedrängt zu werden.

(Abg. Drexler SPD: Das haben wir damals aber gesagt!)

Deswegen weise ich ausdrücklich auf die von uns durchgesetzte Rahmenvereinbarung hin. Es gibt ein Schlechterstellungsverbot. Die Kommunen haben sich in der Rahmenvereinbarung ausdrücklich dazu verpflichtet, dass es Kindergärten in privater Trägerschaft gleichermaßen möglich sein muss, in die Zukunft zu gehen, und sie in ihrer Aufgabenstellung nicht von den Kommunen verdrängt werden, sondern die Aufgabenteilung bleibt.

Wir sehen nun: In vielen Kommunen geht es gut. In einigen Kommunen droht die Situation in eine Schieflage zu geraten.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Damals haben Sie das bestritten! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Deswegen setzen wir in unserer Entschliebung, die verabschiedet wurde, darauf, dass sich die Kommunen an ihre Selbstverpflichtung erinnern. Wir kündigen nötigenfalls eine gesetzliche Maßnahme im FAG an, falls sich in der Praxis zeigen sollte, dass es bald keine freien Kindergärten mehr geben wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wenn Sie schlechte Gesetze machen, können doch die Kindergärten nichts dafür!)

Mit dem Haushalt halten wir im Gegensatz zu anderen Ländern zwei überragende Ziele ein. Der Haushalt ist von 2 Milliarden € neuen Schulden geprägt. Mit 2 039 Millionen € neuen Schulden liegen wir im Rahmen dessen, was uns die Verfassung vorgibt. Baden-Württemberg betreibt verfassungskonforme Haushaltspolitik, und auch die Stabilitätskriterien der Europäischen Union werden von Baden-Württemberg nicht verletzt. Damit stelle ich unserem Haushalt kein überragendes Zeugnis aus. Mir wären weniger Schulden lieber, aber im Ländervergleich liegen wir nach Bayern und mit Sachsen auf einem der besten Plätze und halten, wie gesagt, zwei entscheidende Regeln der Europäischen Union und unserer eigenen Verfassungsväter auch

(Oettinger)

mit diesem schwierigen Haushalt ein. Ich baue darauf, dass die Entwicklung zu weniger Schulden in der Zukunft keine Illusion wird, sondern im Laufe des Jahrzehnts ein Haushalt ohne neue Schulden möglich wird. Die Regierungskoalition von CDU und FDP/DVP arbeitet darauf hin.

Ich sage der Regierung von Erwin Teufel in diesem Haushaltsjahr ausdrücklich unsere Unterstützung bei zentralen Zielen des Landes zu.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss am Anfang auf einiges von dem eingehen, was der Kollege Oettinger hier gesagt hat.

Ich möchte mit den Aussagen zum Föderalismus beginnen. Herr Kollege Oettinger, nach der Föderalismus-Klausurtagung der vergangenen Woche bin ich sehr optimistisch, so sage ich einmal, dass wir zu einer Einigung mit dem Bund kommen, zumindest zu einer besseren Lösung, als es bis zu dieser Tagung ausgesehen hat. Ich gehe auch davon aus, dass die Reihung, die wir jetzt vornehmen werden, nämlich über Lebensbereiche zu sprechen, zum Beispiel auch über den Vorschlag, den Lebensbereich von null bis zum Professor den Ländern zu geben, ein interessanter Aspekt ist.

Der zweite Aspekt ist, dass man all das, was sehr regional und ortsnah ist – etwa vom Städtebau bis zum Wohnungsbau –, auf die Länder übertragen will und natürlich möglichst auch all das, was an Eigenstaatlichkeit vorhanden ist, was mit dem öffentlichen Dienst zu tun hat, den Ländern geben will. Zumindest in der Diskussion gab es darüber Übereinstimmung. Die Frage der Formulierung und der Änderungen wird dann im Laufe des Jahres sicherlich noch schwierig werden.

Ich glaube allerdings, dass es bei der Frage eigener Steuern der Länder und der Europazuständigkeit den größten Konflikt geben wird. Ich fordere alle auf, gleichgültig, ob sie Mitglied der Föderalismuskommission sind oder nicht, alles dafür zu tun, dass vor allem in den Bundestagsfraktionen – da geht es nicht nur um die Bundesregierung, die ist ja in den Gremien auch nur beratend tätig –, und zwar in allen, der Zentralismus etwas zurückgedrängt wird.

Drei Beispiele: Ich muss Ihnen sagen, ich halte es gar nicht für schlimm, dass der Bund, obwohl die Zuständigkeit für Schulen beim Land liegt, bis es zu einer neuen Steuerverteilung kommt, in den nächsten vier Jahren 538 Millionen € für den Ausbau der Ganztagschulen nach Baden-Württemberg gibt. Was ist denn daran schlimm? Überhaupt nichts.

(Beifall bei der SPD)

Der Bund hat dazu ein Sonderprogramm aufgelegt. Im Übrigen ist das, nachdem wir ja im Ganztagschulbereich so weit hinten liegen und jetzt die Kommunen bauen, nicht nur

ein großes Investitionsprogramm, sondern führt es dazu, dass wir beim Ganztagschulprogramm gegenüber anderen Bundesländern aufholen.

Herr Oettinger, Sie haben eine Tagung gemacht, und jetzt ist genau das eingetreten, was wir befürchtet haben: Der Bund gibt dem Land Geld zum Bauen, und das Land gibt kein Geld für die Pädagogik.

(Abg. Oettinger CDU: Was?)

– Ich habe Ihre Aussagen so verstanden, dass man vormittags die Schule macht, dass es dann das Mittagessen gibt und nachmittags freie Träger zur Betreuung eingeladen werden.

(Abg. Oettinger CDU und Abg. Pfister FDP/DVP:
Auch! – Abg. Dr. Birk CDU: Bedarfsgerecht!)

Wenn Sie der Auffassung sind, Sie müssten auch an Ganztagschulen mehr Lehrer einstellen, dann müssen Sie das etatisieren. Im gesamten Etat ist keine zusätzliche Lehrerstelle für die Ganztagschulen enthalten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP:
5 500!)

– Wenn Sie jetzt diese insgesamt 5 500 Stellen, die ja nicht für Ganztagschulen vorgesehen sind, für die Ganztagschulen nehmen wollen, ist das auch wieder eine interessante Variante. Denn wir brauchen die Lehrer ja für andere Bereiche. Damals, als Sie diese 5 500 festgelegt hatten, haben Sie sich ja noch gar keine Gedanken über Ganztagschulen gemacht.

(Zuruf von der CDU)

– Ach, natürlich. Jetzt hören Sie doch auf. Sie haben doch immer gesagt: „Nur an Brennpunktschulen!“

(Abg. Gaßmann SPD zur CDU: Bis heute sagen Sie das! – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Jetzt endlich gibt es den Ganztagschulbereich als mögliches allgemeines Angebot für alle. Deswegen sagen wir, dass wir schon bei der Beratung des Schuletats sehen werden, ob Sie bereit sind, weitere Lehrerstellen für die Ganztagschule zur Verfügung zu stellen. Wir wollen auf jeden Fall keine „Ganztagschule light“, Herr Oettinger, sondern wir wollen auch nachmittags eine pädagogische Betreuung in bestimmten Bereichen sicherstellen.

(Beifall bei der SPD)

Genauso ist es bei der Kleinkindbetreuung. Da sagen Sie: „Der Bund macht ein Programm.“ Baden-Württemberg ist, was Betreuungsprogramme für Kinder unter drei Jahren angeht, das schlechteste aller Bundesländer. Das ist eine Schwäche Baden-Württembergs. Es zeichnet im Übrigen diesen Haushalt aus, dass wir nicht die Stärken stärken und die Schwächen allmählich ausmerzen,

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

sondern dass wir nach wie vor die Schwächen bestehen lassen. Da kann uns doch der Bund Geld geben, das wir hof-

(Drexler)

fentlich auch annehmen, denn wir sind in diesem Bereich katastrophal vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Bereich ist, wenn ich es richtig verstanden habe, das Thema Eliteuniversität. Als Föderalist bedrängt es mich überhaupt nicht, dass jetzt dazu ein Programm für die Länder aufgelegt wird. Im Übrigen wollen unsere Hochschulrektoren, wie ich heute in der Presse gelesen habe, daran teilnehmen.

(Abg. Schmiedel SPD: Genau!)

Und wenn wir so gut sind, wie Herr Oettinger gesagt hat – das bestreite ich gar nicht –, dann werden die ausgewählten fünf Universitäten möglicherweise alle aus Baden-Württemberg kommen, alle jeweils 50 Millionen € und damit weit mehr Geld bekommen, als Sie sich jemals als zusätzliche Förderung der Universitäten vorstellen konnten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Scheuermann CDU: Alles auf Pump!)

– Na ja, gut, Sie machen ja auch 2 Milliarden € Schulden. Hören Sie doch auf, von „Pump“ zu reden!

Im Übrigen, um es einmal deutlich zu sagen: Der Bund hat jetzt Schulden in Höhe von 800 Milliarden €. Die Union unter Helmut Kohl trägt davon für 650 Milliarden € die Verantwortung, um das einmal aufzuteilen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Die Aufgaben von damals und heute! – Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU – Weitere Zurufe von der CDU)

– Also, hören Sie mit Ihren Zwischenrufen auf!

Zur Steuerpolitik: Es ist sehr interessant, wie Sie sich bei der Gewerbesteuer herausreden. Herr Oettinger, Sie hätten den Baden-Württembergern auch noch sagen müssen, welches Modell Sie bei der Gewerbesteuer haben.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Haben Sie noch nie etwas von der Wiedervereinigung gehört?)

Sie haben doch eine Verbreiterung der Grundlage verhindert. Deswegen haben Sie den baden-württembergischen Gemeinden 60 Millionen € entzogen. Die hätten nämlich daran partizipiert. Das haben Sie abgelehnt. Es gibt nur eine Senkung der Gewerbesteuerumlage. Aber was wollen Sie tatsächlich? Das müssen Sie den Menschen ja auch noch sagen. Sie wollen die Abschaffung der Gewerbesteuer und wollen die 24 Milliarden €, die bundesweit über die Gewerbesteuer hereinkommen, den Einkommen- und Lohnsteuerabhängigen mit einem Zuschlag auferlegen. Das müssen Sie schon auch noch dazu sagen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir sind gegen dieses Konzept. Übrigens sind alle Kommunalpolitiker Ihrer Partei dagegen, an der Spitze der großartigen ehemaligen Oberbürgermeister Rommel, der ja immer wieder sagt: „Lasst den Blödsinn bleiben! Ihr schadet vor allem den Zentren, weil nämlich die Einkommensteuer am

Wohnsitz erhoben wird und die Gewerbesteuer dort, wo die Arbeitsplätze geschaffen werden.“ Sie sollten einmal auf Ihre Kommunalpolitiker hören.

Nun zur großen Steuerreform: Ich finde es toll von einer Opposition, die immer von einer großen Steuerreform spricht, hierzu immer unterschiedliche Aussagen zu machen. Einmal sagt Herr Rüttgers: „Wir machen einen Vorschlag.“ Herr Merz sagt: „Selbstverständlich muss man einen Gesetzentwurf einbringen.“ Jetzt sagt Frau Merz, sie wolle keinen.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU – Zurufe und Heiterkeit – Abg. Scheuermann CDU: Was wollt denn ihr?)

Der Herr Ministerpräsident will über Eckpunkte – –

(Zurufe)

– Oh, Entschuldigung, ich habe sie schon mit Herrn Merz verheiratet. Das wäre eine gute Verbindung; dann könnten die beiden sich besser verstehen. Das war ein Vorschlag, der an die CDU gerichtet war, richtig.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sie sind wenigstens kein Ersatzkandidat! – Weitere Zurufe von der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Auch die Frau Vogt ist ja noch zu haben!)

– Ja, das ist richtig. Ich habe mit Frau Vogt keine solche Auseinandersetzung wie Herr Merz mit Frau Angela Merkel.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Frau Merkel hat dann gesagt: „Kein Vorschlag.“ Jetzt stellen Sie sich einmal vor, Sie laufen durch die Gegend und sagen: „Wir, die Union, haben einen ganz tollen Steuervorschlag.“

(Abg. Pfister FDP/DVP: Haben wir ja auch!)

Aber wir bringen den nicht als Gesetzentwurf ein. Die Regierung soll den Gesetzentwurf einbringen.“

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der ist doch längst eingebracht!)

– Ja, gut, aber nicht von der Union. Jetzt warten wir einmal ab, was mit Ihrem Gesetzentwurf wird und ob die Union dem überhaupt zustimmt.

Ich sage Ihnen: Wenn Sie es ehrlich meinen, legen Sie einen Gesetzentwurf vor und schreiben vor allen Dingen hinein, welche Steuersubventionen Sie wirklich streichen wollen. Denn die Streichung von Steuersubventionen war schon im vergangenen Dezember ein Thema im Vermittlungsausschuss. Das haben Sie dann alle abgelehnt. Und jetzt sagen Sie plötzlich: „Aber zu dieser Steuerreform wären wir bereit.“

(Abg. Pfister FDP/DVP: Es geht ja gar nicht anders!)

Dann legen Sie doch einen Gesetzentwurf vor! Dann wird man sehen, wie das wird. Wir sind bereit, etwas für Steuer-

(Drexler)

vereinfachen zu tun. Aber wir können uns nicht vorstellen, noch einmal 24 Milliarden € oder mehr Entlastung zu geben. Das vertragen weder unsere Kommunen noch das Land Baden-Württemberg, noch andere Bundesländer. Das muss man einfach einmal sagen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wenn Sie Subventionen abbauen, können Sie das auch machen!)

– Zum Subventionsabbau sage ich Ihnen auch noch etwas: Der ist verhindert worden. Die Frage ist, ob Sie wirklich die Steuerfreiheit von Sonntag- und Nachtzuschlägen bei den Leistungsträgern dieser Gesellschaft, nämlich bei Polizeibeamten und Krankenschwestern, streichen wollen. Wir sind gegen diese Streichung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

– Nein. Das werden Sie nicht auffangen können. Das können Sie nicht auffangen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Es kommt darauf an, was unter dem Strich herauskommt! Das ist entscheidend!)

Denn Sie müssen dies ja dann bei all diesen Gehaltsempfängern vornehmen, damit die Entlastung kommt. Von daher gesehen können Sie das nicht machen.

Ich war im Krankenhaus, ich konnte mich nicht wehren. Dort hat mir eine Schwester vorgerechnet, welche Verluste sie hat. Das können Sie nicht auffangen. Insofern sage ich Ihnen: Wir sind für eine Vereinfachung. Das Steuersystem muss gerecht sein. Es darf aber nicht sein, dass die Polizeibeamten und die Krankenschwestern für die Herabsetzung des Spitzensteuersatzes von 42 % auf 35 % ihre jetzigen Steuervergünstigungen verlieren. Das geht nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zur Energie, Herr Kollege Oettinger. Ich finde das schon toll: Wir haben bereits ein Energiepapier. Wir haben das auch schon vorgestellt. Wir werden es noch einmal vorstellen. Wir haben ein Programm, das sich natürlich auch auf die Untersuchung des Wirtschaftsministeriums darüber stützt, wie eigentlich ein Atomausstieg unter Beachtung des Klimaschutzes usw. stattfinden könnte. Selbstverständlich muss man all die Elemente, die Sie genannt haben, darin einbauen.

Ich bin darauf gespannt, ob die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die FDP-Bundestagsfraktion dem Vorhaben der Einbeziehung der Großen Wasserkraft in das EEG zustimmen werden.

(Abg. Schmiedel SPD: Vor allem die Abgeordneten aus Baden-Württemberg! – Abg. Pfister FDP/DVP: Ich bin absolut dafür!)

Denn bisher haben sie alles, was seit 1998 im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien im Bundestag beraten wurde, und jedes dazu vorgelegte Gesetz abgelehnt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist doch von der CDU/FDP gekommen! Das war 1992!)

– Ach, das ist doch gar nicht wahr. Seit 1998 gibt es –

(Abg. Pfister FDP/DVP: 1992, sagte ich! 1992!)

– Herr Pfister, ich sage es noch einmal: Seit 1998 haben CDU/CSU und FDP alles abgelehnt. Sorgen Sie dafür, dass zumindest der Großen Wasserkraft, zu der jetzt ein Entwurf vorgelegt wird, zugestimmt wird.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Damit habe ich keine Probleme!)

Jetzt kommen wir zum Haushalt. Das ist mein Einstieg.

Sie müssten Ziele formulieren. Das fehlt in diesem Haushalt. Darin wird querbeet immer nur rasiert. Wir haben einen Antrag gestellt, Herr Oettinger: Wenn ein von Ihrer Regierung in Auftrag gegebenes Gutachten schon davon ausgeht, dass das Land jährlich 17 Millionen € für Klimaschutz und Einsparpotenziale aufwenden muss, und nur 9 Millionen € im Haushalt stehen, man dieses Ziel aber dennoch verwirklichen will, dann muss man halt 10 Millionen € zusätzlich einstellen. Genau das haben wir beantragt. Was war das Ergebnis? CDU und FDP/DVP haben diesen Antrag abgelehnt. Deswegen werden wir ihn noch einmal stellen. Wer den Ausstieg unterstützen will – so, wie Herr Oettinger sagt –, der muss jetzt Geld einsetzen, damit der Umstieg tatsächlich geschehen kann.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt komme ich zum Haushalt. Wir haben vor drei Jahren in einer tollen Rede gehört, ab 2006 gebe es keine Neuverschuldung des Landes mehr und ab 2020 gebe es in Baden-Württemberg keine Verschuldung mehr.

(Abg. Wieser CDU: Da haben wir auch nicht gewusst, was die in Berlin machen!)

– Schieben Sie das nicht immer auf Berlin. Ich wollte Ihnen gerade sagen: Lassen Sie uns – Ich erkenne schon die Schwierigkeiten, das in diesem Umfeld zu machen. Das ist ganz klar.

(Abg. Wieser CDU: Na also! Ich sage es doch!)

Aber hören Sie auf, alles auf Berlin zu schieben.

Heute hat eine große Tageszeitung getitelt: „Musterland in Nöten“. Genau das ist das Problem: Musterland in Nöten.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Die Probleme, die wir selbst haben, kann man nicht ausschließlich auf Berlin schieben.

Sie haben in diesem Haushalt auch keine Wege aufgezeigt, wie Sie aus den Schwierigkeiten herauskommen wollen. Wir werden jetzt 2 Milliarden € an zusätzlichen Schulden aufnehmen. Wir haben damit 39 Milliarden € Schulden. Dieser Betrag ist höher als das gesamte Haushaltsvolumen. Das ist in der Zwischenzeit auch in Baden-Württemberg

(Drexler)

einmalig. Wir haben ein strukturelles Problem: Wir geben in der Zwischenzeit nach den Aufwendungen für Personal und für Pensionen die drittgrößte Summe für Zinsen und Tilgungen aus. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätten wir über den Haushalt anders diskutieren müssen: Wir hätten zuerst einmal darüber nachdenken müssen, welche Schwerpunkte in diesem Haushalt gebildet werden sollen.

Dazu muss ich Ihnen schon sagen: Es war und ist nach wie vor ein Fehler – deswegen stellen wir einen Antrag dazu –, die Privatisierungserlöse in die Landesstiftung zu geben. Das war ein Fehler. Sie können nicht auf der einen Seite fast den Staatsbankrott proklamieren, wenn auf der anderen Seite der Herr Ministerpräsident am nächsten Tag sagt: „50 Millionen € wird die Landesstiftung jetzt wieder aus dem Landesgeld verteilen.“ Das sind lauter Kürprogramme. Ich bestreite das gar nicht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist Forschungsförderung!)

Aber wir haben ja nicht einmal Geld dafür, die 15 Bahnhofsmissionen im Land Baden-Württemberg noch zu unterstützen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich komme zu NSI, dem zweiten großen Brocken. Wir stellen seit zwei Jahren immer wieder den Antrag, aus diesem Programm auszusteigen. Das kostet uns Hunderte von Millionen Euro. Wir haben jetzt den Antrag gestellt, die 74 Millionen €, die im Haushalt eingestellt sind, nicht freizugeben. Sie machen bei NSI alles mit. Wir werden Hunderte von Millionen Euro in den Sand gesetzt haben, und dies in einer Situation, in der man NSI wirklich nicht braucht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen: Raus aus NSI! Steigen Sie aus! Dann sparen wir Geld. Wenn Sie das nicht tun, brauchen Sie nicht über Finanznot in Baden-Württemberg zu jammern.

(Beifall bei der SPD)

Wir gehen davon aus, dass der Landesrechnungshof dieses Programm Mitte dieses Jahres einmal unter die Lupe nimmt. Danach werden wir in unserer Fraktion weitere Entscheidungen zu treffen haben. Denn das, was da gelaufen ist, ist ein Skandal von oben bis unten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Drittens: Werbekampagne, Landwirtschaftsverwaltung, diese KT-Kommission, die man einmal eingerichtet hat, um gegen Rot-Grün in Berlin eine eigene kerntechnische Kommission zu haben: Das alles ist unnütz und kostet uns Geld.

Von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Oettinger, kann man bei diesem Haushalt doch auch nicht reden. Sie arbeiten doch nur noch mit globalen Minderausgaben. Schon jetzt sind globale Minderausgaben in Höhe von 400 Millionen € festgesetzt. Das, was wir beschließen, ist alles schon gar nicht mehr aktuell, weil jedes Ministerium – im Sozialbereich usw. – bereits wieder globale Minderausgaben festgelegt hat. Das wird alles Mitte des Jahres exekutiert, ohne uns zu fragen.

Wenn Sie Mumm hätten und dem Parlament die Chance auf Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit geben wollten, müssten wir hier heute anders diskutieren. Wir müssten die Haushalte festsetzen und die globalen Minderausgaben erst im Laufe des Jahres festlegen, wenn sich etwas verändert. Sie machen das inzwischen schon strukturell. Sie akzeptieren, dass die Regierung eine globale Minderausgabe in Höhe von 400 Millionen € festlegt, Mittel, die dann querbeet gekürzt werden. Das hat mit Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir noch einmal den Versuch machen, Sie mit vielen Anträgen auf den Weg zu bringen, wenigstens zu einer gewissen Struktur in diesem Haushalt zu kommen, indem wir sagen: Wir wollen keinerlei Kürzungen im Forschungsbereich, wir wollen keine Kürzungen im Bereich der Fachhochschulen. Wir wollen eine Offensive zur Förderung des Wohnungsbaus. Sie haben vorhin gesagt: „Bei uns wandern noch Leute zu.“ Und wo ist das Wohnungsbauprogramm des Landes? Es ist massiv eingeschränkt worden. Wir sind beim Wohnungsbau überhaupt nicht mehr vertreten. Schauen Sie sich einmal die Summen an, die wir im Vergleich zu Bayern und Nordrhein-Westfalen dafür aufbringen.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Wir wollen keine Kürzungen bei den sozialen Einrichtungen. Es handelt sich um minimale Beträge, die wir beantragen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das könnten Sie mit den Mitteln, die Sie für Ihre Werbekampagne „Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“ einsetzen, alles locker finanzieren.

Ich nenne Ihnen noch einmal die Summen, damit deutlich wird,

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

worum es bei diesem sozialen Kahlschlag geht: Allein bei den mobilen sozialen Diensten, Nachbarschaftshilfen und Pflegediensten kürzen Sie von 400 000 auf 200 000 € – mit der Aussicht, dass die Förderung irgendwann ganz ausläuft. Was haben Sie dagegen in der Koalitionsvereinbarung geschrieben?

Wir wollen, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung selbstständig leben können. . . .

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wir werden sicherstellen, dass Pflegebedürftige gut versorgt und betreut werden. Den ambulanten Diensten kommt weiterhin besonderes Gewicht zu.

Diesem besonderen Gewicht tragen Sie dadurch Rechnung, dass Sie die Förderung auf 200 000 € kürzen und diese Förderung ganz auslaufen wird.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ehrenamtliche Strukturen!)

(Drexler)

Sie zerstören ehrenamtliche Strukturen. Alle Wohlfahrtsverbände haben uns gesagt: Die Streichungsaktionen im letzten und in diesem Jahr werden insgesamt 800 hauptamtliche Stellen kosten. Ganze ehrenamtliche Strukturen brechen zusammen, wenn im kirchlichen Bereich keine hauptamtlichen Kräfte mehr vorhanden sind.

Zu den Familien steht im Regierungsprogramm: „die familienpolitischen Leistungen wie das Mutter-Kind-Programm und den Landesfamilienpass fortzuführen“. Jetzt streichen Sie in diesem Bereich massiv – beim Mutter-Kind-Programm seit 2001 rund 1 Million €.

Diese Liste der gebrochenen Versprechungen kann ich fortführen.

Zur Arbeitsmarktpolitik – Herr Oettinger, ich habe mir das aufgeschrieben – haben Sie einen schönen Satz gesagt: „Jeder soll hier aus sozialen und Gerechtigkeitsgründen die Chance haben, einen Arbeitsplatz zu erhalten.“ Im Mittelpunkt stehe die Beschäftigung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sonntagsrede!)

2001 hatten wir 17,8 Millionen € für die Landesarbeitsmarktpolitik zur Verfügung. Da hatten wir weniger Langzeitarbeitslose, weniger arbeitslose Jugendliche als heute. Dann haben Sie die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik gekürzt. Im letzten Jahr waren es gerade einmal 2,5 Millionen €, und jetzt sind es noch 800 000 €. Sie haben das Programm um 95,5 % gekürzt – bei einer steigenden Zahl von Langzeitarbeitslosen und jugendlichen Arbeitslosen. So sieht Ihre soziale Gerechtigkeit im Land Baden-Württemberg aus.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch
GRÜNE – Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Dann kürzen Sie bei den Suchtkranken. Ergebnis: Abbau von Personal, 30 bis 50 Personalstellen weniger, immer weniger Angebote für die Suchtkranken in Baden-Württemberg.

400 000 € streichen Sie bei der Gefährdetenhilfe. Betroffen sind allein 15 Bahnhofsmmissionen. Ich habe es schon gesagt: Die Kirchen sagen, sie würden das nicht auffangen können.

Das sind minimale Beträge. Das sind insgesamt 2 bis 3 Millionen €. Ich sage Ihnen noch einmal: Das kann man aus diesem Haushalt herausholen, und zwar aus lauter unsinnigem Zeug, das Sie nur aus ideologischen Gründen aufrecht erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Neujahrsansprache Folgendes gesagt:

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

In vielen Familien geht es am Ende des Monats null auf null auf, und sie können Einschränkungen nur schwer oder gar nicht verkraften. Ich sehe das, ich fühle mit ihnen, und ich habe das Wohl gerade dieser Menschen im Auge bei den Entscheidungen, die ich selbst mit zu treffen habe.

Diese Sätze des Ministerpräsidenten finden sich in dem Landeshaushalt von Baden-Württemberg nicht wieder. Das war eine Sonntagsrede. Sie haben das bei allen Haushaltsberatungen in den Ausschüssen exekutiert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Dann noch etwas zum Sport. Als das Präsidiumsmitglied des Landessportverbands im Ausschuss für Schule, Jugend und Sport angehört wurde, hat es doch erzählt, wie es im Sport zugeht: 3,8 Millionen Organisierte, 11 000 Sportvereine. Sie sehen nicht mehr, wie sie die Kürzungen auffangen können. Der Sport hat sogar gesagt: „7,8 Millionen € nehmen wir auf uns, weil wir einen Beitrag leisten wollen.“ Dann haben Sie noch einmal 4,4 Millionen € gestrichen. Aufgrund dieser Anhörung haben Sie die Streichung um 2,2 Millionen € zurückgenommen. Hier stehen aber immer noch 2,2 Millionen € zur Disposition. Im Übrigen trifft das nach wie vor die Übungsleiterpauschale. Nach der Auskunft, die uns der Landessportverband gegeben hat, ist die nach wie vor nicht gesichert. Deshalb können Sie sich alle Sonntagsreden zum Sport wirklich sparen, wenn Sie beim Sporthaushalt unserem Antrag, diese 2,2 Millionen € dem Sport zusätzlich zu geben, nicht zustimmen. Der Sport hat inzwischen einschneidende Leistungen erbracht. Helfen Sie den ehrenamtlichen Übungsleitern, indem Sie unserem Antrag zustimmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Dann noch ganz kurz etwas zur Forschung. Sie kürzen bei den Forschungsgeldern um 20 Millionen €. Das ist eine Riesensumme, wenn Sie berücksichtigen, wie viel Drittmittelanforderungen das bedeutet. Dadurch fehlen im Forschungsetat ungefähr 50 Millionen €. Forschung hat etwas mit zukünftigen Arbeitsplätzen zu tun. Ich bezweifle überhaupt nicht, dass wir relativ gut dastehen, Herr Ministerpräsident.

(Lachen des Ministerpräsidenten Teufel)

– Da brauchen Sie nicht zu lachen. Alle wehren sich gegen diese Kürzung. Ich lese Ihnen einmal vor, was Sie allein mit den Fachhochschulen machen, bei denen Sie noch einmal Reduzierungen in Höhe von 17 Millionen € vornehmen. Die Fachhochschulen sind gerade der Bereich, den wir für das A und O unserer Hochschullandschaft halten. Diese haben in den letzten Jahren ein Drittel mehr Studentinnen und Studenten aufgenommen und haben in der Zwischenzeit dramatische Kürzungen über sich ergehen lassen müssen. Wenn Sie in diesem Bereich streichen – um 30 % haben die Studierendenzahlen zugenommen, jetzt wird noch einmal um 50 % gekürzt –, müssen in den nächsten fünf Jahren noch einmal 50 Stellen für Mitarbeiter eingespart werden.

Die Rektorenkonferenz der Fachhochschulen hat Folgendes formuliert:

Die baden-württembergische Wirtschaft wird von der Innovation mittelständischer Unternehmen getragen, die insbesondere auf die Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen angewiesen sind. Wenn die vorgesehenen Einsparungen Erfolg und Bestand der Fachhochschulen im dargestellten Ausmaß gefährden, hat

(Drexler)

dies für die Qualität des Standorts Baden-Württemberg und die Innovationskraft des Landes dramatische Auswirkungen, die wir als Rektoren der baden-württembergischen Fachhochschulen nicht verantworten können.

Diese Aussage der Rektorenkonferenz macht deutlich, dass die Streichungen, die Sie vornehmen, nicht nur eine dramatische Reduzierung der Arbeitsmöglichkeiten der Fachhochschulen zur Folge haben, sondern auch Auswirkungen auf unsere mittelständische Wirtschaft. Nehmen Sie das zur Kenntnis, und stimmen Sie unseren Anträgen zum Forschungsetat zu. Ansonsten sehen wir das ebenso wie die Rektoren, dass durch die Kürzung die Innovationskraft unserer mittelständischen Industrie dramatisch geschwächt wird, weil die Fachhochschulen dann nicht mehr in der Lage sind, das, was sie erforschen und erfinden, nachher in der mittelständischen Industrie umzusetzen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Baden-Württemberg ist eines der wenigen Bundesländer, das einen Haushalt für das Jahr 2004 vorlegt, der vom Volumen her nicht höher ist als der Haushalt des vergangenen Jahres. Baden-Württemberg ist eines der wenigen Bundesländer – vom Bund ganz abgesehen –, das noch einen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen kann. Dies war möglich, weil mit einer Einsparaktion im Volumen von 1,2 Milliarden € die Grundlagen dafür gelegt worden sind. Ich finde, dies ist eine erhebliche Leistung, die auch die Opposition nicht gering schätzen sollte.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich weise besonders darauf hin, dass dieser Haushalt keinen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr aufweist; denn die bereinigten Gesamtausgaben liegen unter den Ansätzen des Jahres 2003. Damit bleiben wir auch deutlich unter den Vorgaben des Finanzplanungsrats. Das bedeutet: Baden-Württemberg hat seinen Beitrag dazu erbracht, den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt einzuhalten.

Falls eines Tages doch noch eine Rechnung aus Brüssel kommen sollte, will ich vorsichtshalber gleich einmal darauf hinweisen, dass es nicht an uns liegt, wenn die Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr nicht in der Lage sein wird, die 3-%-Grenze einzuhalten. Das liegt nicht an Baden-Württemberg. Wir haben unsere Hausaufgaben erledigt. Wenn eine Rechnung kommt, sollen bitte diejenigen zahlen, die den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt kaputtgemacht haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Trotzdem habe ich kein Problem, zu bekennen, dass auch ich mit diesem Haushalt nicht unendlich zufrieden bin. Zufrieden bin ich erst dann, wenn es uns gelingt, die struktu-

rellen Defizite des Haushalts – Größenordnung 2 bis 3 Milliarden € – anzugehen, das heißt, wenn es gelingt, eine Neuverschuldung von null nicht nur zu avisieren, sondern sie tatsächlich auch zu erreichen. Erst dann bin ich endgültig mit dem Haushalt zufrieden.

Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen – und wir wollen es erreichen –, dann brauchen wir nicht nur, aber auch ein angemessenes wirtschaftliches Wachstum und eine entsprechende Erholung der Steuereinnahmen. Dies ist eine der Voraussetzungen für eine dauerhafte Haushaltskonsolidierung.

Ich sage aber auch: Wachstum allein wird nicht ausreichen. Die mittelfristige Finanzplanung zeigt dies ganz eindeutig und klar. Sie müssen sich einmal die Zahlen anschauen: Die mittelfristige Finanzplanung für das Jahr 2007 weist zwar 2,4 Milliarden € mehr an Steuereinnahmen als für das Jahr 2004 aus; im Jahr 2007 werden aber gleichzeitig 2,1 Milliarden € für höhere Personalausgaben, für steigende Pensionsverpflichtungen und für höhere Zinsen in Anspruch genommen. Wenn Sie sich diese Größenordnung vor Augen halten, dann erkennen Sie, dass in der Zukunft kein einziger Bereich von Einsparungen ausgenommen werden kann, Herr Kollege Drexler. Kein einziger Bereich!

(Abg. Drexler SPD: Sie machen Schwerpunkte!)

Es darf keinen Bereich geben, der in der Zukunft nicht daraufhin überprüft wird,

- erstens, ob die erbrachten Leistungen nicht auch effizienter und kostengünstiger erbracht werden können – das ist die Forderung nach der Erschließung von Effizienzreserven –,
- zweitens, ob die erbrachten Leistungen nicht besser erbracht werden können, wenn sie nach unten delegiert werden – natürlich mit einer entsprechenden Finanzausstattung,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Stichwort Subsidiarität, Stichwort „Delegation nach unten“ –,

- drittens, ob etlichen Leistungen überhaupt noch die Bedeutung zukommt, die man ihnen ursprünglich einmal zugemessen hat, oder ob nicht Leistungen schlicht und einfach für überflüssig erklärt werden können – Stichwort Aufgabenkritik, Stichwort Bürokratieabbau, Stichwort „Mut zu Prioritäten“ –,
- schließlich, ob etliche Leistungen nicht besser privat erbracht werden können, das heißt Vorrang von privater vor öffentlicher Erbringung von Leistungen, wo dies möglich ist.

Meine Damen und Herren, dies alles sind Anforderungen, die nicht in das Jahr 2007 oder in das Jahr 2010 verschoben werden, sondern dies sind Anforderungen, die diese Landespolitik aufgenommen hat, zum Beispiel in der Verwaltungsreform und in der Justizreform. Wir jedenfalls wollen weg von zergliederten Zuständigkeiten. Wir wollen hin zu einer einheitlichen Verwaltung nach dem Modell der Kommunalverwaltung, zu einer Verwaltung, die schlanker ist,

(Pfister)

die überschaubarer ist und auch kürzere Wege aufweist. Wir wollen hin zu Entscheidungen, die nicht verzettelt sind, sondern die integriert sind, die gebündelt werden. Weil gebündelte Entscheidungen vor Ort für die Bürger und für die Wirtschaft besser sind, sind sie auch mehr am Kunden orientiert.

Wir wollen die Abläufe vereinfachen. Wir wollen Entscheidungsprozesse und Verantwortung nach unten verlagern. Wir wollen Aufgaben verringern. Wir werden damit eine Effizienzrendite erreichen, die über die Jahre hinweg schrittweise zu einer nachhaltigen Entlastung des Landeshaushalts führt.

Meine Damen und Herren, wer immer über eine mittelfristige und langfristige Entlastung des Landeshaushalts spricht, wird um diese große Verwaltungsreform nicht herumkommen. Er muss sie durchführen. Wir haben sie angepackt. Wir haben sie übrigens so angepackt, dass durch die gesetzliche Einführung einer entsprechenden Berichtspflicht dazu beigetragen wird, dass diese Effizienzrendite auch tatsächlich erwirtschaftet wird und nicht via Kreisumlage auf die Städte und Gemeinden abgewälzt werden kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU)

Wir wollen ausdrücklich auch Aufgaben und Zuständigkeiten auf die Städte und Gemeinden übertragen und damit die kommunale Selbstverwaltung stärken. Gerade in diesem Bereich – das gebe ich zu – können wir alle miteinander noch ein Stückchen mutiger werden, noch mehr Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung entfalten. Wenn wir dies tun wollen, setze ich sehr darauf, dass Ressortegoismen, die bisweilen noch festzustellen sind, abgebaut werden.

Die Justizreform, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein Musterbeispiel dafür, was es heißt, den Staat auf den Kernbereich seiner Aufgaben zu konzentrieren und in allen anderen Bereichen, die nicht zu den Kernbereichen gehören, freien Trägern zukünftig Vorrang vor dem Staat einzuräumen.

Das fängt bei der Bewährungs- und Gerichtshilfe an, setzt sich über die Gerichtsvollzieherdienste fort und geht bis hin zu der Frage, ob beispielsweise Handels- und Genossenschaftsregister unbedingt bei den Amtsgerichten geführt werden müssen oder ob sie nicht auch von der Selbstverwaltung der Wirtschaft geführt werden können. Es geht weiter mit 25 neuen freien Notariaten im badischen Landesteil, und es wird seine Fortsetzung im generellen Übergang zum freien Notariat finden. Nicht zuletzt haben wir ein einheitliches Rechtspflegeministerium geschaffen, das auch für die Arbeitsgerichtsbarkeit zuständig ist, und wir haben es auch so ausgestattet, dass es in der Zukunft seinen Aufgaben bei entsprechenden Synergieeffekten nachkommen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, dies sind konkrete Beispiele dafür – Stichwort Verwaltungsreform, Stichwort Justizreform –, wie strukturelle Reformen auf den Weg gebracht werden müssen, wenn wir die Chance haben wollen, diesen Haus-

halt in absehbarer Zeit auf eine vernünftige Grundlage zu stellen.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Dazu gehört natürlich auch die Tatsache, dass in diesem Haushalt ein weiteres Stellenabbauprogramm enthalten ist, mit dem bis zum Jahr 2008 2 480 Stellen eingespart werden. Denn eines ist klar: Wir werden diese Haushaltskonsolidierung nur dann hinbekommen, wenn wir die Personalkosten senken – ihr Anteil liegt heute bei Betrachtung der direkten Personalkosten bei 42 % und beträgt bei Hinzunahme der indirekten Personalkosten 52 % – und wenn uns gleichzeitig in Zukunft die Pensionszahlungen nicht völlig überfordern.

Drei Wege stehen offen. Der erste Weg: Wir müssen die Zahl der Bediensteten verringern. Der zweite Weg: Wir müssen das reale Pensionseintrittsalter noch deutlicher erhöhen, als es schon geschehen ist. Wir werden möglicherweise drittens auch nicht daran vorbeikommen, so schwierig das ist, parallel zur sukzessiven Absenkung des Rentenniveaus auch das Niveau der Pensionen schrittweise abzusenken.

(Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, man braucht kein Prophet zu sein, um festzustellen, dass wir wahrscheinlich alle drei Wege gleichzeitig werden beschreiten müssen.

Selbstverständlich muss auch klar sein, dass nach dem Schuljahr 2007/2008, wenn die Schülerzahlen zurückgehen – und das wissen wir –, auch im Bildungsbereich, in dem wir in den vergangenen Jahren nur aufgebaut haben, in dem wir in den letzten 10, 15 Jahren 10 000 und mehr Stellen geschaffen haben, ein Personalabbau erfolgen muss. Nur so, meine Damen und Herren, werden wir es erreichen – das ist mir sehr, sehr ernst; ich möchte das dick unterstreichen –, dass die Personalkosten nicht einen immer größeren Anteil an unserem Haushalt einnehmen, sondern dass eine Entwicklung in die umgekehrte Richtung eingeleitet wird. Denn nur bei sinkenden Personalkostenanteilen werden wir unsere Haushalte in der Zukunft nachhaltig konsolidieren können.

Zur Landespolitik gehört für mich auch eine faire Partnerschaft zwischen Städten und Gemeinden auf der einen Seite und dem Land auf der anderen Seite. Beide – Länder und Gemeinden – haben in den vergangenen Jahren unter den weggebrochenen Steuereinnahmen sehr gelitten.

Ich will an zwei Beispielen deutlich machen, wie ich das Verhältnis zwischen Land und Gemeinden – und zwar auch unter dem Gesichtspunkt der Finanzierungsfrage, der Finanzausstattung – sehe. Unstrittig ist meines Erachtens die Regelung, dass es im Zusammenhang mit der Beteiligung der Kommunen am Länderfinanzausgleich zu einer Spitzabrechnung kommt. Ich glaube, das ist absolut unbestritten. Das sagen auch die kommunalen Landesverbände.

Umstrittener ist natürlich die Entnahme von 80 Millionen € aus der Finanzausgleichsmasse zugunsten des Landes. Nur, meine Damen und Herren, bitte ich sehr darum, dies im Gesamtzusammenhang zu betrachten. Zu diesem Gesamtzu-

(Pfister)

sammenhang gehört, dass Sie zuerst einmal die Auswirkungen der November-Steuerschätzung betrachten, und zwar auch im Blick auf die Gemeinden. Dazu gehört zweitens, dass Sie das Ergebnis des Vermittlungsausschusses vom Dezember letzten Jahres betrachten – Stichwort Gewerbesteuerumlage, die immerhin eine Entlastung der Gemeinden in Höhe von 350 bis 380 Millionen € bewirkt. Dazu gehört selbstverständlich auch die Tatsache, dass jetzt 80 Millionen € aus der Finanzausgleichsmasse zuungunsten der Gemeinden entnommen worden sind.

Wenn Sie dies alles zusammenrechnen, dann kommen Sie zu dem Ergebnis, dass der kommunale Anteil an den Netto-steuereinnahmen von Land und Gemeinden im Jahr 2004 wiederum auf fast 42 % angestiegen ist. Was heißt dies? Fast 42 % Anteil der Gemeinden am Steueraufkommen – dies bedeutet, dass der Anteil der Gemeinden zwar noch nicht ganz so hoch ist wie im Zeitraum von 1998 bis 2002, aber höher ist als in der Zeit von 1993 bis 1998.

Meine Damen und Herren, wenn man dies alles zusammenfasst, dann kann man ohne weiteres sagen – und das kann ich hier, ohne rot zu werden, tun –, dass es eine faire Partnerschaft zwischen dem Land und den Kommunen gibt. An dieser fairen Partnerschaft werden wir auch in Zukunft festhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Diese faire Partnerschaft gilt übrigens auch – Kollege Oettinger hat es angesprochen – zwischen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und dem Land. Ich will das jetzt nicht vertiefen, aber eines ist klar: Wir werden aus meiner Sicht die Chance haben, im Herbst zu einer Entscheidung über die Erhöhung der Rundfunkgebühr zu kommen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Sender ihre Hausaufgaben erledigen. Damit meine ich nicht den Südwestrundfunk, der seine Hausaufgaben erledigt hat. Aber ich habe schon die Erwartung an die Sender, an die Programmgestalter in den Sendern, dass bis zur Sommerpause dieses Jahres auch strukturelle Vorschläge zur Abspeckung der Sender gemacht werden. Das ist meines Erachtens schon eine Voraussetzung dafür, dass wir zum 1. Januar 2005 zu einer Entscheidung kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Bei der Messe habe ich im Gegensatz zu CDU und SPD kein Problem. Die FDP in Leinfelden-Echterdingen hat zu 100 % der Messe zugestimmt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wie viele Leute sind das?)

– Einer.

(Heiterkeit)

Darum sage ich es.

(Zuruf: Gute Führung! – Weitere Zurufe)

– Gute Führung.

(Unruhe – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Im Ernst will ich aber darauf hinweisen, dass ich natürlich Respekt habe vor der Leistung, vor dem Auftreten, vor dem Denken des Oberbürgermeisters – das will ich hier sagen –, und ich muss einfach zur Kenntnis nehmen, dass im Gemeinderat keine Mehrheit für die Messe vorhanden ist. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, meine Damen und Herren, dass ich keinen Zweifel daran lasse: Die Messe oben auf den Fildern muss kommen, und sie wird auch kommen. Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist das Exportland Nummer 1. Wir brauchen eine starke Messe. Wir brauchen ein Schaufenster für die Wirtschaftskraft dieses Landes. Deshalb bleibt es dabei: Auch gegen die Entscheidung des Gemeinderats, die ich bedauere, wird die Messe auf den Fildern kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie ist eine der Zukunftsinvestitionen, die wir zu leisten haben.

Eine zweite Zukunftsinvestition ist der Bereich von Bildung, Forschung und Wissenschaft. Herr Kollege Drexler, der Bundeskanzler bemühe sich, lese ich, jetzt den Anteil der Ausgaben für Forschung, Technologieförderung und Innovationen bundesweit von etwa 2,3 % in die Größenordnung von 3 %, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, zu bringen.

(Abg. Drexler SPD: Jawohl!)

Dazu möchte ich Ihnen sagen, dass wir in Baden-Württemberg natürlich längst viel weiter sind. Wir haben nachgewiesenermaßen einen Anteil von 3,9 % am Bruttoinlandsprodukt.

(Abg. Drexler SPD: Richtig! Fast 4 %!)

Fast 4 % am Bruttoinlandsprodukt! Damit haben wir schon in der Vergangenheit die Grundlagen dafür gelegt, dass es wirtschaftlich in Baden-Württemberg besser geht als in anderen Bundesländern.

(Abg. Drexler SPD: Deswegen dürfen wir jetzt nicht rückwärts gehen!)

Natürlich gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und dem Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deswegen können wir froh sein und brauchen uns überhaupt nicht zu verstecken.

(Abg. Drexler SPD: Aber Sie dürfen nicht abbauen!)

– Herr Kollege Drexler, wenn Sie sich einmal anschauen, was beispielsweise das Centrum für Hochschulentwicklung zur Universitäts- und Forschungslandschaft Baden-Württembergs sagt, was der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft zur Forschungslandschaft Baden-Württembergs sagt, was die Deutsche Forschungsgemeinschaft zu unseren Hochschulen und Universitäten sagt, dann werden Sie feststellen:

(Abg. Drexler SPD: Und was Rektoren jetzt sagen!)

(Pfister)

Wir sind längst auf dem Weg, auf dem andere Bundesländer noch nicht sind. Wir haben ein höheres Maß an Autonomie für unsere Hochschulen erreicht, wir haben längst eine leistungsorientierte Mittelzuweisung in unserer Finanzierung, wir geben den Studierenden längst die Möglichkeit, die Hochschule ihrer Wahl auszusuchen, und umgekehrt natürlich den Hochschulen die Möglichkeit, die Studierenden ihrer Wahl auszusuchen, wir haben längst einen Beschluss, die unsinnige ZVS aufzulösen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir sind längst auf dem Weg,

(Abg. Drexler SPD: Deswegen kürzen Sie jetzt!)

die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass so genannte Elitehochschulen in der Zukunft überhaupt eine Chance haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Eine Elitehochschule stampft man nicht einfach auf der grünen Wiese aus dem Boden,

(Zuruf von der SPD: Das wissen wir auch!)

sondern eine Elitehochschule wird man dadurch erreichen, dass die Fesseln, die man den Hochschulen in Baden-Württemberg und anderswo angelegt hat, abgelegt werden.

Herr Kollege Drexler, solange Sie nicht bereit sind, diese Lockerung in der Hochschullandschaft, angefangen bei den Studiengebühren bis hin zur Auflösung der ZVS und vieles andere mehr, mit uns in Berlin und anderswo vorzunehmen, so lange nehme ich Ihnen nicht ab, dass Sie es mit den Elitehochschulen wirklich ernst meinen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD:
Die ZVS haben Sie doch selbst gemacht! – Abg.
Carla Bregenzer SPD: Die Länder haben ja noch
nicht einmal etwas zustande gebracht!)

Wir legen hier einen Haushalt vor, von dem ich nicht sagen kann, dass er die Erfüllung aller Träume ist. Er ist eine Zwischenetappe auf einem Weg, den wir uns klar vorgegeben haben, dem Weg, schneller als andere Bundesländer zu einer Nullnettoneuverschuldung zu kommen. Dies ist nach wie vor unser wichtigstes Ziel. Ich glaube, dass dieser Haushalt hier eine Zwischenetappe darstellt, nicht mehr.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: 2 Milliarden € neue
Schulden! – Abg. Drexler SPD: Wo sind die
Schwerpunkte?)

Klar ist natürlich, dass wir mit diesem Haushalt unsere nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit unter Beweis stellen können. Ich bedanke mich sehr bei all denjenigen, die dafür gesorgt haben, dass dieser Haushalt so vorgelegt werden konnte, und auch bei Herrn Kollegen Moser als Vorsitzendem des Finanzausschusses. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Haushalt unsere nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit in der Zukunft unter Beweis stellen wird. Ich glaube, dass Baden-Württemberg trotz schwierigster Zeiten auch in der Finanzpolitik nach wie vor auf einem guten Wege ist und nach wie vor das Wort gilt,

dass Baden-Württemberg ein Modell deutscher und europäischer Möglichkeiten ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Regierung hat uns einen Haushalt vorgelegt, von dem sie schon bei der Einbringung wusste, dass das Zahlenmaterial nicht mehr stimmte. Wir konnten logischerweise nur mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf arbeiten;

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wir auch!)

wir können ja nicht mit irgendwelchen Presseerklärungen Haushaltspolitik machen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wir auch!)

Teilweise – zum Beispiel was die Beihilfeänderung betrifft – wurden Nachschiebelisten am Abend vor den Ausschussberatungen nachgereicht. Und bei einem solchen Vorgehen sollen wir unserer Kontrollpflicht seriös nachkommen! Es ging ja immerhin um drastische Eingriffe. Dies ist als Erstes zu kritisieren; das ist typisch für Ihre gesamte Haushaltspolitik.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Drexler
und Fischer SPD)

Diese Haushaltspolitik läuft seit 30 Jahren nach dem Motto „von der Hand in den Mund“. Das ist der wirkliche Grund dafür, dass wir jetzt in der Schuldenfalle sitzen. Das Land macht nach 2003 zum zweiten Mal 2 Milliarden € neue Schulden. Der Schuldenberg ist jetzt mit 39 Milliarden € deutlich höher als das Volumen des gesamten Landeshaushalts. Mit den neuen Schulden können wir gerade die Zinsen der alten Schulden finanzieren.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Wo er Recht hat, hat er
Recht!)

Die Pensionslawine rollt mit jährlich zusätzlich rund 200 Millionen € auf uns zu. Dafür wurde keinerlei Vorsorge getroffen. Auch da galt immer die Politik „von der Hand in den Mund“. Man stellt lieber Beamte als Angestellte ein: Das ist im Moment billiger, und man schiebt die Lasten in die Zukunft.

Das ist der wirkliche Grund, weshalb wir heute diese Ergebnisse haben: eine Politik „von der Hand in den Mund“.

Die mittelfristige Finanzplanung, die Sie vorgelegt haben, kann deswegen nur unseriös sein. Herr Kollege Oettinger und Herr Kollege Pfister, wir erinnern uns gern daran: Schon Ministerpräsident Späth hat von einer Nettonullverschuldung herumschwadroniert. In Wirklichkeit hat er mit seinen windigen Konstruktionen Schattenhaushalte geschaffen und die entsprechenden Schulden, die wir inzwischen Gott sei Dank zum Teil durch den Verkauf der EnBW abtragen konnten. Es war immer dieselbe Politik: Große Ankündigungen einer Nullneuverschuldung, und in Wirklichkeit wird das Gegenteil gemacht: von der Hand in den Mund.

(Kretschmann)

Zum x-ten Mal – dass Sie sich nicht einfach genieren, das jedes Mal zu wiederholen! – kündigen Sie jetzt wieder eine Nullneuerschuldung an, diesmal verschoben auf das Jahr 2008.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Manche sagen schon 2009!)

Der Kollege Oettinger hat da einen echten Kalauer produziert. Ich zitiere – und nehme an, das ist richtig; ich habe es über dpa bekommen –:

Wir geben das Ziel der Nettonullverschuldung bis 2006 nicht auf, aber wir halten das Datum nicht ein.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Lachen der Abg. Behringer und Döpfer CDU)

Herzlichen Glückwunsch! Ich glaube, Sie sollten das ein bisschen ernster nehmen. Jetzt versprechen Sie das wieder – ohne irgendeine Grundlage, ohne ein Konzept, ohne eine Strategie. Das alles ist doch schlicht aus der Luft gegriffen, sind gegriffene Zahlen. Dankenswerterweise haben Sie jetzt wenigstens einmal Andeutungen gemacht, Herr Kollege Pfister, in welche Richtung es gehen soll. Aber das ist wieder nur eine Ankündigung. Nun sind Sie schon in der zweiten Legislaturperiode in dieser Konstellation an der Regierung, und es geschieht nichts.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Aber die Ankündigungen gehen weiter als die Änderungsanträge Ihrer Fraktion! – Abg. Pfister FDP/DVP: Aber nicht nur auf Wirtschaftswachstum setzen!)

Kann man da von einer mittelfristigen Finanzplanung sprechen? Ich würde sagen, nein. Das ist in Wirklichkeit eine mittelfristige Finanzwahrsagerei, was Sie machen. Wenn Sie jemanden aus der Hand lesen ließen, dann wäre das immerhin billiger, als ein ganzes Referat solch eine mittelfristige Finanzplanung machen zu lassen, die das Papier nicht wert ist, auf dem sie geschrieben ist.

(Beifall bei den Grünen)

Was macht Teufel? Teufel schaut zu und ist innovativ. Er hat eine große innovative Idee gehabt, nämlich die Landesstiftung. Man lässt diese ganze Entwicklung laufen. Wir laufen immer weiter in die Schuldenfalle. Konzepte, besonders für die kommenden Pensionslasten, sind nicht erkennbar. Aber man ist innovativ und nimmt die Erlöse aus dem EnBW-Verkauf in die Landesstiftung, sodass man dann fernab vom Parlament und von der Öffentlichkeit – vor allem der Öffentlichkeit – aus diesem großen Orchideentopf nach wie vor Wohltaten verteilen kann, und wir machen hier 2 Milliarden € Schulden.

Was heißt das? Jetzt haben Sie „Wachstum“ dazwischengerufen.

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Wissen Sie, was das bedeutet,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich habe gesagt: „nicht nur“! Haben Sie nicht zugehört, was ich gesagt habe?)

Herr Kollege Oettinger? Das bedeutet bis zum Jahr 2007 11 % Wachstum.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

Das ausbleibende Wachstum verschärft unsere Probleme; das wird niemand ernsthaft bestreiten. Deswegen hat die Bundesregierung die entsprechenden Maßnahmen in dieser Legislaturperiode ergriffen, um die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass es mit der Wirtschaft wieder aufwärts geht. Wir allerdings stehen für nachhaltiges Wachstum, nicht für ein blindes Wachstum.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Theurer?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Ungern.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Präsident Straub: Bitte schön.

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Kollege Kretschmann, Sie haben gerade die Bundesregierung angesprochen. Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass Herr Eichel sogar bereits 2004 die Nullverschuldung erreichen wollte, und wie beurteilen Sie dieses Versagen der Bundesregierung?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist wieder etwas anderes! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das lenkt ja bloß ab!)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Das beurteile ich nicht positiv. Warum sollte ich das auch? Aber ich meine, dass das die üblichen Ablenkungsmanöver sind. Auch der Kollege Oettinger hat ja die Haushaltspolitik eher am Rande gestreift, und er wird schon gewusst haben, warum.

Dieses ausfallende Wachstum verschärft unsere Probleme. Wir brauchen natürlich in vielen Bereichen ein nachhaltiges Wachstum. Ausgerechnet das einzige Feld, auf dem wir das hatten, nämlich bei den erneuerbaren Energien, ist von Ministerpräsident Teufel mit seinen fanatischen Antiwindkraftkampagnen torpediert worden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Hillebrand CDU)

Gerade auf einem Gebiet, auf dem die Leute bereit sind, ihr gutes Geld für vernünftige ökologische Investitionen auszugeben, auf dem in den letzten fünf Jahren 40 000 Arbeitsplätze geschaffen worden sind, wird bürokratisch gebremst, aber im eigenen Haushalt will man noch massiv beim Klimaschutz streichen und gar nichts für die Lösung der ökologischen Probleme tun. Gott sei Dank hat der Kollege Oettinger wenigstens verhindert, dass der minimale Beitrag von 5 Millionen €, den das Land dazu leistet, noch weiter gekürzt wird. Immerhin ein kleiner Lichtblick!

Es fehlt einfach an Wahrheit und Klarheit, an dem Willen, den Tatsachen ins Auge zu sehen.

(Kretschmann)

Die Regierungsfractionen haben nach meiner Beobachtung drei Konzepte:

Erstens: Mit ihrer Mehrheit die Opposition möglichst kommentarlos und ohne Begründung aussitzen. Die Opposition hat zu den Beratungen im Finanzausschuss annähernd 200 Anträge eingebracht. Der überwältigende Anteil davon betraf Streichungen. Angesichts der finanziellen Probleme, die wir haben, müsste man ja wenigstens erwarten, dass Sie sagen: „Den einen oder anderen Antrag tragen wir mit.“ Umgekehrt machen wir ja schließlich auch einen Großteil Ihrer Streichungen mit. Völlige Fehlanzeige! Aber nicht nur das, sondern die Ablehnung unserer Anträge wird nicht einmal begründet. Ohne Begründung, ohne Kommentar laufen unsere Anträge in den Finanzausschusssitzungen an den Regierungsfractionen vorbei. Der Kollege Oettinger verweist dann auf die Haushaltsstrukturkommission, die bekanntlich jenseits der Öffentlichkeit tagt. Ich will wissen, was dabei jetzt Großes herausgekommen ist. Das kann ich nicht erkennen.

Das ist die erste Strategie der Regierungsfractionen:

(Beifall bei den Grünen)

Sie sitzt die ganze Opposition einfach kommentarlos aus.

Zweitens: Durch Ihre eigenen Anträge im Promillebereich zeigen Sie, dass Sie auch noch existieren.

(Heiterkeit der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Das, was Sie als Fraktion für die Öffentlichkeit sichtbar bewegt haben, liegt in der Größenordnung von 10 Millionen €, wohingegen in anderen Bereichen, in denen es wirklich um viele Millionen geht, völliges Stillschweigen herrscht.

Dritte Strategie: Keine Schwerpunkte setzen. Dann muss man nicht Farbe bekennen und keine schmerzhaften Eingriffe vornehmen. Das haben Sie wieder durch eine globale Minderausgabe von annähernd 400 Millionen € gezeigt, wobei Sie ja noch 152 Millionen € aus dem Jahr 2002 vor sich herschieben. Es ist doch der Abgesang auf Gestaltung, wenn man als Regierungskoalition so etwas zulässt, wenn man sagt: „Das soll einfach die Regierung machen, und wir passen. Wir haben nichts dazu zu sagen, wo im Haushalt wirklich Schwerpunkte in Angriff genommen werden sollten.“

Schwerpunkte muss man aber gerade dann setzen, wenn die Mittel knapp sind. Wenn die Mittel reichlich fließen – was sie natürlich in Wirklichkeit seit 30 Jahren nicht mehr tun –, dann kann man eher alle Wünsche bedienen. Dann kommt es nicht so sehr darauf an. Jetzt kommt es darauf an, Schwerpunkte zu setzen. Das haben Sie aufgegeben und haben die globalen Minderausgaben drastisch erhöht. Das betrifft jeden hundertsten Euro; das muss man sich einmal vorstellen. Völlig jenseits des Parlaments wird entschieden, wo durch die Regierung etwas ausgegeben wird und wo nicht. Dabei besteht folgende Gefahr: Da die Streichungen nicht mehr hier im Landtag im Gefecht der öffentlichen Auseinandersetzung erfolgen, wird genau bei denjenigen gestrichen, die nicht schreien können und die keine Lobby haben.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Drexler SPD)

Genau das ist die Gefahr der globalen Minderausgaben.

Wir hatten den Mut, solche Schwerpunkte zu setzen, und wir haben bei dieser knappen Finanzlage über 270 Millionen € umgeschichtet. Darauf sind wir stolz. Wir haben sie in die richtigen Schwerpunkte umgeschichtet, nämlich auf der einen Seite in Bildung, Forschung und Entwicklung und auf der anderen Seite in die Kommunen. Denn wir wissen, dass viele unserer Kommunen mit dem Rücken zur Wand stehen. Deswegen war es, glaube ich, ein absolut richtiges Konzept, in dieser dramatischen Situation den Kommunen nicht in die Tasche zu greifen.

Was haben Sie gemacht? Sie haben die Gewerbesteuerreform blockiert, sodass wir jetzt lediglich eine Senkung der Gewerbesteuerumlage haben, aber keine Reform. Denn Sie waren nicht in der Lage, die Schwächen Ihrer eigenen Konzeption auszumerzen, zum Beispiel das Stadt-Umland-Problem

(Abg. Theurer FDP/DVP: Das ist lösbar!)

oder das Problem, dass Kommunen im ländlichen Raum drastischere Erhöhungen der Einkommensteuersätze durchführen müssten als Städte. Das alles konnten Sie nicht beantworten.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Doch, das können wir beantworten!)

Genau das war auch der Grund, warum Ihre eigene kommunale Basis Ihr Modell abgelehnt hat. Sie greifen stattdessen in einer so dramatischen Situation den Kommunen mit 180 Millionen € massiv in die Tasche.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt müssen Sie bei den richtigen Zahlen bleiben! – Abg. Drexler SPD: 80 Millionen € im Investitionsfonds!)

Bei den Schlüsselzuweisungen, bei den ÖPNV-Mitteln, im Kfz-Steuerverbund und im Ausgleichstock werden 115 Millionen € gestrichen. Im Kommunalen Umweltschutzfonds werden 27 Millionen € gestrichen, bei der Krankenhausfinanzierung werden 15,5 Millionen € gestrichen, im Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum werden 10 Millionen € gestrichen, bei der Stadtsanierung 8 Millionen €, beim Schulhausneubau 4,1 Millionen € und in Einrichtungen der Altenhilfe 2,4 Millionen €. Das sind genau die Positionen, bei denen Sie streichen, und es sind genau die Positionen, für die wir richtigerweise Mittel umgeschichtet haben.

Stattdessen geben Sie für Großprojekte wie Stuttgart 21 und die Fildermesse einfach Geld aus, das Sie gar nicht haben. Dazu muss ich doch noch einmal einen Satz verlieren:

(Abg. Theurer FDP/DVP: Der Verzicht auf Großprojekte saniert den Haushalt nicht!)

Herr Kollege Oettinger, Sie haben gesagt: „Wir müssen alles daraufhin überprüfen, ob es in unserem Land Arbeit und Beschäftigung bringt und ob es die Wirtschaft auf Trab bringt.“ Jetzt frage ich Sie einmal: Ist es eigentlich richtig,

(Kretschmann)

im Kernbereich des Landes, bei den Universitäten, so drastisch zuzulangen? Bei den Fachhochschulen sind es 20,9 Millionen €, bei der Kürzung des Solidarpakts sind es 30 Millionen €. Ist es richtig, dort zu kürzen und stattdessen eine Messe zu bauen, die nicht zu den Kernaufgaben des Landes gehört? Sie ist eine Kernaufgabe der Wirtschaft. Wenn Sie sich den Messemarkt einmal anschauen, sehen Sie: Von 1998 bis jetzt ist die gesamte Ausstellungsfläche von 2,3 Millionen Quadratmeter auf 2,6 Millionen Quadratmeter gestiegen, und zwar bei sinkender Nachfrage. Was ist der Grund dafür? Der klassische Subventionswettlauf: Man macht etwas, weil alle es machen. Niemand hat eine einzige neue Messe entdeckt. Es kommt nur zu Verschiebungen von Messen von einem auf einen anderen Standort. Wir haben x Beispiele dafür, dass diese Subventionswettläufe der öffentlichen Hand in Bereichen, in denen sie weder besondere Kompetenz noch Zuständigkeit besitzt, zu nichts Gutem führen.

(Beifall bei den Grünen)

Schauen Sie nur die ganzen Agrarsubventionen an, dann wissen Sie es. In einer solchen Situation einen neuen Subventionstatbestand in einer solchen Größenordnung zu schaffen und dann noch großzügig einer Kommune, die die Messe gar nicht möchte, weil sie die Verkehrsprobleme, die dort entstehen, nicht lösen kann, 35 Millionen € anzubieten – was hat das denn mit einer Politik zu tun, die den Mittelstand und unsere Wirtschaft stärkt und im Blick hat, wofür wir zuständig sind? Wir sind zuständig dafür, der Wirtschaft und dem Mittelstand gut ausgebildete junge Leute zu vermitteln und eine Universitäts- und Fachhochschullandschaft zu haben, die den Herausforderungen gerecht wird,

(Abg. Döpfer CDU: Dazu brauchen wir auch Geld!)

und nicht dafür, dort 50 Millionen € zu streichen und stattdessen Dinge zu finanzieren, für die wir nicht zuständig sind.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die einzige vernünftige Rede! – Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Dasselbe gilt in anderen wichtigen Bereichen und für die demographischen Entwicklungen: Wir haben den Mut, beim Landeserziehungsgeld kräftig umzuschichten, weil wir mehr Kleinkindbetreuung brauchen. Wir haben den Mut, zugunsten von Ganztagschulen umzuschichten, weil wir wissen, dass wir nur so von unten anfangen können, eine gute, zuverlässige Bildung und Ausbildung für unsere jungen Menschen zu finanzieren. Das muss die Kernaufgabe unserer Politik sein.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Wir haben dafür klipp und klar unter großen Anstrengungen Vorschläge unterbreitet. Ich bin den Kolleginnen und Kollegen aus meiner Fraktion wirklich dankbar dafür und auch stolz darauf, wie sie das mit dem kleinen Mitarbeiterstab, den wir besitzen, in ihren Ressorts gemacht haben. Sie haben eine gewaltige Anstrengung unternommen und gezeigt: Ja, es ist möglich, in diesem Haushalt auch unter schwierigen Bedingungen Schwerpunkte zu setzen und zu sagen,

wo die Kernkompetenzen und die Kernaufgaben des Landes sind, und dort umzuschichten, ohne zugleich durch Luftbuchungen, Einmalverkäufe und unseriöse Finanzierungskonzepte selbst unseriös zu sein. Vielmehr haben wir das knallhart auf einer seriösen Grundlage gemacht. Darauf sind wir stolz. Ich finde, wir haben dem Parlament damit gezeigt, wie man auch in schwierigen Zeiten eine gute, zukunftsweisende Finanzpolitik macht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Ministerpräsident Teufel.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushalt 2004 ist wie die Vorjahreshaushalte von ständig zurückgehenden Steuereinnahmen geprägt. Auf der Einnahmeseite schlagen sich die wirtschaftliche Entwicklung, die hohe Arbeitslosigkeit, die Investitionsschwäche unserer Wirtschaft und die zunehmende Zahl von Konkursen nieder. Sie alle führen zu geringeren Steuereinnahmen auf der Grundlage von sehr viel geringeren Erträgen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Plus 3 % letztes Jahr!)

– Im letzten Jahr hat man uns genauso irregeführt, wie man uns jetzt irreführt. Wenn Sie sich die Mühe machen und sich exakt aus dem Januar des Jahres 2003 – ich habe mir solche Zeitungen aufgehoben – die Wachstumsprognosen der Bundesregierung vor Augen führen, dann sehen Sie, dass sie exakt so hoch waren, wie die Wachstumsprognosen auch jetzt sind. Am 1. Januar lagen sie bei 2,0 %, und am 31. Dezember lagen sie bei minus 0,1 %. Das ist doch ein Problem, von dem alle öffentlichen Haushalte – der Bundeshaushalt, die Länderhaushalte und die kommunalen Haushalte – abhängen.

Die Steuereinnahmen für das Jahr 2004 wurden erstmals im Jahr 2000 vom Arbeitskreis Steuerschätzung geschätzt. Das Ergebnis damals, die Prognose für 2004: 547,4 Milliarden € bundesweit. Das Ergebnis der aktuellen November-Steuerschätzung, auf der jetzt unser Haushalt beruht: 453,4 Milliarden € Einnahmen bundesweit. Die Differenz zu der Prognose im Jahr 2000 beträgt 94 Milliarden €; das sind 17 % weniger. Das ist doch unser Problem!

Herr Kollege Kretschmann hat seine Ausführungen mit der Aussage begonnen: „Die Landesregierung hat einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der schon zum Zeitpunkt seiner Einbringung nicht mehr gestimmt hat.“ Das ist wahr. Warum war das denn so? Weil wir den Haushalt vor der November-Steuerschätzung eingebracht haben – mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die ausstehende November-Steuerschätzung – und weil wir in der November-Steuerschätzung für das Jahr 2004 gegenüber der Steuerschätzung vom Mai letzten Jahres noch einmal einen Ausfall von 467 Millionen € zu verzeichnen hatten.

Was blieb uns denn dann anderes übrig, als eine Nachschiebeliste vorzulegen? Was blieb uns denn anderes übrig, als

(Ministerpräsident Teufel)

wieder in der Koalitionsrunde zu tagen, mit den beiden Regierungsfractionen zu sprechen, die die Verantwortung für weitere hohe Kürzungen übernommen haben? Ich sage das mit allem Respekt an die CDU- und an die FDP/DVP-Fraktion: Sie allein tragen die Verantwortung für Kürzungen in Milliardenhöhe, die in den letzten Jahren erfolgt sind, damit wir uns in Baden-Württemberg nicht noch höher verschulden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Diese ganze Entwicklung können wir bei allem guten Willen nicht allein über Einsparungen abfangen. Denn wir müssen auch noch das Notwendige tun und investieren.

(Abg. Behringer CDU: So ist es!)

Wir haben uns deshalb leider auch höher verschulden müssen, als wir dies selbst wollten.

Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte – vor allem jener des Bundes – war im Jahr 2003 so hoch wie nie. Die damit verbundene Gesamtschuldenquote von 62,7 % – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – und die Defizitquote von 4 % lassen uns von der Erfüllung der Maastricht-Kriterien weit entfernt sein. Auch 2004 wird Deutschland den Europäischen Stabilitätspakt aller Voraussicht nach brechen, und das ist keine gute Entwicklung.

Meine Damen und Herren, 25 % der Ausgaben des Bundes sind bereits Transfers an die Sozialversicherungen – 25 %! Professor Siebert, ein Nationalökonom mit großem Ansehen, der viele Jahre Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung war, sagt: „Dass Sozialleistungen auf Kredit finanziert werden, kennt man eigentlich nur aus lateinamerikanischen Problemländern.“ So weit sind wir gekommen.

(Abg. Fischer SPD: Die letzten fünf Jahre anscheinend erst!)

Die entscheidende Zahl des letzten Jahres wurde bereits vom Kollegen Oettinger zitiert. Ich wiederhole sie: Die Zahl der Arbeitsplätze ist in einem einzigen Jahr um 630 000 gesunken. Es ist überhaupt nicht sichtbar, dass diese Entwicklung selbst bei einem prognostizierten Wachstum von 2 %

(Abg. Behringer CDU: So ist es!)

gestoppt würde. Das sagen alle die, die sich über bessere Wachstumsprognosen für das kommende Jahr freuen.

(Abg. Döpper CDU: Bittere Wahrheit!)

Meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger sehen die Entwicklung ganz anders. Jeder von uns hat Neujahrsempfänge besucht, ist in den letzten Wochen des Januars mit vielen Mittelständlern, mit Bürgerinnen und Bürgern zusammengekommen und wird bestätigen, dass die Prognosen in Gesprächen mit Vertretern der Wirtschaft und der Banken keineswegs so günstig sind wie die, die offiziell verkündet werden. Laut ZDF-Politbarometer vom 16. Januar dieses Jahres meinen 49 % der Befragten, es werde sich im laufenden Jahr bei der wirtschaftlichen Entwicklung

nichts Wesentliches ändern. 26 % sind sogar davon überzeugt, dass es weiter abwärts gehen wird.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wer sagt das?)

Den privaten Konsum werden solche Überzeugungen nicht beflügeln. Nur 4 % der Befragten glauben, dass ihnen die zum 1. Januar dieses Jahres in Kraft getretenen Reformen Entlastungen bringen. Aber 54 % glauben, dass durch diese Beschlüsse weitere Belastungen auf sie zukommen, und die Letzteren haben Recht. Denn in der Tat ist den Bürgern das, was ihnen in die eine Hosentasche gegeben worden ist, mit den gleichen Beschlüssen vom Dezember aus der anderen Hosentasche wieder herausgenommen worden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sonst hätten der Bundeshaushalt und auch eine Reihe anderer öffentlicher Haushalte durch diese Beschlüsse kein Plus ausgewiesen.

Der Kern unserer wirtschafts- und finanzpolitischen Misere ist also seit Jahren die stark sinkende Beschäftigung in Deutschland. Das bedeutet für die öffentlichen Kassen weniger Beschäftigte, bedeutet weniger Steuereinnahmen und bedeutet weniger Zahler von Sozialabgaben.

Dazu kommen noch Sonderfaktoren. Mit welchen Freudengesängen haben Sie hier an diesem Pult – und zwar mit den gleichen Freudengesängen, mit denen Sie jetzt Forderungen nach Elitehochschulen und nach Ganztagschulen erhoben haben – ein Antistauprogramm mit Milliardenbeträgen, die das Land Baden-Württemberg bekommen sollte, angekündigt!

(Abg. Kiefl CDU: Die stehen im Stau!)

Die Zahlungen hätten zum 1. Januar des letzten Jahres beginnen sollen. Im ganzen Jahr 2003 hat Baden-Württemberg aber keinen einzigen Euro bekommen. Alle Verkehrsmaßnahmen im Land Baden-Württemberg geraten ins Hintertreffen. Im letzten Jahr hat zum Beispiel der Kollege Boris Palmer zur Lkw-Maut in einer Pressemeldung seiner Fraktion wörtlich ausgeführt:

„Erwin Teufel muss seinen Minister zur Ordnung rufen“, sagte . . . Boris Palmer. Falls Müller die Lkw-Maut in letzter Minute zu Fall bringe, bedeute dies einen immensen Schaden

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

für die Umwelt, für die öffentlichen Haushalte und die Verkehrsinvestitionen.

– Pressemitteilung der Grünen vom 19. Mai 2003.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Blenke CDU: Das tut weh!)

Da muss doch die Frage erlaubt sein, wann die Opposition hier im Landtag ihre eigene Bundesregierung zur Ordnung rufen will, um weiteren immensen Schaden für die öffentlichen Haushalte abzuwenden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Teufel)

Meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, die Ergebnisse der beiden Umfragen

(Abg. Kübler CDU: Die sind sehr gut!)

von verschiedenen Meinungsforschungsinstituten, die heute in der Zeitung stehen, zeigen, dass Sie auf dem Tiefstand sind, seitdem Meinungsumfragen durchgeführt werden. Sie haben das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger restlos verloren.

(Abg. Kübler CDU: Ja!)

Ich sage Ihnen: Sie gewinnen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger nicht zurück, wenn Sie die Schuld bei anderen sehen, wie in der heutigen Debatte, sondern Sie gewinnen Vertrauen, wenn überhaupt, nur dann zurück, wenn Sie zuerst vor Ihrer eigenen Türe kehren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das empfehle ich Ihnen.

Was tut die Bundesregierung gegen diese Entwicklung? Über 50 Kommissionen und Expertengremien agieren außerhalb der verfassungsmäßigen Gremien von Parlament und Regierung.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wie viele Gutachten gibt es bei uns?)

Und Sie, Herr Kretschmann, stellen sich hier hin und sagen, wichtige Entscheidungen und Beratungen würden nach außerhalb des Parlaments verlegt. Über 50 Kommissionen und Expertengremien bei der Bundesregierung, über 1 700 Analysen und Studien im Gesamtwert von 200 Millionen € von externen Beratern seit dem Amtsantritt von Rot-Grün! Wer macht denn eigentlich in Berlin noch Politik in den Ministerien,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das frage ich mich hier auch!)

die Bundesregierung oder Unternehmensberatungen und Expertenzirkel? Tagtäglich werden die Menschen im Land durch die Politik aus Berlin aufs Neue verunsichert: Eine Politik ohne Gestaltungsanspruch,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Politik, die sich treiben lässt, Politik, die so gemacht wird wie bei dem Meister, zu dem der Geselle gesagt hat: „Meister, die Schuhe sind fertig. Sollen wir gleich mit Flickern beginnen?“

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Die Gesundheitsministerin sagt noch in dem Monat, in dem die Gesundheitsreform in Kraft getreten ist,

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

die Gesundheitsreform müsse an wichtigen Stellen korrigiert werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist gemeinsam mit Ihrer Partei auf den Weg gebracht worden!)

– Dieser Zwischenruf ist ja wunderbar.

(Abg. Seimetz CDU: Oh Haußmann!)

Sie werden nicht bestreiten wollen, dass die 1 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium von Frau Schmidt den Gesetzentwurf erarbeitet haben, der dem Parlament vorgelegt werden muss und der jetzt korrigiert wird.

(Abg. Drexler SPD: Reden Sie sich nicht wieder heraus! Das war ein Kompromiss! Das ist wieder typisch! Mit Ihrer Hilfe wurde die Praxisgebühr durchgesetzt! Dann hetzen Sie dagegen! Das haben wir gern! – Weitere Zurufe von der SPD)

Jetzt kommt das Ablenkungsmanöver mit den Eliteuniversitäten. Die Folge dieses Vorschlags ist ein Totalverriss bei allen Fachleuten und in allen Medien.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist nicht wahr!)

Man kann sich wirklich nur an Bert Brecht erinnern:

*Ja, mach nur einen Plan
Sei nur ein großes Licht!
Und mach noch 'nen zweiten Plan
Gehn tun sie beide nicht.*

Das ist die Politik der Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Meine Damen und Herren, auch ein starkes Land wie Baden-Württemberg sitzt im Boot Bundesrepublik Deutschland und kann sich dem Negativtrend, den die Bundesregierung durch ihre falsche Politik zu verantworten hat, nicht dauerhaft entziehen. Aber Baden-Württemberg ist nachweisbar im Gegensatz zum großen Rest der Republik immer noch in einer guten Verfassung. Das hat unser Land wesentlich dem Fleiß und dem Ideenreichtum seiner Menschen zu verdanken. Die Politik der Landesregierung hat ihren Teil dazu beigetragen. Die Bürgerinnen und Bürger haben Vertrauen in die Politik der Landesregierung und der beiden Parteien, die sie tragen; das geht sogar bis tief in die Anhängerschaft der SPD in Baden-Württemberg hinein.

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Meine Damen und Herren, klar muss doch sein, wenn wir über den Haushalt sprechen, dass wir nur mit einem deutlichen Wirtschaftswachstum und damit verbundenen Steuermehreinnahmen wieder eine bessere Situation der öffentlichen Haushalte bekommen. Dafür sind nun wirklich grundlegende, tief reichende Strukturreformen nötig.

Nun möchte ich zu einigen Bemerkungen der beiden Oppositionsführer etwas sagen.

Herr Kollege Drexler, Sie rühmen die Gießkanne, mit der die Bundesregierung trotz der Verschuldung durchs Land läuft. Wissen Sie: Es wäre sehr viel wertvoller, wenn der Bund, falls er übriges Geld hat, statt so genannte Eliteuniversitäten zu fördern dieses Geld dort ausgeben würde, wo er tatsächlich in der Bildungspolitik zuständig ist,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

beispielsweise in der auswärtigen Kulturpolitik. Weltweit schließen Sie Goethe-Institute und geben nur noch Mini-

(Ministerpräsident Teufel)

malbeträge für auswärtige Kulturpolitik aus, auch in Osteuropa, wo wir große Chancen für die deutsche Sprache und für die deutsche Kultur hätten. Im Mai des letzten Jahres versprechen Sie der Max-Planck-Gesellschaft, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, den Großforschungseinrichtungen eine Steigerung des jährlichen Förderbetrags. Im August des letzten Jahres nehmen Sie diese Zusage nicht nur zurück, sondern Sie kürzen die Förderbeträge.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Inzwischen sind wir so weit, dass der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft bei den Ministerpräsidenten war. Er hat auch mir einen Besuch abgestattet und gesagt, seine Gesellschaft müsste dringend zwei neue Institute gründen, ein Institut für Softwareentwicklung und ein Institut für Altersforschung. Sie habe das gesamte Konzept entwickelt, habe aber keine Chance, vom Bund, der dafür zuständig ist, auch nur einen einzigen Euro zu bekommen. Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft geht jetzt zu den Ministerpräsidenten der Länder und fragt nicht etwa, ob diese zur Mitfinanzierung bereit seien, sondern er sagt: Wir können die Institute überhaupt nur gründen, wenn ihr anstelle des Bundes die Finanzierung der gesamten Institute, der Einrichtung und der laufenden Betriebskosten, übernimmt.

Das ist die Situation in einem Bereich, in dem der Bund zuständig ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wir reden doch hier im Landtag von Baden-Württemberg und nicht im Bundestag! Wir haben über den Haushalt des Landes Baden-Württemberg zu beraten!)

Ist es nicht ein Armutszeugnis für politische Gestaltung, wenn man sich dort, wo der Bund zuständig ist, seinen Verpflichtungen entzieht und glaubt, man könne populistisch Geld in anderen Bereichen verteilen, in denen man überhaupt keine Zuständigkeit hat?

(Zurufe von der SPD, u. a. der Abg. Carla Bregenzer)

Im Übrigen: Wie glaubwürdig ist denn Ihre Aussage, Herr Kollege Drexler, die große Einigkeit hinsichtlich der Zurückgabe von Aufgaben an die Länder sei da, wenn der Bund wirklich Tag für Tag nach neuen Länderzuständigkeiten greift und sich in ureigene Angelegenheiten der Länder einmischt?

(Abg. Drexler SPD: Er greift nicht! Er hat das angeboten! Das ist doch ein Unterschied!)

Das Zweite: die große Steuerreform. Die Opposition muss doch überhaupt nur deshalb handeln, weil die Regierung auf diesem Gebiet nichts tut.

(Abg. Drexler SPD: Dann macht es doch!)

Deswegen hat die FDP im Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf für eine große, grundlegende Steuerreform eingebracht. Ein CDU-Parteitag hat ein Konzept beschließen müssen, weil Sie auf diesem Gebiet nichts tun. Ihre Politik

ist doch eine völlig andere. Sie bleiben in der ganzen Steuerbelastung im System. Ihre Politik, die Politik des Bundesfinanzministers, war es doch im letzten Jahr, dem Bundestag und dem Bundesrat 48 einzelne Steuererhöhungsvorschläge in Gesetzesform vorzulegen.

(Abg. Drexler SPD: Was schwätzen Sie da?)

– Entschuldigung, Sie haben doch die große Steuerreform hier eingeführt, nicht ich!

(Abg. Drexler SPD: Herr Oettinger hat sie eingeführt, nicht ich! Was reden Sie denn mit mir? – Gegenruf des Abg. Oettinger CDU: Ganz ruhig bleiben!)

– Ja, zu Recht hat er sie eingeführt, völlig zu Recht. Das ist das wichtigste Reformvorhaben für dieses Jahr.

(Abg. Drexler SPD: Nur immer der Bund! Reden Sie mal über den Haushalt! Das wäre interessant! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Herr Kollege Drexler, Sie sind im letzten Drittel Ihrer Rede zum Haushalt gekommen. Zuvor haben Sie überhaupt nur über Bundespolitik gesprochen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Ich bin auf die Ausführungen von Herrn Oettinger eingegangen! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Nein, Sie haben sich zum Lautsprecher und Verstärker bundespolitischen Geldregens gemacht.

(Abg. Drexler SPD: Das sind doch bloß Sprüche! Reden Sie mal über Ihre GMA mit 400 Millionen! – Weitere Zurufe)

Wenn ich meine Aussage fortsetzen darf, dann sage ich: In Deutschland ist eine grundlegende Steuerreform mit einer Steuervereinfachung, mit einer radikalen Senkung der Tarife, mit größeren Freibeträgen für Arbeitnehmer und für Familien mit Kindern notwendig. Für diese Steuerreform setzen wir uns ein, und zwar beide Parteien CDU und FDP gemeinsam.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir werden Sie so lange drängen, bis Sie selbst in einer Kehrtwendung auf diesen Zug aufspringen. Wenn Sie das nicht tun – aber Schröder hat einen Riecher dafür, wenn irgendwelche Zeitströmungen auftreten –, machen Sie das selbst zum Hauptthema des nächsten Bundestagswahlkampfes, und wir werden in der neuen Legislaturperiode diese Aufgabe dann übernehmen – eine CDU/CSU-FDP-geführte Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: So machen wir es!)

Übrigens sind 73 % der Deutschen laut Umfragen für diese Steuerreform.

(Abg. Drexler SPD: Wenn sie nicht belastet werden!)

(Ministerpräsident Teufel)

Sie haben also allen Grund, sich möglichst schnell dieser Bewegung anzuschließen.

Dann wird neben den Sparmaßnahmen die Verschuldung des Landes kritisiert. Ich möchte Sie einmal fragen: Werfen Sie dem Oberbürgermeister von Freiburg, dem Oberbürgermeister von Mannheim oder dem Oberbürgermeister von Ulm vor, dass sich diese Städte in diesem Jahr erheblich höher verschulden als in früheren Jahren? Sie tun es nicht. Sie tun es zu Recht nicht. Denn sie können nun wirklich nichts dafür, dass ihre Steuereinnahmen weggebrochen sind. Was können denn die 16 Länder, wie auch immer sie regiert werden, dafür, dass ihnen die Steuereinnahmen weggebrochen sind? Ich möchte Sie also bitten, Ihre Glaubwürdigkeit dadurch zu erhalten, dass Sie uns nicht Entwicklungen vorwerfen, für die wir nun wirklich nicht verantwortlich sind.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Der Oberbürgermeister Dr. Salomon ist noch nicht einmal zwei Jahre Oberbürgermeister; Sie aber regieren schon seit fast 15 Jahren! – Weitere Zurufe)

Bei jeder Haushaltsplanberatung fallen Ihnen von der SPD und den Grünen nur zwei Dinge ein: Das Erste ist die Landesstiftung, das andere ist Rothaus. Heute haben Sie sogar das Zweite vergessen. Vielleicht bringen Sie es noch in der zweiten Runde.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Forderungsverkauf, Herr Ministerpräsident! Forderungsverkauf!)

Den Innovationspreis können Sie mit diesen jährlichen Wiederholungen jedenfalls nicht holen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Aber Sie mit der Schuldenaufnahme auch nicht!)

Jetzt ein paar Bemerkungen – kurze Bemerkungen, weil das schon zehnmal gesagt worden ist – zur Landesstiftung: Wir haben vom Verkaufserlös erstens Schulden in Höhe von über 800 Millionen DM getilgt. Dann haben wir 1,1 Milliarden DM für die Zukunftsoffensive Junge Generation verwendet,

(Abg. Pfister FDP/DVP zur SPD: Hier im Haushalt verabschiedet!)

die dazu beiträgt, dass dieses Land in der Forschung so gut dasteht.

(Beifall der Abg. Behringer CDU und Theurer FDP/DVP)

Einen weiteren Teilbetrag haben wir in die Landesstiftung eingebracht, weil wir nicht 50 % Steuern zahlen wollten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja! – Unruhe bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Hätten Sie mit dem Verkauf gewartet! Hätten Sie das mit dem Verkauf später gemacht! Hätten Sie es wie Stuttgart später gemacht!)

Von diesen 50 % Steuern hätten wir im Länderfinanzausgleich bis auf wenige Prozent alles an andere Länder abge-

liefert. Statt einer Steuerzahlung von über 1 Milliarde DM wollten wir diese Milliarde Mark einsetzen, um die Zukunftschancen der jungen Generation in unserem Land nachhaltig zu erhöhen. Das ist der Grund.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Meine Damen und Herren, 75 % aller Ausgaben der Landesstiftung sind ausschließlich für Bildung und Forschung verwendet worden. Dann kommt Herr Drexler und sagt, das seien Küraufgaben, aber keine Pflichtaufgaben. Finanziert wurde eine Sprachförderung – 10 Millionen € –, angelaufen in allen Kindergärten.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Baden-Württemberg war das erste Land in Deutschland –

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch eine Pflichtaufgabe! – Unruhe bei der SPD)

– Natürlich ist das eine Pflichtaufgabe!

(Abg. Drexler SPD: Also! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Dann kann es doch nicht über die Landesstiftung finanziert werden! – Anhaltende Unruhe bei der SPD)

– Entschuldigung! Wer liegt denn falsch? Sie oder ich? Sie haben doch behauptet, die Landesstiftung finanziere nur Küraufgaben. Ich habe Ihnen gesagt, es werde auch Sprachförderung finanziert, und dann sagen Sie, das sei eine Pflichtaufgabe.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Das ist doch gerade meine Meinung. Das ist doch unglaublich!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Unruhe)

Wir konnten schneller –

(Abg. Birzele SPD, Abg. Drexler SPD und ein weiterer Abgeordneter melden sich zu Zwischenfragen.)

– Noch einmal drei dürfen Zwischenfragen stellen. Mit großem Vergnügen! Bitte.

(Glocke des Präsidenten – Abg. Drexler SPD: Ja, ja! Aber der Präsident erteilt das Wort!)

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Ministerpräsident, darf die Landesstiftung Pflichtaufgaben des Landes unter steuerlichen Aspekten finanzieren?

Ministerpräsident Teufel: Ja. Sie darf diese Aufgabe finanzieren.

(Abg. Drexler SPD: Weil sie keine Pflichtaufgabe ist!)

Denn das ist natürlich geprüft, wie wir in jedem einzelnen Fall prüfen, ob etwas steuerfrei gemacht werden kann.

(Ministerpräsident Teufel)

(Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Drexler – Unruhe)

Zweitens: In keiner Verfassung und in keinem Gesetz steht, was Pflichtaufgaben eines Landes sind, sondern es ist politische Definition von Ihnen,

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Weitere Zurufe von der SPD)

wenn Sie „Pflichtaufgabe!“ rufen, und politische Definition von mir, wenn ich „Pflichtaufgabe“ gesagt habe.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wir alle haben das bis PISA nicht als eine vorrangige Pflichtaufgabe angesehen, aber wir haben nach PISA als Erste reagiert. Wir hatten dazu erstens den politischen Willen und zweitens die Möglichkeit, weil wir eine Landesstiftung haben und nicht bis zu den nächsten Haushaltsplanberatungen warten mussten. So einfach ist das.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Zweitens: Der Innenminister hat zum zweiten Mal einen Millionenbetrag aus der Landesstiftung für die Integration von Migrantenkindern bekommen. Ist das jetzt richtig, oder ist das falsch? Ich frage Sie: Ist das Kür, oder ist das Pflicht? Sie haben gesagt, das sei Kür.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD – Oh-Rufe von der CDU – Lebhaftige Unruhe)

Drittens: Wir fördern die Forschung. Wir fördern die Forschung zusätzlich aus der Landesstiftung. Herr Drexler sagt: Ihr habt auch bei der Forschung an den Fachhochschulen gekürzt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Massiv!)

In der Tat. Das hat jedem und jeder von uns weh getan. Aber in der Haushaltsstrukturkommission haben wir jedem Ressort Vorgaben über Einsparungen machen müssen. Sagen Sie mir einmal, wie wir auf den Einsparungsbetrag

(Abg. Pfister FDP/DVP: 1,2 Milliarden €!)

gekommen wären, wenn wir den Etat des Wissenschaftsministeriums – anschließend haben Sie auch noch die sozialen Kürzungen kritisiert, worauf ich noch komme – von Kürzungen ausgenommen hätten. Das wäre doch ganz und gar unmöglich gewesen. In der letzten Sitzung hat der Aufsichtsrat der Landesstiftung mit den Stimmen Ihrer Abgeordnetenkollegen aber ein Zusatzprogramm für die Forschung an den Fachhochschulen mit einem Volumen von 5 Millionen € beschlossen.

(Abg. Schmid SPD: Ja, ist doch logisch! – Abg. Drexler SPD: Sollen wir das Geld liegen lassen? – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Gott sei Dank haben wir die Landesstiftung. Pflicht und nicht Kür, kann ich nur sagen, wenn man an Zukunftsaufgaben denkt.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Lassen Sie mich diesen Punkt zusammenfassen.

(Zuruf von der SPD: Das ist nur ein Trostpflaster!)

Meine Damen und Herren, der Bundeskanzler hat in der Klausurtagung des SPD-Bundesvorstands zum Jahresbeginn, als er die Idee der Innovation und der Eliteuniversitäten erfunden hat, gesagt, er wolle in zehn Jahren erreichen, dass die Bundesrepublik bei den Ausgaben für die Forschung von derzeit 2,4 % des Bruttosozialprodukts auf 3 % komme. Herr Bundeskanzler, willkommen in Baden-Württemberg! Im letzten Jahr sind wir von 3,9 % auf 4,0 % gekommen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Hier kann man sich orientieren, wenn man Spitzenforschung fördern will.

Zum Thema „SPD und Innovation“

(Abg. Blenke CDU: Ein Widerspruch in sich!)

hat die SPD Baden-Württembergs zum Jahresbeginn eine „Ludwigsburger Erklärung“ abgegeben. Die „Südwest Presse“ schreibt in einem Kommentar vom 20. Januar dieses Jahres – ich zitiere –:

Das gestern . . . als „Ludwigsburger Erklärung“ verteilte Papierchen zum „Innovationsland Baden-Württemberg“ wird morgen schon wieder vergessen sein.

(Abg. Schmid SPD: Aber bei Ihnen nicht! – Heiterkeit bei der SPD)

Zu durchsichtig ist der Versuch, die jüngste Kopfgeld aus der Berliner Regierungszentrale aufs Land herunterzuberechnen. Zumal in Teilen nur nachgebetet wird, was schon seit Jahren in dem von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten nachgelesen werden kann. . . . Das ändert indes nichts daran, dass sich hierzulande Innovation, wenn schon, dann eher mit der CDU verbindet als mit der SPD, die selbst als der Innovation bedürftig erscheint.

(Beifall bei der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Hoppla!)

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen, meine Damen und Herren.

Das Nächste: Was immer die Opposition damit durchführen möchte und was die Gegenfrage provoziert, wie sie es eigentlich finanzieren möchte, löst die Aussage aus: mit den Mitteln der Werbe- und Sympathiekampagne für das Land Baden-Württemberg. Jetzt möchte ich Ihnen sagen, dass allein der Bundesfinanzminister trotz der katastrophalen Haushaltslage des Bundes, trotz der exorbitanten Verschuldung seine Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit in diesem Jahr um das Vierfache gesteigert hat.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der hat es nötig!)

Die Mittel für die Werbe- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung umfassen das 25fache der Mittel für die Werbe- und Sympathiekampagne der Landesregierung.

(Ministerpräsident Teufel)

Meine Damen und Herren, es gibt nicht nur diesen riesigen quantitativen Unterschied, sondern es gibt vor allem den Unterschied, dass die Mittel auf Bundesebene zur Werbung für die Bundesregierung genutzt werden, während wir die Mittel zur Werbung für das Land Baden-Württemberg verwenden. Das ist der Unterschied, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Jetzt zwei neutrale Bewertungen aus diesem Monat, also aus den letzten Tagen.

„Handelsblatt“, 13. Januar 2004:

„Wir können alles. Außer Hochdeutsch“ – mit diesem Werbespruch hat es Baden-Württemberg geschafft, das Image der Häuslebauerprovinz abzulegen und seine wirtschaftlichen Stärken aufzuzeigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Carli SPD: Ach, du meine Güte! – Abg. Drexler SPD: Es geht noch weiter! Was steht da weiter? Weiterlesen!)

Die „Süddeutsche Zeitung“ vom 22. Januar dieses Jahres schreibt:

Großen Erfolg hat dagegen die Imagekampagne, die die CDU/FDP-Landesregierung in Stuttgart im Herbst 1999 nach außen vergab. „Wir können alles. Außer Hochdeutsch“ – unter diesem Motto werben Badener und Württemberger seitdem so öffentlichkeitswirksam um Sympathie, dass der Slogan inzwischen Kultstatus genießt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Und jetzt? – Abg. Wintruff SPD: Bestellter Artikel!)

Meine Damen und Herren, Sie nehmen uns sicher nicht übel, wenn wir diese Sympathiekampagne für unser Land fortsetzen, weil sie unserem Land nützt.

(Abg. Kübler CDU: Einmalig schön! – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, es wird kritisiert, wir würden im sozialen Bereich kürzen. Das ist wahr, und das tut weh. Deswegen haben wir in der Haushaltsstrukturkommission als Erstes den Betrag, der dem Sozialminister zur Kürzung vorgegeben war, nennenswert heruntergefahren, weil wir eben gerade keinen sozialen Kahlschlag wollten. Wir haben Kürzungsvorhaben der Reihe nach rückgängig gemacht. Wir haben sogar bei einer ganzen Reihe von Haushaltstiteln im Sozialetat Steigerungen vorgenommen, so beispielsweise bei der Förderung des freiwilligen sozialen Jahres,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Keine Streichung!)

bei der Förderung von Schulen zur Ausbildung in Sozialberufen, bei Nachbarschaftsdiensten, in der Altenbetreuung und auch bei der zeitintensiven Pflege Schwerstkranker oder beim Zuschuss an den Landesverband der Tagesmütter. Es hat also sogar Steigerungen und nicht nur Kürzungen gegeben.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Meine Damen und Herren, noch zwei Bemerkungen zu Herrn Kretschmann. Herr Kretschmann, Sie haben gesagt, Leute würden ihr „gutes Geld“ für die Windenergie ausgeben, um diese Energieart zu fördern. Leute, die die Windenergie fördern, bekommen dafür so hohe Erträge,

(Abg. Oettinger CDU: Profiteure!)

dass es sich für jeden, der viel Geld hat, nicht lohnt, sein Geld aufs Sparbuch zu bringen oder risikobereit in Aktien anzulegen. Am sichersten ist es – zumindest bisher –, in diese Energieanlagen zu investieren; das ist bisher am ertragreichsten, und man vermeidet das Steuerzahlen.

(Abg. Fleischer CDU: Deswegen gehen die Strompreise hoch! Der Verbraucher zahlt es!)

Es gibt allerdings auch „gutes Geld“, das für diesen Zweck ausgegeben wird – das zahlen alle Haushalte und Industriebetriebe in Baden-Württemberg.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Im Unterschied zu den Strompreisen von vor drei oder vier Jahren – nach der Freigabe des Wettbewerbs – zahlen sie inzwischen nämlich wieder den gleichen Strompreis wie vorher, nachdem es ständig Erhöhungen gab.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Ich bringe Ihnen Nachweise, dass das auf Ihre Politik zurückgeht, denn Sie wissen so gut wie wir – nur verschweigen Sie es –,

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Die Nachweise wollen wir mal sehen! Das stimmt nämlich nicht!)

dass die Energieversorgungsunternehmen Kapazitäten vorhalten müssen, mit denen eingesprungen werden kann, wenn kein Strom aus Windkraftanlagen geliefert wird. Da wir in Baden-Württemberg nur Standorte haben, die an 10 bis 20 % der Tage tatsächlich Windenergie liefern, ist diese Bereithaltung in unserem Land besonders notwendig und besonders teuer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

„Gutes Geld“ zahlen alle Bürgerinnen und Bürger und alle Mittelständler und Großunternehmen in Baden-Württemberg – das ist wahr – für eine Ideologie.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Knapp SPD: So ein Quatsch!)

Dann sagte Herr Kretschmann, wir würden in Baden-Württemberg in der Haushaltspolitik von der Hand in den Mund leben. Wahr ist, Herr Kretschmann: Wir leben in Baden-Württemberg von der Hand in das Hirn.

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

Wir investieren in die Köpfe der Menschen. Dafür, dass wir in das Hirn, in die Köpfe der Menschen investieren, gibt es nun wirklich objektive Beurteilungen. Ich möchte Ihnen vier Beispiele nennen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: In die Sprachförderung!)

(Ministerpräsident Teufel)

– Sie sollten sich einmal anhören, wie wir im Land Baden-Württemberg tatsächlich liegen.

(Abg. Rüeck CDU zur SPD: Dabei könnten Sie etwas lernen!)

Ich kann nur sagen: Sie würden alle Kirchenglocken läuten lassen, wenn Sie dort, wo Sie Regierungsverantwortung tragen, auch nur annähernd so etwas vorweisen könnten.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Warum Kirchenglocken?)

Das erste Beispiel ist das jüngste Urteil der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die sämtliche Forschungseinrichtungen aller deutschen Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen evaluiert hat. Sie wissen ganz genau, dass in allen Einzeldisziplinen baden-württembergische Universitäten auf Platz 1 waren, nämlich bei den Naturwissenschaften die Universität Karlsruhe, bei der Drittmittelerwerbung die Universität Stuttgart, bei den Geisteswissenschaften die Universität Tübingen.

Ich frage Sie in diesem Zusammenhang übrigens einmal: Wie wollen Sie jetzt das Geld an fünf Eliteuniversitäten verteilen, wenn allein dreimal die Nummer 1 in Baden-Württemberg ist?

(Abg. Drexler SPD: Das ist für uns kein Problem!)

– Es ist ja gut, wenn Sie zusagen, dass dann drei Universitäten in Baden-Württemberg berücksichtigt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Ich sage nicht zu! Es ist für uns kein Problem!)

Ich möchte einmal sehen, in welchem Maße Sie mit den zwei süddeutschen Ländern, die fünf bis sieben Spitzenplätze unter den ersten zehn Universitäten haben, nämlich Baden-Württemberg und Bayern, umgehen, wenn Geld verteilt wird.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das möchte ich auch mal sehen!)

In der Vergangenheit jedenfalls war das nicht so.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Deswegen spreche ich das ausdrücklich hier an, damit wir aufmerksam werden, wie dieses Geld verteilt wird, meine Damen und Herren. Ich sage nur an die Adresse unserer Hochschulen: Kann man besser sein, als wenn man unter den ersten zehn Universitäten fünf baden-württembergische Universitäten platziert?

(Abg. Schmiedel SPD: Wir wollen an die Weltpitze!)

Im Übrigen: Wo ist denn Ihre Forderung für die Fachhochschulen?

(Abg. Drexler SPD: Dazu haben wir doch einen Antrag gestellt!)

Beim jüngsten Ranking beispielsweise im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie

(Abg. Fischer SPD: Dazu hatten wir doch einen Antrag!)

war auf Platz 5 unter allen Hochschulen die Fachhochschule in Furtwangen – als einzige Fachhochschule unter den Universitäten! Wo ist Ihre Forderung für die Elitefachhochschulen in Baden-Württemberg? Auch diese Frage stelle ich.

(Zurufe der Abg. Schmiedel und Wintruff SPD – Abg. Drexler SPD: Wollen Sie jetzt vom Bund noch eine Förderung für die Fachhochschulen? – Abg. Birzele SPD: Erst wollen Sie gar keine Förderung, und dann wollen Sie noch eine Förderung für die Fachhochschulen!)

– Ich habe zum Ausdruck gebracht, dass ich dieses ganze System der Verteilung genauso für grottenfalsch halte, wie dies alle Fachleute tun, die in den letzten Wochen ihr Urteil abgegeben haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich habe vorhin gesagt: Wenn Sie Geld frei haben, geben Sie es beispielsweise an die Deutsche Forschungsgemeinschaft; dann kommt es an den richtigen Platz. Das wäre mein Vorschlag, wenn Sie einen besseren haben wollen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Zweitens: Sie kritisieren die Haushaltspolitik der Landesregierung. Vor wenigen Wochen hat ein Rating der Haushaltspolitik der Landesregierung stattgefunden mit Übergabe aller Unterlagen auch für den Haushalt 2004. Das Rating der Haushalts- und Finanzpolitik Baden-Württembergs ist zum fünften Mal in Folge das Triple-A. Das sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Schmiedel SPD: Das hatten wir schon immer! Das ist nicht neu!)

Das Dritte: Am vergangenen Samstag stand in der „Frankfurter Allgemeinen“ ein Artikel.

(Abg. Drexler SPD: Schon wieder! Eine baden-württembergische Zeitung!)

– Vielleicht werden die Debatten besser, wenn Sie auch die „Frankfurter Allgemeine“ lesen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sie werden nur besser, wenn Sie die „Stuttgarter Zeitung“ lesen!)

Die Überschrift in der „Frankfurter Allgemeinen“ lautete:

(Abg. Drexler SPD: Lesen Sie doch einfach den Artikel einmal ganz vor!)

„IGLU-Studie: Im Süden lesen die Kinder am besten“.

Der Aufmacher

(Abg. Drexler SPD: Der „Welt“!)

auf der ersten Seite der „Welt“ am Samstag: „Grundschultest: Süddeutsche wieder vorn – Baden-Württembergs Schüler führen nationales IGLU-Ranking an“.

(Ministerpräsident Teufel)

(Abg. Drexler SPD: Sehr schön, bei sieben Ländern! – Abg. Wintruff SPD: Nicht national, bei nur sechs Ländern! Das ist nichts Nationales! – Abg. Schmiedel SPD: Es sind nur sechs Länder! – Abg. Röhm CDU: Ja, wenn die SPD-Länder sich nicht trauen mitzumachen!)

Da Sie sich bei der PISA-Studie –

(Zurufe von der SPD)

– Ich verschweige aus Höflichkeit, wer auf den letzten Plätzen liegt. Vielleicht haben Sie das inzwischen auch gelesen. Aber in Deutschland wundert ja schon niemanden mehr, dass die süddeutschen Länder in der Bildungspolitik vorne liegen.

(Abg. Drexler SPD: 20 %, die nicht Deutsch können! Nicht 15 bis 16 %! Das Einbildungspotenzial ist auch hoch!)

Ich will Ihnen noch etwas sagen.

(Unruhe)

Der Hauptunterschied zwischen uns beiden ist,

(Abg. Drexler SPD: Jetzt kommt's! Dass Sie „Frankfurter Allgemeine“ lesen und ich die „Stuttgarter Zeitung“! Das kann sein!)

dass Sie betrübt sind, wenn über Baden-Württemberg gute Zahlen veröffentlicht werden, und wir uns darüber freuen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Das ist doch gar nicht wahr! Jetzt wird es billig!)

Das ist der Unterschied zwischen uns beiden.

(Abg. Schmiedel SPD: Ein tolles Niveau! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Da Sie sich nach der PISA-Studie nicht etwa über den zweiten Platz für Baden-Württemberg gefreut haben,

(Abg. Schmiedel SPD: Natürlich!)

sondern immer wieder darauf verwiesen haben, dass wir aber international natürlich nicht zur Spitzengruppe gehören, möchte ich Ihnen sagen, dass wir nach den Ergebnissen dieser IGLU-Studie auch international zur Spitzengruppe gehören.

(Zurufe der Abg. Drexler und Wintruff SPD)

Das möchte ich Ihnen nur sagen.

Vierte Bemerkung –

(Abg. Wintruff SPD: Nein, sind wir nicht! Auf dem elften Platz! – Abg. Schmiedel SPD: Platz 11! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Kommt jetzt auch noch etwas zum Haushalt?)

– Ich kann ja verstehen, dass es Sie fast erschlägt, wenn Sie jede Woche die Umfragen in der Zeitung lesen

(Abg. Drexler SPD: Nein, das erschlägt uns nicht!)

oder den Mitgliederschwund der SPD in Baden-Württemberg zur Kenntnis nehmen müssen

(Abg. Drexler SPD: Das verschreckt uns nicht!)

oder das, was Ihr langjähriger Fraktions- und Landesvorsitzender über die SPD in Baden-Württemberg sagt.

(Zuruf von der CDU: Der muss es wissen!)

Ich kann das ja verstehen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Aber Sie sollten doch auf der anderen Seite zur Kenntnis nehmen, welche Ergebnisse renommierte Institute, die ja nichts mit der CDU, der SPD oder einer anderen Partei am Hut haben, veröffentlichen.

Als Letztes möchte ich Ihnen gern noch die Länderstudie der Bertelsmann-Stiftung nennen, die in einer Expertengruppe unter Leitung des Würzburger Ökonomen Professor Berthold in den letzten Wochen ein Analyseinstrumentarium entwickelt hat, um die Standortqualität und die Qualität der Politik von allen 16 Ländern im Bundesgebiet messen und bewerten zu können. Spitzenreiter beim Aktivitätsindex wurde Baden-Württemberg vor Bayern und Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was ist das? Was heißt „Aktivitätsindex“?)

Platz 1 im Bereich der inneren Sicherheit: Baden-Württemberg.

(Abg. Fischer SPD: Dazu sagen wir nachher etwas!)

Platz 1 im Bereich der Beschäftigung: Baden-Württemberg.

Und nun einige wörtliche Zitate aus diesem Gutachten der Bertelsmann-Stiftung:

Die Strukturkrisen der Achtziger- und Neunzigerjahre sind in Baden-Württemberg Geschichte, deren Spuren in der Gegenwart des Landes kaum noch auszumachen sind. Darüber hinaus ruht sich das Land nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit aus, sondern betreibt deren Absicherung mit beispiellosem Engagement. In der Gesamtbetrachtung der Leistungsfähigkeit und der Entwicklungschancen Baden-Württembergs ergibt sich aus dem Ranking 2003 eine überzeugende Erfolgsbilanz. Die starke Forschungsorientierung und forcierte Globalisierung des industriellen Mittelstandes bildet den Humus der außerordentlich erfolgreichen Entwicklung des Landes. Bemerkbar machen sich dabei auch die Reformbemühungen zur Schaffung einer bürger- und unternehmensnahen Landes- und Kommunalverwaltung sowie vor allem die starke Wissenschafts- und Humankapitalorientierung der Landespolitik, die mit der Gründung der Landesstiftung nun institutionalisiert und verstetigt werden konnte.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Das war doch bestellt!)

(Ministerpräsident Teufel)

Erfreulich ist auch, dass Baden-Württemberg trotz massiver Forschungstechnologie und Humankapitalinvestitionen bisher seine Haushaltslage stabil halten konnte, obwohl das Land über den Länderfinanzausgleich nach wie vor erheblich zur Finanzierung des Aufbaus in den neuen Ländern beizutragen hatte.

(Abg. Drexler SPD: Lesekompetenz hat er! – Abg. Dr. Caroli SPD: Lesen kann er!)

Schlussatz:

Baden-Württemberg ist auf dem besten Weg, zu beweisen, was das Landesmarketing schon längst behauptet: In Baden-Württemberg kann man alles, außer Hochdeutsch.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Außer lesen!)

Meine Damen und Herren, dieses Lob von wissenschaftlicher Seite ist für uns kein Ruhekitzen, sondern Verpflichtung,

(Abg. Drexler SPD: Mehr vorzulesen!)

Motivation und Ansporn, unseren baden-württembergischen Weg fortzusetzen. In Baden-Württemberg vertrauen die Bürgerinnen und Bürger dieser Landesregierung. Während Sie dort, wo Sie regieren, auf 25 % absacken, stehen CDU und FDP/DVP in der Zustimmung in diesem Land näher bei 60 % als bei 50 %.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP – Heiterkeit)

Wir haben eine Zustimmung, die weit in die Anhängerschaft der SPD hineinreicht. Wir werden dieses Vertrauen rechtfertigen und uns anstrengen. Die Landesregierung wird sich in diesem Jahr für Wachstum und Wettbewerb sowie für bürgernahe und wirtschaftsfreundliche Reformen einsetzen, und Baden-Württemberg wird weiter erfolgreich sein.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Anhaltender Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Der soll sich in den Bundestag wählen lassen!)

Präsident Straub: Nach § 82 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Ministerpräsident, vorlesen können Sie.

(Beifall des Abg. Sakellariou SPD)

Zum Haushalt selbst haben Sie kaum etwas gesagt.

(Beifall des Abg. Sakellariou SPD – Oh-Rufe von der CDU)

Ich kann Ihnen nur die Empfehlung geben: Lassen Sie sich das nächste Mal in den Bundestag wählen. Wir sind hier im baden-württembergischen Landtag.

(Beifall des Abg. Sakellariou SPD – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Wir hätten eigentlich schon gern gehabt, dass Sie etwas zu den Problemen des Landes sagen, anstatt ständig auf die Bundespolitik auszuweichen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Seimetz CDU: Da liegen die Probleme!)

– Nein. – Würden Sie baden-württembergische Zeitungen lesen, wüssten Sie: Ich könnte Ihnen jetzt den heutigen Kommentar der „Stuttgarter Zeitung“ vorlesen. Er sieht ganz anders aus als das, was Sie uns heute vorgelesen haben:

(Abg. Scheuermann CDU: Aber ganz vorlesen!)

Selten klaffen Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander wie in der Finanzpolitik Baden-Württembergs.

(Oh-Rufe von der SPD)

Es wäre besser, das einfach einmal nachzulesen, als sich dauernd in Zitate aus der „Welt“ oder aus der FAZ zu flüchten.

Ich möchte einige Richtigstellungen zu Behauptungen vornehmen, die Sie hier aufgestellt haben. Das alles betraf natürlich wieder die Bundespolitik. Aber wenn Sie solche falschen Behauptungen aufstellen, muss man das einfach auch richtig stellen.

(Der Redner trinkt einen Schluck Wasser aus dem auf dem Rednerpult stehenden Glas, das für Ministerpräsident Teufel bereitgestellt war. – Abg. Fischer SPD: Jetzt trinkt er sein Wasser leer! – Heiterkeit)

– Daraus hat ja schon einer getrunken. Mein Gott, mein Gott!

(Große Heiterkeit)

Hoffentlich werde ich jetzt nicht mit dem Vorlesevirus infiziert.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Es hat schon angefangen! – Anhaltende Heiterkeit)

– Was? Es hat schon angefangen? Richtig. Oje! – Kann ich ein neues Glas Wasser bekommen?

(Anhaltende lebhafte Unruhe)

Ich möchte nur noch einmal richtig stellen, Herr Ministerpräsident, dass die Mittel – –

(Ministerpräsident Teufel stellt dem Redner ein Glas Wasser aufs Rednerpult. – Heiterkeit – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lebhaftes Zurufen – Anhaltende Unruhe)

– Danke.

Die Mittel des Bundes für Projektförderung, zum Beispiel bei der Nanotechnologie, haben sich vervierfacht. Die Mittel für die Lebenswissenschaften haben sich um 50 % er-

(Drexler)

höht, Herr Ministerpräsident. 33 % mehr bekommt die Deutsche Forschungsgemeinschaft.

(Abg. Schmiedel SPD: Oha!)

Ich weiß nicht, woher Sie Ihre Zahlen haben. Selbst die Mittel für den Hochschulbau sind nach der vorgenommenen Kürzung immer noch um 5 % höher als 1998, als die CDU die Regierungsverantwortung abgegeben hat. Das muss man einfach einmal sagen, damit keine falschen Behauptungen aufgestellt werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zweite Richtigstellung: Die Förderung der Nachbarschaftshilfe ist im Land Baden-Württemberg nicht, wie Sie vorhin behauptet haben, erhöht worden, sondern um 200 000 € gekürzt worden. Sie wollten die Mittel ursprünglich um 400 000 € kürzen, und diesen Betrag haben die Koalitionsfraktionen halbiert.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ist das nicht recht?)

Die Förderung ist also tatsächlich um 200 000 € gekürzt worden. Wir sagen nur: Darüber hätten wir reden müssen und nicht über die Frage, was der Bundeskanzler macht.

Überhaupt, Herr Ministerpräsident, ein Ratschlag: Es ist immer schlecht, wenn Sie anderen Menschen, die im Landtag von Baden-Württemberg sitzen und ihre Arbeit tun, vorwerfen, sie würden sich in Berlin nicht für die Interessen Baden-Württembergs einsetzen. Einen solchen Vorwurf halte ich für schlechten politischen Stil. Solche Vorwürfe machen wir Ihnen umgekehrt auch nicht.

(Lachen bei der CDU – Zurufe von der CDU)

– Nein, wir machen das nicht. Wir sagen vielleicht, dass das eine oder andere so, wie es gemacht wird, falsch sei. Aber wir sagen nicht, der Ministerpräsident setze sich in Berlin nicht für baden-württembergische Interessen ein. Dafür setzen wir uns im Übrigen alle ein. Ich halte es nicht für einen guten demokratischen Stil, anderes zu behaupten.

Das Nächste: Sie sollten uns nicht dauernd mit Dingen konfrontieren, für die nicht wir verantwortlich sind, sondern für die die Bundesregierung verantwortlich ist. Wir sind in unseren Wahlkreisen für das Land Baden-Württemberg gewählt, und für dieses Land wollen wir Politik machen.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Deswegen kommen wir jetzt in der Debatte auch wieder auf das Land zurück.

(Zurufe von der CDU)

Lassen Sie mich noch etwas zur Landesstiftung sagen. Zu diesem Thema erzählen Sie immer eine Geschichte, die nicht stimmt. Wir haben Ihnen damals vorgeschlagen – so hat es die Stadt Stuttgart gemacht –: Machen Sie die Landesstiftung einige Monate später. Dann hätten Sie, nachdem das Bundesgesetz schon auf dem Weg war, mit 10 % Besteuerung auskommen können. Sie wollten das nicht. Und

warum wollten Sie das nicht? Weil eine Landtagswahl anstand,

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

vor der Sie Förderbescheide Ihrer Landesstiftung unter die Bevölkerung und unter Organisationen bringen wollten. Deswegen haben Sie die Landesstiftung damals gegründet und nicht wegen der höheren Steuer, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen finde ich es schon toll, wenn wir jetzt hören, dass Aufgaben, die eigentlich alle der Staat wahrnehmen müsste, die Landesstiftung erfüllt.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einmal auf die Sprachförderung eingehen. Die Vermittlung von deutscher Sprachkompetenz ist nach PISA eines der schwierigsten Themen und stellt bei unseren Schülerinnen und Schülern offensichtlich ein Problem dar. Alle Fachleute sagen: Die Grundlagen für die Sprachkompetenz müssen im Kindergarten gelegt werden. Was macht die Landesregierung? Sie führt die Sprachförderung zum einen auf freiwilliger Basis durch, indem sie diese Aufgabe der Landesstiftung übertragen hat. Dort kann sie nur freiwillig gemacht werden. Jetzt beteiligen sich an der Maßnahme der Landesstiftung, bei der wichtigen Frage der Vermittlung von deutscher Sprachkompetenz, gerade einmal lächerliche 60 Kindergärten, Herr Ministerpräsident,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

obwohl wir bei der Sprachförderung eigentlich schnellstens etwas tun müssten, um die Grundlagen für die Sprachkompetenz zu schaffen.

Sie kennen sich mit den Ergebnissen der PISA-Studie doch offensichtlich aus: 20 % der baden-württembergischen Schülerinnen und Schüler im Alter von 15, 16 Jahren können nicht richtig Deutsch oder verstehen nicht das, was sie lesen. Wir sind darauf doch nicht stolz. Aber wir versuchen seit zwei Jahren ständig, Sie nach der PISA-Studie davon zu überzeugen, dass die Grundlagen für die Sprachkompetenz im Kindergarten gelegt werden müssen. Deswegen haben wir jetzt einen Antrag gestellt, der auch zur Abstimmung kommt, Geld zur Verfügung zu stellen, um zusammen mit den Kommunen eine Sprachförderung auf die Beine zu stellen, die diesen Namen auch tatsächlich verdient, und zwar in breitem Maße und für alle.

Wir sind der Auffassung, dass diejenigen Kinder, die nicht im Kindergarten sind, sich einer Sprachförderung unterziehen müssen – beginnend ein Jahr vor der Einschulung –, damit alle Kinder in Baden-Württemberg mit sechs Jahren die gleichen sprachlichen Voraussetzungen mitbringen, wenn sie in die Grundschule kommen. Das ist unser Ziel. Ihr Ziel ist ein ganz anderes. Freiwilligkeit, 60 Kindergärten: Sie werden sehen, dass Ihr Konzept nicht funktioniert. Das ist der Unterschied zwischen Ihrer Politik und unserer Politik.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

(Drexler)

Wir haben uns heute Morgen gefreut, als wir festgestellt haben, dass wir nach der IGLU-Studie bei den Grundschulen an erster Stelle unter sieben Bundesländern liegen. Vielleicht würden wir diesen Platz auch unter 16 Bundesländern einnehmen. Ich will das gar nicht infrage stellen. Nur: Die nächste Frage, die Sie als vorausschauender Politiker eigentlich stellen müssten, ist die: Warum sind wir dann erheblich schlechter, sobald sich unser Schulsystem differenziert? Warum sind wir eigentlich sehr gut, wenn alle Kinder zusammen sind? Genau dazu haben wir ja auch Anträge gestellt. Da machen Sie alle nicht mit. Warum sind unsere 16-Jährigen bei der Sprachkompetenz plötzlich so schlecht, und warum sind unsere Kinder in der vierten Klasse, in der alle Kinder zusammen sind, so gut? Sie müssten einmal darüber nachdenken, warum Sie immer noch an der alten Aufteilung der Kinder nach vier Jahren in Hauptschule, Realschule und Gymnasium festhalten. Dazu gibt es x Anhörungen. Aber da gibt es keinen Ruck, daran halten Sie fest. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wundert uns, weil es eigentlich überhaupt keine pädagogische Begründung für die Grundschuldauer von vier Jahren gibt.

Wissen Sie überhaupt, warum wir vier Jahre Grundschule haben? Weil das eine Folge des Weimarer Schulkompromisses ist. Der Weimarer Schulkompromiss war, dass nach dem Kaiserreich die Vermögenden in dem Reich gesagt haben: Bis zum Jahr 1918 waren unsere Kinder nicht zusammen mit den Arbeiterkindern; das soll so bleiben. Die damalige Regierung hat gesagt: Alle müssen in die gleiche Schule gehen, und zwar acht Jahre lang. Und die anderen haben gesagt: null Jahre. Dann hat man, wie das halt so ist, diesen Kompromiss mit vier Jahren gemacht. Das war ein politischer Kompromiss. Mit Pädagogik hat das überhaupt nichts zu tun. Und heutzutage verteidigt die CDU in diesem Land die vier Jahre als pädagogisches Konzept.

(Abg. Schmiedel SPD: Unsinn!)

Ein absoluter Unsinn!

(Beifall bei der SPD)

Dann sprechen Sie von großen Chancen Osteuropas. Sie sprechen wieder die Bundespolitik an. Was machen Sie hier? Sie streichen genau in diesem Haushalt 200 000 € für die Universitäten, und zwar für die Sprachförderung bei ausländischen Studentinnen und Studenten. Das machen Sie. Die Universitäten und Fachhochschulen teilen uns mit, sie müssten jetzt die Gebühren erheblich erhöhen. Das wird ganz schwierig für die Studentinnen und Studenten aus Osteuropa. Die Hochschulen befürchten, dass dann der eine oder andere nicht mehr zu uns kommt. Was ist denn das für eine vorausschauende Politik? Auf der einen Seite wollen Sie international sein, auf der anderen Seite streichen Sie den Universitäten den lächerlichen Betrag für die Sprachförderung bei ausländischen Studentinnen und Studenten. Die findet dann gar nicht mehr statt.

Lassen Sie mich etwas zu Ihrer großen Steuerreform sagen. Herr Ministerpräsident, das haben Sie ja glänzend gemacht. Bloß haben Sie natürlich verschwiegen, dass Ihr Beschluss bedeutet, dass Sie die staatlichen Haushalte mit 24 Milliarden € zugunsten der Bürgerinnen und Bürger belasten, und das nach einer der größten Steuerreformen, die wir gehabt

haben und fast nicht bezahlen konnten. Jetzt sagt die CDU: noch einmal 24 Milliarden €. Da sagt sogar Herr Stoiber: Das geht nicht, sondern höchstens 10 Milliarden €, wenn wir es überhaupt machen können. Ihr Problem ist doch, dass Sie sich innerhalb der CDU/CSU nicht einigen können. Das liegt doch gar nicht an uns. Sie können sich über die Struktur und über die Entlastungsmomente nicht einigen. Das ist Ihr Problem und nicht unser Problem. Wir sagen immer noch: Wir sind für eine dramatische Vereinfachung des Steuersystems; aber wir können uns nicht vorstellen, dass wir die Bürgerinnen und Bürger noch einmal um 24 Milliarden € entlasten können. Das verträgt weder der Landeshaushalt noch der Bundeshaushalt, und das vertragen auch nicht die Kommunen. Das müssen Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben nichts zu NSI gesagt, zum Millionen- und Milliardengrab des Landes Baden-Württemberg. Keinen Ton!

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Seit zwei Jahren diskutieren wir mit Ihnen, dass das ein Unsinn ist bei der Polizei, dass es ein Unsinn ist bei der Justiz, dass es ein Unsinn ist bei den Hochschulen. Das sagen alle Fachleute. Dann haben Sie Ihre, wie gesagt, lang angedachte Verwaltungsreform gemacht und haben Zehntausende von Beamten und Angestellten, die Sie schon geschult hatten, aus dem NSI-Projekt herausgenommen. Jetzt halten die Koalitionsfraktionen in diesem Haushaltsjahr immer noch an 74 Millionen € für NSI fest. Wir werden zum Schluss vielleicht bei einer halben Milliarde Euro liegen. Das ist hinausgeschmissenes Geld. Und das bei der derzeitigen Finanznot! Dazu sagen Sie keinen Ton. Sie schweigen das tot. Sie werden es aber nicht totschrweigen können, denn der Landesrechnungshof wird das Mitte des Jahres prüfen. Dann werden wir sehen, was dabei herauskommt, warum man das gemacht hat und was für eine politische Idee dahinter gestanden hat. Darauf werden wir warten. Dann werden wir Sie auch stellen bei dem Geldhinauswerfen. Das hat dann aber nichts mit der Bundesregierung zu tun. Das alles haben Sie beschlossen, obwohl es auch in Ihren eigenen Reihen große Kritik gab.

(Beifall bei der SPD)

Dann noch etwas, Herr Ministerpräsident. Sie beschweren sich, dass einerseits die Steuerentlastung gekommen sei und andererseits die Bundesregierung den Leuten das Geld wieder aus der anderen Tasche geholt habe. Da spielen Sie natürlich auf den Gesundheitskompromiss an. Wir wissen, dass das ganz schwierig ist. Sie wissen das auch. Die SPD kriegt es jetzt in den Umfrageergebnissen ins Wachs gedrückt, dass sie Reformen gemacht hat, die bestimmte Bevölkerungskreise belastet haben.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Aber eines, Herr Scheuermann, kann man nicht durchgehen lassen, auch nicht dem Ministerpräsidenten: Sie haben zuerst beim Gesundheitskompromiss mitgemacht. Die FDP hat sich ausgeklinkt, weil sie die Wettbewerbsgeschichten, die wir haben wollten, nicht mitmachen wollte.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Quatsch! Den Unsinn wollten wir nicht mitmachen!)

(Drexler)

Aber dann, als per Seehofer die 10 € Praxisgebühr eingeführt wurden, die wir geschluckt haben, und eine Welle des Widerstands gegen die Praxisgebühr kam,

(Abg. Wieser CDU: Seehofer-Gebühr? Bei Ihnen klemmt es wohl im Kopf! Schmidt-Gebühr ist das!)

tauchte der Herr Sozialminister der baden-württembergischen Landesregierung, der diesen Kompromiss ausgehandelt hatte, ab. So ist Ihre Solidarität bei Kompromissen.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu dem Thema Gutachten. Erst neulich habe ich im Übrigen eine Anfrage der Grünen gelesen, aus der hervorgeht, dass von der baden-württembergischen Landesregierung Hunderte von Gutachten vergeben worden sind, die viel Geld gekostet haben. Es ist sogar so, dass der Herr Wirtschaftsminister Gutachten in Auftrag gibt, die sich widersprechen.

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Es gibt sogar Gutachten, die Sie in der Schublade verschwinden lassen, obwohl sie Steuergelder gekostet haben.

(Heiterkeit der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Zum Beispiel gibt es ein Gutachten über den Bedarf an Zuwanderung in Baden-Württemberg. Darüber redet keiner mehr, obwohl es das natürlich gibt.

Das Nächste ist das Energie-Gutachten. Darin ist genau festgeschrieben, mit welchen Schritten Baden-Württemberg Energie einsparen und die Energiewende schaffen kann.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Die Gutachter sagen: „Wenn ihr so weitermacht, werdet ihr in Baden-Württemberg die Energiewende nicht schaffen. Ihr müsst mindestens 17 Millionen € pro Jahr ausgeben. Ihr habt 9 Millionen € drin.“ Jetzt nehmen wir dieses staatliche Regierungsgutachten und sagen als Opposition: „Tolle Sache. Lasst uns noch 10 Millionen € drauflegen, damit die Empfehlung des Gutachtens befolgt wird!“ Das lehnen Sie von den Regierungsfractionen ab.

Kommen Sie mir also nicht mit Gutachten. Sie richten sich selbst einmal nach den Ergebnissen der Gutachten, die Sie selbst in Auftrag gegeben haben, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt noch etwas zu Ihrem großen Reformwerk Verwaltungsreform. In der Zwischenzeit redet ja keiner mehr von einer „großen“ Verwaltungsreform, sondern wir wissen ja alle, dass das ein Verschiebeparkplatz ist.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ach was!)

Es werden lediglich Ämter in die Landratsämter und in die Regierungspräsidien verschoben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das haben Sie nicht verstanden!)

– Doch, ich habe es schon verstanden. Das sagen ja in der Zwischenzeit alle, die es verstanden haben, Herr Kollege.

Sie haben folgende Fehler gemacht: Es gab am Anfang keine Aufgabenkritik. Zweitens wurde nicht darüber nachgedacht, welche Ebene man möglicherweise einsparen könnte – nur dadurch hätte man tatsächlich gewaltig eingespart. Drittens sagt mittlerweile keiner mehr, dass man 20 % einsparen kann. Das glauben schon gar nicht mehr die Landräte, obwohl man die Frist verlängert hat. Ich sage Ihnen: Letztendlich wird die Einsparquote über die Kreisumlage erwirtschaftet.

Jetzt kommt das eigentlich Maßgebliche, worüber wir noch erheblichen Streit haben werden, nicht nur inhaltlich, sondern auch über das Verfahren: Ich halte es für unmöglich, dass die Frist für eine Stellungnahme bis zum 8. März, die für alle Verbände gilt, bei einem Werk mit einem solchen Umfang eingehalten werden kann. Das geht nicht. Deswegen werden wir den Antrag stellen, dass der baden-württembergische Landtag die Frist für die Verbände in Baden-Württemberg verlängert. Es ist doch ein absoluter Unsinn, zu glauben, dass innerhalb eines Monats oder innerhalb von fünf Wochen eine Stellungnahme zu diesem Werk mit 900 Seiten abgegeben werden kann. Wir haben auch ehrenamtliche Verbände. Das ist das Erste.

Das viel Schlimmere ist, dass Sie nach Ihrer Zeitplanung dem Landtag nur den Monat Juni für die Beratung einräumen, ohne dass es Anhörungen geben soll. Der Landtag erhält lediglich die schriftlichen Stellungnahmen der Verbände zur Kenntnis. Wir kündigen Ihnen an, dass wir, weil es bei dieser Verwaltungsreform überhaupt keine differenzierte Debatte gab und man keine Anhörungen Außenstehender gemacht hat, in jedem Ausschuss Fachleute benennen werden, die angehört werden sollen, um externen Sachverstand in die Ausschüsse zu bringen. Wenn Sie das ablehnen, haben Sie Ihr schlechtes Gewissen in der Öffentlichkeit schon gezeigt, weil Sie da nicht widersprechen dürfen; das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Nun noch etwas zur Doppelmoral. Sie sprechen davon, wir würden immer das Gleiche bringen. Wir haben Wohnungsnot. Seit Jahren verlangen wir, weil wir nicht so viel Geld aus dem Haushalt aufbringen können,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

durch einen Forderungsverkauf Mittel für den Bau neuer Wohnungen bereitzustellen. Immerhin haben wir jährlich eine Nettozuwanderung nach Baden-Württemberg von 50 000 Menschen. Diese Zuwanderer brauchen Wohnungen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Schauen Sie doch einmal, wie es in den Universitätsstädten aussieht. Wir müssen also den Wohnungsbau unabhängig von der Frage der Beschäftigung fördern.

Wir haben immer vorgeschlagen: Lassen Sie uns den Forderungsverkauf durchführen. Das hat im Übrigen Herr

(Drexler)

Späth in den Achtzigerjahren ja auch gemacht. Was hat uns der Finanzminister für den vorgeschlagenen Forderungsverkauf gescholten! Was haben sich die CDU und die FDP/DVP darüber ereifert! Was haben nun die Koalitionsfraktionen gemacht? Sie haben selber kurzfristig einen Forderungsverkauf von 40 Millionen € vorgeschlagen, weil sie gesehen haben, dass der Haushalt sonst nicht in Ordnung zu bringen ist. Man nimmt die frei werdenden Mittel aber nicht, wie von uns vorgeschlagen, zur Vermögensbildung, sondern zum Stopfen von Haushaltslöchern. So viel zu Ihrer Klarheit und Wahrheit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt noch etwas zur Autonomie. Bei der Hochschulautonomie schimpfen Sie wieder auf den Bund. Machen Sie sie doch selber einmal! Gucken Sie doch einmal Ihr neues Hochschulgesetz an! Was war denn im Vorentwurf enthalten? Da haben Sie vorgeschlagen, dass der Aufsichtsrat zur Hälfte nach den Vorschlägen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst besetzt wird und die andere Hälfte von der Universität benannt wird, wobei diese Vorschläge auch noch dem Ministerium zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. So stelle ich mir Autonomie der Hochschulen nicht vor, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In allen anderen Ländern wählen die Hochschulen ihre Gremien. Das wollen Sie nicht. Wenn Sie von Autonomie sprechen, kann ich mir nicht vorstellen, dass dieses Gesetz hier Wirklichkeit werden soll.

Was die Leitungs- und Organisationsstrukturen angeht, so ist es auch ein Wahn der CDU, dass sich alles nach wirtschaftlichen, nach ökonomischen Gesichtspunkten richten müsse. Wenn Sie schon dauernd die Universität Tübingen im Munde führen, Herr Ministerpräsident, dann sollten Sie nicht nur die „Welt“ oder das „Handelsblatt“ lesen, sondern auch einmal Stellungnahmen der Rektoren der für Sie immer so wichtigen Universitäten.

Was schreibt der Rektor der Universität Tübingen?

Universität gleich Aktiengesellschaft?

Das ist ja das, was Sie immer wollen. Alles wird unter ökonomischen Gesichtspunkten gesehen.

Eine Übernahme der Organisations- und Leitungsstrukturen von Aktiengesellschaften auf Universitäten, wie sie dem Vorentwurf zugrunde liegt, wird den zentralen Aufgabenstellungen von Universitäten nicht gerecht.

Genau das sagen wir auch. Darüber hätten Sie in Ihrem Autonomiebeitrag sprechen können, statt immer auf Berlin zu schauen. Wir sollten uns überhaupt angewöhnen, mehr über die Dinge in Baden-Württemberg, die guten und die schlechten, zu reden. Das fördert auch Föderalismus. Wir entmannen uns tatsächlich selbst, weil wir ständig über Bundespolitik reden.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Beratung eines Landeshaushalts ist das fehl am Platz. Daher unsere Aufforderung, die Wirklichkeit wahrzunehmen und über Baden-Württemberg zu reden. Da gibt es Stärken und Schwächen, und über die müssen wir hier diskutieren.

Im Übrigen, Herr Ministerpräsident, von dem Vertreter einer Partei, die dieses Land im Jahre 1952 überhaupt nicht wollte, die damals den Saal verlassen hat, lassen wir als Sozialdemokraten uns überhaupt nicht vorwerfen, wir würden nichts für das Land Baden-Württemberg tun.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Präsident Straub: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Fraktionsvorsitzender Kretschmann das Wort.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Meine Damen und Herren! Auch mir ist bekannt, dass Baden-Württemberg zu den reichsten und prosperierendsten Regionen der Welt gehört. Auch mir ist bekannt, dass es in seiner Geschichte seine Chancen genutzt hat. Ich denke daran, welche Armut früher auf der Schwäbischen Alb herrschte. Für diese Entwicklung gibt es sehr viele Gründe, die man in jedem Geschichtsbuch nachlesen kann: die Aufgeschlossenheit und Tüchtigkeit der Bürgerinnen und Bürger, ein ausgezeichnetes Kommunalwahlssystem, sodass wir wirklich starke, leistungsfähige Kommunen mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern haben, die dort arbeiten. Viele Faktoren spielen also eine Rolle, darunter auch die Gunst, die uns dadurch zuteil geworden ist, dass sich bei uns das Zentrum der Automobilindustrie und des Maschinenbaus befindet, also von Bereichen, die immer noch blühen und in der Welt wichtig sind.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Anderen Regionen ging es schlechter. Dort sind ganze Industrien zusammengebrochen. Ich erinnere an die Kohleindustrie in Nordrhein-Westfalen oder die Werftindustrie in Norddeutschland. Das alles wissen wir auch.

(Abg. Seimetz CDU: Wie ist das mit der Textilindustrie in unserem Land?)

Selbstverständlich wird auch niemand infrage stellen können, dass die CDU, die dieses Land seit 50 Jahren regiert, dabei ihre Verdienste hat.

(Beifall bei der CDU)

Es wäre ja absurd und lächerlich, das zu bestreiten; schließlich haben Sie ja von den Wählerinnen und Wählern dafür 50 Jahre lang das Mandat bekommen. Das ist uns also alles bekannt, Herr Ministerpräsident. Ich weiß nicht, warum Sie das in fast jeder Sitzung wiederholen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Wir hören es immer wieder gern!)

– Gut, wir hören es immer wieder gern, okay.

(Zuruf von den Grünen: Es langweilt halt!)

Aber wissen Sie, das ist eigentlich nicht unser Job hier. Die Aufgabe einer Opposition ist es eben nicht, mit allgemeinen

(Kretschmann)

Worten die Schönheiten des Landes zu beschreiben. Dafür gibt es genügend andere Gelegenheiten. Die Aufgabe einer parlamentarischen Opposition besteht darin, präzise zu sein und zu einem Haushalt mit einem hohen Schuldenstand zu sagen, wo die Regierung versagt hat, was man anders und was man besser machen könnte. Das genau zu benennen, das ist unsere Aufgabe hier, und die nehmen wir wahr.

(Beifall bei den Grünen)

Aber jetzt versuche auch ich mich einmal ein bisschen im Herumschwadronieren.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Fangen wir doch einmal mit den Belastungen, die auf die Bürger zukommen, an. Sie haben die Gesundheitsreform kritisiert.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Teufel)

Es dürfte Ihnen bekannt sein, dass Sie im Vermittlungsausschuss diesen Kompromiss mit durchgesetzt haben. Es war gar nicht möglich, diese Gesundheitsreform ohne Sie zu machen. Haargenau das, worüber sich jetzt alle Welt erregt, nämlich die Praxisgebühr, haben Sie in den Verhandlungen durchgedrückt. Das waren Sie.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ihr Minister Dr. Repnik war bei den Verhandlungen dabei, nicht wir. Sie haben das, was da gemacht worden ist, mitverantworten.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Auf Druck der Opposition!)

Wir haben den Kompromiss, obwohl er für uns in vielen Fragen schmerzlich war, mitgetragen, und die Masche, hinterher den billigen Jakob zu machen und nur dem anderen das zuzuschieben, worauf sich die Bürger natürlich kaprizieren, wenn sie mehr zahlen müssen, das ist einfach unfair und billig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Genau das, was wir vorgeschlagen haben, nämlich ein Lotensystem über den Hausarzt, ist jetzt von denjenigen, die davon etwas verstehen, gegen die Vorschläge, die Sie gemacht haben und durch die Sie unsere ausgebremst haben, wieder in die Diskussion eingebracht worden. Das ist die Wahrheit in dieser Sache.

(Beifall bei den Grünen)

Zweiter Punkt: große Steuerreform. Erst einmal wollen wir festhalten, dass diese Bundesregierung nicht nur über eine große Steuerreform geredet hat, sondern sie auch in drei Stufen durchgeführt hat. Es war schwer genug, überhaupt Ihre Zustimmung zum Vorziehen der dritten Stufe zu bekommen. Das ist eine Tatsache. Sie haben das jedenfalls in 16 Jahren nicht geschafft, und von den Steuersätzen, die zu der Zeit, als Sie noch regiert hatten, galten, sind wir heute Gott sei Dank Lichtjahre entfernt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt sind wir uns darin einig: Es muss nun zu Steuervereinfachungen kommen. Jeder, der das sagt und zu einem einfachen, womöglich sogar zu einem radikal einfachen Steuersystem kommen will, der weiß, dass das mit der Streichung von Steuersubventionen gegenfinanziert werden muss. Alles andere ist ein Wolkenkuckucksheim. Da sind Sie aber überhaupt nicht aufgestellt. Sie haben seinerzeit das Steuervergünstigungsabbaugesetz abgelehnt, in dem es genau darum ging, mit dem Streichen von Subventionen zu beginnen. Ich erinnere mich noch genau, wie Sie vehement gegen Kürzungen bei den großen Subventionstatbeständen Pendlerpauschale und Eigenheimzulage polemisiert haben. Jetzt, wo Sie konkret werden müssen, merken Sie genau, wie schlecht Sie erstens aufgestellt sind und wie schwierig es zweitens ist, das auch im Detail zu machen. Dass Sie nicht mehr wagen, einen Gesetzentwurf einzubringen, spricht Bände!

Wissen Sie, wir sind hier seit 23 Jahren in der Opposition; wir kennen das Oppositionsgeschäft und machen es gut. Seien Sie froh, dass Sie mit uns hier in diesem Parlament die beste Opposition der Republik haben.

(Beifall bei den Grünen – Heiterkeit – Abg. Herrmann CDU: Wir wollen ja, dass das so bleibt!)

– Nein, das wollen wir natürlich nicht.

(Heiterkeit)

Aber wir sind gut vorbereitet, wenn es einmal anders kommt.

(Abg. Herrmann CDU: Jeder soll das machen, was er kann!)

Ich habe vorhin zur Einleitung gesagt: Eine Opposition hat nur dann einen Wert, wenn sie konkret wird und präzise sagt, wie etwas umgesetzt werden soll, statt allgemeine Vorschläge zu machen. Genau das haben Sie bisher nicht geschafft. Darum hat Ihre Frau Merkel einen Rückzieher gemacht und will das nicht mehr als Gesetzentwurf einbringen. Man muss sich einmal vorstellen, wir würden hier so agieren und immer nur wolkige Reden halten, niemals Anträge stellen und niemals Gesetzentwürfe einbringen! Da würden wir uns ja zum Gespött des Landes machen. Das machen wir nicht, aber ihr macht euch zum Gespött des Landes, wenn ihr so weitermacht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Denn das Sprichwort „Der Teufel sitzt im Detail“ ist nicht umsonst entstanden. Erst beim Detail muss man Farbe bekennen. Erst da muss man sagen, wie man die Probleme löst.

Steuersystematisch gebe ich Ihnen natürlich Recht: Es ist durchaus angemessen, die Nacht- und Sonntagszuschläge zu streichen. Aber da taucht doch sofort gerade im Pflegebereich ein Problem auf, weil wir bei der demographischen Entwicklung einen Mangel an guten Kräften in der Altenpflege und überall in der Pflege bekommen werden. Wie lösen Sie dieses Problem, wenn Sie die Nachtzulage streichen? Woher kommen die Leute? Wie werden sie bezahlt? Wie soll das aussehen? Darauf haben Sie keine Antwort.

(Kretschmann)

Verstehen Sie? Das ist immer dasselbe. Das war schon bei der Gewerbesteuerreform so.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Natürlich hat das, was Sie gesagt haben, erst einmal Charme: Weg mit der Gewerbesteuer herkömmlicher Art, wir machen Aufschläge auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer.

(Abg. Drexler SPD: 24 Milliarden €!)

Wenn man dann aber nicht sagen kann, wie man die dabei auftauchenden Probleme, zum Beispiel das Stadt-Umland-Problem,

(Abg. Oettinger CDU: Finanzausgleich!)

Unterschied zwischen Stadt und Land, löst, dann scheitert so eine Reform. Ich habe schon gesagt, dass sie deswegen von Ihren eigenen Kommunalpolitikern abgelehnt worden ist. Ich will mit diesem Beispiel nur deutlich machen: Eine Opposition muss präzise sein und genau sagen, was sie will; nur dann taugt sie etwas. Das erwarten wir von Ihnen. Legen Sie im Bund Ihr Konzept vor; dann sehen wir weiter.

Interessant ist, dass Sie auf Ihrem Parteitag einen Beschluss zugunsten des Merz-Papiers gefasst haben, während Herr Teufel das Kirchhof-Papier favorisiert.

(Abg. Oettinger CDU: Keine Gegensätze! – Abg. Drexler SPD: In der Zwischenzeit ist Frau Merkel auch schon zurückgerudert!)

Die CSU will wieder etwas ganz anderes. Ja, was wollt ihr nun eigentlich? Jetzt einigt euch einmal auf etwas, und bringt das im Bundesrat ein. Jawohl, da entsteht Druck; das ist immer so, wenn die Opposition agiert. Darauf warten wir. Wir haben eine Steuerreform gemacht.

(Abg. Drexler SPD: Die kommt ja noch, die nächste!)

Die kann sich sehen lassen. Das war ein schwieriger Schritt, der eine Entlastung für die Bevölkerung wie niemals zuvor gebracht hat. Das kann sich sehen lassen. Das war konkret. Wir mussten das gegen Widerstände machen. Sie müssen Ihre Konzepte selbst einmal auf den Tisch legen. – Das sind die beiden Hauptpunkte, die ich nennen will.

Drittens zu der Frage, ob sich der Bund nicht zu sehr in unsere Kompetenzen einmischt. Bekanntlich rennt man mit diesem Thema bei mir offene Türen ein. Sie haben Ganztagschulen, Kleinkinderbetreuung und Eliteuniversitäten genannt. Alles d'accord. Das sind im Kern Länderaufgaben. Aber die Länder müssen sie auch wahrnehmen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: So ist es!)

Es hat keinen Sinn, nur theoretische Erörterungen über Zuständigkeiten zu machen. Dort, wo man Zuständigkeiten hat, muss man sie auch wahrnehmen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das haben Sie bei den Ganztagschulen und bei der Kleinkinderbetreuung nicht gemacht.

(Zuruf von der CDU: Stimmt doch gar nicht!)

Deswegen kommt der Bund auf die Idee, da einspringen zu müssen. Das wirksamste Mittel, dass ein anderer nicht in die eigenen Kompetenzen eingreift, ist, selbst aktiv zu werden und die Zeichen der Zeit zu erkennen. Das haben Sie nicht gemacht. Darum ist es so gekommen, wie es gekommen ist.

Ich heiße diese Entwicklung deswegen noch lange nicht gut. Ich bin in der Föderalismuskommission, um das zu ändern und wieder klar zu trennen, wofür die einzelnen Ebenen zuständig sind, und damit Zustimmungsrechte im Bundesrat zurückzuführen. Das ist genau das, was wir wollen. In diesem Landtag herrscht darüber Konsens. Wir wollen alle daran arbeiten, dass es so weit kommt.

Herr Ministerpräsident, ich muss Sie aber bitten, mit Beispielen, die Sie hier bringen, ein bisschen vorsichtig zu sein. Sie haben nun ausgerechnet das Beispiel der Sozialhilfe gebracht: Die Sozialhilfe solle den Ländern übertragen werden. Da muss man sich doch ernstlich fragen: Ist das nun genau die richtige Rechtsmaterie? Stellen Sie sich vor, jedes Land würde seine Sozialhilfe selbst regeln. Man kann sich doch an fünf Fingern abzählen, wohin das führen könnte: zu einem Wettlauf nach unten. Das sind ja Kosten – Sie haben sie genannt –, die unsere Kreise und Gemeinden teilweise hoch belasten. Wir wissen, wie viel die Landeswohlfahrtsverbände bei der Behindertenhilfe inzwischen zuschießen müssen und wie sehr das unsere Kreise belastet. Aber die Gefahr liegt doch darin, dass damit ein Wettlauf nach unten gestartet würde: Ein Bundesland senkt die Beträge, und dann gibt es „Armutswanderungen“ der Empfänger in andere Länder. In den USA gibt es das teilweise. Sollen wir denn so etwas machen? Ich meine, das muss man doch wenigstens einmal sorgfältig diskutieren, bevor man, Herr Ministerpräsident, gerade mit so umstrittenen Fragen an die Öffentlichkeit geht und denjenigen, die bei der Dezentralisierung sowieso ängstlich sind, gleich wieder Argumente dagegen liefert.

Ich rate dazu, ganz entschieden dafür einzutreten, dass in den Gesetzesmaterien stärker getrennt wird und wir im Land wieder mehr Zuständigkeiten bekommen. Dann muss man sie aber auch wahrnehmen. Nun schaue ich mir aber diese Haushaltsdebatte an und sehe, wie die Regierung mit dem Parlament umgeht. Ich sehe, wie die Regierung bei der Verwaltungsreform mit dem Parlament umgeht, wann das Parlament etwas erfährt und welche Möglichkeiten es überhaupt hat, einzugreifen. Wenn man schon die Kompetenzen, die man hat, nicht richtig wahrnimmt, wie glaubwürdig ist es dann eigentlich, wenn man in einer solchen Kommission mehr Kompetenzen für die Landesparlamente fordert – wie Sie es ja lautstark tun –, aber das eigene Parlament in solchen zentralen Fragen einfach übergeht?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Fischer SPD: So ist es!)

Einer so einschneidenden Reform wie der Verwaltungsreform muss eine solide Debatte vorausgehen. Das ist das

(Kretschmann)

Entscheidende. Das macht man nicht irgendwo im stillen Kämmerlein und setzt es dann anderen vor, sodass sogar die CDU, um nicht ihr Gesicht zu verlieren, einem Haufen Krampf zustimmen muss, von dem sie selbst nicht überzeugt ist.

Das hat aber auch ganz konkrete Auswirkungen. Sie, Herr Ministerpräsident, waren nicht in der Lage, die Effizienzrendite, die Sie jetzt von den Kommunen und Kreisen verlangen, selbst zu erbringen, solange die Behörden unter Ihrer Fuchtel waren.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Das haben Sie nicht geschafft. Jetzt drücken Sie den Kommunen die Erwirtschaftung einer Effizienzrendite von 20 % auf, wobei uns alle Fachleute aus den Kommunen und Kreisen sagen, auf diesem Wege sei vielleicht eine Effizienzrendite von 5 bis 8 % möglich, aber nicht von 20 %. Also werden die Kommunen das schließlich über eine erhöhte Kreismulage finanzieren müssen, es sei denn, es folgt – eigentlich müsste das einer Verwaltungsreform vorausgehen – endlich eine Aufgabenkritik und eine Aufgabenreduktion.

(Abg. Reichardt CDU: Haben wir doch beschlossen! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Nur Sprüche!)

– Das habt ihr beschlossen? Wir haben noch nichts davon gehört.

(Abg. Reichardt CDU: Ihr seid Späthörer! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Das ist eine Unverschämtheit! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie sollten konkret und präzise sagen, wie die Vorschläge aussehen. Seit einem Jahr hören wir, dass die Aufgabenkritik und Aufgabenreduktion dann irgendwann auch noch kommen solle. Wir haben dazu bisher keinen einzigen Vorschlag gehört.

Bei der Kommunalisierung von Aufgaben ist es kein bisschen anders, Herr Kollege Pfister. Erneut haben Sie hier eine große Ankündigung gemacht. Wo sind die Vorschläge?

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Sie erwarten ernsthaft, dass das Parlament diese Verwaltungsreform in den nächsten Monaten absegnet, ohne dass diese elementare Voraussetzung einer Aufgabenkritik und Aufgabenreduktion auf dem Tisch liegt und wir sagen könnten – selbst wenn wir insgesamt eine andere Vorstellung davon haben –: Das könnte man so machen, damit verhindert wird, dass eine solche Kostenlawine auf die Städte und Gemeinden zukommt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Luftschlösser!)

Nichts ist da!

(Abg. Hillebrand CDU: Falsch!)

Von Ihrer Seite liegen keine Vorschläge auf dem Tisch.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Liegt doch alles vor!)

Da frage ich mich: Wie sollen wir bei einem solchen Vorgehen die Regierung überhaupt noch kontrollieren können? Sie hindern uns an der Ausübung unserer verfassungsmäßigen Aufgaben. Mit einer solchen Überrumpelungstaktik kann man in einer modernen Gesellschaft einfach nicht weiterkommen.

(Beifall bei den Grünen)

Zum Schluss noch ein Wort zum Haushalt. Wir haben nun – und werden das auch in der dritten Lesung weiterhin tun – die Probleme der Zukunft wirklich dezidiert aufgezeigt mit den riesigen Pensionslasten, die auf uns zukommen, mit der strukturellen Haushaltslücke von 3 Milliarden € – wohlgemerkt selbst bei einem guten Wachstum. Wir hätten von Ihnen, Herr Ministerpräsident – Sie sind für die Richtlinien der Politik verantwortlich –, erwarten können, dass Sie darstellen, wie die Grundlinien aussehen, wie wir realistischerweise dahin kommen können, dass wir zu einem Zeitpunkt X, der durch Fakten unterlegt ist, sagen können: Aufgrund der vorgeschlagenen Maßnahmen des Abbaus von Aufgaben, der Streichung oder Änderung von Strukturen im Personalkörper des Landes kommen wir realistischerweise bis ungefähr zu dem Zeitpunkt zu einer Nullnettoneverschuldung. Fehlanzeige! Sie konnten das nicht konkret ausweisen. Sie haben hier keine Vorschläge gemacht und noch nicht einmal Richtungen aufgezeigt, wohin es gehen soll. Das hätten wir erwartet und nicht, dass Sie erstens uns eine halbe Stunde erzählen, wie schön das Land ist

(Abg. Fischer SPD: Jetzt geht es noch einmal eine halbe Stunde weiter!)

– was wir wohlgemerkt immer gern hören, aber auch schon selber wissen –, und zweitens über die Bundesregierung polemisieren. Wir hätten von Ihnen erwartet, dass Sie Ihrer eigenen Aufgabe gerecht werden, und diese heißt, die Richtlinien der Politik in der Haushaltspolitik zu bestimmen. Da war Fehlanzeige. Das haben wir vermisst. Insofern war unsere Kritik richtig und hat den Kern getroffen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Ministerpräsident Teufel.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Kretschmann, Sie sagten, in Nordrhein-Westfalen sei eine ganze Branche weggebrochen, Baden-Württemberg gehe es gut, die Ursachen dafür lägen 150 Jahre zurück.

(Abg. Fischer SPD: Nicht nur!)

Haben Sie denn die große Strukturkrise dieses Landes in den Neunzigerjahren übersehen? Die ganze Uhrenindustrie ist weggebrochen, die ganze Textilindustrie ist weggebrochen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Feinmechanik!)

weite Teile der Schmuckindustrie sind weggebrochen, die ganze Unterhaltungselektronik ist weggebrochen, Teile der optischen Industrie sind weggebrochen. Wenn ich das alles addiere, komme ich auf eine höhere Summe von verloren

(Ministerpräsident Teufel)

gegangenen Arbeitsplätzen als in der gesamten Kohle- und Stahlindustrie. Das möchte ich Ihnen sagen.

Aber hier ist es nicht zu Milliardensubventionen von Arbeitsplätzen gekommen, während die Subvention pro Arbeitsplatz im Kohlebergbau höher ist als das Jahreseinkommen eines Facharbeiters in der Metallindustrie in Baden-Württemberg. Das ist der Unterschied.

Dann haben Sie ausgeführt, wir würden sagen, wie gut dieses Land sei, und ich würde das in jeder Sitzung sagen. Ich habe hier vier Rankings gebracht, die alle jüngsten Datums sind und seit der letzten Sitzung veröffentlicht wurden.

(Abg. Reichardt CDU: Bringen Sie noch einmal vier zum Nachlesen!)

Es muss doch irgendwo mit den Menschen und auch mit der Landespolitik zusammenhängen, dass wir in einem Ranking nach dem anderen an der Spitze sind. Ich sage das ja nur deshalb, weil Sie an dieser Landespolitik nicht genug kritisieren können.

Dann sagten Sie, ich hätte die Gesundheitsreform und die Praxisgebühr angesprochen. Statt einen Popanz aufzubauen, hätten Sie wirklich einfacher sagen können, dass wir bei der Gesundheitsreform einem Kompromiss zugestimmt haben. Ich liefere Ihnen nachher das Protokoll meiner Rede. Ich habe von der Gesundheitsreform während meiner Rede überhaupt nichts gesagt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aber andere!)

Dann haben Sie gesagt, dass die Bundesregierung bereits eine große Steuerreform in drei Stufen durchgeführt habe. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Mit dieser Steuerreform habe ich mich noch nie identifiziert.

(Abg. Teßmer SPD: Das kann man auch nicht erwarten!)

Ich habe schon an der ersten Stufe kritisiert – auch mehrfach an diesem Pult –, dass nur die Aktiengesellschaften im Steuersatz auf 25 % zurückgenommen worden sind, aber der Mittelstand, die Personengesellschaft, der Eigenunternehmer über Jahre hinweg eine wesentlich höhere Steuer bezahlt haben als die Aktiengesellschaften.

Zweitens: Sie haben zu verantworten, dass über Jahre hinweg überhaupt keine Körperschaftsteuer mehr angefallen ist, sondern in den letzten Jahren nur noch die Arbeitnehmer und der Mittelstand in diesem Land Steuern bezahlt haben. Das haben Sie zu verantworten. Das ist nicht meine Steuerreform.

(Beifall bei der CDU)

Drittens: Sie haben zu verantworten, dass die Entlastung des Mittelstands wegen des Hochwassers an der Oder um ein weiteres Jahr verschoben worden ist. Ich habe das immer für falsch gehalten, weil Mittelstand, Einzelhandel und die Arbeitnehmer diese Steuerentlastung gebraucht hätten – ohnehin mit einer Verzögerung gegenüber den Aktiengesellschaften. Ich habe einen ganz anderen Finanzierungsvorschlag gemacht. Jetzt rühmen Sie noch die dritte Stufe,

von der nicht nur 70 % der Bürger keine Entlastung, sondern eine zusätzliche Belastung erwarten. Auch Sie wissen doch ganz genau, dass aus diesem Paket, das unmittelbar vor Weihnachten verabschiedet worden ist, eine Mehrbelastung und nicht eine Entlastung der Bürger hervorgeht. Die Bürger empfinden das deshalb als falsch, und die objektiven Zahlen sind so. Sie können das doch in den Haushalten selber nachlesen. Warum rühmen Sie ein Werk, das wirklich nicht rühmenswert ist?

Dann sagten Sie, wir hätten es in 16 Jahren nicht geschafft, eine solche Entlastung, eine solche Steuerreform zustande zu bringen. Haben Sie denn vergessen, dass es damals nicht nur Petersberger Beschlüsse mit Richtlinien gegeben hat, sondern dass ein Gesetz, das von der Bundestagsmehrheit, von CDU/CSU und FDP, verabschiedet war, dann im Bundesrat an Lafontaine und Eichel gescheitert ist?

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Die Wirtschaft hätte seit sechs Jahren eine Unternehmensteuerreform und eine Entlastung,

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

wenn Sie das nicht verhindert hätten. Das ist einfach die Wahrheit.

Dann sagten Sie, Sie machten das Oppositionsgeschäft nun schon seit 23 Jahren, und fügten wörtlich hinzu: „Wir machen es gut.“

(Abg. Kiefl CDU: Weiter so!)

Wir haben doch überhaupt nichts dagegen, dass Sie das auch weiterhin machen.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Teßmer SPD – Abg. Kretschmann GRÜNE: Man muss das machen, wohin einen der Wähler stellt!)

– Ja, man muss das machen, was man versteht.

(Beifall bei der CDU)

Und das verstehen Sie in der Tat besser als wir; das ist wahr.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. Fischer SPD: Das hat er nicht gesagt!)

Dann sagten Sie, ich hätte gesagt, jedes Land mache seine Sozialhilfe selber, bestimme also deren Richtsätze.

(Widerspruch bei der SPD)

– Das haben Sie gesagt. Sie haben es wahrscheinlich verwechselt. Ich habe vor drei Tagen auch gelesen, dass sich ein Ministerpräsident in dem Sinne geäußert hat, dass die Sozialhilferichtsätze vom Land bestimmt werden sollen. Wissen Sie, was ich gesagt habe? Ich habe gesagt: „Unsere Stadt- und Landkreise lassen es sich nicht länger bieten, dass der Bund durch den Bundestag die Sozialhilferichtsätze festsetzt und sie sie bezahlen müssen.“

(Beifall bei der CDU – Abg. Junginger SPD: Was heißt das jetzt?)

(Ministerpräsident Teufel)

Denn derjenige, der die Richtsätze festsetzt, soll sie auch bezahlen. Dann wird er überlegen, ob er in ähnlicher Weise großzügig ist, wie man sein kann,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das gilt auch im Umkehrschluss! – Abg. Drexler SPD: Was heißt das jetzt?)

wenn es andere bezahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das, was in Artikel 71 ff. der Landesverfassung steht, nämlich das Konnexitätsprinzip, muss endlich in das Grundgesetz aufgenommen werden,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das machen wir doch!)

damit nicht Lasten auf die Länder verlagert werden.

Dann haben Sie gesagt, ich hätte in den Bereichen, für die ich bisher die Verantwortung getragen habe – Landesverwaltung –, die Effizienzrendite von 20 % nicht erbracht. Sie wissen, dass das nicht wahr ist. Sie behaupten es trotzdem. Die Regierungspräsidien haben nicht eine Effizienzrendite von 20 %, sondern eine Effizienzrendite von 30 % erbracht. Sie wissen zweitens, dass wir mit der Personaleinsparung nicht erst jetzt anfangen, sondern dass wir schon im ersten Jahr meiner Regierungszeit, im Jahr 1991, damit begonnen haben und in den letzten zehn Jahren exakt 10 000 Stellen in der Landesverwaltung eingespart haben. Das betraf, wohlgemerkt, nicht die Schulen, den größten Personalkörper, weil wir zusätzliche Lehrer gebraucht haben, nicht die Hochschulen, die Überlasten fahren, nicht die Polizei, weil innere Sicherheit ein Schwerpunkt ist,

(Abg. Drexler SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

und den Strafvollzug – jetzt sind wir bei 82 % aller Personalstellen des Landeshaushalts –, sondern den Bereich der restlichen 18 %. Nur in diesem Bereich von 18 % sind wir heruntergegangen. Im Bereich dieser 18 % haben wir in den letzten zehn Jahren unter Ausnutzung der Fluktuation 10 000 Stellen eingespart. Und da stellen Sie sich hin und sagen, wir würden anderen Effizienzrenditen zumuten, die wir selbst nicht erbrächten.

Im Übrigen ist diese Behauptung natürlich auch bei der Verwaltungsreform falsch. Denn in all den Bereichen, in denen wir Behörden in Landesbehörden eingliedern, erbringen wir die Effizienzrendite selbst. Sie legen immer so großen Wert auf Wahrheit, Herr Kollege Kretschmann. In all diesen Punkten war es nötig, Sie zu korrigieren.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Belehren!)

Noch ein paar Sätze zu Herrn Drexler. Herr Drexler, es gibt vier objektive Rankings, in denen Baden-Württemberg auf Platz 1 liegt. Sie sollten sich das wirklich einmal anschauen.

(Abg. Drexler SPD: Ja, habe ich getan!)

Und da stellen Sie sich hin und sagen, das Wichtigste wäre, wir würden die Grundschulzeit verlängern, also Schulen mit Gesamtschulcharakter einführen.

(Abg. Drexler SPD: Nein! Das ist völliger Unfug! Das habe ich überhaupt nicht gesagt! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das hat er nicht gesagt! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Entschuldigung! Dann sagen Sie – –

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Dann sind Sie also für die sechsjährige Grundschule? Das ist doch aber dann eine Schule mit Gesamtschulcharakter, oder was? Das ist eine Schule, in der alles beieinander ist. Ich habe ja nicht gesagt, das sei eine Gesamtschule.

(Abg. Drexler SPD: Aber ist denn die vierjährige keine Gesamtschule?)

Ich habe nicht gesagt, das sei eine Gesamtschule, sondern ich habe gesagt, das hätte Gesamtschulcharakter.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wie die Grundschule jetzt auch! – Abg. Drexler SPD: Wie die Grundschule jetzt auch!)

Ich kann nur sagen: In den Ländern, in denen alles beieinander ist, haben wir die mit Abstand schlechtesten Ergebnisse.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: In der Grundschule!)

– In den Ländern, in denen alles beieinander ist. Schauen Sie sich einmal um.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Also da liegen Sie einfach falsch!)

Zweitens: Sie stellen sich hier hin und sagen, die große Steuerreform, die wir fordern, bedeute eine Entlastung um 24 Milliarden € – das war vorhin Ihre wörtliche Aussage –, und das könne niemand bezahlen.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Das Modell von Kirchhof, das ich seit Monaten propagiere, schichtet 60 Milliarden € um und ist das Modell mit den geringsten Steuersätzen, den höchsten Freibeträgen, den niedrigsten Eingangssteuersätzen und den niedrigsten Spitzensteuersätzen.

(Abg. Fischer SPD: Und wer bezahlt das dann? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Reden Sie doch mit Frau Merkel!)

Außerdem ist es in der Summe finanzneutral. Es kostet nicht 10 Milliarden € und nicht 25 Milliarden € oder 24 Milliarden €, sondern es ist finanzneutral. Ich kann Ihnen nur sagen: Das, wofür ich mich einsetze, geht am weitesten und belastet die öffentlichen Haushalte nicht.

(Abg. Fischer SPD: Ach was! „Finanzneutral“! Das belastet die öffentlichen Haushalte! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Warum redet auf Bundesebene niemand über Ihren Vorschlag? Vielleicht müssen Sie ihn einmal in Ihrer Partei einbringen!)

Es liegt im Übrigen in Gesetzesreife vor.

(Ministerpräsident Teufel)

Dann sagte Herr Drexler, sich selbst bemitleidend,

(Abg. Drexler SPD: Also überhaupt nicht! Was soll denn das?)

die SPD werde abgestraft für Reformen, die sie jetzt mache. Das ist entweder falsch oder zumindest nur eine Teilwahrheit.

(Abg. Drexler SPD: Was?)

Die Wahrheit ist: Die SPD wird von den Bürgerinnen und Bürgern derzeit abgestraft, weil sie den Bürgern vor den letzten beiden Bundestagswahlen etwas völlig anderes gesagt hat, als nach den Bundestagswahlen ihre Politik war.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Da kennt sich die Landesregierung nicht aus!)

Dafür wird die SPD abgestraft.

Dazu nenne ich nur wenige Beispiele. Die IG Metall – ihr damaliger zweiter Vorsitzender Riester – und die SPD sind 1998 mit der Aussage in den Bundestagswahlkampf gezogen: „Rente mit 60“. Der allererste deutsche Politiker, der vom Renteneintrittsalter 67 gesprochen hat, war der Bundesarbeitsminister Riester. Die Menschen fühlen sich getäuscht, wenn ihnen zuerst gesagt worden ist, sie könnten mit 60 in den Ruhestand gehen, und ihnen jetzt gesagt wird, dass sie nach 45 Beitragsjahren mit einer Rente von 40 % ihres vorherigen Bruttolohns rechnen müssen.

(Abg. Drexler SPD: Was?)

Die Leute fühlen sich getäuscht, wenn Sie vor der Wahl sagten, Sie schafften die Zuzahlung zu Arzneimitteln, die Rezeptgebühr, wieder ab, und nach der Wahl eine Eintrittsgebühr bei jedem Arzt verlangen. Da fühlen sich die Leute getäuscht.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Wo kommt die denn her? – Abg. Drexler SPD: Wo kommt denn die Eintrittsgebühr her? – Abg. Ursula Haußmann SPD: So einfache CDU-Wahrheiten glauben die Menschen nicht! – Weitere Zurufe von der SPD)

Die Leute fühlen sich doch getäuscht, wenn Sie die Karentage, die zu unserer Regierungszeit eingeführt worden sind, sofort nach der Wahl streichen und jetzt eine Absicherung des Krankengeldes von den Arbeitnehmern allein tragen lassen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wer hat denn das alles erzwungen? – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Da fühlen sich doch Menschen getäuscht.

Die Leute fühlen sich doch getäuscht, wenn Sie Scheinselbstständigkeit bekämpfen, dann aber eine Ich-AG einführen. Die Leute fühlen sich doch getäuscht, wenn die SPD den Begriff „soziale Gerechtigkeit“ aus ihrem Programm streicht. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir bleiben bei Leistung und Wettbewerb, aber auch bei sozialer Gerechtigkeit.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Dass das, was ich sage, keine böse Behauptung ist, möchte ich mit folgender Aussage der Landesvorsitzenden der SPD Baden-Württemberg belegen – ich zitiere –:

Es ist für einen Politiker vielleicht das Schlimmste, zu geben zu müssen, dass er sich gravierend geirrt hat, und dafür dann öffentlichen Spott zu kassieren. Das war auch für mich selbst das Schwierigste.

Stehen Sie hin und sagen Sie – dann gewinnen Sie einen Teil Ihrer Glaubwürdigkeit zurück –: Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern vor den Wahlen etwas völlig anderes versprochen, als wir ihnen heute zumuten.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Fraktionsvorsitzender Drexler.

(Abg. Herrmann CDU: Es ist doch alles gesagt!)

Abg. Drexler SPD: Wenn Unwahrheiten behauptet werden, muss man natürlich ans Rednerpult gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, jetzt wollen wir hier doch einmal Klartext reden. Sie haben gesagt, die SPD sei im Bundestag gegen das Konnexitätsprinzip gewesen.

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

In der Verfassungskommission 1992 bis 1994 hat es die CDU genau abgelehnt, das Konnexitätsprinzip für die Bundesrepublik Deutschland im Grundgesetz zu verankern. Da stellen Sie sich hier hin und behaupten genau das Gegenteil!

(Zurufe von der CDU)

– Natürlich haben Sie gesagt, wir seien gegen das Konnexitätsprinzip.

(Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Richtig zuhören würde auch nicht schaden! – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Zweitens: große Steuerreform. Führen wir uns doch einmal die Steuersätze vor Augen, die 1998 gegolten haben, Herr Ministerpräsident. 1998 lag der Einkommenssteuersatz bei 25,9 %. Jetzt haben wir einen Einkommenssteuersatz von 16 %, und er wird auf 15 % sinken. Der Einkommenssteuersatz ist also um über zehn Prozentpunkte gesunken.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Oettinger: Lafontaine!)

Sie dagegen stellen sich hier hin und sagen: Ich bin gegen diese Steuerreform; sie hat ja den Menschen nichts gebracht. Der Spitzensteuersatz lag unter der Kohl-Regierung 16 Jahre lang bei über 50 %. Wir haben ihn jetzt auf 46 % gesenkt und wollen ihn in der nächsten Stufe auf 42 % senken.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

(Drexler)

Sie stellen sich hier hin und sagen: Das bringt überhaupt nichts.

(Zurufe von der SPD – Abg. Seimetz CDU: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!)

Sie waren ja auch dagegen.

Freibetrag: Wir haben jetzt mit 7 700 € den höchsten Freibetrag. Sie wollen ihn in einer weiteren Stufe auf 8 000 € erhöhen. Darüber kann man reden.

Aber nach diesen entscheidenden Schritten, zu denen auch gehört, dass der Körperschaftsteuersatz von 49 auf 25 % reduziert wurde, kann in der Bundesrepublik Deutschland eigentlich niemand mehr sagen, die Steuern seien das Problem. Wir liegen mit dem Körperschaftsteuersatz in ganz Europa im vorderen Drittel – weit vor den USA –, wir liegen beim Eingangssteuersatz im vorderen Drittel, und wir liegen beim Spitzensteuersatz, wenn er 42 % beträgt, in der Mitte. Also, wo wollen Sie denn noch etwas machen?

Sie sagen weiter, Sie seien für das Kirchhof-Modell. Das Kirchhof-Modell ist doch von Ihrer Partei gar nicht beschlossen worden. Ihr Bundesparteitag hat doch offensichtlich bei drei Gegenstimmen das Merz-Modell beschlossen. Haben Sie eine der drei Gegenstimmen geliefert? Sie können doch nicht auf Ihrem Bundesparteitag dem Merz-Modell zustimmen und im Landtag von Baden-Württemberg sagen, Sie seien für das Kirchhof-Modell. Das Kirchhof-Modell spielt bei den Verhandlungen zwischen Herrn Stoiber und Frau Merkel gar keine Rolle mehr.

(Zuruf des Abg. Braun SPD)

Eine Rolle spielt nur noch die Frage: Wie weit muss man das Merz-Modell abschleifen, damit die CSU zustimmt? Da machen Sie nun wirklich eine erbärmliche Figur, indem Sie wieder hinstehen und sagen: „Ich bin für das Kirchhof-Modell.“ Dieses Modell spielt in den Verhandlungen zwischen den beiden Parteivorsitzenden von CDU und CSU keine Rolle mehr.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Im Übrigen habe ich Ihren Aufschrei schon vermisst, als 1998 oder 1997 das Verfassungsgericht der Bundesregierung, damals Kohl, bescheinigt hat, dass sie Familien verfassungswidrig besteuert. Wo war denn da Ihr Aufschrei? Damals waren Sie ruhig. Das haben erst wir verändert. Die neue Bundesregierung hat die verfassungswidrige Besteuerung von Familien verändert. Das wollen wir hier auch einmal zur Klarheit und zur Wahrheit der Steuerpolitik sagen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dann zu den Wahlversprechen. Herr Ministerpräsident, ich könnte Ihnen jetzt eine ganze Reihe von Beispielen nennen, bei denen Sie jetzt Ihre Wahlversprechen brechen, angefangen bei den sozialen mobilen Diensten über die Nachbarschaftshilfe, Hilfen für Familien, Wahlversprechen im Bereich des Familienpasses und beim Mutter-Kind-Programm bis hin zur Landesarbeitsmarktpolitik. Da brechen Sie Ihre Wahlversprechen auch, weil sich die wirtschaftliche Situati-

on möglicherweise verändert hat. Das will ich ja gar nicht bestreiten. Aber Sie brechen Ihre Wahlversprechen, unabhängig davon, dass Sie hier durch die Lande gereist sind und im Wahlkampf von einem Familiengeld von 600 € gesprochen haben, was den Bundeshaushalt rund 30 Milliarden € gekostet hätte. Ich habe keinen Antrag zum Familiengeld gesehen, weder einen des Landes Baden-Württemberg im Bundesrat noch einen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach der verlorenen Wahl 1998. Bloß einmal so weit zu Wahlversprechen, damit wir das von Wahrheit und Klarheit her einmal klarlegen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss noch zu Ihrer „Polizeikiste“. Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, von innerer Sicherheit reden, scheint es für mich wirklich fraglich zu sein, ob Sie Ihren Landeshaushalt überhaupt angeschaut haben. Baden-Württemberg hat die geringste Polizeidichte unter den Bundesländern. Wir haben jetzt einen Haushaltsentwurf, nach dem mittelfristig 831 Stellen bei der Polizei gestrichen werden. Jetzt werden gerade noch 100 Anwärter für den Polizeidienst genommen. Letztes Jahr waren es knapp 400, und früher waren es noch mehr. 100 Anwärter, die in drei Jahren fertig sind, obwohl 2008 dramatisch viele Polizeibeamte altershalber aus dem Polizeidienst ausscheiden werden. Eine völlig verfehlte Personalpolitik bei der inneren Sicherheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sie betreiben! Eine völlig falsche Personalpolitik bei der inneren Sicherheit!

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Unabhängig davon – ich sage es Ihnen noch einmal – tobt die CDU in Berlin herum und schreit, die innere Sicherheit sei in Gefahr, wir müssten mehr bei der Terrorbekämpfung tun, und schießt dauernd den Schily an. Die Gefahrenlage hat sich verändert. Was machen Sie in Baden-Württemberg? Sie streichen nach und nach alle Antiterrorstellen, die Sie nach dem 11. September 2001 einmal mit k.w.-Vermerken versehen haben. So sieht die Politik für die innere Sicherheit aus.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, dann reden Sie von sozialer Gerechtigkeit bei diesem Haushalt. Er ist weder zukunftsfähig bei dem, was Sie bei den Fachhochschulen und den Universitäten machen, noch ist er sozial gerecht bei den Streichungen, noch ist dieser Haushalt einigermaßen geeignet, aufzuzeigen, wie man mittelfristig aus der hohen Verschuldung herauskommt. Auch jetzt haben Sie dazu wieder nichts gesagt, obwohl Herr Kretschmann Sie zweimal dazu aufgefordert hat. Es war wieder eine reine bundespolitische Nummer. Offensichtlich haben Sie zum Land Baden-Württemberg nichts mehr zu sagen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 02 – Staatsministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2802 Abschnitt I.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe unter Abschnitt I auf

Kapitel 0201

Staatsministerium

Wer stimmt Kapitel 0201 zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0202

Allgemeine Bewilligungen

Wer Kapitel 0202 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0203

Staatsgerichtshof

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0204

Vertretung des Landes beim Bund und Beobachter der Länder bei der Europäischen Union

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0205

Landeszentrale für politische Bildung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0208

Führungsakademie des Landes Baden-Württemberg

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde einstimmig zugestimmt.

(Abg. Brigitte Lösch und Abg. Heike Dederer GRÜNE: Enthaltung!)

– Bei einigen Enthaltungen.

Meine Damen und Herren, wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2802, abzustimmen. Wer zustimmen möch-

te, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II wurde einstimmig zugestimmt.

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 02.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Essen!)

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:31 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:45 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe in der Zweiten Beratung **Buchstabe b** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 03: Innenministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2803

Berichterstatter: Abg. Schneider

Das Präsidium hat für die Beratung dieses Einzelplans eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Heinz das Wort.

Abg. Heinz CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute Morgen haben wir gehört, dass die finanziellen Rahmenbedingungen für den Haushalt 2004 alles andere als gut sind. Die Ursachen liegen sowohl im Bund wie auch im Land in den zurückgehenden Steuereinnahmen. Klar ist, dass wir unser Ausgabeverhalten nun anpassen müssen.

Nach den bereits vorgenommenen Ausgabenkürzungen von über 1 000 Millionen € müssen wir nach den Steuerschätzungen nochmals nachlegen. Die Fraktionen haben diese Hausaufgabe, so denke ich, auch ganz gut bewältigt. Dass auch das Innenministerium seinen Anteil an den Einsparungen tragen muss, ist gar keine Frage. Allein bei den globalen Minderausgaben ist es mit 6 170 000 € betroffen. Das ist eine Summe, die dem Ministerium sicherlich noch das ganze Jahr über Kopfzerbrechen bereiten wird.

Wenn wir den Etat 03 anschauen, können wir feststellen, dass davon 75 %, also drei Viertel, allein auf den Bereich der inneren Sicherheit entfallen. Kollege Hillebrand wird nachher zu diesem gesamten Themenkomplex sprechen.

Lassen Sie mich zwei, drei andere Schwerpunkte beleuchten. Ich möchte mit der Verwaltungsreform beginnen. In seinem Vorwort zum Bericht zum Haushaltsplan 2004 hat der Minister geschrieben – ich zitiere –:

Bündelung und Verschlinkung der Strukturen als Grundlage für größte Effizienz ergibt eine schnellere, schlagkräftigere und kostengünstigere Verwaltung.

(Heinz)

Damit sind, so meine ich, die Ziele unserer großen Verwaltungsreform umfassend und tief greifend umrissen. Die Grundprinzipien der Verwaltungsreform sind: Vereinfachung der Abläufe, Verlagerung von Entscheidungsprozessen, aber auch der Verantwortung dafür auf die untere Ebene. Wir wollen eine schlanke, leistungsfähige und schlagkräftige Verwaltung, die Baden-Württemberg als Standort attraktiv macht – und dies für die Bürger und für unsere Wirtschaft. Selbstverständlich gehören dazu auch Aufgabenkritik und Bürokratieabbau, die wir in diesem Jahr nochmals konkret angehen werden.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Allerdings muss man klar feststellen, dass das sicherlich keine einfache Kost ist. Das zeigen schon die zähen Bemühungen, die wir in den vergangenen Jahren unternommen haben.

Für die große Verwaltungsreform stehen im Jahr 2004 die gesetzgeberischen Entscheidungen an. Das Vorhaben ist in seiner Dimension gewaltig. Insgesamt sind 12 000 Personalstellen betroffen. Wenn Sie sich allein den Gesetzentwurf des Innenministeriums anschauen, was die Seitenzahl und die Stärke angeht, dann wissen Sie, was ich meine. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innenministeriums haben in den letzten Monaten Gewaltiges geleistet.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das stimmt!)

Ich möchte mich beim Minister, beim Staatssekretär und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für die engagierte und ausgezeichnete Arbeit bei der Umsetzung der Verwaltungsreform bedanken.

(Beifall bei der CDU)

Das war sicherlich kein leichtes Stück Arbeit.

Wir alle – wenn ich „wir alle“ sage, meine ich zumindest die Regierungsfractionen – setzen darauf, dass sich diese Mühe und Arbeit lohnt und auch ein Stück weit auszahlt – früher hätte man gesagt „in Mark und Pfennig“, heute muss man sagen „in Euro und Cent“.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: In Effizienzrendite!)

Wir rechnen damit, dass wir über das Jahr gesehen, also pro anno, wenn alle Maßnahmen greifen – diese Effizienzrendite wird sicherlich Jahr für Jahr größer werden –, einen Betrag von deutlich mehr als 100 Millionen € für das Land Baden-Württemberg einsparen können.

(Abg. Rech CDU: Und Millionen zufriedener Bürger bekommen!)

– Auch noch. Ganz klar. Der Herr Staatssekretär weiß Bescheid.

Ich will gar nicht verschweigen, dass wir durch dieses gewaltige Vorhaben vielleicht einiges andere zurückstellen mussten. Sie werden nun sicherlich sagen und in Ihren Reden darauf eingehen, dass wir bei einzelnen Aufgaben noch Nachholbedarf haben. Ich nenne als Stichworte Gemeindeordnung, Negativkatalog und Stärkung von Beteiligungsrechten. Wir werden das im zweiten Halbjahr 2004 ange-

hen. Wenn die Reform auf der Spur sitzt, kümmern wir uns um diese Vorhaben genauso. Kollege Glück nickt; ich denke, da sind wir uns in der Sache einig.

Lassen Sie mich noch ein anderes Thema ansprechen, das sonst immer etwas weniger im Blickpunkt steht. Ich meine das E-Bürgerdienste-Portal Baden-Württemberg. Hier hat sich im letzten Jahr doch ganz im Stillen einiges getan. Wir, das Land und die Kommunen, haben uns ja darauf verständigt, dass wir bis Ende 2004 ein gemeinsames Internetportal schaffen, um für die Verwaltung, vor allem aber auch für die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg eine gute Möglichkeit des Einstiegs in die öffentlichen Verwaltungen in Baden-Württemberg zu schaffen.

Wir haben im Juni 2003 den Behördenwegweiser freigeschaltet, und wir haben die weiteren Module Verfahrensbeschreibung, Formulare und Onlinedienste im Oktober 2003 in Betrieb genommen. Ich denke, hier sind wir auch im Ländervergleich über Baden-Württemberg hinaus ganz ordentlich aufgestellt und nehmen unter den Bundesländern eine Spitzenstellung ein, und wir machen unseren Bürgerinnen und Bürgern ein zeitgemäßes, attraktives und modernes Angebot, sich durch die neuen Medien über die Behörden des Landes und der Kommunen zu informieren.

Ich war selbst überrascht, als ich gelesen habe, dass schon bei der letzten Landtagswahl immerhin 40 000 Bürgerinnen und Bürger ihren Wahlschein elektronisch bestellt haben. Ich würde die Wette eingehen: Bei der nächsten Landtagswahl ist es sicherlich ein Vielfaches von diesen 40 000, weil diese neuen Medien, wie man ja auch täglich im Büro sieht, bei der Bevölkerung doch eine große Resonanz finden.

Ein weiteres Aufgabenfeld, zu dem ich kurz Stellung nehmen möchte, ist der Bereich Feuerwehr und Katastrophenschutz. Hier haben wir aufgrund der schwierigen Finanzlage in den letzten Haushaltsjahren einen Schwerpunkt gesetzt. Das ist uns nicht leicht gefallen, und das war auch nur deshalb möglich, weil alle Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen hier mitgezogen haben. Wir haben aus dem allgemeinen Haushalt Mittel für die Feuerwehren umgeschichtet, und wir haben jetzt in langen Verhandlungen mit dem Finanzministerium erreichen können, dass wir eine Deckelung bei 46 Millionen € einziehen. Wenn wir mit dem Feuerschutzsteueraufkommen darunter liegen, müssen wir wieder Gelder aus dem Landeshaushalt nachschieben. Wir haben aber so, wie es im Moment aussieht, die Hoffnung, dass wir zumindest in den kommenden Jahren darüber liegen werden. Dann haben wir, denke ich, eine Basis für die Kommunen geschaffen, die verlässlich ist und, was die Förderung angeht, klare Strukturen ergibt.

Wir haben noch ein Zweites getan: Wir haben die Zuwendungsrichtlinien Feuerwehr verändert und haben dadurch auch die Basis etwas breiter gemacht, zugegebenermaßen zulasten der Kommunen, weil natürlich der Zuschuss sinkt, gleichzeitig aber auch zum Vorteil der Kommunen, weil sich für sie die Zeit, bis sie ein bestelltes Fahrzeug bezuschusst bekommen, verringert.

Jetzt ein Satz zum SPD-Antrag Drucksache 13/2843-1: Klar hätten auch wir gern noch einmal 1,5 Millionen €

(Heinz)

draufgesattelt. Sie schreiben in Ihrem Antrag so nett: „Die Deckung erfolgt an anderer Stelle.“ So einfach ist es natürlich nur, wenn man in der Opposition ist. Aber ich glaube, wir müssen froh sein über das, was wir jetzt erreicht haben. Aus diesem Grunde können wir Ihrem Antrag leider nicht zustimmen.

Im Bereich des Katastrophenschutzes konnten wir in den vergangenen Jahren, beginnend mit dem Antiterrorprogramm 2002, einiges erreichen. Es konnten in diesem Bereich allein 72 Fahrzeuge beschafft werden. Die privaten Träger haben enorme Zuschüsse für Ausbildung und Ausstattung bekommen, wir haben begonnen, das Lagezentrum im Innenministerium zu modernisieren, es wurden befristete Stellen bei den RPs und der Feuerwehrschiele geschaffen mit dem Ziel, die Übungen voranzubringen und die Aus- und Fortbildung stärker zu fördern. Da ist in den letzten zwei Jahren auch einiges geschehen.

Wir konnten 2003 noch einmal einen etwas geringeren Betrag erhalten, und ich freue mich besonders darüber, dass wir in der CDU-Fraktion es geschafft haben, 2004 noch einmal einen ganz schmalen Betrag von 250 000 € in diesem Bereich freizuschaukeln,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser
CDU: Sehr gut!)

weil es einfach an den Zeitumständen liegt, dass wir hier etwas tun müssen.

Die Fachleute aus dem Innen-AK wissen auch, dass es eine Verabredung aller Innenminister gibt, nach der wir versuchen wollen, die Zivil- und Katastrophenaufgaben von Bund und Ländern zu vernetzen. Da kommen auf uns neue Aufgaben und auch Ausgaben zu, die wir bewältigen müssen. Ich will als Stichwort nur nennen: Wir brauchen Taskforces in den Ländern, wir brauchen ein zentrales Logistikzentrum in Baden-Württemberg. Dies alles werden wir mit dem Geld vorbereiten. Das wird nicht ausreichen, aber wir müssen es vorbereiten, damit wir im Gleichschritt mit den anderen Ländern mithalten können. Es wäre für uns kein gutes Zeugnis, wenn wir in diesem Bereich zurückstehen müssten. Deshalb bin ich froh und dankbar, dass wir diese Lösung mit den 250 000 € noch gefunden haben.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch zwei Dinge ansprechen, die mich nur am Rande betreffen. Eigentlich gehören sie in den Bereich Polizei, zu dem mein Kollege Hillebrand nachher sprechen wird. Ich habe mich aber in dem Bereich der DNA-Analyse persönlich ein bisschen engagiert und verfolge die Entwicklung interessiert. Ich denke, hier müssten wir noch mehr tun. Wir sind in Baden-Württemberg zwar führend mit der Anzahl der Datensätze – 18 % haben wir gesammelt, das sind 50 000 Datensätze –, mir liegt aber am Herzen, dass die Basis im Bund durch die Gesetzgebung von Rot-Grün verändert wird, damit wir mehr Datensätze sammeln können. Denn die Abschreckung, die bei den Tätern sicherlich Erfolg haben wird, ist die beste Prävention, die wir machen können. Ich denke auch, das würde die Aufklärung beschleunigen.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum letzten Punkt. Ich möchte noch eine kleine Anmerkung zum Thema Gewerbesteuerreform machen. Heute Morgen hat Kollege Kretschmann gesagt, die Kommunalpolitiker seien nicht der Meinung, dass wir die ertragsunabhängigen Elemente nicht besteuern sollten. Dazu muss ich sagen – ich spreche zumindest für mich und auch für viele Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion aus dem kommunalen Bereich –, wir sind schon der Meinung, dass man die nicht mit hineinnehmen darf. Es ist unsinnig, ertragsunabhängige Elemente wieder in die Gewerbesteuer einzubauen. Das halte ich für einen Fehler. Wir hatten das übrigens schon einmal vor etwa 20 Jahren und haben es dann abgeschafft, weil es Schwachsinn war.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb muss ich Herrn Kretschmann sagen, dass wir das nicht wieder wollen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE betritt den Saal.)

– Jetzt kommt er. Er hat es gehört. – Das wäre nach meiner Meinung die völlig falsche Lösung.

Abschließend möchte ich sagen, dass wir den Haushalt des Innenministeriums in der vorliegenden Form verabschieden können. Ihre Anträge müssen wir leider ablehnen. Ich habe das für den Bereich der Feuerwehr begründet. „Leider“ insofern, als wir gerne mehr Geld gehabt hätten; aber wir haben es nicht, weil wir sparen müssen.

(Abg. Wieser CDU: Ach so! – Zuruf des Abg.
Rüeck CDU)

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Junginger.

(Abg. Wieser CDU: Das soll doch eine freie Rede sein, Herr Präsident! Schauen Sie doch einmal, mit wie viel Papier der kommt!)

Abg. Junginger SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Sicherlich ist es für Sie keine Überraschung, dass wir – anders als gerade dargestellt – den Herrn Innenminister nachhaltig bedauern. Er verdient wirklich Mitleid, weil all das, was er grundsätzlich für richtig hält, immer dem Diktat der Finanzen untergeordnet wird. Dies bedeutet zum Beispiel, dass das Antiterrorprogramm in einer Phase auf null zurückgenommen worden ist, in der wir gemeinsam im Innenausschuss ständig davon reden, dass sich an der problematischen Sicherheitslage nichts geändert hat, sondern dass weiterhin alle Voraussetzungen für die Notwendigkeit gegeben sind, die Sicherheit mit Personen- und Sacheinsatz im Auge zu behalten.

(Beifall bei der SPD)

Mitleid und Erbarmen verdient der Innenminister auch deshalb, weil offensichtlich im Ministerium durch die Verwaltungsreform alle Kapazitäten so gebunden sind, dass man das normale Alltagsgeschäft nicht mehr ordnungsgemäß er-

(Junginger)

ledigen kann. Ich kann das an verschiedenen Punkten begründen, bei denen schon lange Gesetzesinitiativen angestanden haben, die immer wieder verschoben worden sind und bei denen sogar vollmundig ein großer Wurf angekündigt worden ist. Dass hier nichts geschehen ist, ist bedauerlich.

Wir haben den Eindruck, dass im Bereich der Innenpolitik wirklich die Sicherheit nach Kassenlage definiert wird.

(Beifall bei der SPD)

Es gab in den letzten Jahren die gemeinsame Erkenntnis, dass sich die Sicherheitspolitik nicht nach der Kassenlage, sondern nach den objektiven Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung dieses Landes definieren lassen muss.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Wir sind doch das sicherste Bundesland!)

Wenn dann nur im Sinne eines Kunstgriffs durch globale Minderausgaben 6 Millionen € aufgefangen werden, bedeutet das, dass die Summe der globalen Minderausgaben letztlich in eine Verfassungswidrigkeit des Haushalts hineinführt, zumal bei den globalen Minderausgaben – auch das ist erwähnenswert – die Fördertitel und Förderbereiche ausdrücklich nicht ausgenommen worden sind.

Wer jetzt noch meint, dass er gegebenenfalls auf der Grundlage von nachgeschossenen Förderbeträgen und Zusagen für das Jahr 2004 mit entsprechenden Auszahlungen rechnen dürfe, dem muss gesagt werden: Abwarten, wie sich die Lage in der zweiten Jahreshälfte darstellen wird. Auch in Fördertitel kann eingegriffen werden.

Ich darf begründen, warum wir es für absolut und dringend erforderlich halten, dass im Bereich der Feuerwehr über die nachgeschobene 1 Million € hinaus weitere 1,5 Millionen € eingebracht werden. Sie müssen sich vor Augen führen, dass die ausgewiesenen Beträge nicht zur Verfügung stehen, da Verpflichtungsermächtigungen aus der Vergangenheit Mittel binden, und dass die Feuerwehrgeräte im Land weitgehend schon 25 Jahre alt und älter sind, sodass man sagen muss: Auch die Sicherheitspolitik im Bereich des Feuerwehrwesens und des Katastrophenschutzes darf nicht nach Kassenlage definiert werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Blenke CDU: Heute Morgen habt ihr die ganze Zeit gesagt, dass wir mehr sparen müssen!)

Das ist unser Profil. Wenn Sie sich die Mühe gemacht hätten, unsere Haushaltseinsparvorschläge, unsere Gegenvorschläge nachzuvollziehen, dann hätten Sie feststellen können, dass diese 1,5 Millionen € ebenso gedeckt sind wie all die weiteren Beträge, die wir in unseren Anträgen an den weiteren Beratungstagen bezüglich wichtiger Bereiche der Sozialpolitik, der Bildungspolitik sowie der Forschungspolitik vorsehen werden.

(Abg. Wieser CDU: Und wo sparen Sie?)

– Verehrter Kollege Wieser, haben wir nicht schon heute Morgen gehört, dass man den Regierungsfractionen schon seit Jahr und Tag wie einem störrischen Esel immer wieder sagen muss, dass wir der Meinung sind, dass Landesmittel

unsinnig gebunden sind und dass diese Landesmittel freigemacht werden könnten? Wir haben dieses Thema heute drei Stunden lang erörtert. Wahrscheinlich wird es nie möglich sein, Ihnen klar zu machen, dass es hierbei nicht um Freiwilligkeitsleistungen geht, sondern um Pflichtaufgaben.

(Abg. Blenke CDU: Sie fordern, dass die Hälfte des Geldes in den Länderfinanzausgleich geht!)

Dies sind Pflichtaufgaben in der Innenpolitik, keine Freiwilligkeitsaufgaben nach Kassenlage.

(Beifall bei der SPD)

Der Vorwurf, den ich erheben will, lautet: Wir bekommen im Bereich der Gemeindeordnung immer wieder gesagt, da komme nun der große Wurf. Gleichzeitig gibt es die unsägliche Lex Föll, die mit heißer Nadel außerhalb von Anhörungen gestrickt wurde und dazu führte, dass die Gemeindeordnung selbstverständlich geändert worden ist.

Genauso ist es mit dem Bürgerbegehren. Schon in der Koalitionsvereinbarung steht drin und die Fraktion der FDP/DVP geht damit hausieren, das Quorum müsse abgesenkt werden

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Das diskutieren wir doch dieses Jahr noch!)

und es müsse unter Beteiligung der Bürger mehr Demokratie geschaffen werden. Wenn wir aber einen Antrag einbringen, der der Auffassung der Kommunalverbände entspricht und hinter unserer eigenen Forderung zurückbleibt, also eindeutig konsensfähig wäre, dann kneift man und lehnt ihn ab

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Junginger, wir kündigen doch nicht die Koalition wegen eines Antrags! – Gegenruf des Abg. Rech CDU: So hat halt jeder seine Rolle!)

und redet jetzt ständig wieder davon, dass man dafür sei, mehr Bürgerbeteiligung und mehr Demokratie zu wagen.

Zu dem zentralen Thema der Polizeipolitik wird unser polizeipolitischer Sprecher, mein Fraktionskollege Günter Fischer, sprechen. Wir haben dazu zwei Anträge gestellt.

Ich möchte noch zu zwei Anträgen der Grünen Stellung nehmen.

In dem einen der beiden Anträge fordern die Grünen, Polizeieinsätze bei Sportveranstaltungen vergütungspflichtig zu machen. Im Innenausschuss haben wir ausführlich dargelegt, dass das nicht so einfach ist, zumal innerhalb der Veranstaltungsstätten längst private Sicherheitsdienste tätig werden und es nur darum geht, einerseits den Verkehr zu regeln und andererseits Straftaten zu bekämpfen. Das führt dazu, dass zum Beispiel auch bei größeren Konzerten Kontrollen schon flächendeckend außerhalb des eigentlichen Bereichs der Veranstaltung gemacht werden. Wir halten den von den Grünen vorgeschlagenen Weg für falsch. Wir stimmen dem Argument zu, dass wir Sportveranstaltungen verlieren könnten, wenn wir die Veranstalter mit erheblichen Kosten für Polizeieinsätze belasten. Das wollen wir nicht. Deswegen lehnen wir diesen Antrag der Grünen ab.

(Junginger)

Dem anderen Antrag der Grünen, der sich mit dem Haus der Heimat beschäftigt, der nur die Mittel genau in dem Umfang, wie es der Landesrechnungshof dargestellt hat, reduziert und der dem Haus der Heimat auch weiterhin die Möglichkeit bietet, seine wichtige zukunftsorientierte Arbeit zu leisten, stimmen wir zu, weisen aber ausdrücklich darauf hin, dass dort jetzt wichtige Aufgaben mit Zukunftscharakter erfüllt werden müssen, für die aber nicht mehr die gleiche Mittelausstattung bereitgestellt werden muss wie bisher.

Als ich dieser Tage von einem Regierungsmitglied zweimal in einer kurzen Rede in Karlsruhe die Worte „schwarze Null“ gehört habe,

(Heiterkeit bei der SPD)

habe ich zuerst einmal gedacht: Wen meint sie damit? Jetzt kann man diese Worte in vielen Teilen dieser Haushaltsdebatte auf die Einzelhaushalte anwenden, wobei ich nicht ausschließen will, dass auch Personen damit in Verbindung gebracht werden können. Es erscheint mir wichtig, das einmal anzusprechen.

(Zuruf des Abg. Rech CDU – Abg. Hauk CDU:
Herr Kollege, Ross und Reiter! – Abg. Dr. Glück
FDP/DVP: Die Nullen gibt's in allen Farben!)

– Die Dame wird sich sicherlich selber noch melden und sagen: Jawohl, das habe ich zu meinem Haushalt zweimal gesagt: „schwarze Null“.

(Abg. Hauk CDU: Nein, wen Sie meinen! – Abg.
Carla Bregenzer SPD: Dazu reicht seine Redezeit
nicht!)

– Ach so. Ich glaube, dass diejenigen, die gemeint sind, sofort, wenn sie ihren Haushalt, ihr Bemühen, ihre Worte und ihre Taten in Verbindung bringen, dies nachvollziehen können.

(Abg. Capezzuto SPD: Das wird schriftlich nachgereicht!)

Ich will nicht so weit gehen, dass ich Ihnen auch noch sage, dass das in der Spitze anfängt. Das sage ich nicht, aber es könnte auch sein.

(Heiterkeit – Abg. Rech CDU: Dem graut vor nichts!)

Herr Innenminister, es stehen noch wichtige Aufgaben an, bei denen erhebliche Mittel gebunden werden. Ich spreche immer wieder das Thema Digitalfunk an, Ausstattung unserer Sicherheitsorgane mit einer modernen Funktechnik. Ich bin froh, dass auf Bundesebene eine erste kleine Verständigung über die Durchführung der Ausschreibung erfolgt und parallel dazu über die Kosten gesprochen wird. Denn gerade unser Bundesland ist in besonderer Weise darauf angewiesen, dass die Funkausstattung nachhaltig verbessert wird. Ich erwähne, dass mittlerweile die analogen Funkgeräte teilweise so alt sind, dass es keine Ersatzteile mehr dafür gibt, und dass wir nicht beliebig lange auf die neuen Geräte warten können. Deswegen sind wir froh, dass in diesem Jahr die ersten Schritte eingeleitet werden, und hoffen, dass insbesondere auch andere Bundesländer es schaffen wer-

den, dass bis zum Jahr 2006 die ersten einsatzfähigen einheitlichen Geräte zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf bei der Verwaltungsreform noch zwei Dinge ansprechen. Bei der Verwaltungsreform ist zu bedenken, dass die Veränderungen dazu führen, dass die Frage der Frauenberufstätigkeit problematisch wird, weil wir gerade in diesem Bereich Teilzeitbeschäftigte haben, die bei Verlagerung von Dienststellen es außerordentlich schwer haben werden, weiterhin ihrem Beruf nachzugehen. Das sind die Probleme, über die man sich rechtzeitig mit Personalvertretern und mit den Betroffenen unterhalten sollte, statt in einer Pseudoanhörung so zu tun, als würde irgendetwas noch ernst genommen, was diesbezüglich vorgebracht wird.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Es ist immer wieder notwendig, darauf hinzuweisen, dass Aufgabenkritik, dass Aufgabenabbau die Herausforderung ist, von der wir alle immer reden, bei der aber erkennbar nichts geschieht. Bei unseren Gesprächen mit Gemeinden, mit Bürgermeistern ist es ein ständiges Thema, dass wir uns wirklich gemeinsam über die Fragen unterhalten müssen: Erstens: Welche Aufgaben können wirklich bis auf die unterste Ebene verlagert werden? Zweitens: Was muss eigentlich in staatlicher Verwaltung gemacht werden? Da haben wir schon eine ganze Reihe von Punkten, mit denen wir gerne in die Diskussion darüber eintreten wollen, dass diese Aufgaben nicht mehr in der bisherigen Form staatlich erledigt werden müssen. Wenn die Verwaltungsreform als Jahrhundertreform dargestellt wird, dann muss ich sagen: Sie bewirkt meines Erachtens genau das Gegenteil einer Reform,

(Abg. Fischer SPD: So ist es!)

nämlich die Erhaltung und Neuschaffung von Strukturen, die durch Verlagerung nach oben oder unten nicht mehr notwendig sind. Ich bin außerdem der Auffassung – das lässt sich aus Protokollen entnehmen –: Auf diese Weise sollen, weil man am Ende seiner Kapazität ist, nur der Personalabbau und die Sachkostenreduzierung verlagert werden. Dies ist eine ganz dramatische Entwicklung, weil eine Reform, die diesen Namen nicht verdient, dazu führt, dass das, was echte Reform ist, auf grundlegendes Misstrauen stößt. Denn darüber, dass Staat und Gesellschaft Reformen notwendig haben, sind wir uns sicher alle einig.

(Abg. Rech CDU: Tatsächlich? Ehrlich?)

Ich schließe meine Ausführungen jetzt mit dem Hinweis, dass Günter Fischer im weiteren Verlauf zur Polizei Stellung nehmen wird.

Herr Staatssekretär Rech, zu Ihnen möchte ich nichts sagen.

(Heiterkeit – Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Junginger, war das eine Auszeichnung oder eine Abwertung?)

Das wäre wahrscheinlich ein besonderes Programm, wie Sie uns bei unseren Gesprächen geschildert werden als ein Mann von souveräner Kompetenz und einem Auftreten, bei dem alle sagen: „Jawohl, einen solchen Mann brauchen

(Junginger)

wir.“ Wir können das einmal miteinander besprechen. Er kann Violine spielen und gilt als Mario Adorf.

Danke.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Besser hätten Sie es doch gar nicht machen können, Herr Junginger!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Glück.

(Abg. Rech CDU: Soll ich jetzt zurücktreten, oder was? Ich kapiere das nicht! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Staatssekretär, ich habe das, was Herr Junginger gerade gesagt hat, als Lob an Sie empfunden.

(Heiterkeit)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Von 1997 bis 2003 ist der Nettoaufwand des Innenministeriums um etwa 4 % gesunken. Grund hierfür ist im Wesentlichen die geringere Zugangszahl im Bereich der Eingliederungen und der Flüchtlinge. Interessant scheint mir auch, dass der Aufwand in den Regierungspräsidien im Vergleich zum Jahr 1997 auf etwa drei Viertel gesunken ist. Sie sehen, schon damals hat eine Verwaltungsreform stattgefunden, und ich glaube, dass die FDP/DVP hier eine wesentliche katalytische Wirkung gehabt hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen des Abg. Capezzuto SPD – Abg. Capezzuto SPD: Na ja! Eigenlob stinkt! Sie müssen sich selbst loben!)

– Von Ihnen ist die Wirkung ganz bestimmt nicht gekommen.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Meine Damen und Herren, obwohl im Bereich des Innenministeriums die Investitionen sehr gering ausgefallen sind – die Investitionsquote musste auf etwa 2,5 % gekürzt werden –, ist auch der Haushalt des Innenministeriums verfassungsgemäß, wenn man ihn isoliert betrachtet.

Antiterrorprogramm und Polizei: Herr Junginger, Sie haben darauf hingewiesen und beklagt, dass hier nun Stellen gestrichen werden müssen. Wissen Sie, man kann es sich natürlich einfach machen und sagen: „Sicherheit nach Kasernenlage“. Herr Junginger, wir können nicht mehr Geld ausgeben, als wir haben.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das tun wir doch schon! Wir geben doch schon mehr aus, als wir haben! – Abg. Junginger SPD: Fragen Sie doch den Innenminister, was er davon hält!)

Sie sollten eben auch zur Kenntnis nehmen, dass Baden-Württemberg seit vielen Jahren das sicherste Bundesland ist. Wir können bei der gegenwärtigen Finanzlage diesen Bereich nicht von Kürzungen ausnehmen. Was wir brauchen, ist eine Entlastung der Polizei durch Aufgabendelegation an Privatunternehmen.

(Abg. Göschel SPD: Und die machen es kostenlos, oder was?)

Hier ergibt sich eine ganze Palette von Aufgaben – von der Übertragung der Entstempelung von Kfz-Schildern bis zur Kontrolle des ruhenden Verkehrs –, die durchaus von Privatunternehmen durchgeführt werden könnten. Dies kann dann dazu beitragen, dass die Polizei ihren originären polizeilichen Aufgaben besser nachkommen kann

(Abg. Göschel SPD: Haben Sie da ein Konzept, Herr Kollege?)

und dass eine höhere Polizeipräsenz vor Ort erreicht wird.

Dauerthema „Digitaler Funk“: Wir haben schon oft darüber diskutiert, Herr Innenminister. Ich halte es für eminent wichtig, dass wir dort endlich zuschlagen. Es sind nun genügend Tests und Prüfungen gelaufen und genügend Prüfberichte erschienen. Wir müssen auf den digitalen Funk als moderne Möglichkeit der Übertragung von Sprache und Daten umsteigen. Der analoge Funk ist veraltet; er ist nicht abhörsicher, er ist störanfällig, und er ist sicherlich nicht die erste Wahl, wenn es darum geht, Kriminalität und Terror zu bekämpfen.

Feuerschutz und Katastrophenschutz: Das ist in der Tat der einzige Bereich, bei dem wir wirklich einen Zuwachs haben.

(Abg. Gall SPD: Zuwachs? Gekürzt wird!)

Diese Million wurde bereits genannt. Grund dafür ist die höhere Feuerschutzsteuer.

Herr Junginger, ich muss noch einmal auf Sie eingehen, da Sie hier immer wieder beklagen, dass die Feuerwehrautos zum Teil 25 Jahre und älter sind.

(Abg. Capezzuto SPD: Stimmt doch! – Abg. Heinz CDU: Nicht alle!)

Ich glaube nicht, dass es viele Autos gibt, die so alt sind.

(Abg. Capezzuto SPD: Doch! Wo leben Sie denn?)

– Gut, manche halten sich auch ein Auto aus Nostalgiegründen. Auf jeden Fall weiß ich von sehr vielen Autos, die bei uns ausgemustert werden

(Abg. Capezzuto SPD: Von wegen!)

und dann in andere Länder verkauft oder verschenkt werden

(Abg. Junginger SPD: Bei uns nicht! Wo ist dieses Paradies? Wo ist das? Sagen Sie mal, wo das ist! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

und dort noch Jahre hindurch ihren Dienst tun. Ich denke, sich jetzt hier hinzustellen und von 25 Jahre alten Autos zu reden, das geht einfach an der Realität vorbei.

(Abg. Capezzuto SPD: Herr Kollege, meinen Sie, bei uns gibt es keine mehr, die 25 Jahre alt sind?)

– Wir gehen einmal zu einigen Feuerwehren hin und schauen uns das einmal an.

(Dr. Glück)

(Abg. Capezzuto SPD: Aber in meinem Wahlkreis!
Da stehen die alten Gurken herum!)

– Ich schließe ja gar nicht aus, dass es das ab und an einmal gibt.

(Abg. Junginger SPD: Wie ist das in Münsingen?)

– In Münsingen gibt es keines. In Münsingen sind wir immer schon ein bisschen moderner; das ist gar keine Frage.

Meine Damen und Herren, von den Verbänden wurde gefordert, dass wir die Verpflichtungsermächtigungen von 10 Millionen € auf 20 Millionen € anheben. Dem konnten wir nicht folgen. Soweit mir bekannt ist, hat auch die Opposition diesbezüglich keinen Antrag gestellt.

Die Anhebung der Katastrophenschutzmittel wurde vom Kollegen Heinz vorhin schon angesprochen. Das ist natürlich eine „kleine Schaufel“. Ich sage das, weil Sie vorhin von „freischaufeln“ gesprochen haben. Die 250 000 € sind nicht viel. Im Katastrophenschutz wurde in den letzten Jahren und in den letzten anderthalb Jahrzehnten sehr viel vernachlässigt, und zwar nicht nur in Baden-Württemberg, sondern in allen Bundesländern. Hier wird es zu einer Neustrukturierung kommen, vielleicht gerade auch – Sie haben das erwähnt – in der Neuverteilung von Aufgaben auf Bund und Land und in der Verzahnung von Zivilschutz und Katastrophenschutz. Allerdings möchte ich unseren Katastrophenschutz nicht mit großer Begeisterung dem Bund unterstellen; denn das wird sicherlich sehr teuer und nicht so effektiv, wie wenn wir es selbst machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Datenschutz. Herr Innenminister, im Rahmen der Verwaltungsreform sollte man auch beim Datenschutz über strukturelle Änderungen nachdenken. Es ist letztlich nur schwer nachvollziehbar, dass wir den öffentlichen und den privaten Datenschutz unterscheiden. Wir sollten beide Bereiche zusammenlegen. Selbst Fachleute haben es zunehmend schwer, im Einzelfall zu eruieren, welche Kontrollinstanz in welcher Situation letztlich für welchen Sachverhalt zuständig ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte kurz noch auf ein paar Oppositionsanträge eingehen. Die Grünen fordern die Öffnung der verwaltungsinternen Fachhochschulen in Ludwigsburg und Kehl.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das haben wir gar nicht mehr beantragt!)

– Ich denke, dazu liegt ein Antrag vor.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Im Innenausschuss!)

– Im Innenausschuss. – Ich halte das vom Prinzip her für sinnvoll. Wir müssen darüber diskutieren, Herr Oelmayer. Die Umsetzung ist aber natürlich jetzt nicht Sache des Haushalts, sondern das muss im Rahmen eines Gesetzes gemacht werden.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das ist sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen! Dann muss aber auch etwas passieren!)

– Ja, natürlich.

Die Grünen haben auch den Antrag gestellt, dass die Polizei – Herr Junginger, Sie haben das vorhin auch erwähnt – dort, wo sie Hilfe leistet, wo es um wirtschaftliche Belange geht,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Champions League zum Beispiel!)

kostendeckende Gebühren erheben kann. Dieses Thema ist nicht neu. Wir haben schon öfter darüber diskutiert. Wir werden auch nicht daran vorbeikommen, da eine Lösung zu finden. Aber, Herr Junginger, das kann nur eine bundesweite Regelung sein.

(Abg. Fischer SPD: Das hat er doch gesagt!)

Es ist nicht möglich, dass wir hier in Baden-Württemberg vordreschen und hier einen Standortnachteil konstruieren, den andere dann nicht haben.

(Abg. Fischer SPD: Das hat er gesagt! – Abg. Junginger SPD: Das ist meine Position, ja!)

Herr Junginger, ich glaube, eine Sache sollten wir uns jetzt allmählich verkneifen. Ich meine diesen immer wiederkehrenden Hinweis auf Quoren. Wir haben gesagt: Wir wollen die Gemeindeordnung ändern.

(Abg. Junginger SPD: Wann denn endlich? Koalitionsvereinbarung!)

Wir hätten gern auch noch eine Veränderung hinsichtlich der Befangenheitsregelung für Verwandte ersten Grades gehabt, die aber von Ihnen blockiert wurde.

(Abg. Junginger SPD: Wann kommt denn der große Wurf?)

Aber lassen wir das. Wir haben gemeinsam – alle Fraktionen – ausgemacht: Wir wollen über die Änderung der Gemeindeordnung diskutieren. Dabei sollten wir es jetzt auch bewenden lassen.

(Abg. Junginger SPD: Zwei Jahre schon!)

Zum Schluss möchte ich mich beim Ministerium für die geleistete Arbeit bedanken. Der Dank gilt auch allen Beschäftigten, die im Geschäftsbereich des Ministeriums tätig sind. Sie haben eine sehr gute Arbeit und eine sehr schwierige Arbeit geleistet. Wir anerkennen auch, dass diese Arbeit in Zeiten schlechter Haushaltslage noch schwieriger ist. Sie wurde trotzdem prima gemacht.

Wir stimmen dem Innenhaushalt zu.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Innenhaushalt ist wenigstens zu einem kleinen Teil ein Programmhaushalt. Zunächst möchte ich auf die Programme, die dieser Haushalt enthält, zu sprechen kommen.

(Oelmayer)

Meinen ersten Punkt beschreibt der Herr Innenminister in seinem Vorwort zum Bericht des Innenministeriums zum Staatshaushaltsplan für 2004 so:

„Bündelung und Verschlankung der Strukturen als Grundlage für größere Effizienz – schnellere, schlagkräftigere und kostengünstigere Verwaltung“ . . .

Damit seien die Ziele der tief greifenden Verwaltungsreform für Baden-Württemberg zutreffend und umfassend umschrieben.

(Abg. Heinz CDU: Genau so ist es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, über die Verwaltungsreform diskutieren wir, glaube ich, seit dem 25. März des letzten Jahres, als uns der Ministerpräsident – uns allen im Übrigen, auch den Regierungsfractionen – diese Verwaltungsreform präsentiert hat.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Wir haben im Zuge dieser Diskussion als Quintessenz feststellen müssen, dass die Verwaltungsreform vor allem zweierlei bringt: Erstens bündelt sie tatsächlich Strukturen, indem sie Sonderbehörden eingliedert. Zunächst war sogar die Eingliederung der Polizei vorgesehen. Gott sei Dank hat uns diese Fassung der Verwaltungsreform nicht ereilt. Aber das Herzstück der Verwaltungsreform sollen ja die Möglichkeiten zur Kosteneinsparung für das Land sein. Wenn ein Teil, nämlich das Land, durch die Verwaltungsreform Kosten spart, dann geschieht dies zulasten der Kommunen, zulasten der Kreise, zulasten der Stadtkreise. Letztlich kommen diese Kosten zum Beispiel durch eine Erhöhung der Kreisumlage bei den Bürgerinnen und Bürgern an.

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Ich kann darin keine Effizienzsteigerung und auch keine Erhöhung der Schlagkraft der Verwaltung erkennen. Das Einzige, was ich zunächst erkenne, sind Kostensteigerungen für die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Blenke CDU: Woran erkennen Sie das?)

Allein deswegen verdient diese Verwaltungsreform nicht unsere Zustimmung.

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte – er wurde heute Vormittag auch schon benannt –: Im Zuge einer Verwaltungsreform – sozusagen durchgestoßen vom Ministerpräsidenten – wird das laufende Projekt „Neue Steuerungsinstrumente“, NSI, für das ja immerhin viele hundert Millionen aus dem Landesetat ausgegeben werden – wie viel, wissen wir nicht genau, weil wir als Opposition natürlich auch nicht die Verträge kennen –, konterkariert. Das NSI-Projekt ist zunächst überhaupt nicht mit dem kompatibel, was die Verwaltungsreform ausmacht. Es ist tatsächlich zu befürchten – auch dies wurde heute Vormittag gesagt –, dass mit dem NSI-Projekt viele hundert Millionen einfach zum Fenster hinausgeworfen werden.

Ein weiterer Punkt zum Thema Verwaltungsreform: E-Government. Kollege Heinz, Sie haben das gerade so grandios

als einen der Schwerpunkte im Etat des Innenministeriums angeführt.

(Abg. Heinz CDU: Jetzt bin ich aber gespannt!)

Wenn wir Bürgernähe über E-Government definieren, kann sie sich nicht nur nach geographischen Zugehörigkeiten richten. Vielmehr gewinnt dann gerade unser Regionalmodell für eine Verwaltungsreform erst recht an Bedeutung

(Abg. Heinz CDU: Das hat ja überhaupt nichts miteinander zu tun!)

und findet auch die Rechtfertigung in sich. Kollege Heinz, diese Argumentation hätten Sie auch bei der Debatte über die Verwaltungsreform bringen sollen.

(Abg. Heinz CDU: Das hat doch überhaupt nichts miteinander zu tun! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Zu einem zweiten Bereich, zur inneren Sicherheit. Hier möchte ich zu drei Themen Stellung nehmen: Polizei, Verfassungsschutz und Feuerwehr.

Zum Thema Polizei möchte ich zwei Punkte herausgreifen. Zum einen vollbringen viele Polizistinnen und Polizisten nach wie vor – das ist uns bekannt; als polizeipolitischer Sprecher meiner Fraktion weiß ich das sehr wohl – tagtäglich harte Arbeit, immer sozusagen mit dem Kopf direkt an der Front, wenn man das überhaupt so militärisch sagen darf. Sie sind tagtäglich im Einsatz und befinden sich sehr oft im mittleren Dienst. Deshalb begrüße ich es auch für meine Fraktion sehr, dass wir ein Stellenhebungsprogramm haben, durch das immerhin 400, 500 Beamte in den gehobenen Dienst befördert werden können.

Meine Damen und Herren, beim Thema Landessonderzahlungsgesetz – ich darf Sie daran erinnern – haben wir eigens beantragt, die Besoldungsgruppen des mittleren Dienstes, die bei der Polizei ja nach wie vor überwiegen, von den Sparmaßnahmen, also der kompletten Streichung des Urlaubsgelds und der Reduzierung des Weihnachtsgelds, auszunehmen. Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP/DVP, haben diese Initiative nicht mitgetragen, obwohl sie unserer Auffassung nach für wenige Millionen umsetzbar gewesen wäre. Wir hätten die Einsparungen beim höheren Dienst viel leichter als bei denjenigen, die wirklich auf 100 € im Monat angewiesen sind und jeden Tag einen harten Job leisten, vornehmen können. Hier haben Sie mich, meine Damen und Herren der Regierungsfractionen, wirklich enttäuscht. Dort hätten Sie einmal Gelegenheit gehabt, sich mit einer sozialpolitischen Maßnahme gegen die Regierung durchzusetzen.

(Beifall bei den Grünen)

Ein weiterer Punkt gibt mir auch die Gelegenheit, die Relationen in diesem Innenetat darzustellen. Über 82 % der Ausgaben in diesem Etat sind Personalkosten, über 82 % deshalb, weil in diesem Etat zum ersten Mal auch die Pensionsausgaben – ich will es gar nicht „Lasten“ nennen – etatisiert werden, immerhin mit über 400 Millionen €. Die restlichen 18 % entfallen unter anderem auf den Investitions-

(Oelmayer)

bereich. Die Investitionsquote beträgt in diesem Etatbereich noch 2,2 %.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: 2,5 %!)

Trotz der begrenzten Mittel, die wir für Investitionen in neue Technik, Digitalfunk zur Verfügung haben, lieber Kollege Junginger, kann es natürlich nicht so sein, dass der Polizeifunk in Tiefgaragen zu Ende geht. Wir müssen auch neue Techniken zum Einsatz bringen; die Kommunikationstechniken bei der Polizei sind dringend erneuerungsbedürftig.

(Abg. Junginger SPD: Nicht nur dort!)

Dabei will ich nur weiter klarstellend sagen, Kollege Glück, dass wir im Landesetat nicht nur das Geld ausgeben, das gerade einmal zur Verfügung steht, sondern 2 Milliarden € neue Schulden machen. Obwohl wir darüber hinaus Vorschläge gemacht haben, wie man einsparen kann, bin ich und ist meine Fraktion der Auffassung, dass die Landesregierung – das können Sie ruhig so stehen lassen – hier das Maximale tut, um die technischen Erneuerungen umzusetzen, weil einfach nicht mehr Geld zur Verfügung steht. Alles andere müsste oder könnte im Prinzip zunächst nur auf Kosten neuer Schulden erfolgen.

Einen weiteren Punkt möchte ich im Zusammenhang mit Technik und der möglichen technischen Erneuerung nennen: Man muss auch einmal evaluieren, vielleicht auch im Rahmen einer Haushaltsdebatte. Wir alle haben, getroffen vom 11. September 2001, Maßnahmen im Rahmen eines Antiterrorprogramms beschlossen, die man meines Erachtens nach einem gewissen Zeitablauf auch evaluieren muss. Dazu zählt die Rasterfahndung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen und auch Herr Staatssekretär, wir haben, jedenfalls als Landtag, bisher keine ganz konkrete Aussage darüber, was diese Rasterfahndung gekostet hat. Wir wissen, dass Hunderttausende von Menschen in Dateien gespeichert worden sind, aber ich weiß bis heute noch nicht, ob die Daten wieder gelöscht wurden. Ich weiß auch nicht, ob auch nur eine einzige Ermittlungsmaßnahme aufgrund dieser Rasterfahndung durchgeführt worden ist. Wenn wir solche Maßnahmen für die Zukunft planen, müssen wir natürlich die Erfahrungen, die wir aus dieser Rasterfahndung gewonnen haben, nützen. Wir müssen dabei erkennen, dass die Rasterfahndung offensichtlich für die neue Qualität von Gewalt und vielleicht auch von Terrorzellen, die sich in der Bundesrepublik bilden, in dieser Form nicht geeignet ist, sodass wir dieses Geld sinnvollerweise vielleicht besser in Menschen bei der Polizei und in deren Verstand investieren sollten als in große digitale Rechenmaschinen, die zu keinem Ergebnis führen.

Ein weiterer Punkt, den ich nennen möchte, ist das Thema Verfassungsschutz.

(Abg. Drexler SPD: Ach Gott!)

– Kollege Drexler, ich weiß, Sie stöhnen.

(Abg. Fischer SPD: Du weißt nicht, warum!)

Ich weiß auch, dass Sie gerade im Krankenhaus waren, und vielleicht tut es auch noch ein bisschen weh.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nur Mitleid haben wir!)

– Nur Mitleid.

Zum Thema Verfassungsschutz wollte ich einfach Folgendes sagen: Wir haben am 11. September 2001 und in den Tagen danach auch als Fraktion erkannt, dass wir bestimmte Einrichtungen und auch Ermittlungsbehörden brauchen, die sich Verfassungsschutz nennen.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Das habe ich hier für unsere Fraktion vertreten, und dazu stehe ich, lieber Kollege Heinz. Da können Sie einmal Beifall geben. Das wird Ihnen nicht so schwer fallen.

(Abg. Blenke CDU: Das anerkennen wir auch!)

– Der Kollege Heinz aber nicht.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Jetzt stellt sich natürlich die Frage beim Verfassungsschutz: Wir haben 16 Verfassungsschutzämter in unserer föderativen Republik. Darüber hinaus haben wir drei Dienste auf Bundesebene, nämlich das Bundesamt für Verfassungsschutz, den MAD, und der dritte fällt mir schon gleich gar nicht ein – doch, den Bundesnachrichtendienst. Nachdem sonst in dieser Landesregierung von Bündelung, von Zusammenfassung, von Effizienzsteigerung die Rede ist, muss ja einmal die Feststellung gestattet sein, dass sich die Landesregierung hierzu überhaupt keine Gedanken gemacht hat. Ich meine, das ist ein Defizit. Das kommt auch in diesen Haushaltsberatungen zum Ausdruck. In diesem Bereich zeigt sich keinerlei Bewegung.

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Wir können dieser statischen Haltung, die die Landesregierung hier im Etat zum Ausdruck bringt, nicht zustimmen.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Das letzte Thema, das ich ansprechen möchte, ist das Thema Feuerwehr. Hier tragen wir die Erhöhung um 1 Million €, die die Landesregierung vorgeschlagen hat, mit. Wir sind der Auffassung, dass die Mittel, die aus der Feuerchutzsteuer stammen, auch künftig den Feuerwehren in unserem Land zugute kommen müssen. Aber in Anbetracht der finanziellen Situation unseres Landes sehen wir uns nicht in der Lage, Anträge, die darüber hinausgehen, wie der von der Sozialdemokratie in diesem Haus gestellte Antrag, mitzutragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Glück FDP/DVP – Abg. Heinz CDU: Sehr gut!)

Ansonsten würden meiner Meinung nach der Sparwille und der Sparzwang von Dritten und von den Menschen in diesem Land nicht ernst genommen.

Ich bedanke mich so weit für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Zimmermann CDU: Das ist der Schily von morgen!)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Abg. Lösch, zur Geschäftsordnung.

(Abg. Zimmermann CDU: Zum Feuerwehrwesen!)

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ich möchte den Antrag zur Geschäftsordnung stellen, Frau Kultusministerin Schavan hierher zu zitieren. Sie hält gerade eine Pressekonferenz im Neuen Schloss ab. Wir haben schon x-mal im Präsidium diskutiert, dass es nicht angeht, dass während Landtagsdebatten Pressekonferenzen vonseiten der Regierung abgehalten werden. Dies gilt vor allem bei einer Diskussion, in der es um so wichtige Themen geht.

(Unruhe – Zurufe: Abstimmen!)

Stellv. Präsident Birzele: Der Antrag findet die notwendige Unterstützung. Ich lasse über diesen Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wir enthalten uns!)

Wer dafür ist, Frau Kultusministerin Dr. Schavan herbeizurufen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Abg. Drexler SPD zur CDU: Mit euch reden wir im Präsidium noch einmal über diese Frage! Das ist zum Kotzen mit euch! Aber wirklich! Ungeheuerlich! – Abg. Schmid SPD zur CDU: Frechheit! – Unruhe)

Der Antrag ist mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Ich habe vorhin Herrn Innenminister Dr. Schäuble gebeten, entsprechend der von den Fraktionen untereinander getroffenen grundsätzlichen Vereinbarung schon nach der ersten Runde das Wort zu ergreifen. Herr Innenminister, Sie erhalten das Wort.

(Zurufe: Döring! – Unruhe – Abg. Drexler SPD: Dieses Parlamentsverständnis ist eine Katastrophe!)

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Einzelplan 03 gilt – wie für jeden anderen Einzelplan auch – die große Herausforderung: Wie können wir angesichts der außerordentlich schwierigen Finanzlage die Erfüllung unserer Aufgaben noch gewährleisten?

(Anhaltende Unruhe)

Dies gilt für den Bereich des Innenministeriums, also für den Einzelplan 03, ganz besonders deshalb, weil es natürlich völlig richtig ist, was in der Debatte auch schon angeführt wurde, dass die Sicherheit und damit auch die innere Sicherheit zu den Kernaufgaben des Staats gehört. Trotzdem kann sich niemand den Zwängen der finanziellen Situation verschließen, die nicht nur in Baden-Württemberg schwierig ist, sondern auch in den anderen Ländern, dort in der Regel sogar schlimmer als bei uns, und auch beim Bund, von der finanziellen Lage auf der Ebene der Kommunen ganz zu schweigen.

Mir wäre es sehr lieb – und ich glaube, das wäre auch ein Beitrag zu unserer politischen Kultur –, wenn wir uns diese

Sachlage in diesem hohen Haus, wobei vermutlich niemand von uns etwas für die wirkliche Finanzlage kann, nicht ständig gegenseitig vorhalten würden. Ich bin auch nicht dafür, da, wo wir in der Opposition sind, in anderen Ländern oder auf der Bundesebene, das gleiche Spielchen wie hier zu treiben. Das bringt uns alle nicht weiter.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Glück FDP/DVP)

Die Bevölkerung erwartet auch von uns, dass wir uns gemeinsam bemühen, durch die notwendigen Reformmaßnahmen, die zuallererst auf der Bundesebene, aber natürlich auch im Bereich der Länder weiterentwickelt werden müssen, den Karren wieder aus dem Dreck zu ziehen. Denn ich sage eines voraus: Wenn die Entwicklung auf Bund-Länder-Ebene so weitergeht wie bisher, dann werden wir in einem Jahr, wenn es um den Doppelhaushalt 2005/2006 geht, noch wesentlich schwierigere Diskussionen führen müssen. Deshalb sollten wir das Spiel lassen, das darin besteht, dass die jeweilige Opposition vormittags sagt, die Verschuldung sei zu hoch, und nachmittags fordert, dort und dort müsse noch mehr ausgegeben werden. Das führt nicht weiter.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich sage das an die Adresse aller.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das kann man nicht so undifferenziert sagen!)

– Ich habe keine einzige Kollegin, keinen einzigen Kollegen namentlich angesprochen. Die Neigung, so zu agieren, ist auf allen Seiten überall vorhanden – so habe ich es gesagt –, und das bringt uns nicht weiter.

Deshalb ist die eigentliche Problematik – und das gilt vermutlich für den Haushalt des Innenministeriums in besonderem Maße, weil eben bei uns die innere Sicherheit angesiedelt ist –: Wie können wir in so schwierigen Zeiten, in denen niemand den finanziellen Zwängen entgehen kann, noch in ausreichendem Maße dafür sorgen, dass wir unsere Aufgaben ordnungsgemäß erfüllen?

Das ist der entscheidende Punkt, und darauf sollten wir uns konzentrieren. Wir sollten erkennen, dass es uns nicht weiterführt, wenn wir so argumentieren, wie ich es gerade beschrieben habe. Wir sollten auch erkennen, dass auf allen Ebenen, zuvörderst aber auf der Bundesebene, kein Weg daran vorbeiführt, dass durch entsprechend bekannte, aber auch notwendige Reformen der Karren aus dem Dreck gezogen wird. Sonst werden alle Haushaltsdiskussionen über den Einzelplan 03, das Innenministerium und natürlich über andere Einzelhaushalte von Jahr zu Jahr nicht leichter, sondern immer schwerer werden. Aus dieser Abwärtsspirale müssen wir wieder herauskommen.

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund will ich beginnen mit einem Dank an alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Baden-Württemberg, mit einem Dank an alle Feuerwehrleute und an alle die, die in meinem Bereich für die Sicherheit sorgen, mit einem Dank dafür, dass sie trotz der schwierigen Lage,

(Minister Dr. Schäuble)

trotz – und das will ich ausdrücklich auch so festhalten – verschiedener Zumutungen, die wir ihnen „angedeihen“ lassen mussten, auch im vergangenen Jahr ihre Aufgaben hervorragend erfüllt haben. Das verdient allen Respekt und alle Anerkennung.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Glück FDP/DVP)

Glauben Sie mir, verehrte Kolleginnen und Kollegen in diesem hohen Hause sowohl von den Regierungsfractionen als auch von den Oppositionsfractionen: Für mich als einen Mann, der seit 1996 Innenminister ist, der sich in vielen Gesprächen auch mit der Gewerkschaft der Polizei bei aller Unterschiedlichkeit der Interessenlage immer um ein einvernehmliches Miteinander und nicht um ein Gegeneinander bemüht hat, waren die Auseinandersetzungen, die mit den Zumutungen gerade auch im besoldungsrechtlichen Teil – Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, alles, was die Beamten, also nicht nur die Polizei, erdulden mussten – verbunden waren, mehr als schmerzlich. Da und dort – und das ist unvermeidlich, aber tut einem dann besonders weh – hat dann, wie ich ganz offen sagen muss und wie ja auch Sie wissen, das Verhältnis leiden müssen.

Ich hätte gern insbesondere die Polizei von Sparmaßnahmen verschont. Aber es war nicht möglich, die Polizei von den allgemeinen Sparmaßnahmen, die jeden Beamten treffen, zu verschonen.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Es ist aber wenigstens gelungen, dass polizeispezifische Sonderbelastungen bisher außen vor bleiben konnten.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Was hat Sie gehindert, den mittleren Dienst auszusparen?)

– Einfach die finanziellen Zwänge, Herr Kollege Oelmayer. Es gibt wohl niemanden in diesem hohen Hause, der so etwas gern tut. Jeder – um es anders auszudrücken – sieht, glaube ich, sogar auch die sozialpolitische Problematik, die damit verbunden ist. Aber aufgrund der Finanzlage war es bedauerlicherweise nicht anders möglich.

(Abg. Kretschmann GRÜNE unterhält sich mit Abg. Oelmayer GRÜNE.)

– Herr Präsident, ich frage mich, ob, nachdem Herr Kollege Oelmayer gerade einen Zwischenruf gemacht hat und ich darauf eingehe, sein Fraktionsvorsitzender ausgerechnet in dieser Sekunde mit ihm sprechen muss.

(Abg. Kretschmann GRÜNE begibt sich auf einen Abgeordnetenplatz. – Abg. Kretschmann GRÜNE: Das geht wirklich nicht, Herr Minister! – Vereinzelt Heiterkeit)

Ich befürchte, so sehr es ja richtig ist, solche Zumutungen, so gut es geht, sozialverträglich zu gestalten, dass die notwendige Sparsumme angesichts der relativ geringen Zahl der Beamten im höheren Dienst nicht zustande gekommen wäre, wenn man den mittleren Dienst von den Sparmaßnahmen ausgenommen hätte. Das ist leider Gottes so.

(Abg. Blenke CDU zu Abg. Oelmayer GRÜNE: So ist es! – Abg. Oelmayer GRÜNE schüttelt den Kopf. – Abg. Blenke CDU: Doch!)

Das ist doch die Grundproblematik, in der wir uns immer befinden.

Vor diesem Hintergrund muss ich sagen: Mir als Innenminister tut es weh. Ich habe mich immer um ein gutes Verhältnis zu der Polizei bemüht; ich habe es zu großen Teilen auch noch. Das Verhältnis zu den Gewerkschaften hat sich natürlich in einer solchen Situation nicht verbessern, sondern nur verschlechtern können – auch das ist wahr –, aber, und damit komme ich auf meine Eingangsbemerkung zurück, niemand – und wer etwas anderes sagt, lügt – kommt an den finanziellen Zwängen, in denen wir uns in ganz Deutschland derzeit befinden, vorbei. Sie, Herr Kollege Oelmayer, haben ja auch einiges Richtige dazu gesagt.

Jetzt möchte ich darauf eingehen – was ja auch angesprochen worden ist, etwa von Herrn Kollegen Dr. Glück, aber auch von anderen Kollegen –, was noch an ungeheueren Investitionsmaßnahmen bei der Polizei bevorsteht. Ich nenne nur das Stichwort IuK. Wir werden gewaltige Übungen, sogar Klimmzüge machen müssen, damit wir in der folgenden Zeit nur die finanziellen Mittel aufbringen, um bei der Informations- und Kommunikationstechnik im Geleitzug von Hessen und Hamburg bleiben zu können.

Hinzu kommt das große Thema Digitalfunk, das auch Sie angesprochen haben. Auf der einen Seite brauchen wir ihn – darüber besteht Einigkeit in Deutschland, und zwar allgemein –, auf der anderen Seite – und auch insoweit besteht leider Einvernehmen, weil die Lage halt so ist, wie sie ist – weiß jeder, wie schwer die Investition schulterbar ist. Deshalb ist man immer irgendwo – ich sage das auch wieder ganz ehrlich – hin- und hergerissen. Wenn man darüber nachdenkt, wie man in Baden-Württemberg die dafür notwendigen Gelder zusammenbekommen kann, dann ist man einerseits froh, wenn die Investition noch nicht gleich auf einen zukommt; denn man müsste das ja bezahlen, wenn man sich in den Zug der anderen Länder und des Bundes eingliedern würde. Andererseits – und das kann ich auch nicht verschweigen – braucht ein moderner Staat wie die Bundesrepublik Deutschland natürlich einen Digitalfunk.

Die Situation ist die – und das muss man jetzt einfach sagen, damit wir für die kommenden Jahre wissen, was auf uns zukommt; der nächste Haushalt wird ja ein Doppelhaushalt sein –: Bei der letzten Ministerpräsidentenkonferenz kurz vor Weihnachten hat man den Vorschlag des Bundesinnenministers Schily angenommen und ist übereingekommen – die Finanzpolitiker, die Finanzminister sind bisher immer dagegen gewesen –, zunächst einmal auszu-schreiben, damit man überhaupt weiß, über welche Summen man spricht. Nur: Sobald die Ausschreibung durchgeführt sein und das Ergebnis vorliegen wird, wird es zum Schwur kommen: Dann muss jedes einzelne Land für sich entscheiden, ob es mitmacht. Dann wird es Kämpfe in finanzieller Hinsicht zwischen dem Bund und den Ländern geben, weil natürlich auch hier das gleiche Spiel, das man ja bis zur Oberkante Unterlippe langsam satt hat, stattfindet, dass der Bund zu den Ländern sagt, sie sollten mehr bezahlen, und die Länder zum Bund sagen, er solle mehr bezahlen. Dem Steuerzahler ist das, nebenbei bemerkt, relativ wurst.

(Minister Dr. Schäuble)

Zusätzlich wird, nebenbei bemerkt, Folgendes auf uns zukommen: Sobald zwischen Bund und Ländern, was heute noch ungewiss ist, hinsichtlich der Kostenregelung ein Einvernehmen erzielt werden sollte, werden die Länder untereinander wieder streiten, wie viele Anteile dann auf die einzelnen Bundesländer – in Klammern: Königsteiner Schlüssel, ja oder nein? – entfallen sollen. Darin steckt also ein ungeheurer Sprengstoff.

Wenn dann aber alles klar ist, dann kommt für uns die Gretchenfrage. Heute sage ich wiederum ganz offen: Darauf gibt es momentan keine Antwort. Die Gretchenfrage lautet: Wie können wir dann, wenn in etwa einem Jahr die Fakten auf dem Tisch liegen, sagen, so und so viele zig Millionen Euro werden jetzt in Baden-Württemberg für den digitalen Funk zur Verfügung gestellt? Das nur am Rande.

Jetzt zurück zur Eingangsbemerkung. Wenn es nicht gelingt, durch die notwendigen Reformmaßnahmen vor allem auf der Bundesebene den Karren aus dem Dreck zu ziehen, dann wird vieles in dieser Republik und damit auch in Baden-Württemberg nicht mehr möglich sein, was wir bisher für selbstverständlich gehalten haben. So ist die Realität.

(Beifall bei der CDU)

Das muss man einfach sagen. Herr Kollege Junginger, deshalb ist mein Vorschlag der – Sie sind ja, wenn Sie nicht gerade irgendwelche Pressemitteilungen verfassen, ein vernünftiger Mann –

(Heiterkeit – Abg. Oelmayer GRÜNE: Das war aber keine Pressemitteilung, das war eine Rede im Parlament! – Weitere Zurufe, u. a. des Abg. Junginger SPD)

Mit dem Satz „Sicherheit darf nicht nach Kassenlage erfolgen“ macht man es sich leider ein bisschen zu einfach. Das gilt zum Beispiel auch für das Thema „Finanzausstattung der Feuerwehre“. Ich will wiederum ganz offen gestehen: Bei diesem Thema haben wir Glück. Wir haben deshalb Glück, weil entgegen den Erfahrungen der letzten Jahre das Feuerschutzsteueraufkommen nach einem jahrelangen Rückgang jetzt plötzlich wieder ganz erfreulich sprudelt.

Wäre dies nicht der Fall, würden wir bei der Finanzausstattung der Feuerwehren in eine ganz andere Bredouille kommen. Aber durch das sehr erfreuliche Aufkommen bei der Feuerschutzsteuer – das, wie gesagt, erheblich gestiegen ist und vermutlich und hoffentlich dieses Niveau in der nächsten Zeit weiterhin halten wird – sind wir in der Lage, ohne wesentliche Zusätze aus dem Landeshaushalt – das ist ja das zentrale Problem bei dem Punkt – den Feuerwehren die 46 Millionen € zu geben, die immer als Planungssicherheit zwischen dem Landtag, dem Innenministerium und dem Landesfeuerwehrverband ins Auge gefasst worden waren.

Da haben wir eigentlich Glück. Ich sage ganz offen: Natürlich wäre mehr immer schöner. Aber ich bin Gott dankbar, dass wir diese jetzt schon vor einem Jahr gegebene Planungssicherheit von 46 Millionen € Finanzzuwendungen an die Feuerwehren dank des glücklichen Zufalls des höheren Aufkommens der Feuerschutzsteuer geben können. Mehr sollte man hier in diesem hohen Haus gar nicht mehr in die Diskussion einführen. Denn dann würden wir wieder Hoff-

nungen wecken, die jeder realistischen finanziellen Grundlage entbehren.

(Zuruf von der FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich darf zu dem Thema, das Herr Junginger angesprochen hat, noch eine Bemerkung machen. Durch die Verwaltungsreform liegt bei uns keine Arbeitskapazität frei, sondern wir haben dieses, allerdings sehr intensive Thema im Innenministerium vorbildlich geschultert, indem durch die Stabsstelle für Verwaltungsreform, angereichert durch hauseigene Kräfte, eine Art „eigene Abteilung“ geschaffen worden ist, die diese Aufgabe – so denke ich, und dafür bin ich der Abteilung auch dankbar – bisher arbeitsmäßig ganz hervorragend gemeistert hat. Andere Abteilungen sind natürlich auch, aber lange nicht in demselben Maße belastet.

Jetzt ganz konkret – darüber können wir auch nächste Woche noch einmal sprechen – zu dem Beispiel, das ich genannt habe: Thema Gemeindeordnung:

(Abg. Junginger SPD: Großer Wurf!)

Es liegt nicht am Innenministerium und seiner Bürokratie. Unsere Entwürfe sind mehr oder weniger schubladenreif. Wie Herr Kollege Glück vorhin gesagt hat, hat man sich in diesem hohen Hause – jedenfalls bei der Mehrheit – darauf verständigt, nach den Kommunalwahlen die Gemeindeordnung umfassend zu novellieren – mit welchen Ergebnissen auch immer.

Dann kann man aber nicht sagen, das Ministerium schlafe jetzt. Es ist eine politische Entscheidung, die Sie hier treffen. Ich muss mich ausdrücklich schützend vor meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen. Wir könnten jederzeit die entsprechenden Entwürfe liefern.

Nur ist es aus meiner Sicht politisch richtig, die Kommunalwahlen abzuwarten. Das hat aber nichts damit zu tun, dass im Ministerium keine Arbeitskapazität mehr zur Verfügung gestanden hätte.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Was hat das mit der Kommunalwahl zu tun?)

Schauen Sie einmal, Herr Kollege Junginger: Beim Thema „Lex Föll“ habe ich damals im Landtag als einer von relativ wenigen gesagt, worum es eigentlich geht. Dazu stehe ich auch.

(Zuruf von der SPD – Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber trotzdem zugestimmt!)

– Entschuldigung, die Entscheidung für Föll wurde im Rathaus von den meisten Fraktionen mitgetragen. Es ist doch richtig, einer Stadt eine solche Entscheidung zu ermöglichen, wenn es deren politischer Wille ist. Dazu stehe ich; und dazu sollten auch Sie stehen und nicht darum herumreden.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ein Thema ist nur kurz angesprochen worden: Flüchtlinge und Ausländer. Ich will nur darauf hinweisen – ich tue das nicht nur an die Adresse des hohen Hauses, sondern auch an die Adresse des Finanzministeriums gerichtet –: Durch

(Minister Dr. Schäuble)

eine konsequente Rückführungspolitik sind in den letzten Jahren weit mehr als 100 000 Menschen, die ausreisepflichtig waren, aus Baden-Württemberg in ihre Heimatländer zurückgeführt worden. Das war oft auch mit menschlichen Härten verbunden; das kann man gar nicht bestreiten.

Umgekehrt – an die kommunale Seite gerichtet – hat dies dem Staat, aber auch dem kommunalen Säckel erhebliche Kosten erspart, die sich in der Größenordnung von zig Millionen Euro bewegen. Diese Ausgaben wurden erspart, und dafür sollten wir denjenigen, die diese unangenehme, schwierige Aufgabe übernommen haben, auch einmal Dank und Anerkennung aussprechen. Denn das, was auf diesem Gebiet von den Mitarbeitern der Bezirksstellen und der Ausländerämter zu leisten ist, gehört zum menschlich Schwierigsten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Glück FDP/DVP)

Wir werden in der nächsten Woche über das Zuwanderungsgesetz und darüber, wie sich die Situation entwickelt, noch sprechen; deshalb will ich das hier nicht weiter vertiefen. Ich denke aber, dass bei einigem gutem Willen eine Lösung gefunden werden kann. Allerdings werden Sie schon zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir ein solches Zuwanderungsgesetz nur dann mittragen, wenn wir sicher sein können, dass dadurch die ohnehin schon großen vorhandenen Probleme nicht noch größer werden, sondern verbessert werden. Alles, was diesem Maßstab nicht gerecht wird, können wir nicht mittragen. Dazu nächste Woche mehr.

Zur Verwaltungsreform will ich zwei, drei Anmerkungen machen und darf dabei auch den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Drexler – der im Augenblick nicht anwesend ist –, aufgrund dessen, was er im Rahmen der Debatte am Vormittag gesagt hat, mit einbeziehen.

Zunächst einmal zu der Behauptung, die Anhörungsfrist sei zu kurz. Dazu zwei Argumente: Zum einen überrascht es mich sehr, dass Sie das zum jetzigen Zeitpunkt sagen. Wir haben im Juli letzten Jahres den Zeitplan zur Durchführung der Verwaltungsreform beschlossen und publik gemacht. Seit Juli 2003 wissen alle, die sich dafür interessieren – und der Landtag interessiert sich dafür –, dass die Anhörung zu dem Gesetzentwurf für diese Verwaltungsreform von Mitte Januar bis 8. März dauert. Das wurde nicht überfallartig zu Beginn dieses Jahres angesetzt, sondern steht in dem Zeitplan, der im Juli letzten Jahres allgemein bekannt gemacht worden ist. Deshalb verwundert es, wenn man erst heute darauf zurückkommt.

Das zweite Argument ist ein inhaltliches; auch hier bitte keine Krokodilstränen: Über die wesentlichen Punkte, um die es bei dieser Verwaltungsreform geht, weiß seit Monaten jeder Bescheid – aufgrund der Medienberichterstattung oder aus anderen Informationsquellen. Ganz besonders die Betroffenen wissen Bescheid. Auch dies muss man bei der Frage, wie lange eine solche Frist bemessen sein kann, mit berücksichtigen.

Deshalb sage ich: Das alles ist völlig korrekt. Ich bitte sehr um Verständnis dafür, dass wir uns hinsichtlich des Zeit-

plans der Verwaltungsreform dadurch nicht in irgendeiner Weise beeinträchtigen lassen werden.

Das Zweite, was angesprochen worden ist und was mir auch am Herzen liegt, ist das Thema „Aufgabenabbau, Aufgabenkritik“. Uns allen würde, glaube ich, ein Stein vom Herzen fallen, wenn wir beim Thema „Bürokratieabbau, Aufgabenabbau“ wirklich einmal vorankämen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber ich sehe bisher nirgendwo eine wesentliche Verbesserung – nicht von Flensburg bis Berchtesgaden, nirgendwo. Alles – das darf ich Ihnen versichern –, was auch in anderen Ländern bisher dazu angedacht worden ist, haben wir aufgenommen, soweit es irgendwie Sinn macht. Alles, was von der kommunalen Seite, vom Landkreistag – über 100 Vorschläge – in die Diskussion eingeführt worden ist, haben wir aufgenommen und, soweit es irgendwo übernehmbar ist, auch berücksichtigt. Vorhin hat einer von Ihnen gesagt – ich glaube, Kollege Junginger oder Kollege Oelmayer –, Sie würden im Rahmen des weiteren Verfahrens noch zahlreiche Vorschläge zum Aufgabenabbau machen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ausdrücklich erwünscht!)

Herzlich willkommen! Wenn Sie den Stein der Weisen finden, dann sind Sie, glaube ich, wirklich zu preisen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das wäre aber das erste Mal!)

Aber ich will einmal sehen, was dann, wenn es konkret werden muss, wirklich auf den Tisch gelegt wird. Das gebe ich Ihnen einfach so mit. Herzlich willkommen! Wir nehmen alles auf, was dazu beiträgt, Aufgabenabbau und Bürokratieabbau in Deutschland und ganz besonders in Baden-Württemberg voranzubringen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nur eine Bitte, Herr Kollege Oelmayer: Seien Sie im Augenblick noch ein bisschen zurückhaltend – wenn Sie eines Tages im Ergebnis Recht haben sollten, was ich nicht glaube, dann können Sie es anders machen – mit diesem pauschalen Satz: Die Verwaltungsreform spart auf Kosten der Kommunen. Warten Sie es doch einmal ab. Wir haben, wie Sie ja festgestellt haben, in dem Gesetzentwurf zum Beispiel eine Berichtspflicht der Landesregierung gegenüber dem Landtag vorgeschlagen,

(Zuruf von der SPD: Bürokratieabbau!)

ich glaube, bis zur Mitte des Jahres 2007. Dann werden wir über die Entwicklung der Verwaltungsreform auch in kostenmäßiger Hinsicht berichten. Aber vor allem wird es doch wohl Aufgabe jedes Kreistags, jedes Stadtrats in den Stadtkreisen sein, darauf zu achten, dass sein Landrat, sein Oberbürgermeister, ihre Verwaltung nicht die Verwaltungsreform durch eine Erhöhung, zum Beispiel bei den Kreisen der Kreisumlage, gegenfinanziert.

(Lachen bei der SPD – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

(Minister Dr. Schäuble)

Wenn dazu der Kreistag nicht in der Lage sein wird, Frau Kollegin Haußmann, dann können Sie sich Gedanken darüber machen, warum es überhaupt Kreistage gibt. Das ist deren vornehmste Pflicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Oelmayer GRÜNE: Herr Innenminister, im Stadtkreis gibt es keine Kreisumlage!)

– Dann haben sie es ja umso leichter.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Nein, wir tragen es dann leichter!)

Aber das Argument von Ihnen ist ja immer – das haben Sie auch vorhin gesagt –: Dadurch wird die Umlage erhöht.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Unter anderem!)

Aber auch in den Stadtkreisen rate ich dazu, dass sich die Gemeinderäte mit dem Thema der Kostenentwicklung sehr intensiv befassen, auch zum Beispiel mit der Frage, wie das dann durch ein entsprechendes Haushaltswesen gemanagt wird. Das ist dann nicht Aufgabe des Landes, sondern der Gemeinderäte.

Letzte Bemerkung in der ersten Runde: Sie haben den Verfassungsschutz angesprochen. Schön, dass Sie sich jetzt so offen zum Verfassungsschutz bekennen und in Ihrem Fall auch schon seit Jahren bekannt haben. Aber zum Thema der besseren Zusammenarbeit mit Bund und Ländern folgender Hinweis: Es ist ja nicht falsch, was Sie sagen; aber Sie können nicht sagen, hier sei – wie haben Sie es ausgedrückt? – irgendwo ein Stillstand, es bewege sich nichts.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Status quo!)

Es gibt auf der Bundesebene eine Arbeitsgruppe, die der Bund einberufen hat, in der zum Beispiel der Präsident unseres Landesamts für Verfassungsschutz, Herr Rannacher, eine ganz wesentliche Rolle spielt. Das Problem wird in Folgendem bestehen – das ist das Gleiche in Grün wie bei jeder Föderalismusdiskussion –: Wir haben in Deutschland leider Gottes völlig unterschiedlich leistungsfähige Bundesländer. Baden-Württemberg könnte zum Beispiel beim Landesamt für Verfassungsschutz, aber auch beim Landeskriminalamt oder bei anderen Institutionen ein großes Interesse an Kooperationen haben. Aber wir müssen ganz nüchtern sehen, dass uns etwa die kleinen Länder mit ihren kleinen Ämtern, soweit sie denn überhaupt eines haben, bei der Zusammenarbeit herzlich wenig geben können. Das erschwert natürlich eine Kooperation erheblich, weil sie nicht, auf Deutsch gesagt, auf gleicher Augenhöhe stattfindet. Darin liegt, glaube ich, unter anderem die große Schwierigkeit begründet. Deshalb sage ich: Der Wille ist da.

Ich bin auch dafür, dass das Eigenleben der Verfassungsschutzämter in Deutschland nicht immer noch größer wird, sondern dass man kooperiert. Aber die Kooperation wird durch die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Bundesländer ganz wesentlich beeinträchtigt. Dies kann man beim Verfassungsschutz beobachten, aber auch, wie gesagt, bei anderen Institutionen. Das Landeskriminalamt ist ein weiteres Beispiel. Ich will das nicht weiter vertiefen.

In der ersten Runde, meine sehr verehrten Damen und Herren, will ich trotzdem jetzt schon einmal ganz herzlich danken, nicht nur der Polizei, den Feuerwehren, allen anderen, die für die innere Sicherheit Verantwortung tragen, den vielen Helferinnen und Helfern im Katastrophenschutz, sondern auch dem Innenministerium und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, vor allem dem Haushaltsreferat, das von Herrn Arnold geführt wird, der in so schweren Zeiten wie jetzt jeden Monat eigentlich wieder die Quadratur des Kreises vollbringen muss, und allen anderen uns zugeordneten Dienststellen. Allen Kolleginnen und Kollegen ein herzliches Dankeschön. Ein herzliches Dankeschön, trotz aller Kritik, auch diesem hohen Hause für die Unterstützung, die wir mit unserer Arbeit immer wieder finden.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hillebrand.

Abg. Hillebrand CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn wir uns die Gesamtbilanz im Haushalt des Innenministeriums Baden-Württemberg ansehen, dann müssen wir und dann müssen auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, einräumen: Das Innenministerium und die hier politisch Verantwortlichen haben im vergangenen Jahr wieder gute Arbeit geleistet. Ich darf mich insoweit dem Dank des Kollegen Heinz anschließen.

(Abg. Schmid SPD: Hat Ihnen das der Minister aufgeschrieben? – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, das Innenministerium wird trotz der angespannten Haushaltslage, auf die hier mehrfach hingewiesen wurde, und trotz des strikten Spar- und Konsolidierungskurses auch weiterhin gute Arbeit leisten.

(Abg. Schmiedel SPD: Was soll denn diese Lobhudelei?)

Baden-Württemberg, Herr Kollege Schmiedel, kann sich auf dem Felde der Innenpolitik im bundespolitischen Ranking, sprich konkret im Vergleich der einzelnen Bundesländer untereinander, nicht nur sehen lassen, sondern hat im Bereich der inneren Sicherheit, aber auch im Bereich des partnerschaftlichen Umgangs mit seinen Kommunen die Nase durchaus vorn.

(Abg. Schmid SPD: Sehr partnerschaftlich! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Nur Allgemeinplätze!)

Dasselbe, liebe Kollegin Dederer, gilt, wenn es darum geht, dem Rechtsstaat dadurch Geltung zu verschaffen, dass rechtskräftige Entscheidungen – wenn auch häufig erst nach jahrelangen Verfahren – durchgesetzt, umgesetzt und vollzogen werden. Konkret: Baden-Württemberg ist neben Bayern das Bundesland, das konsequent darauf achtet, dass rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber das Land wieder verlassen.

(Lachen des Abg. Schmiedel SPD – Abg. Schmiedel SPD: Und wieder zurückgeholt werden zum Abitur!)

(Hillebrand)

Besondere Priorität – und die CDU-Fraktion steht hier voll dahinter – hat die Ausweisung und Abschiebung ausländischer Straftäter. Das ist, wie hier schon gesagt wurde, kein angenehmes Geschäft. Aber wenn unser Staat seine Staatsautorität nicht selbst untergraben will, dann muss das sein. Ich danke an dieser Stelle allen Beamtinnen und Beamten der Ausländerbehörden und unserer Polizei, die dazu beitragen, dem Recht Geltung zu verschaffen, und die deshalb, wie ich weiß, nicht selten persönlichen Anfeindungen ausgesetzt sind.

Nicht von ungefähr, liebe Kolleginnen und Kollegen, stehen wir in Baden-Württemberg hinsichtlich der Kriminalitätsrate zusammen mit Bayern ganz an der Spitze im Ranking der Bundesländer.

(Abg. Blenke CDU: Wir haben die niedrigste Rate!)

Die Bürger wissen das zu schätzen. Bayern und Baden-Württemberg sind die sichersten Bundesländer. Das hat natürlich enorme Auswirkungen auf die Standortqualität. Die Menschen wollen nach Süden; die Menschen werden von Baden-Württemberg fast magisch angezogen.

Lassen Sie mich noch zu den Anträgen von SPD und Grünen Folgendes sagen: Wir lehnen diese samt und sonders ab. Exemplarisch, Herr Junginger, nenne ich den Freiwilligen Polizeidienst. In Sonntagsreden fordern Sie ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement. Aber hier wollen Sie ein Paradebeispiel von bürgerschaftlichem Engagement abschaffen, und das wegen 2,2 Millionen €, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das ist der falsche Weg,

(Abg. Fischer SPD: Ich sage etwas dazu!)

und das schadet der Glaubwürdigkeit der Politik. Im Übrigen leistet der Freiwillige Polizeidienst hervorragende Arbeit. Wir von der CDU-Fraktion stehen zu diesem Dienst.

(Beifall bei der CDU – Abg. Oelmayer GRÜNE: Das ist doch gar nicht die Frage, Herr Kollege!)

Ansonsten brachten Sie, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, immer dieselben ollen Kamellen: Gebühren für Großveranstaltungen oder Sportveranstaltungen. Herr Kollege Glück und der Herr Innenminister haben das Nötige dazu gesagt.

(Abg. Fischer SPD: Herr Junginger hat das auch gesagt!)

– Okay. Dann sind wir uns ja einig. Umso besser. – Aber, wie gesagt: Bringen Sie dann bitte einmal etwas Neues, lassen Sie sich hier etwas Neues einfallen.

(Abg. Gall SPD: Wie wäre es, wenn Sie mal etwas Neues sagten!)

Dass Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, dem Haus der Heimat ans Leder wollen, hat eine politische Dimension.

(Abg. Schmiedel SPD: Quatsch! Der Rechnungshof!)

Unsere vertriebenen donauschwäbischen Landsleute sind Ihnen unter parteipolitischen Aspekten ein Dorn im Auge.

(Abg. Junginger SPD: Rechnungshof, Herr Kollege!)

Deshalb wollen Sie hier Tabula rasa machen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wer?)

– Wir werden Ihnen diesen Gefallen nicht tun, Herr Oelmayer.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das habe ich mir gedacht! Ihr tut mir nie einen!)

Das Innenministerium hat angemessen auf die Denkschrift des Rechnungshofs reagiert.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU – Gegenruf des Abg. Schmiedel SPD: Na, na, na!)

Wir, CDU- und FDP/DVP-Fraktion, stehen dazu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Oelmayer GRÜNE: Zur Denkschrift?)

Auch zur Änderung der Gemeindeordnung ist das Nötige gesagt worden. – Herr Oelmayer, es ist schon schön, hier zu sehen, dass Sie plötzlich Ihr Herz für die Polizei entdeckt haben.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wieso?)

Stichwort Landessonderzahlungsgesetz. Sie können Polizeibeamte nicht anders behandeln als andere Beamte. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das habe ich auch nicht bloß auf Polizeibeamte bezogen! Sie haben den Antrag gar nicht gelesen! Wenn Sie mich ansprechen, muss das schon fundiert sein!)

Machen Sie also keine solchen Vorschläge.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Lassen Sie mich kurz noch zwei Themen ansprechen, die mir wichtig sind, nämlich die Verwaltungsreform im Land und die wirtschaftliche Situation der Städte und Gemeinden zu Beginn des Jahres 2004 sowie die sich hieraus ergebende Aufgabe aller politisch Verantwortlichen, vor allem aber auch der bundespolitisch Verantwortlichen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Verwaltungsreform ist auf einem guten Weg, nicht zuletzt deshalb, weil die Drähte beim Innenministerium und bezüglich der Finanzen natürlich auch beim Finanzministerium zusammenlaufen.

(Abg. Gall SPD: Wo denn sonst?)

Der Innenminister und der Finanzstaatssekretär haben bisher einen guten Job gemacht. Praktisch die gesamte, nicht zuletzt mit Blick auf die gesamten öffentlichen Finanzen dringend notwendige Verwaltungsreform ist im Einvernehmen mit den kommunalen Landesverbänden auf den Weg gebracht. Wer hätte das vor neun Monaten gedacht, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Oelmayer GRÜNE: Nicht einmal die CDU-Fraktion!)

(Hillebrand)

Zu den Themen Effizienzrendite und Berichtspflicht hat der Herr Ministerpräsident heute Morgen und der Herr Innenminister gerade eben das Nötige gesagt. Gemeinsam mit dem Innenministerium ist man seitens der kommunalen Landesverbände dabei, kommunal belastende Standards abzubauen – das ist nicht einfach; der Herr Innenminister hat es gesagt – und Aufgaben dem Willen der Kommunen entsprechend – das ist wichtig – nach unten zu verlagern. Das ist eine alte Forderung der kommunalen Seite. Wir sind dankbar, dass das aufgegriffen wurde.

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Städte und Gemeinden können mit dem im Dezember vergangenen Jahres gefundenen Ergebnis des Vermittlungsausschusses nicht zufrieden sein. Angesichts der völlig desolaten Gemeindefinanzen ist eine echte Gemeindefinanzreform überfällig. Während im Land – auch das ist heute Vormittag angesprochen worden – das Konnexitätsprinzip in der Verfassung steht und die CDU auf Bundesebene zumindest seit 1999 das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ fordert,

(Abg. Schmid SPD: Das ist billig, wenn man in der Opposition ist!)

wehrt sich die Bundesregierung mit Händen und Füßen.

(Abg. Schmid SPD: In der Opposition kann man das leicht fordern!)

– Sie wissen am besten, Herr Schmid, was man in der Opposition fordern kann.

(Abg. Schmid SPD: Wie war es denn 1992, 1994? Sie hätten lange Zeit gehabt! 16 Jahre hätten Sie Zeit gehabt!)

– Ihr habt jetzt auch noch lange Zeit.

Als wenn die Steuereinnahmen munter weitersprudeln würden, kreierte man in Berlin immer wieder neue kommunalen Aufgaben und Ausgaben – ohne eine korrespondierende Finanzausstattung.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das macht das Land auch so! – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Ich nenne nur das Thema Grundsicherung. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das muss ein Ende haben.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Was macht das Land? – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Wir brauchen im Gegenteil verfassungsrechtlich abgesicherte Einnahmequellen für unsere Städte und Gemeinden sowie eine stringente Begrenzung der Ausgabenlast.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Kurzum: Wir brauchen auch im Bund den partnerschaftlichen Umgang, den wir in Baden-Württemberg zwischen Land und Kommunen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Oelmayer GRÜNE: Das glauben Sie ja selbst nicht! – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Lassen Sie mich schließen: Der Haushalt des Innenministeriums Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 ist ausgewogen und sparsam.

(Abg. Schmid SPD: Wie viel zahlt Ihnen der Innenminister für diese Rede? – Abg. Schmiedel SPD: Sind Sie eigentlich Regierungssprecher?)

Kurzum: Er steht vor allem für eine verantwortungsbewusste und eine verantwortungsvolle Sicherheits- und Kommunalpolitik.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Haben Sie auch eine eigene Meinung?)

– Das ist meine Meinung, liebe Kollegin Dederer.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Deshalb stimmt die CDU-Fraktion diesem Haushalt gern zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Fischer.

Abg. Fischer SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Herr Kollege Junginger hat zum Einzelplan 03 – Innenministerium – umfangreiche Ausführungen gemacht. Ich möchte mich eigentlich speziell mit dem Thema Polizei befassen.

Aber erlauben Sie mir, jetzt doch noch zwei, drei Anmerkungen zu den Beiträgen meiner Vorredner zu machen.

Herr Glück hat sich mit den Feuerwehrfahrzeugen befasst. Herr Glück, es stimmt, dass sehr viele dieser Fahrzeuge modern ausgestattet sind und sehr viele erneuert wurden. Aber ich bitte Sie, einen Blick in die Statistik zu werfen. Dabei müssen Sie klar feststellen, dass 30 % der Feuerwehrfahrzeuge älter als 25 Jahre sind. Ich glaube, das sollte man berücksichtigen, wenn man diesen Punkt anspricht und so in den Raum stellt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Blenke CDU: Das heißt im Umkehrschluss: 70 % sind jünger!)

Nun zum Herrn Innenminister. Herr Innenminister, wenn Sie unseren Fraktionsvorsitzenden, Herrn Drexler, wegen seines Vorschlags angreifen, die Terminierung der Anhörung zu verschieben, und darauf hinweisen, dass es einen Beschluss gegeben habe und die Termine alle bekannt gegeben worden seien, möchte ich Sie daran erinnern, dass man zu dem Zeitpunkt, als das Papier mit den Terminen vorgelegt wurde, nicht davon ausgehen konnte, dass dieses Werk letztlich nahezu 1 000 Seiten umfassen würde.

Sie müssen auch anerkennen, dass nicht jeder Verwaltung ein solcher Apparat wie dem Innenministerium oder vielleicht den kommunalen Landesverbänden zur Verfügung steht. In die Anhörung sind auch kleinere Gruppierungen einbezogen. Sie können es nicht leisten, ein solch umfang-

(Fischer)

reiches Werk innerhalb von drei, vier Wochen korrekt durchzuarbeiten. Deshalb wäre es korrekt und auch anständig von Ihnen, wenn Sie bereit wären, unserem Antrag, den wir nächste Woche behandeln, zuzustimmen und hier eine Fristverlängerung vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Kollege Hillebrand, Sie sind mir wirklich so vorgekommen, als wenn Sie Pressesprecher des Innenministeriums wären.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Ich möchte Sie schon fragen, ob Sie keine eigene Meinung zu dem vorgelegten Haushalt haben,

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

da Sie alles so wunderbar bekräftigen, was vom Innenministerium – –

(Abg. Pfisterer CDU: Was wahr ist, kann man sagen!)

– Ob es wahr ist, wird man natürlich von jeder Seite anders bewerten.

Aber nun möchte ich zu meinem eigentlichen Thema kommen – ich habe es zu Beginn angedeutet –, zum Bereich Polizei, und möchte auch unsere zwei Anträge dazu ganz kurz begründen.

Wenn eben angesprochen wurde, dass der Freiwillige Polizeidienst eine hervorragende Arbeit leistet, möchte ich sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das stellen wir gar nicht in Abrede. Selbstverständlich erfüllen diese Damen und Herren eine ehrenvolle Aufgabe, nur sind es keine Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die diese Aufgaben hundertprozentig erfüllen können. Sie gehen doch auch vor Ort und reden mit den Kolleginnen und Kollegen der Polizei. Diese vermitteln Ihnen doch überwiegend eine andere Meinung. Sie sagen Ihnen doch ganz klar: Der Bürger und die Bürgerin können nicht unterscheiden, ob das jetzt jemand vom Freiwilligen Polizeidienst ist oder jemand, der ordentlich ausgebildeter Polizeibeamter ist. Darin liegt doch das Problem, dass derjenige, der den Freiwilligen Polizeidienst leistet, oft mit auf Streife ist und überhaupt nicht alle Möglichkeiten wie der voll ausgebildete Polizeibeamte hat, eingesetzt zu werden. Darauf muss man reagieren.

Wenn vorhin die Finanzen in den Mittelpunkt gestellt worden sind, muss ich sagen: Genau diese 2,3 Millionen €, die jährlich für den Freiwilligen Polizeidienst ausgegeben werden, sollten Sie nehmen und damit neue Anwärterstellen schaffen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Viel zu wenig!)

Dann sind wir auf dem richtigen Weg. Fahren Sie nicht die Zahl der Anwärterstellen auf 100 herunter, sodass jetzt im März nur 100 Anwärter in die Ausbildung kommen können. Sie wissen ganz genau, liebe Kolleginnen und Kollegen, und auch Sie, Herr Innenminister, dass wir in den Jahren 2008, 2009 und 2010 eine Lawine von Beamten auf uns zukommen sehen, die dann aufgrund der Altersstruktur in Pension gehen. Das können wir mit den niedrigen Zahlen von Anwärtern, die Sie jetzt beginnen einzustellen, nicht so

ausgleichen, dass gewährleistet werden könnte, dass diese Abgänge möglich sind.

Für uns drängt sich schon der Verdacht auf, dass das, was Sie jetzt mit der gesamten Polizeistruktur, mit der ganzen Umwälzung im Bereich der Polizeiposten vorhaben – dazu sage ich nachher noch etwas –, letztlich dazu herangezogen wird, unter dem Strich Stellen für Beamtinnen und Beamte bei der Polizei zu streichen. Dagegen werden wir uns wehren. Das möchte ich noch einmal sehr intensiv begründen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Innenminister, Sie wissen genau, dass momentan über 5 000 Interessenten da sind, die den Beruf des Polizeibeamten ergreifen möchten. Sie wissen genau, dass Sie momentan aus Bewerbern mit einer guten Durchschnittsnote in der Ausbildung auswählen können, wie es viele, viele Jahre nicht möglich war. Nutzen Sie diese Möglichkeit, qualifizierte Beamtinnen und Beamte für den Polizeidienst zu gewinnen. Warten Sie nicht ab, bis die Konjunktur steigt und man Leute nehmen muss, die man nicht unbedingt für diesen Dienst gebrauchen kann.

(Beifall bei der SPD)

Sie vollführen eine Berg- und Talfahrt bei den Einstellungsquoten. Auch das wird Ihnen vor Ort – Sie gehen ja angeblich vor Ort – auch von allen Polizeiführungen vorgetragen. Sie können nicht so tun, als ob das nicht stimme.

Was machen Sie eigentlich mit den Polizeischulen, die sich jetzt auf relativ hohe Zahlen eingerichtet haben? Was machen Sie mit den Lehrkräften, die dort vorhanden sind, wenn Sie jetzt die Einstellungszahlen so weit herunterfahren? Schicken Sie diese dann nächstes Jahr nach Hause? Übernächstes Jahr fahren wir dann die Zahlen wieder hoch, dann müssen wir die Lehrkräfte wieder holen, und dann stehen sie vielleicht nicht zur Verfügung. Das ist keine verlässliche Politik. Das kann sich auch die Polizei, die in der Tat eine hervorragende Arbeit in unserem Bundesland leistet und der wir auch an dieser Stelle danken möchten, so nicht gefallen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Nun möchte ich wirklich noch etwas zu der Verwaltungsreform im Bereich der Polizei sagen, und zwar in Bezug auf die Postenstruktur.

Herr Innenminister, wir hatten uns in der Sitzung des Innenausschusses im Dezember darüber verständigt, dass wir am 11. Februar von Ihnen einen ausführlichen Bericht über die Veränderungen im Bereich der Postenstruktur bekommen. Damals habe ich für meine Fraktion ausgeführt, dass wir generell nichts gegen Postenschließungen haben, wenn Sie korrekt vorgehen und wenn die Schließungen maßvoll sind und vernünftig durchgeführt werden.

Nun stehen 340 Posten von rund 540 in der Diskussion, also mehr als 50 %. Ich frage Sie: Ist das noch eine glaubwürdige Politik? Wir bekommen jetzt schon mit, dass Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfaktionen Sie als Minister anschreiben und sagen: Wir sind aber gegen diese Postenschließung und gegen jene Postenschließung. Damit wird den Leuten vor Ort vorgegaukelt, dass Sie etwas richten

(Fischer)

können, und in Wirklichkeit haben Sie den großen Hammer, mit dem Sie zuschlagen können, schon in der Tasche.

(Beifall bei der SPD)

Das ist kein fairer Umgang mit den Betroffenen, die nämlich diese Arbeit leisten müssen

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU – Abg. Scheuermann CDU: Sie wissen mehr als wir!)

– Frau Netzhammer, Sie dürfen sich zu Wort melden –, und auch kein fairer Umgang mit der Opposition, die nämlich auch mit dafür da ist, das letztlich in der Konsequenz umzusetzen und die eine klare Antwort erwarten kann.

(Abg. Seimetz CDU: Die schreiben auch!)

Nach dem 11. Februar reden wir dann einmal über die Frage, wo es Möglichkeiten gibt, Veränderungen durchzuführen, und wo sie nicht gerechtfertigt sind. Aber eines darf ich heute schon sagen: Wir werden – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Fischer – –

Abg. Fischer SPD: Herr Präsident, ich komme sofort zum Schluss. Leider muss ich zum Schluss kommen.

Stellv. Präsident Birzele: Nein. Ich wollte Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Blenke gestatten.

(Heiterkeit des Abg. Oelmayer GRÜNE – Abg. Heinz CDU: Das verlängert die Redezeit!)

Abg. Fischer SPD: Ja, bitte. Kein Problem.

Abg. Blenke CDU: Herr Kollege Fischer, ist Ihnen bekannt, dass es sich momentan lediglich um Vorschläge der einzelnen Polizeidirektionen jeweils für ihr Gebiet handelt, die Sie jetzt summiert haben, dass darüber aber bislang noch keinerlei Entscheidungen getroffen sind

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Er hat auch geschrieben! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

und selbstverständlich diese Sitzung am 11. Februar stattfinden wird?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Abg. Fischer SPD: Herr Blenke, dazu muss ich Ihnen sagen: Das war mir bisher so bekannt, und so habe ich auch in meiner Fraktion immer geantwortet, wenn wir uns über dieses Thema unterhalten haben.

(Abg. Heinz CDU: So ist es auch!)

Aber angesichts der Briefe, die ich mittlerweile kenne, in denen sich einzelne Abgeordnete für die Erhaltung dieser Polizeiposten einsetzen, kann diese Form, die Sie jetzt vorgegeben haben und eben noch einmal angesprochen haben, nicht stimmen. Denn dann geht man schon davon aus, dass dies Fakt ist. Deshalb muss ich mich dafür einsetzen.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Wenn das noch kein Fakt ist, brauche ich mich im Vorfeld nicht einzusetzen, sondern dann beraten wir es gemeinsam, und dann finden wir Lösungen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Seimetz CDU – Abg. Seimetz CDU: So wäre es richtig! – Dem Redner wird das Ende der Redezeit angezeigt.)

– Leider sehe ich an der Anzeige, dass ich so langsam zum Ende kommen muss. – Deshalb sage ich zum Abschluss: Herr Minister, kommen Sie als Ressortminister Ihren Aufgaben für die innere Sicherheit nach

(Abg. Hillebrand CDU: Das macht er doch!)

und übernehmen Sie nicht die Aufgabe des Finanzministers, der eine andere Meinung hat!

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Glück.

(Abg. Seimetz CDU: Horst, auf geht's!)

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Innenminister, ich möchte noch einmal auf das Problem der Asylbewerber eingehen. Sie sagten dem Sinn nach, die konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber habe uns und vor allem den Kommunen sehr viel Geld gespart. Ich möchte sogar ergänzen: Sie hat uns auch viel Ärger gespart. Ich möchte mich dem Dank, den Sie vorhin gegenüber den Behörden, im Wesentlichen den Bezirksstellen, formuliert haben, anschließen. Das ist sicherlich kein leichter Job, den sie verrichtet haben.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich stehe zum Grundrecht auf Asyl. Ich stehe auch zu der Konsequenz, dass dann, wenn ein Daueraufenthalt abgelehnt wird, wenn also die Voraussetzung für Asyl im Sinne des Grundgesetzes nicht gegeben ist, diese Menschen zurückgeführt werden. Ich möchte auch kein langes Fackeln mit Kriminellen. Diese sollten sofort und konsequent abgeschoben werden. Ich möchte das noch durch eine weitere Gruppe ergänzen: Ich möchte auch kein langes Fackeln mit Asylbewerbern, die ihre Identität verschleiern.

Aber – jetzt kommt mein großes Aber –: Wenn ein Verfahren auf Anerkennung als Asylbewerber zehn bis zwölf Jahre dauert – und das liegt nicht in der Verantwortlichkeit des Asylbewerbers, wenn er die Möglichkeiten ausnutzt, die unser Rechtsstaat bietet; in der Regel wird er von deutschen Rechtsanwälten entsprechend beraten –, wenn die Erwachsenen in der Asylbewerberfamilie arbeiten, wenn die Familie Deutsch spricht, wenn die Kinder die Schule besuchen und eine Berufsausbildung machen, wenn also eine Integration abläuft, wie wir sie im Grunde genommen wünschen, dann empfinde ich es als unmenschlich, eine solche Familie in ein Land zurückzuschicken, von dem sich die Eltern zwischenzeitlich entfernt haben und das die Kinder möglicherweise noch nie gesehen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

(Dr. Glück)

Das ist nicht ein generelles „Macht hoch die Tür, die Tor macht weit!“ Ich lege ganz entschiedenen Wert darauf, dass ich zuvor entscheidende Einschränkungen gemacht habe. Aber in solchen Fällen sollten wir nicht abschieben.

Herr Minister, ich kenne die Gesetzeslage, aber wir haben wohl doch irgendwann einmal mit einem Einwanderungsgesetz zu rechnen. Darin wird es eine Härtefallregelung geben. Deshalb möchte ich Sie und Ihre Behörden bitten, in solchen Fällen so lange ganz unbürokratisch zu handeln, bis die Härtefallregelung greift.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst noch eine Bemerkung zu Ihren Ausführungen zum Landessonderzahlungsgesetz, Herr Innenminister. Wir haben in Baden-Württemberg ca. 15 000 Beschäftigte im mittleren Dienst. Das Gros davon arbeitet bei der Polizei. Wir waren der Auffassung, dass man diese Menschen aus diesen Sparmaßnahmen herausnehmen muss, nicht nur die Polizisten, sondern auch die Menschen in der Finanzverwaltung und alle anderen, die im mittleren Dienst tätig sind.

Als einziges Argument haben Sie uns das Problem der Gegenfinanzierung entgegengehalten. Allein wenn wir die Sonderzahlungen, sprich das Weihnachtsgeld, nicht gewölftelt ausgezahlt hätten, sondern nur einmal, nämlich im Monat Dezember, hätte dies ein Sparpotenzial zusätzlich eingebracht, das ausgereicht hätte, um den mittleren Dienst von diesen Sparmaßnahmen zu verschonen. Insofern haben Sie, denke ich, wirklich eine Chance verpasst. Damit haben Sie, wie Sie ja selbst, wenn auch noch etwas verhalten, ausgeführt haben, gerade in Ihrem Bereich, nämlich bei den Polizistinnen und Polizisten, Reputation verspielt.

(Beifall bei den Grünen)

Ein weiterer allgemeiner Gedanke betrifft das Thema der Bürgerbeteiligung, das heißt die Reform der Gemeindeordnung in Bezug auf Bürgerentscheid und Bürgerbegehren.

(Zuruf des Abg. Hillebrand CDU)

– Ja, Kollege Hillebrand, das müssen Sie sich jetzt schon anhören. – Sie haben die Assoziation zur Kommunalwahl hergestellt und gesagt, dass man diese Wahl noch abwarten müsse.

Seit siebeneinhalb Jahren gehöre ich dem Landtag an. In diesen siebeneinhalb Jahren hatten wir schon einmal eine Kommunalwahl. Wir haben in diesem Hause schon mehrmals darüber diskutiert, dass wir die Quoren senken wollen, dass wir die Menschen mit mehr Partizipationsmöglichkeiten ausstatten wollen, um sie wieder dafür zu gewinnen, aktiv an unserer Demokratie teilzunehmen, und zwar nicht nur einmal alle vier oder fünf Jahre bei Wahlen. Dass Sie diese Chance jetzt wieder verspielen, leuchtet mir nicht ein. Ich kann auch überhaupt nicht erkennen, warum die anstehende

Kommunalwahl als Argument dafür herhalten muss, dass wir nochmals zuwarten sollen.

Wahrscheinlich haben Sie koalitionsintern noch keine Lösung gefunden. Dann sollten Sie das wenigstens ehrlich sagen. Sie haben das hie und da an diesem Pult ja schon getan und dabei ehrlicher argumentiert. Insofern wäre das an dieser Stelle auch vernünftig gewesen.

(Abg. Hillebrand CDU: Das ist doch zugesagt!)

Der letzte Teil meines Redebeitrags befasst sich mit unseren Anträgen. Ich beginne mit dem Freiwilligen Polizeidienst. Kollege Fischer hat dazu vieles ausgeführt. Ich möchte seine Ausführungen nur kurz ergänzen.

Herr Innenminister, Presseverlautbarungen im Laufe des vergangenen Jahres haben uns geradezu zu unserem Antrag angespitzt. Sie haben selbst geäußert, dass man zumindest überdenken müsse, ob die Aufgaben, die auf Polizisten heutzutage zukommen, vom Freiwilligen Polizeidienst tatsächlich wahrgenommen werden können, weil die Ausbildung nur in einem geringen Umfang stattfindet. Falls ich Sie falsch interpretiert habe, können Sie das nachher richtig stellen. Wir sind der Auffassung, dass das nicht möglich ist. Deshalb wollen wir den Betrag für den Freiwilligen Polizeidienst als Sparbeitrag des Innenministeriums gestrichen sehen.

Ein weiterer und letzter Punkt – damit komme ich zum Schluss – betrifft das Thema Polizeikosten. Meine Damen und Herren, wer von Ihnen auch immer schon einmal irgendwo vor einer Kaserne saß und dort blockiert hat, weiß, dass das damals noch als Gewalt angesehen wurde und Strafverfahren nach sich gezogen hat. Gott sei Dank hat das Bundesverfassungsgericht das richtig interpretiert. Aber die Menschen haben für die von ihnen verursachten Polizeikosten geradestehen müssen, sozusagen ohne Rücksicht auf Verluste. Wenn wir aber Champions-League-Spiele oder Olympische Spiele etc. durchführen, bei denen Hunderte, ja Tausende Beamte im Einsatz sind, geht das quasi frei Hand von der öffentlichen Hand, sprich allgemein auf Kosten des Steuerzahlers. Deswegen haben wir gesagt: Das wollen wir ändern.

Herr Innenminister, wenn Sie sich, wie Sie im Innenausschuss berichtet haben, schon einmal in der Innenministerkonferenz haben auslachen lassen müssen, weil Sie sich für Gebühren für Polizeieinsätze bei Großveranstaltungen ausgesprochen haben, haben die Kolleginnen und Kollegen, die dort gelacht haben, glaube ich, an der falschen Stelle gelacht. Die sollten lieber vor der eigenen Tür kehren. Es dürfte ja ein Leichtes sein, bei den desolaten Landesfinanzen in allen Ländern unserer Republik doch die Kolleginnen und Kollegen zu überzeugen, dass diese Einnahmequelle auch in anderen Bundesländern greifen muss und wir es nicht angehen lassen können, überall zu streichen, aber gerade dort die Kosten nicht zu vereinnahmen, wo wir der Auffassung sind, dass die Verursacher dort nach dem Verursacherprinzip auch bezahlen müssen. Deswegen dieser Antrag. Das ist eine Einnahmequelle für das Land, auch im Etat des Innenministeriums.

Deswegen bitten wir Sie hier nochmals innigst – deshalb trage ich das auch so inbrünstig vor – um Ihre Zustimmung.

(Oelmayer)

Zumindest könnten Sie sich einmal überlegen, ob das vielleicht ein interessanter Vorschlag wäre.

Jetzt zum Schluss, Herr Innenminister: Sie fordern uns immer auf, uns zu beteiligen. Auch wir sind ja nur Menschen,

(Oh-Rufe von der CDU – Zuruf des Abg. Rückert CDU)

auch wenn wir oppositionsgeübt sind. Aber wenn wir Anträge erarbeiten, viele Anträge, Hunderte von Anträgen, vernünftige Anträge –

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Seimetz CDU: Ihr habt zu viel Zeit!)

liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben gerade einen von mir vorgetragen bekommen –, dann hätten wir zumindest gern die Gewissheit, dass Sie sich wenigstens ernsthaft damit befassen und – man höre und staune – vielleicht innerhalb von fünf Jahren einmal einem dieser Anträge zustimmen. Dann sind wir auch dabei: Dann liefern wir Ihnen auch Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Reduktion von Verwaltungsvorschriften etc. Aber Arbeit für den Papierkorb wollen wir nicht; denn unter Effizienzgesichtspunkten wäre die für die Katz.

(Heiterkeit des Ministers Dr. Repnik – Minister Dr. Repnik: Seit Jahren schaffen Sie für den Papierkorb!)

Deswegen: Wenn Sie die Zusage machen – und damit komme ich zum Schluss, Herr Präsident –, mit unseren Anträgen ernsthaft umzugehen, Herr Sozialminister, dann sind wir dabei. Aber wir lassen uns hier nicht zum Popanz machen. Deswegen ernsthaft die Aufforderung: Nehmen Sie die Sache ernst! Wir beteiligen uns dann auch in aller Ernsthaftigkeit.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Seimetz CDU: Das ist eine Drohung! Der stellt keinen Antrag mehr!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble.

(Abg. Seimetz CDU zu Abg. Oelmayer GRÜNE: Thomas, das war eine Drohung, dass du keine Anträge mehr stellst! – Gegenruf des Abg. Oelmayer GRÜNE: Nein, das war eine politische Aufforderung!)

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte auf zwei, drei Gesichtspunkte eingehen, die in der zweiten Runde angesprochen worden sind. Ich darf bei Herrn Kollegen Fischer und bei Herrn Kollegen Oelmayer gemeinsam beginnen.

Wenn Sie, Herr Kollege Fischer, sagen: „Betreiben Sie als Innenminister nicht das Geschäft des Finanzministers“, haben Sie mich vorhin nicht verstehen wollen. Die Zeiten sind vorbei, in denen man immer nur das einzelne Segment, seinen eigenen Bereich sehen kann. Wir alle sind gezwungen, die Gesamtsituation zu sehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Bravo!)

Wenn sich nicht durch ein gemeinsames Handeln vor allem auf der Bundesebene die Situation wenigstens im Sinne einer Trendwende verbessert, dann – das sage ich noch einmal voraus – werden wir beim nächsten Haushalt und erst recht beim übernächsten Haushalt noch viel schwierigere Diskussionen haben als jetzt.

Deshalb bitte ich Sie: Hören Sie doch auf, so zu argumentieren, dass jeder immer nur in seinem Bereich irgendwo herumwurstelt. Wir alle sind gezwungen, das Ganze zu sehen.

Damit hängt auch die zweite Aussage zusammen, auf die ich eingehen möchte. Herr Kollege Oelmayer, Sie haben gesagt: „Wären Sie mir beim mittleren Polizeidienst gefolgt, dann wäre Ihre Reputation besser erhalten geblieben.“ Meine Damen und Herren, wenn Maßnahmen notwendig sind, dann dürfen wir sie nicht deshalb unterlassen, weil wir vielleicht riskieren, dass wir uns unbeliebt machen. Das muss dann durchgezogen werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Zeiten sind so. Es geht nicht anders, und die Bundesregierung – das hat der Herr Ministerpräsident ja heute Morgen dem Kollegen Drexler sehr schön entgegnet – hat vermutlich – und da teile ich seine Auffassung völlig – das Vertrauen der Bevölkerung so stark verloren, weil sie vor den Wahlen bei den Bürgerinnen und Bürgern den Eindruck erweckt hat, alles ginge im Schongang ab, obwohl es in Wirklichkeit eben nicht so geht. Man muss sich, egal ob die Reputation darunter leidet, den notwendigen Maßnahmen stellen. Anders geht es nicht.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber doch nicht ohne Not!)

Wenn Sie von dieser Denkweise nicht wegkommen, dann zeigen Sie, dass Sie die Erfordernisse, die Herausforderungen der Zeit nicht erkannt haben.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber Sie haben die Chance nicht genutzt!)

Sich beliebt zu machen ist heute nicht mehr das Thema, sondern man muss das tun, was notwendig ist.

Jetzt zum Thema Polizeiposten. Herr Kollege Fischer, ich verstehe ja Ihre grundsätzlichen Bedenken aus der Opposition heraus. Aber – Kollege Blenke hat es schon in seiner Zwischenfrage ausgedrückt – wir haben jetzt die Vorschläge aus den einzelnen Polizeidirektionen bzw. Polizeipräsidien auf dem Tisch liegen. Diese Vorschläge werden im Augenblick auch schon ausgewertet. Ich gehe davon aus, dass wir in der Tat – wie Sie erwähnt haben – am 11. Februar in der Sitzung des Innenausschusses darüber sprechen. Ich bitte schon heute um Verständnis, dass ich mich wegen eines dringenden anderen Termins von Herrn Staatssekretär Rech vertreten lassen muss, der dieses Thema ohnehin federführend bearbeitet.

Ich bitte, vorab zu sehen, dass wir wirklich zu dem Ergebnis kommen sollten, dass durch eine angemessene Reduzierung oder Zusammenlegung der Posten die Effizienz der Polizei in diesen schwierigen Zeiten im Sinne einer weiteren Gewährleistung der inneren Sicherheit erhalten bleiben

(Minister Dr. Schäuble)

kann. Diesen Hintergrund müssen wir primär sehen und uns bei diesem Thema daran ausrichten.

Herr Kollege Glück, auf das, was Sie angesprochen haben, darf ich jetzt nur ganz kurz eingehen. Ich glaube, daran ist auch das hohe Haus mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit interessiert. Nächste Woche führen wir darüber eine Debatte.

Ich verstehe Sie gut. Sie sagen, diejenigen, die aufgrund einer langen Verfahrensdauer schon seit vielen Jahren in Deutschland sind, muss man sehr vorsichtig behandeln. Im Grunde genommen dürfen sie nur in Ausnahmefällen oder nicht regelmäßig abgeschoben werden. Wie gesagt, ich kann das menschlich sehr gut nachvollziehen.

Aber man muss natürlich eines bedenken – das sage ich, damit wir uns nächste Woche vielleicht etwas tiefschürfender darüber unterhalten können –: Unser Rechtssystem reizt natürlich schon, alles an Rechtsmitteln auszunutzen, um einen möglichst langen Aufenthalt in Deutschland zu erreichen. Wenn dies allein ausreichen würde, um einen Härtegrund zu konstruieren, dann würden wir damit provozieren, dass möglichst viele nach Deutschland kommen und durch das Ausnutzen aller Rechtsmittel und das Stellen von Folgeanträgen einschließlich Petitionsverfahren diesen langen Zeitraum erreichen. Wir müssen uns also immer bemühen, nicht die falschen Signale zu setzen.

Deshalb sage ich heute schon im Vorgriff auf nächste Woche: Das Zuwanderungsgesetz wird nicht an der Härtefallregelung scheitern. Darüber besteht eigentlich ein großer Konsens. Dabei will man allerdings erreichen, dass nicht wieder der gesamte Rechtsweg ausgelöst wird. Das große Problem beim Zuwanderungsgesetz wird sein, wie die verschiedenen Seiten beim Thema Arbeitsmigration zueinander finden können. Aber die Härtefallregelung wird nicht das Problem sein. Wenn aber eine Härtefallregelung kommt – und man will sie eigentlich –, dann wird sie nicht als eine Art Altfallregelung gestaltet werden. Das gebe ich schon heute mit auf den Weg.

In diesem Sinne darf ich mich noch einmal ganz herzlich für Ihre Unterstützung in der Debatte bedanken. Wir werden die Debatte auch außerhalb der Haushaltsplanberatungen fortführen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 03 – Innenministerium.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2803. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0301

Ministerium

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0302

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0303

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0304

Regierungspräsidium Stuttgart

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich so beschlossen.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Kapitel 0305 bis 0307 zusammen aufrufe? – Das ist der Fall.

Ich rufe auf

Kapitel 0305 bis 0307

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich so beschlossen.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Glocke des Präsidenten)

– Herr Abgeordneter, ich bitte um Ruhe, damit die Abstimmungen fehlerfrei durchgeführt werden können.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Sehr gut!)

Ich rufe auf

Kapitel 0308

Zentrum für Kommunikationstechnik und Datenverarbeitung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0310

Feuerschutz, Katastrophenschutz

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Rücknahme von Kürzungen bei der Feuerwehr –, Drucksache 13/2843-1. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich stelle nun Kapitel 0310 in der Fassung der Beschlussempfehlung zur Abstimmung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0311

Ausbildung für den Verwaltungsdienst

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0312

Landratsämter

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0314

Landespolizei

Hierzu rufe ich zunächst den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Gebühren bei der Polizei –, Drucksache 13/2843-4, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Freiwilliger Polizeidienst –, Drucksache 13/2843-2 Ziffer 1, sowie den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Abschaffung des Freiwilligen Polizeidienstes –, Drucksache 13/2843-5, auf. Die Änderungsanträge sind inhaltlich identisch.

Wer diesen beiden Anträgen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0314 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0315

Wasserschutzpolizei

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2843-2 Ziffer 2. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über Kapitel 0315 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0316

Bereitschaftspolizei

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Stärkung der Bereitschaftspolizei –, Drucksache 13/2843-3. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0316 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0317

Akademie der Polizei

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0318

Landeskriminalamt

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0319

Landesamt für Verfassungsschutz

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen ohne Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0320

Logistikzentrum der Polizei

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0321

Fachhochschule Villingen-Schwenningen – Hochschule für Polizei

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0330

Eingliederung

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2843-6. Wer dem Änderungsantrag der

(Stellv. Präsident Birzele)

Fraktion GRÜNE zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Kapitel 0330 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0331

Flüchtlingsaufnahme

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei Gegenstimmen und Enthaltungen mehrheitlich so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende des Einzelplans 03 – Innenministerium – angelangt.

Ich rufe nunmehr **Buchstabe c** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 09: Sozialministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2809

Berichterstatter: Abg. Seltenreich

Herr Berichterstatter, wünschen Sie das Wort?

(Abg. Seltenreich SPD: Nein!)

– Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 09 – Sozialministerium – eine Gesamtrededzeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wem darf ich für die CDU-Fraktion das Wort erteilen? – Herr Abg. Dr. Lasotta, Sie erhalten das Wort.

Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Präsidentin – Sie kommen gerade –, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch für den Sozialetat gilt das vom Innenminister Gesagte: Kein Einzeletat kann von Einsparungen ausgenommen bleiben. Bei den sinkenden Steuereinnahmen, die wir zu verkraften haben, muss jeder Etat seinen Beitrag leisten.

Ich glaube aber wirklich behaupten zu können, dass im Sozialetat unterdurchschnittliche Einsparungen im Vergleich zum Gesamthaushalt verwirklicht wurden. Der Sozialetat ist mit insgesamt 11 Millionen € betroffen. Bei einer Gesamteinsparsumme von 1 Milliarde €, die zu erbringen war, ist das wirklich ein geringer Anteil. Hier wird deutlich, dass wir auf den sozialen Bereich besonderen Wert gelegt haben. Es stimmt eben nicht, dass hier ein sozialer Kahlschlag stattfindet, sondern hier wird sehr verantwortungsvoll mit den bestehenden Strukturen, mit unseren Partnern in Baden-Württemberg umgegangen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Diese besondere Stellung des Sozialstats wird auch daran deutlich, dass wir viele Partner im Sozialwesen haben, mit denen zusammen wir versuchen, das Sozialwesen verantwortungsvoll umzustrukturieren. Wir haben versucht, nicht nach der Rasenmähermethode vorzugehen, sondern insbesondere in den Bereichen, in denen das Land nur einen sehr geringen Anteil an der Gesamtfinanzierung hat, eine entsprechende Kürzung umzusetzen, um deutlich zu machen, dass das Land auch weiterhin mit Programmen seine Partner unterstützt.

Die Diskussionen sind natürlich auch bei den Trägern der freien Wohlfahrtspflege schwierig. Kirchensteuereinnahmen brechen weg. Hier wird selbst versucht, umzusteuern. Sehr hilfreich waren meines Erachtens auch die Worte von Kardinal Karl Lehmann, der sich ja in einer sehr differenzierten Weise zu dem geäußert hat, was zukünftig Sozialpolitik in Deutschland bedeutet. Ich glaube, dass das eine ganz gute Arbeitsgrundlage gewesen ist, um mit allen gesellschaftlichen Gruppen zusammen darüber zu diskutieren, wie wir unseren Sozialstaat weiter umgestalten können und welche Strukturen notwendigerweise geändert werden müssen. Das ist eigentlich auch eine ganz spannende Diskussion, die im Übrigen bei den Partnern vor Ort oft weniger emotional geführt wird als hier im Parlament, wo oft mit Schlagworten wie „sozialer Kahlschlag“ und Sonstigem gearbeitet wird.

Ich glaube, die Bürger und die Partner im Sozialwesen wissen sehr genau, dass hier eben eine Umsteuerung stattfindet, und sie gehen auch sehr verantwortungsvoll mit den Argumenten und mit ihren Beschäftigten um. Ich halte es für ganz wichtig, auf dieser Ebene weiter über den Umbau des Sozialstaats zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Ich möchte insbesondere den Trägern der freien Wohlfahrtspflege hier ausdrücklich den Dank der CDU-Landtagsfraktion dafür aussprechen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

dass sie sich so verantwortungsvoll und vernünftig an der Diskussion beteiligt haben.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Wo liegen, neben der fortgesetzten Partnerschaft mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege, die Schwerpunkte? Zum einen haben wir bereits im letzten Sozialetat einen Schwerpunkt im Bereich der Familienpolitik gesetzt. Das neue Kindergartengesetz gilt ab 1. Januar 2004. Hier können durch die Übertragung der Mittel von 394 Millionen € an die Kommunen die Betreuungsangebote weiter differenziert ausgebaut werden, weil ja die Kinderzahlen insgesamt sinken.

Wir haben die Mittel verstetigt; das ist ein wichtiges Signal für die Kommunen. Die Situation wird im Großen und Ganzen – abgesehen von ein paar Schwierigkeiten – auch ernsthaft aufgegriffen. Aber wir müssen auch deutlich machen, dass das Vertrauen, das wir den Kommunen entgegengebracht haben, indem wir sie auf freiwilliger Basis vor Ort die Aufgaben von denjenigen regeln lassen, die sich am besten auskennen, nicht missbraucht werden darf.

(Dr. Lasotta)

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Abg. Seimetz CDU: Wichtig! Ganz wichtig!)

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Kommunen das selber eigenverantwortlich regeln können. Wir sind nicht der Auffassung, dass wir ein übergeordnetes Betreuungsgesetz, wie es gerade Frau Schmidt in Berlin vorgeschlagen hat,

(Abg. Wieser CDU: Die spinnt!)

brauchen, sondern wir sind der Auffassung, dass die Kommunen vor Ort sehr verantwortungsvoll mit dieser Aufgabe umgehen.

Aber genauso deutlich will ich an dieser Stelle auch machen, dass wir in der Rahmenvereinbarung das Schlechterstellungsverbot, die Subsidiarität und die Trägervielfalt geregelt haben. Das bedeutet eben, auch im Einklang mit dem Sozialgesetzbuch VIII, dass im Zweifel auch einmal eine kommunale Einrichtung vor einer freien Einrichtung oder einer kirchlichen Einrichtung geschlossen werden muss.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Das müssen die Kommunen wissen. Und ich bin froh, dass meine Fraktion

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Unsere Fraktionen! Das war gemeinsam!)

hierzu auch einen entsprechenden Entschließungsantrag eingebracht hat

(Abg. Wieser CDU: In Übereinstimmung mit der FDP/DVP! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das war ein gemeinsamer Antrag!)

und der Fraktionsvorsitzende Günther Oettinger heute Morgen angekündigt hat, dass dann, wenn diese Regelungen nicht umgesetzt werden, eben über das FAG entsprechend gesetzlich nachgeregelt wird.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja! Übereinstimmung mit der FDP/DVP!)

Darüber hinaus haben wir weiterhin zusätzlich 7 Millionen € für Tagesmütter und Kinderkrippen. Auf den Familienbereich wird Kollege Klenk in der zweiten Runde noch detaillierter eingehen.

Wo setzen wir weitere Schwerpunkte im Haushalt, immer unter dem Gesichtspunkt der schwierigen Rahmenbedingungen? Wir stärken das bürgerschaftliche Engagement zum Beispiel im Bereich des freiwilligen sozialen Jahres. Wir haben hier ja im letzten Jahr einen entsprechenden Zuwachs von über 25 % gehabt, und wir tragen dem Rechnung,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das müssen Sie aber auch, wenn Sie hier massiv geworben haben! – Abg. Wieser CDU: Sie können auch nichts ändern, Frau Haußmann!)

indem wir zusätzlich 600 000 € bereitstellen, um dieses freiwillige soziale Jahr, das in Baden-Württemberg ein Erfolgsmodell ist, auch entsprechend zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir glauben aber dennoch, dass das freiwillige soziale Jahr nicht die Ausfälle aufgrund der Kürzungen im Bereich des Zivildienstes wird ersetzen können. Deswegen müssen wir die Diskussion auch weiterführen, die der Sozialminister mit dem Stichwort „soziales Pflichtjahr“ angestoßen hat.

Wir müssen uns auch über differenzierte Modelle Gedanken machen, zum Beispiel über die Frage, ob es eine Möglichkeit für den Bürger gibt, das Pflichtjahr stückweise verteilt über die Lebenszeit abzuleisten, oder ob das bürgerschaftliche Engagement von Leuten in der freiwilligen Feuerwehr oder das ehrenamtliche Engagement einer jungen Mutter in einer Kinderbetreuungseinrichtung auch auf ein soziales Pflichtjahr angerechnet werden könnte. Wir müssen auch Überlegungen zu einem Bonussystem anstellen, das es etwa ermöglicht, jemandem nach einem Engagement beim Warten auf einen Studienplatz die Wartezeit zu verkürzen. Wir sollten die Diskussion hierüber intensiv gemeinsam führen und nicht einfach so tun, als ob es nur Zivildienst oder ein soziales Pflichtjahr gäbe. Ich glaube, dass es zwischendrin ganz viele Möglichkeiten gibt, über die wir diskutieren sollten.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Dies sollten wir im Sinne der Träger und im Sinne unserer sozialen und bürgerschaftlichen Landschaft in Baden-Württemberg tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die CDU-Landtagsfraktion hat die ambulante Altenhilfe und die Nachbarschaftshilfe nochmals zu stärken versucht. Wir haben die ursprünglich vorgeschlagenen Kürzungen halbiert. Jetzt stehen noch 200 000 € in diesem Bereich zur Verfügung. Das soll ein Signal an das Ehrenamt sein. Aber eines ist auch klar: Wir werden langfristig aus diesem Bereich aussteigen,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hört, hört!)

da Baden-Württemberg das einzige Land in der Bundesrepublik ist, das diesen Bereich noch unterstützt. Ansonsten ist das eine Aufgabe der Krankenkassen, die von dort auch eigenverantwortlich wahrgenommen werden müsste.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hört, hört!)

Wir werden im Bereich der Krankenhäuser und der Pflege einen der größten Umbrüche in unserer Gesellschaft erleben. Durch die Einführung der Fallpauschalen, durch den entsprechenden Bettenabbau, der da vonstatten gehen wird, wird sich auch in der Infrastruktur vor Ort vieles ändern. Wir müssen das vom Land her fachlich unterstützen und begleiten, damit Kooperationsmodelle und Vernetzungsmodelle auch in der Fläche eine adäquate und ausreichende Versorgung mit Krankenhäusern sicherstellen. Deswegen unterstützen wir Kooperationen und Verbünde und haben in Übereinstimmung mit den kommunalen Landesverbänden im Kommunalen Investitionsfonds –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die KIF-Mittel!)

(Dr. Lasotta)

das sind die Gelder der Kommunen – lediglich eine Einsparung von 5 % vorgenommen, die auch als Beitrag in die Gesamtfinanzierung eingerechnet ist.

Im Bereich der Pflegeheime haben wir die Mittel bereits im Jahr 2002 auf 60 Millionen € erhöht. Wir werden darüber hinaus in diesem Jahr einen Gesetzentwurf vorlegen, der eine entsprechende Neustrukturierung der Förderung vorsieht, um den Antragstau etwas stärker abzubauen und damit noch einmal einen Schwerpunkt insbesondere im ländlichen Raum und in der Versorgung von Demenzkranken zu setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser
CDU: Guter Mann!)

Wir haben jetzt noch die Arbeitsrichterstellen im Sozialetat. Wir haben 15 zusätzliche Stellen geschaffen. Sie wissen ja: Im Rahmen der Umstrukturierung werden sie dann in den Justizetat übertragen. Ich bin froh darüber, dass wir hier einen Konsens gefunden haben, um die Arbeitnehmer und den Mittelstand zu stärken und die Arbeitsüberlastung der Arbeitsgerichte etwas abzubauen.

Eine schmerzhaft Einsparung – das möchte ich wirklich so bezeichnen – waren die 500 000 € im Bereich der Suchthilfe. Diese Einsparung ist uns Sozialpolitikern wirklich nicht leicht gefallen. Wir mussten aber auch in unserem Bereich Einsparungen erbringen. Ich glaube, dass wir auch hier, wie in vielen anderen Bereichen – wir haben das ja im vergangenen Jahr im Bereich der Psychiatrie erlebt –, zum Teil einen Umbau brauchen. Wir brauchen mehr Vernetzung. Wir brauchen ein Stück weit auch eine neue Wertigkeit in der Arbeit der Suchthilfe.

Wir haben ja einen sehr großen Schwerpunkt im Bereich der illegalen Drogen. Über die legalen Drogen wird weniger geredet. Wir haben da sicherlich auch einen Nachholbedarf. Wir brauchen stärkere Kooperation. Nicht jede Einrichtung und nicht jeder Träger muss jedes Angebot vorhalten. Ich glaube nicht, dass unser Land von Doppel- oder Vielfachstrukturen überzogen ist, aber ich meine, dass wir hier einen moderaten Umbau brauchen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wir stehen hierzu auch in Kontakt mit den Trägern. Das Sozialministerium legt sehr viel Wert auf eine Qualitätsdokumentation. Ich glaube, dass das der entscheidende Schritt ist, indem wir über die Vernetzung und die Kooperation hinaus auch deutlich machen werden, wie gut die Arbeit der Suchthilfen vor Ort ist, um dann die entsprechende Förderung auch in Baden-Württemberg zu vereinheitlichen. Diese Diskussion werden wir in diesem Jahr weiterführen müssen. Ich glaube, dass die Träger dazu auch bereit sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Schlüssel auch für die Sozialpolitik liegt im Bereich des Arbeitsmarkts. Ohne die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und ohne einen Abbau der Arbeitslosigkeit lösen wir nicht die Probleme unseres Landes. Ich will jetzt nicht irgendwelche Vorwürfe nach Berlin erheben. Denn wenn ich einfordere, dass man nicht alles kritisieren darf, wenn man aufgrund der

Steuereinnahmen Einsparungen vornehmen muss, will ich mich auch nicht in einer Hasstirade gegenüber Berlin ergehen.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Mir ist es aber wichtig, dass wir uns in Baden-Württemberg schon überlegen, wie wir Arbeitsmarktpolitik aktiv gestalten. Deswegen bietet, glaube ich, der jetzige Umbau auf dem Arbeitsmarkt – auch der der Bundesagentur für Arbeit – die Chance, zu fragen: Warum übernehmen wir nicht mehr Verantwortung in den Ländern, in den Regionen, in den Landkreisen, warum bemühen wir uns nicht um eine stärkere Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, um dann aktiv vor Ort unsere Verantwortung mit den Kommunen wahrzunehmen? Ich glaube, dass dies ein Schlüsselthema für Baden-Württemberg sein wird. Wir müssen eigentlich alle daran interessiert sein, hier aktiv mitzugestalten und zu versuchen, das Beste für Baden-Württemberg zu erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Denn die Verhältnisse bei uns sind eben anders als die in Mecklenburg-Vorpommern.

Deswegen will ich jetzt auch gar nicht auf die Oppositionsanträge eingehen, weil sie eben zum Teil Maßnahmen aufgreifen, bei denen gespart werden musste. Das ist ja verständlich; vieles ist auch berechtigt. Aufgrund der gesamten Haushaltssituation können wir diesen Anträgen aber nicht zustimmen.

Ich wehre mich noch einmal gegen das, was Herr Drexler heute Vormittag gesagt hat. Es gibt keinen sozialen Kahl Schlag in Baden-Württemberg. Wir werden die gute soziale Sicherung erhalten. Wir werden mit unseren Partnern weiter am Umbau des Sozialwesens arbeiten, und wir werden die Schwerpunkte weiterhin in den Bereichen Familie und bürgerschaftliches Engagement setzen. Damit haben wir auch eine gute soziale Zukunft in Baden-Württemberg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/
DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Haußmann.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die „Eßlinger Zeitung“ schreibt am 17. Januar 2004:

Teufel wirbt für das Ehrenamt. Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) hat beim Neujahrsempfang der Landesregierung für mehr ehrenamtliches Engagement und Bürgerschaftlichkeit geworben. . . .

(Beifall des Abg. Döpper CDU – Abg. Wieser
CDU: Da freut er sich, wenn Sie das sagen!)

„Das Klima wird rauer und kälter, dem müssen wir entgegenwirken“, sagte der CDU-Politiker.

(Zuruf des Abg. Döpper CDU)

Die „seelische Temperatur“ müsse stimmen.

(Ursula Haufmann)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, verlassen wir die Märchenwelt des CDU-Ministerpräsidenten und wenden uns der Realität des Sozialhaushalts in Baden-Württemberg zu.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch
GRÜNE)

Mit diesem Haushalt dokumentiert die Landesregierung nämlich erneut,

(Abg. Döpper CDU: Plauderstunde mit Ulla! –
Weitere Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Reichardt:
Denk ich an Schröder in der Nacht, bin ich um den
Schlaf gebracht!)

dass sie ihrer Verantwortung für die soziale Infrastruktur in diesem Land und für das Ehrenamt überhaupt nicht gerecht wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Die Mittelkürzungen im Sozialbereich gefährden unverzichtbare Beratungsangebote für hilfsbedürftige Menschen, zum Beispiel bei unseren Bahnhofsmissionen. Statt ehrenamtliches Engagement zu fördern, wird dieses Engagement durch Mittelkürzungen infrage gestellt, zum Beispiel bei den Nachbarschaftshilfen für Pflegebedürftige. Unter allen Experten besteht Einigkeit darüber – Herr Dr. Lasotta, wahrscheinlich erhalten wir völlig andere Briefe als Sie –,

(Abg. Wieser CDU: Ja, mit Sicherheit! – Abg.
Reichardt CDU: Austrittsbriefe! – Zuruf des Abg.
Dr. Lasotta CDU)

dass angesichts des demographischen Wandels und einer steigenden Zahl von hilfs- und pflegebedürftigen Menschen Angebote im Vor- und Umfeld der Pflege verbessert und nachbarschaftliche Netzwerke sowie bürgerschaftliches Engagement gefördert werden müssen und der ambulante Sektor ausgebaut werden muss.

Was tut die CDU-FDP/DVP-Landesregierung stattdessen? Da werden im Haushalt 2004 die ohnehin sehr bescheidenen Haushaltsansätze im Sozialbereich noch mehr gekürzt – so bei der Förderung von Sonderpflegediensten, bei den mobilen sozialen Diensten sowie bei der Fort- und Weiterbildung in der Altenpflege.

Diese Mittelkürzungen sind sozialpolitisch falsch und äußerst kurzsichtig. Obwohl es sich um vergleichsweise geringe Beträge handelt – Herr Lasotta, Sie haben es gesagt –, ist es einfach eine Tatsache, dass die Wirkung dieser Kürzungen fatal ist, weil es dadurch landesweit wirklich an die Substanz von erfolgreich arbeitenden Hilfs- und Beratungsangeboten geht und diese, auch wenn es noch so geringe Beträge sind, in ihrer Substanz gefährdet sind. Es ist gerade die traurige Wahrheit, dass es zwar oft ganz kleine Beträge sind – 1 000 €, 2 000 € oder 5 000 € –, es aber vor Ort wirklich um das Überleben geht. Das ist eine ganz katastrophale Auswirkung auf die soziale Infrastruktur, die Sie hier herbeiführen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch
GRÜNE)

Das zeigt uns leider auch die Erfahrung der letzten Jahre. Bereits in der Vergangenheit wurde im Sozialhaushalt stän-

dig gekürzt, und zwar mit geradezu verheerenden Auswirkungen auf die Hilfs- und Beratungsangebote im Land. Schätzungen der Liga der freien Wohlfahrtspflege zufolge sind in Baden-Württemberg von den im Jahr 2003 vorgenommenen Haushaltskürzungen rund 800 Stellen in verschiedenen Hilfs- und Beratungsdiensten für sozial Schwache betroffen gewesen. 800 Stellen! In Sonntagsreden und auf Neujahrsempfängen lobt diese Landesregierung das ehrenamtliche Engagement und die Arbeit der Wohlfahrtsverbände. Diesen Worten folgen allerdings keine Taten. Seit Jahren sehen sich die Verbände ständig von existenzgefährdenden Kürzungen bedroht. Der Vorsitzende der Liga der freien Wohlfahrtspflege, Monsignore Bernhard Appel, hat die Auswirkungen der im Haushalt 2004 vorgesehenen Kürzungen wie folgt beschrieben – ich zitiere aus der Ligapressemitteilung vom 11. November 2003 –:

Durch Kürzungen stehen neben wichtigen Diensten auch die in vielen Jahren aufgebauten und bewährten Strukturen des Ehrenamts sowie der Vernetzung infrage.

Dazu nur ein paar Beispiele. Selbst die Minibeträge, mit denen das Land Selbsthilfegruppen im Gesundheitswesen fördert, bleiben von Kürzungen nicht verschont.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wo?)

Die Vereinigung zur ehrenamtlichen Betreuung psychisch Kranker erhält 14 000 € weniger. Dasselbe gilt für die Selbsthilfegruppen chronisch Kranker. Die „Arbeitskreise Leben“ – diese begleiten selbstmordgefährdete Menschen überwiegend ehrenamtlich – erhalten rund 17 000 € weniger. Die Landesregierung kürzt ständig bei der Förderung der sozialen Infrastruktur, selbst, wie eben gezeigt, bei Bagatellbeträgen. Zeitgleich werden durch die Landesstiftung ständig neue, allerdings nur zeitlich befristete Projekte angestoßen. Die Pflicht wird vernachlässigt, die Kür wird jedoch ausgebaut. Nirgendwo wird die Fehlkonstruktion der Finanzierung über die Landesstiftung so sichtbar wie im Sozialbereich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch
GRÜNE)

Mit diesem Haushalt setzt die Landesregierung ihre seit Jahren betriebene verfehlte Sozialpolitik fort. Fakt ist: Mit jedem Haushalt wird ein weiterer Baustein aus der Landesförderung der sozialen Infrastruktur herausgebrochen. Diesmal sind die Förderung der Bahnhofsmissionen und die Förderung der Nachbarschaftshilfen und der mobilen sozialen Dienste betroffen. Die Kürzungen in diesem Haushalt bedeuten das Aus für die Bahnhofsmissionen in unserem Land.

(Abg. Reichardt CDU: Ach was! Das stimmt doch nicht!)

Kollege Rüeck von der CDU hat es erlebt. In seinem Wahlkreis hat die Bahnhofsmission aufgegeben, weil keine Gelder mehr zur Verfügung stehen. Ich will einfach für Sie noch einmal wiederholen, was die Bahnhofsmissionen leisten.

(Abg. Reichardt CDU: Für Sie wird immer eine warme Suppe drin sein!)

(Ursula Haußmann)

In den 15 Bahnhofsmmissionen arbeiten 41 hauptamtliche und 207 ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Sie betreuen jährlich rund 350 000 hilfsbedürftige Menschen.

(Abg. Reichardt CDU: Ich kenne die Bahnhofsmmissionen! Da bin ich dreimal im Jahr! – Abg. Wieser CDU: Er übernachtet dort!)

Für diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, lieber Kollege, ist die Kürzung ein Schlag ins Gesicht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Reichardt CDU: Ach was! Das scheitert doch nicht an den 3 % Kürzung!)

Allein bei den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden im württembergischen Landesteil arbeiten zurzeit rund 500 Nachbarschaftshilfen mit zusammen 7 400 Nachbarschaftshelferinnen. Für diese helfenden Hände werden nun die Fördermittel halbiert, und es ist absehbar, dass sie im nächsten Jahr ganz gestrichen werden.

Der nächste Kandidat auf der Streichliste der Landesregierung ist die Suchtkrankenhilfe. Da hat ein CDU-Abgeordneter aus dem Badischen die Mär in die Welt gesetzt, es gebe Doppelstrukturen, und man könne hier unbeschadet kürzen.

(Abg. Capezzuto SPD: Name? – Abg. Wieser CDU: Ross und Reiter nennen!)

Der Sozialminister hat im Finanzausschuss diese Doppelstrukturen Gott sei Dank nicht bestätigt. Trotzdem kürzt die Landesregierung hier um 500 000 €. Das bedeutet ganz konkret Personalabbau. Die Liga der freien Wohlfahrtspflege schätzt, dass es zu einem Abbau von 30 bis 50 Personalstellen und damit zu erheblich weniger Hilfsangeboten für Suchtkranke kommen wird, und das bei steigenden Fallzahlen in diesem Bereich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Angesichts der Erfahrungen der vergangenen Jahre ist leider zu befürchten, dass es auch in den nächsten Jahren zu weiteren Kürzungen bei der Suchtkrankenhilfe kommen wird. Denn immer dann, wenn die Landesregierung im Sozialbereich kürzt – natürlich immer mit dem Versprechen, dass dies nur eine einmalige Maßnahme sei; das kennen wir ja –, stehen die betroffenen Förderprogramme garantiert auch in der nächsten Haushaltsrunde auf der Streichliste.

Auch in der Landesarbeitsmarktpolitik wird der schrittweise Tod der Förderprogramme weiter betrieben, weiter fortgesetzt. In diesem Jahr standen für die Landesarbeitsmarktpolitik nur noch 2,5 Millionen € zur Verfügung, und im nächsten Jahr sollen es gerade einmal 800 000 € sein.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Angetreten ist die Koalition – ich will Sie immer wieder daran erinnern – im Jahr 2001 mit dem Versprechen – so sind Sie angetreten; so steht es auch wörtlich im Koalitionsvertrag –, die flankierenden Maßnahmen zur Integration ju-

gendlicher Arbeitsloser mit Ausbildungsdefiziten oder sozialen Problemen sowie Langzeitarbeitsloser und Schwerbehinderter in den ersten Arbeitsmarkt fortzusetzen. Das ist reine Koalitionslyrik, meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP. Damals beliefen sich die Haushaltsansätze auf über 17 Millionen €. Tatsächlich ausbezahlt wurden jedoch nur 12,6 Millionen €. Und heute, nur drei Jahre später, ist selbst davon nur ein kümmerlicher Rest von gerade einmal 800 000 € übrig geblieben.

(Abg. Capezzuto SPD: Jesses! – Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Das sind die Zahlen. Auf einmal ist es ganz ruhig auf der Regierungsbank und bei den Regierungsfractionen.

(Abg. Capezzuto SPD: Es ist ja niemand da! – Abg. Wieser CDU: Weil wir Ihnen zuhören, Frau Haußmann! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Sie waren bei mir auch so schön ruhig! Darum sind wir jetzt auch ruhig! – Weitere Zurufe von der CDU)

Die SPD hat sich bei den Haushaltsplanberatungen dafür eingesetzt, dass die sozialpolitisch falschen Mittelkürzungen im Sozialhaushalt wieder zurückgenommen werden. Die Partner des Landes in der Sozialpolitik – die Wohlfahrtsverbände, die Selbsthilfegruppen, die zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer – brauchen endlich Planungssicherheit und eine mittelfristig verlässliche Landesförderung von Hilfs- und Beratungsangeboten. Zwingend erforderlich sind mehr Verlässlichkeit und Stetigkeit statt des Verteilens von zeitlich befristeten Projektrostpflastern durch die Landesstiftung. Die SPD wird deshalb nachher in der Abstimmung beantragen, die gravierenden Kürzungen bei den Bahnhofsmmissionen, bei den Nachbarschaftshilfen, bei den mobilen sozialen Diensten und bei der Suchtkrankenhilfe wieder rückgängig zu machen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Die Abgeordneten der Regierungsfractionen erhalten damit eine weitere Gelegenheit

(Abg. Wieser CDU: Und Deckungsvorschläge machen Sie auch, Frau Haußmann?)

– die haben wir bei den Beratungen im Finanzausschuss gemacht, Herr Vorsitzender Wieser –,

(Abg. Zimmermann CDU: Rothaus! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Die haben Sie schon achtmal verkauft! – Abg. Wieser CDU: Das ist doch eine Kuh, die Milch gibt!)

die verfehlte Sozialpolitik ihrer Regierung hier im Parlament zu korrigieren.

Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Wieser CDU: Sie verkaufen die Kuh, die Milch gibt!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich würde Ihnen jeder Sozialpolitiker heute gerne, wie es gerade die Kollegin Haußmann getan hat, einen Wunschzettel vorlegen und gleichzeitig die Finanzierung mitliefern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Das können wir von den Regierungsfractionen leider nicht.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich möchte aber auf eines verweisen, was eingangs schon einmal gesagt worden ist. Ich möchte, mit Erlaubnis der Präsidentin, Ihren Kollegen Seltenreich als Berichterstatter zitieren. Er hat im Finanzausschuss das Wesentliche gesagt. Im Bericht über die Beratungen des Finanzausschusses wird er so wiedergegeben:

Das Sozialministerium verfüge über keine wesentlichen Förderbereiche mehr, deren Streichung politisch vertretbar erscheine. Dies sei in der Haushaltsstrukturkommission bei den Verhandlungen über das Einsparpaket in Höhe von 800 Millionen € berücksichtigt worden. Das Sozialministerium habe deshalb nur ein Siebtel des rechnerischen Sparbeitrags – 11 Millionen € statt 76,52 Millionen € – zu erbringen.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Wer also hier von sozialem Kahlschlag und von Rasenmähermethode redet, der redet wider besseres Wissen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Ich glaube, wir – die Faktion der CDU und die Faktion der FDP/DVP – haben es geschafft, im Sozialhaushalt den Kahlschlag zu vermeiden.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wir mussten selbstverständlich auch – das ist bei allen Etats so – an der einen oder anderen Stelle Einschnitte vornehmen.

Da darf ich Ihnen sagen, Frau Kollegin Haußmann: Sie haben teilweise aus Stellungnahmen zitiert, die noch aus der Zeit vor der Einbringung und vor der Verabschiedung des Haushalts stammen. Beispiel: mobile soziale Dienste. Das ist ja inzwischen von den beiden Regierungsfractionen geändert worden.

Wir haben in diesem Haushalt also nicht nach dem Rasenmäherprinzip, sondern wirklich nach dem ersten Prinzip gearbeitet: Wo ist das Land originär für Strukturen zuständig, wo sind andere Kostenträger zuständig? Zuständig sind zum Beispiel in den Bereichen Altenhilfe und Sonderpflagedienste im Grunde genommen die Pflegeversicherung und die gesetzliche Krankenversicherung, nicht das Land.

Trotzdem: Ordnungspolitik ist das eine, die reale Situation der Trägerlandschaft vor Ort ist das andere. Deswegen ha-

ben wir gemeinsam – da bedanke ich mich für das gute Zusammenarbeiten – zum Teil die Kürzungen bei den mobilen sozialen Diensten in der Altenhilfe zurückgenommen.

Wir haben bei den Sonderpflagediensten für Schwerstkranke und in der Kinderkrankenbetreuung die Kürzungen, um eben Strukturen nicht zu gefährden, teilweise zurückgenommen, damit die Finanzierung gesichert ist, bis die Strukturen von den eigentlich zuständigen Kostenträgern finanziert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Die Tatsache, dass wir in diesem Fall eben nicht mehr die Sparaktionen der vergangenen Haushaltsjahre machen wollten, bei denen wir Kleinstbeträge eingesammelt haben, wobei wir in der Tat mit 10 000 € mehr oder weniger Strukturen gefährdet haben, hat uns dazu geführt, an die rein quantitativ größeren Brocken im Haushalt heranzugehen.

(Abg. Drexler SPD: Krebshilfe!)

Auch das ist uns nicht leicht gefallen. Aber noch vor Einbringung des Haushalts war es der FDP/DVP-Landtagsfraktion wirklich wichtig, die Jugendsozialarbeit an Schulen weiterhin auf dem gegenwärtigen Stand halten zu können.

(Abg. Drexler SPD: Das ist aber reduziert worden! – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Das war 2002!)

– In diesem Bereich ist der Stand von 2003 gehalten worden. Alle werden weiterhin gefördert. Das hat auf der anderen Seite dazu geführt, dass wir uns entschließen mussten, im Investitionsbereich den Krankenhäusern eine Kürzung um 5 % zuzumuten. Aber – den Insidern sage ich damit nichts Neues – das Hauptproblem der Krankenhäuser liegt im Moment nicht im investiven Bereich, sondern bei den Betriebskosten und vor allem im Personalbereich. Dazu brauche ich gar nicht breit auszuführen, dass das an den Rahmenbedingungen liegt. Die Budgetschere geht aufgrund der bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen immer weiter auf. Das sind die eigentlichen Probleme und nicht die Investitionen in den Krankenhäusern.

Wir konnten in einigen Bereichen auch etwas drauflegen – das ist teilweise schon gesagt worden –, zum Beispiel bei den Tagesmüttern: ein klassisch ehrenamtlich geführter Landesverband, dessen Aufgaben zunehmen, weil die Tagespflege künftig aufgrund unserer Initiative eine größere Bedeutung in der Betreuungssituation haben wird. Deswegen wurde auch dort etwas zugelegt.

Wir haben bei der Arbeitsgerichtsbarkeit – noch im Sozialbereich; ich will das jetzt nicht vertiefen, weil das später in den Justizbereich übergeht – immerhin 15 zusätzliche Richterstellen plus Unterstützungsstellen geschaffen. Das finde ich sehr, sehr wichtig, und zwar sowohl für die Betriebe als auch für die Menschen hier im Land, die ihr Recht bei diesen Gerichten suchen. Insbesondere dort, wo es um die finanzielle Existenz geht, gilt: Nur schnelles Recht ist gutes Recht. Deshalb sind wir auch in dieser Hinsicht sehr froh.

Bei den privaten Schulen für Sozialberufe konnten wir zusätzlich etwas tun. Ich bin den Kollegen aus der CDU-Frak-

(Dr. Noll)

tion auch dafür sehr dankbar, dass wir es geschafft haben, im Bereich des freiwilligen sozialen Jahres 600 000 € zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Das möchte ich etwas stärker herausstellen; denn wir alle haben diesbezüglich Briefe bekommen, in denen uns nachgewiesen worden ist, dass der ursprünglich vorgesehene Betrag bei den Trägern schon für all diejenigen, die angemeldet sind oder die schon da sind und dieses freiwillige soziale Jahr leisten wollen, nicht gereicht hätte. Da war jedenfalls für uns in der FDP/DVP klar: Bevor man, lieber, verehrter Herr Minister Repnik, über ein soziales Pflichtjahr diskutiert, muss man zunächst im Landeshaushalt dafür sorgen, dass man denen, die sich freiwillig engagieren wollen, einen entsprechenden Platz anbieten kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

Kollege Lasotta hat gesagt, dass man dieses Thema nicht aus dem Bauch heraus diskutieren darf, so etwa nach dem Motto: „Es hat noch keinem schlecht getan, wenn er ein Pflichtjahr gemacht hat.“ Man muss sich wirklich die Fakten anschauen: Es gibt rechtliche Bedenken, auch im europäischen Kontext. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat schon darauf hingewiesen.

Aber es ist auch zu fragen: Wollen wir tatsächlich auf diesen billigen Ersatz setzen und uns als Gesellschaft mittels eines Pflichtjahres darum drücken, die notwendigen Leistungen zu erbringen? Übrigens würden auch zusätzliche Arbeitsplätze im sozialen Dienstleistungsbereich entstehen. Im Übrigen sind die Kosten, mit denen man für die Verwaltung eines solchen Pflichtjahres rechnen muss, möglicherweise höher als das, was wir einsparen. Das geht bis hin zu der Frage: Wollen wir unseren jungen Menschen, insbesondere unseren jungen Frauen, diese zusätzliche zeitliche Lücke in ihrer Berufs- und Lebensplanung zumuten?

Ich fühle mich da sehr im Einklang mit vielen Sozialverbänden, natürlich auch mit den Vertretungen der Frauen, etwa mit dem Landesfrauenrat, die sich massiv gegen ein solches Pflichtjahr, das gleichermaßen für Frauen und Männer gelten würde, wenden. Aber darüber werden wir weiter diskutieren. Das ist überhaupt keine Frage.

Nächstes Thema: Kinderbetreuung.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Das Thema Kinderbetreuung steht heute haushaltsrechtlich eigentlich nicht zur Debatte. Ich meine, wir können doch alle froh sein, dass wir beim neuen Kindergartengesetz die Deckelung von knapp 400 Millionen € eingeführt haben. Sie ist auch eine Garantie dafür, dass das eben nicht zur Haushaltsdisposition steht, sondern dass diese Gelder bei zurückgehender Kinderzahl tatsächlich garantiert der Kinderbetreuung in den Kommunen zugute kommen.

Nun wird Sie der Entschließungsantrag nicht überraschen, der von beiden Regierungsfractionen eingebracht worden ist. Er geht auf viele, viele Briefe zurück, die gerade auch ich als einer der Miturheber des Kindergartengesetzes erhalten habe. Die gleichen Briefe hat übrigens, wie ich weiß, auch Kollege Haas erhalten, dem ich – er ist krank – von hier aus gute Besserung wünsche. Deswegen haben wir diesen Entschließungsantrag eingebracht. Das ist für die Öff-

entlichkeit auch ein Stück weit – ich sage es einmal so – ein Warnschuss.

Wir haben den Kommunen, indem wir ihnen in der Hoffnung, dass sie sich tatsächlich an die Empfehlungen der Rahmenvereinbarung halten – insbesondere was den Grundsatz der Subsidiarität angeht, dass also freie Träger und kirchliche Träger Vorrang haben sollen, und was den Bereich Wunsch- und Wahlrecht der Eltern für ihre Kinder und eine Pluralität der Angebote betrifft, die dieses Wunsch- und Wahlrecht überhaupt erst möglich macht und die wir gewährleisten wissen wollen –, zusammen mit Geld auch Kompetenzen übertragen und damit in der Tat einen großen Vertrauensvorschuss gegeben.

Nun weiß ich, dass es in vielen Fällen im Land ganz ordentlich läuft. Aber man bekommt ja meistens die Problemfälle mit. Das sind – das sage ich jetzt einmal so – für meinen Geschmack leider keine Einzelfälle mehr. Deswegen stehe ich voll zu dem, was wir im Entschließungsantrag gesagt haben: Wir wollen zeitnah – im April – berichtet haben, wie die Erfahrungen aussehen. Sollte es insbesondere bei den gemeindegrenzenübergreifenden Einrichtungen die Probleme geben, die uns geschildert worden sind, übrigens auch in Betriebskindergärten, beispielsweise in Stuttgart – vielleicht hat es der eine oder andere gelesen –, so läuft das gegen unsere Intention. Warum haben wir denn in die Rahmenvereinbarungen den Passus aufgenommen, dass der Landkreis für die Kostenerstattung zuständig sein soll? Er soll doch nicht für die Kostenerstattung null zuständig sein, nur damit er, wenn man ihm schreibt, zurückschreiben kann: Ihr kriegt nix. Dafür haben wir das nicht mit aufgenommen.

Deswegen sagen wir auch in unserem gemeinsamen Entschließungsantrag: Wenn sich zeigen sollte, dass die Kommunen nicht im Sinne des Gesetzes handeln, gibt es trotz aller angestrebten Schlankheit des Gesetzes möglicherweise weiteren gesetzlichen Regelungsbedarf.

Insbesondere will ich noch einmal auf das Thema „Kosten der Kinderbetreuung“ eingehen. Da gilt für mich nach wie vor der alte Satz: Wir können vieles machen, aber wir dürfen es nicht auf Pump machen. Denn auf Schuldenbergen können Kinder nicht spielen. Deshalb: Wer über eine bessere Betreuungssituation in unserem Land nachdenkt, der muss sicherlich auch – und ich nenne das noch einmal – in der Haushaltsstrukturkommission über das Landeserziehungsgeld reden. Natürlich fragt mich der eine oder die andere: Das ist doch klassische Subjektförderung; wollt ihr als Liberale da ein Stück weit weg von dem Landeserziehungsgeld? Man muss einfach einmal aus ordnungspolitischer Sicht sagen: Ministerpräsident Teufel hat heute früh gesagt: Spätestens 2006 werden CDU und FDP die große Steuerreform durchsetzen. Dann wird im Steuer- und Transfersystem durch einen erhöhten Freibetrag – –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das machen wir viel früher!)

– Bitte?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das machen wir viel früher!)

(Dr. Noll)

– Das machen wir vielleicht auch früher. Vielleicht machen ja alle mit. – Vielleicht wird dann die Subjektförderung als klassische Aufgabe der Rahmengesetzgebung für das Steuer- und Transfersystem durch hohe Freibeträge entsprechend angepasst und das Kindergeld durchaus zufriedenstellend zu erledigen sein.

Wofür sind Land und Kommunen zuständig? Das ist das Thema Betreuung. Deswegen glaube ich, dass wir – weil das ja mit einer Verzögerung von zwei Jahren geschieht; spätestens am Ende des ersten Lebensjahrs kann man die Bewilligung haben, und erst im dritten Lebensjahr greift dann der Förderzuschuss – im kommenden Jahr, wenn Bewilligungen für in zwei Jahren ausgesprochen werden, in der Tat diesen Vorschlag, der auch von unserer Partei auf dem Dreikönigstreffen beschlossen worden ist, noch einmal diskutieren müssen, auch unter der Prämisse, dass das Steuer- und Transfersystem auf Bundesebene entsprechend geregelt wird. Dann können wir vielleicht sagen: Jawohl, jetzt kann sich das Land aus dieser Subjektförderung zurückziehen. Dann können wir versuchen, das Geld, das frei wird, zum Teil zugunsten einer noch besseren Betreuung für unsere Kinder hier im Land umzuschichten.

Letzte Bemerkung – es sollten ja auch Perspektiven angesprochen werden –: Dasselbe gilt für den Bereich der Pflegeheimförderung und den Bereich der Altenhilfe. Uns wird demnächst ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der den Zustand, dass die bisherige Form der Pflegeheiminvestitionsförderung eigentlich eher ein Investitionshemmnis geworden ist, zum Teil verändern soll. Aber meiner Meinung nach kann das auch wieder nur eine kleine Korrektur sein.

Ich möchte aus einem Schreiben der Evangelischen Heimstiftung zitieren.

(Zuruf von der SPD: Ausgerechnet!)

Sie sagt zu diesem Thema:

Unsozial ist derjenige, der in Zeiten, in denen die Mittel knapp sind, nicht darauf achtet, dass diese Mittel zielgenau nur den wirklich Bedürftigen zugute kommen.

Deswegen kündige ich an, dass wir auch dieses Thema erneut auf die Agenda setzen werden. Denn nur, wenn wir in struktureller Hinsicht Entlastungen in den Bereichen Krankenhausfinanzierung, Altenhilfeinvestitionen und Landeserziehungsgeld hinbekommen, können wir genau diese Infrastruktur in unserem Land dauerhaft und nachhaltig erhalten, die Sie, Kollegin Haußmann, geschildert haben.

Damit möchte ich schließen. Ich danke allen Menschen – wenn wir auch immer von Strukturen reden, so sind es doch Menschen –, die sich in unserem Land für unsere Mitmenschen einsetzen, sei es beruflich, ehrenamtlich oder privat. All denen sage ich herzlichen Dank. Wir werden diese sozialen Infrastrukturen auch für die Zukunft garantieren können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut geredet!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sozialpolitik ist zum zentralen Thema geworden, das die Bürgerinnen und Bürger interessiert. Fast hätte ich gesagt: mit Ausnahme der Mitglieder der Grünen-Landtagsfraktion. Aber das hat sich ja jetzt geändert.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Zwei sind da!)

– Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Da sitzt auch noch einer! – Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Die Herausforderung in der Sozialpolitik besteht darin, dass man die sozialen Sicherungssysteme so reformiert, dass sie zukunftsfähig sind und für die uns nachfolgenden Generationen auch weiterhin ein hohes Maß an sozialer Sicherheit bieten. Dazu gehört natürlich auch eine nachhaltige Finanzpolitik. Dazu gehört eine Haushaltspolitik, die nicht nur auf Neuverschuldung setzt, sondern auch das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts nicht aus dem Auge verliert.

(Beifall bei den Grünen)

Dabei stehen natürlich alle Bereiche auf dem Prüfstand. Daher ist es selbstverständlich, dass auch der Sozialbereich nicht an der Einspardiskussion vorbeikommt. Das ist auch legitim.

Nicht legitim sind die Schwerpunkte, die Sie bei Ihren Einsparungen im Sozialhaushalt gesetzt haben. Sie kürzen auf Kosten der Kommunen. Sie kürzen auf Kosten der niedrigschwelligen Dienste, der Gefährdetenhilfen, der Nachbarschaftshilfen und der Bahnhofsmmissionen, die mit sehr viel ehrenamtlichem Engagement arbeiten. Wenn das auch nur kleine Beträge sind, ist das trotzdem keine intelligente Art des Sparens, weil sie nicht zukunftsgerichtet, sondern planlos und unglauwürdig ist.

(Beifall bei den Grünen)

Ich möchte Ihnen das gerne erläutern. Man kann doch nur von Planlosigkeit reden, wenn man sich die Diskussion um die Kürzungen beim freiwilligen sozialen Jahr anschaut. Erst machen Sie eine Imagekampagne, um die Attraktivität des freiwilligen sozialen Jahrs zu steigern. Dann hat diese Imagekampagne auch noch Erfolg,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oh Schreck!)

und 25 % mehr Jugendliche wollen dieses freiwillige soziale Jahr machen, und dann wollen Sie die notwendigen 660 000 € nicht in den Haushalt einstellen. Erst das Machtwort des Ministerpräsidenten Teufel hat dafür gesorgt, dass Sie noch einen Antrag mit 600 000 € nachgereicht haben.

(Abg. Drexler SPD: Ui! Mein lieber Scholli! – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Da kann man lange nach einem durchdachten Konzept suchen. In einer Zeit, in der über die Abschaffung von Wehrdienst und Zivildienst diskutiert wird, kann man das Thema nicht einfach vergessen. Gerade wegen der Diskussion um die Abschaffung von Zivildienst und Wehrdienst

(Zuruf von der CDU)

brauchen wir mehr Leute, die ein freiwilliges soziales Jahr machen. Auch in dieser Diskussion hat sich Sozialminister

(Brigitte Lösch)

Repnik mit seiner vorzeitigen Positionierung für ein Pflichtjahr nicht gerade als wegweisend erwiesen.

(Abg. Zimmermann CDU: Klare Aussage! – Abg. Reichardt CDU: Bestens positioniert!)

– Nein.

Ein zweites Beispiel für Konzept- und Planlosigkeit möchte ich Ihnen auch gern nennen. Das ist das neue Kindergarten-gesetz. Es ist genau 28 Tage in Kraft.

(Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

Dazu möchte ich gerne Herrn Ministerpräsident Teufel mit einem Ausspruch von heute Morgen zitieren: „Meister, die Schuhe sind fertig. Sollen wir gleich mit dem Flicken be-ginnen?“

Dasselbe kann man auch beim Kindergartengesetz sagen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Es ist noch gar nicht lange her, dass wir dieses Thema dis-kutiert haben. Sie haben mich hier als „Schlechtrednerin“, als Lügnerin und als jemanden, der zu den Kommunen kein Vertrauen hat, bezeichnet, weil wir den Finger genau in die Wunden des neuen Gesetzes gelegt haben.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Zimmermann: So viel Aufmerksamkeit haben wir Ihnen nicht ge-schenkt!)

Es ist ein Gesetz, das mit einer Rahmenvereinbarung arbei-tet, die keine Rechtsverbindlichkeit hat,

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

und das tatsächlich Nachteile für Einrichtungen mit beson-derem pädagogischem Konzept oder mit gemeindeübergrei-fendem Einzugsgebiet hat. Das sind Waldkindergärten, Waldorfkinder-gärten und Betriebskindergärten.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: So ist es!)

Sie haben jetzt schnell noch einen Entschließungsantrag nachgereicht, wonach bis zum April 2004 aufgelistet wer-den soll, wo es Schwierigkeiten gibt. Wir fordern die Lan-desregierung auf, das Gesetz nachzubessern, bevor wir das Ende der ersten freien Kindergärten mit besonderem päd-a-gogischem Konzept beklagen müssen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

Ebenfalls nicht zukunftsweisend sind die Kürzungen bei der Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Ju-gend – Arbeit – Zukunft“. Sie kürzen die Mittel für Integra-tionsprojekte für junge Menschen ausländischer Herkunft oder aus Spätaussiedlerfamilien, also genau dort, wo wir ei-gentlich eine deutliche Verstärkung der Integrationsangebo-te brauchen würden. Integration kann nämlich nicht nur von Migranten gefordert werden, sondern es müssen auch die notwendigen Angebote gefördert werden. Deshalb sind die-se Kürzungen entschieden abzulehnen.

(Beifall des Abg. Braun SPD)

Die sozialen Herausforderungen der Zukunft sind natürlich nicht allein über öffentliche Sozialleistungen zu bewältigen. Wir brauchen viel mehr Menschen, die sich engagieren und soziale Verantwortung übernehmen; wir brauchen eine Stärkung der Gemeinwesenarbeit, der Nachbarschaftshilfen und anderer Netzwerke.

(Abg. Rückert CDU: Das müssen die Grünen aber mal lernen!)

Das ist eine zentrale, zukunftsweisende Reformaufgabe des Staates. Ihre Einsparvorschläge spiegeln das aber in keiner Weise wider. Sie sind nicht zukunftsgerichtet, weil Sie bei genau diesen Einrichtungen – wie Nachbarschaftshilfen oder der Bahnhofsmision – kürzen.

Wir alle wissen, dass der Pflegebedarf aufgrund des demo-graphischen Wandels zunehmen wird und deshalb gerade die Nachbarschaftshilfen vor Ort eine ganz zentrale Bedeu-tung haben. Die Nachbarschaftshilfe geschieht im Vorfeld der Pflege. Sie ist ein organisierter Dienst, bestehend aus freiwilligen Mitarbeiterinnen und geringfügig Beschäftig-ten. Natürlich bekommen die Dienststellenleiterinnen und -leiter für ihre Tätigkeit Geld, aber wir wissen, dass haupt-amtliche Kräfte notwendig sind, um die ehrenamtlichen zu begleiten und zu motivieren.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Durch die von Ihnen als solche bezeichneten, vermeintlich „kleinen“ Kürzungen im Sozialhaushalt richtet man einen riesengroßen Schaden an. Auch wenn die Einsparbeträge jetzt um die Hälfte zurückgenommen worden sind, stehen die Einsparungen in keinem Verhältnis zu dem Schaden, den sie anrichten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber das ist doch besser als nichts! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD – Abg. Wieser CDU: Die Dederer versteht doch gar nichts davon! Die klatscht doch nur!)

Die Kollegin Haußmann hat vorhin schon darauf hingewie-sen, dass Sie die Zuschüsse für Vereinigungen, die auf dem Gebiet der Gefährdetenhilfe tätig sind, komplett streichen: von 409 000 € auf null. Beispielsweise die Bahnhofsmissi-on ist mit 100 000 € betroffen. Auch wenn die Finanzierung nur um 6 % gekürzt wird,

(Abg. Wieser CDU: Das sind bei euch die ganzen Stimmen!)

bedeutet das letztendlich Schließungen und eine Reduzie-rung der Öffnungszeiten. Es bedeutet auch, dass bei den 31 Hauptamtlichen, die mit über 100 Ehrenamtlichen arbeiten und im letzten Jahr 260 000 Hilfesuchende betreut haben, Strukturen reduziert und zerstört werden.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Drexler SPD – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sauerei!)

Gerade in Zeiten, in denen das bürgerschaftliche Engage-ment einen immer höheren Stellenwert erhält, halten wir ei-ne Streichung dieser Förderung für das absolut falsche Si-gnal. Bürgerschaftliches Engagement – das wurde vorhin

(Brigitte Lösch)

schon gesagt – wird von Ihnen gern in Sonntagsreden oder in Plenarreden zitiert.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Dafür habe ich ein schönes Beispiel. Der Herr Sozialminister hat am Montag bei einem Neujahrsempfang der CDU in Schönaich erst das Ehrenamt als eine „Stütze der Gesellschaft“ gelobt und dann selbstkritisch darauf hingewiesen, dass es ja die Politik sei, die dafür die Rahmenbedingungen schaffen müsse. Zum Schluss hat er den Verantwortlichen einen guten Rat mit auf den Weg gegeben, nämlich den Ehrenamtlichen ein „Dankeschön“ zu sagen – das kostet nämlich nichts und hat auch eine ganz erstaunliche Wirkung. Danke schön, Herr Repnik, für diesen guten Rat! Aber von einem Dankeschön allein kann das Ehrenamt nicht leben, und so motiviert man bestimmt auch keine Ehrenamtlichen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wieser CDU: Der Schluss war in Ordnung!)

Den größten Einschnitt muss jedoch der Bereich der Suchthilfe verkraften.

(Abg. Drexler SPD: Genau! Das ist bei der CDU unverständlich! – Heiterkeit bei der SPD)

Hier werden die Mittel um eine halbe Million Euro gekürzt. Das ist wirklich eine unverantwortliche Kürzung. Das entspricht dem Wegfall von Geldern für ca. 30 bis 40 Fachkräfte. Bei 400 Fachkräftestellen, die wir landesweit haben, sind das fast 10 % weniger Stellen, und dies in einer Situation, wo der Bedarf an Prävention und an Suchtberatung zunimmt, und zwar nicht bloß im illegalen Bereich, sondern vor allem im legalen Bereich. Ich darf Sie nur an die Diskussion über die Zunahme des Konsums von so genannten Alcopops bei Kindern und bei Jugendlichen erinnern. Natürlich ist der illegale Bereich spektakulärer, und es ist für die Medien interessanter, darüber zu berichten, wenn sich einer einen Schuss setzt, als wenn einer betrunken am Steuer sitzt. Trotzdem ist es nicht so, dass wir mehr Fachkräfte im illegalen Bereich als im legalen Bereich hätten. Auch hier haben wir wieder ein Beispiel der Konzeptionslosigkeit der Landesregierung. Ich darf Sie daran erinnern, dass wir im letzten Doppelhaushalt zehn neue Stellen genehmigt und dann sozusagen als Geschenk an verschiedene CDU-Wahlkreisabgeordnete vergeben haben.

(Widerspruch bei der CDU)

Heute stellt man ganz erstaunt fest, dass es ja ein Ungleichgewicht in der Versorgungsstruktur gibt. Die Planung für die Versorgung von Suchtkranken in Baden-Württemberg liegt schon immer in der Verantwortung des Sozialministeriums. Deshalb fordern wir das Sozialministerium auf, endlich ein abgestimmtes Konzept zur Versorgung Suchtkranker in Baden-Württemberg zu erstellen und von den Kürzungen Abstand zu nehmen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Kürzungen führen zu einer Mehrbelastung von Kommunen und Trägern, die von diesen nicht mehr verkraftet werden kann. Obwohl die Personalkosten deutlich gestie-

gen sind, hat das Land seinen Förderbetrag pro Fachkraft in den letzten zehn Jahren nicht erhöht.

Auch im Sozialhaushalt gelten unsere finanzpolitischen Grundaussagen: Herstellung von Klarheit und Wahrheit und keine Kürzungen auf dem Rücken der Kommunen.

Deshalb lehnen wir auch die Kürzungen im Bereich der Krankenhausinvestitionen in Höhe von 15,5 Millionen € ab. Das sind nämlich ausschließlich Mittel aus dem KIF, aus dem Kommunalen Investitionsfonds.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Lasotta CDU:
Mit Zustimmung der Kommunen abgestimmt!)

– Nein. Jeder bekommt anscheinend andere Briefe.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Kinderbetreuung zu sprechen kommen. Das Land ist mit 7 Millionen €, wie man immer ganz stolz verkündet – ich sage, mit mageren 7 Millionen € –, in die Betreuung der Kinder unter drei Jahren eingestiegen. Den Hauptteil müssen auch da die Kommunen schultern,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist auch deren gesetzliche Aufgabe!)

denn diese 7 Millionen € sind ca. 10 % der Finanzierung. Die demographische Entwicklung – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe bitten.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Über die demographische Entwicklung redet jeder. Jede Stadt und jedes Land hat sich als besonders kinder- und familienfreundlich auserkoren. Aber wenn man das nicht nur als Etikett vor sich hertragen, sondern auch umsetzen will, dann muss man dafür sorgen, dass die Geburtenzahlen steigen,

(Zuruf des Abg. Clemens Winckler CDU)

dass man kinder- und familienfreundlich ist. Dazu muss eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen werden. Dazu ist ein weiterer Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige notwendig. Der Kollege Noll hat es gesagt: Das auf Pump zu machen ist keine nachhaltige Finanzpolitik. Das ist auch nicht das, was wir machen. Schauen Sie sich einfach einmal folgende Situation an: eine Alleinerziehende, gut ausgebildet, aber aufgrund mangelnder Kinderbetreuungsangebote arbeitslos, Landeserziehungsgeldbezieherin. Da muss man sich doch wirklich überlegen, ob es nicht sinnvoller wäre, Mittel aus dem Landeserziehungsgeld umzuwidmen für die Betreuung von unter Dreijährigen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

In der Kleinkindbetreuung sind wir mit 4 % – man hat ja keine konkreten Zahlen, aber ich schätze, ca. 4 % werden es sein – nicht ganz hinten, aber wir sind nicht Spitze, und das reicht nicht aus. Deshalb müssen wir einfach mehr Geld in die Kleinkindbetreuung stecken. Unser Vorschlag wäre,

(Brigitte Lösch)

Gelder aus dem Landeserziehungsgeld zu nehmen und diese Gelder in die Kleinkinderbetreuung zu stecken, um mittelfristig die Betreuungsquote von 10 % auf 20 % zu erhöhen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Landeserziehungsgeld ist eine Möglichkeit der Kleinkinderbetreuung, institutionelle Betreuung eine andere. Es gibt kaum noch Länder außer Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen, die Landeserziehungsgeld auszahlen. Alle anderen Bundesländer stecken das Geld in die institutionelle Förderung. Auch im 11. Kinder- und Jugendhilfebericht wird gesagt, dass künftig die Bereitstellung von Betreuungsstrukturen Vorrang vor monetären Leistungen haben muss.

Kinder seien mehr Freude als Last, hat Ministerpräsident Teufel beim Kindertag in der Villa Reitzenstein so schön gesagt, und niemand dürfe wegen Kindern an den Rand gedrängt werden. Das heißt dann aber, dass Sie endlich die Realitäten in der Familienpolitik zur Kenntnis nehmen müssen und sich von Ihren ideologischen Vorstellungen verabschieden müssen. Familienpolitik soll sich nämlich an Realitäten orientieren und nicht an Ideologien. Nehmen Sie Mittel aus dem Landeserziehungsgeld in die Hand, und stecken Sie sie in eine vernünftige Kleinkindbetreuung in altersgemischten Gruppen, in die Tagespflege und in Kinderkrippen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Jawohl! So machen wir es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie für eine zukunftsorientierte Familien- und Sozialpolitik stehen, wenn Sie Kürzungen zulasten der Kommunen, des Ehrenamts und der sozial Schwachen nicht mittragen, dann bitte ich Sie, nachher unsere Anträge zu unterstützen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Minister Dr. Repnik.

Sozialminister Dr. Repnik: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben während der heutigen Debatte schon einiges über die Sparzwänge gehört, die uns die Haushaltslage des Landes aufzwingt. Frau Lösch hat ja auch gesagt, es sei natürlich klar, dass auch der Sozialhaushalt von diesen Sparzwängen betroffen sei. Sie hat jedoch nichts anderes getan, als jede Einsparung schlechtzureden. Alle Einsparungen sollen zurückgenommen werden. Sie hat jedoch keinen einzigen Vorschlag dazu gemacht, wie das Geld eingespart werden könnte. Das ist keine seriöse Politik.

Und dennoch, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir sollten nicht jammern, sondern unseren Blick nach vorne richten. Sosehr mich die Einschnitte im Sozialetat treffen, so kann ich doch mit dem Ergebnis der Haushaltsberatungen leben und zufrieden sein. Ich möchte mich bei allen Abgeordneten – auch der Oppositionsparteien – bedanken. Sie haben sich mit viel Sachverstand und Herzblut im Finanz- und im Sozialausschuss für den Sozialbereich eingesetzt. Mein Dank gilt auch den Kollegen in der Landesregierung, die sehr wohl die Schwierigkeiten und die Probleme

gesehen haben, in denen die Sozialpolitik steckt, und die mir geholfen haben, die Einsparungen doch einigermaßen in Grenzen zu halten.

Der Etat des Ministeriums soll im Jahr 2004 rund 1,2 Milliarden € betragen. Gegenüber dem Jahr 2003 ist der Ansatz des Sozialhaushalts um rund 300 Millionen € gesunken.

(Zurufe)

– Gemach, gemacht! Das meiste sind Übertragungen im Kindergartenbereich an die Kommunen. Dennoch sind die realen Kürzungen im Sozialetat schmerzhaft. Trotzdem, meine ich, haben die Politiker in unserem Land ein Herz für die Sozialpolitik.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Nicht alle, Herr Minister! Nicht alle! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Herr Drexler, bei den Verhandlungen über das Einsparkonzept von 800 Millionen € hat die Haushaltsstrukturkommission berücksichtigt, dass es im Sozialhaushalt keine großen Einsparmöglichkeiten gibt. Deswegen haben wir statt der 76,5 Millionen €, um die wir hätten kürzen müssen, nur knapp 11 Millionen € eingespart. Dies haben wir, so meine ich, nicht planlos gemacht, sondern schon sehr gezielt. Wir sind nicht nach der Rasenmähermethode vorgegangen, sondern haben Prioritäten gesetzt. Entscheidend für uns war doch: Wenn wir einsparen müssen, dann dürfen keine Strukturen zerstört werden. Dann müssen wir schauen, wo es Möglichkeiten der Komplementärfinanzierung gibt. Die Frage ist: Was sind rein kommunale Aufgaben, und was sind keine rein kommunalen Aufgaben? Und vor allem: Wenn wir einsparen müssen, welchen Betrag machen diese Einsparungen dann im Gesamthaushalt aus?

Deswegen liegen die meisten Beträge, für die wir Einsparvorschläge gemacht haben, im komplementären Bereich zwischen 2 % und 4 % – Ausnahme Bahnhofsmision; da sind es 6,7 %. Aber alles liegt weit unter 10 %. Niemand kann, wenn man bei irgendeiner Hilfe 3 % wegnimmt, sagen, dass die gesamten Strukturen kaputtgingen, solange auch noch andere Finanziere da sind. Das heißt, wir sind in der Tat, meine ich, schon sehr planvoll und maßvoll vorgegangen, ohne Strukturen zu zerstören, im Gegenteil.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben auch Verbesserungen eingeführt, wo aktueller Handlungsbedarf besteht. Das ist schon angesprochen worden. Die Arbeitsgerichtsbarkeit steht unter einem hohen Arbeitsdruck. Die Klageeingänge in der ersten Instanz nehmen zu. Das hat natürlich etwas mit dem Wirtschaftsmarkt zu tun. Ich hoffe, dass in Berlin die richtigen Weichen gestellt werden, damit wir weniger Arbeitslose bekommen und weniger Kündigungen sowie weniger Insolvenzen haben.

(Zurufe der Abg. Ursula Haußmann SPD und Wieser CDU)

Tatsache ist, dass die Verfahren länger dauern. Deswegen hat die Regierung gehandelt. Wir haben in diesem Haushalt 15 zusätzliche Stellen für Richter und darüber hinaus 15 zusätzliche Stellen für das Geschäftsstellenpersonal. Im Rahmen der Justizreform wird die Arbeitsgerichtsbarkeit zum

(Minister Dr. Repnik)

1. April 2004 an das Justizministerium übertragen. Ich halte das für richtig, weil damit Synergieeffekte erarbeitet werden können.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ehrt den Minister!)

– Ich war schon immer dafür. – Ich werde der Frau Justizministerin Werwigk-Hertneck am 1. April eine wohl bestellte Arbeitsgerichtsbarkeit übergeben dürfen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Kein Aprilscherz!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt nicht nur zusätzliche Stellen bei der Arbeitsgerichtsbarkeit. Es gibt auch mehr Mittel da, wo es notwendig ist, zum Beispiel für Auslagen in Rechtssachen der Arbeitsgerichte, für die Beweiserhebung in Versorgungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten, für Schulen an Heimen – das ist ein zweistelliger Millionenbetrag – sowie im Maßregelvollzug. Zusätzliche Mittel sind eingestellt worden für die Förderung des freiwilligen sozialen Jahres. Dazu möchte ich noch ein Wort sagen.

Beim freiwilligen sozialen Jahr gab es nie Kürzungen. Aber wir hatten – auch durch meine Initiativen – so viel Erfolg, dass innerhalb von anderthalb Jahren und im letzten halben Jahr viele junge Menschen zusätzlich gekommen sind. Es waren über 4 000. Das konnte nicht mehr berücksichtigt werden. Wir haben nicht gekürzt. Aber durch das Mehr an jungen Leuten ist natürlich der Kopfbetrag gesunken. Wir haben aber nicht gekürzt.

Außerdem gab es kein Machtwort des Ministerpräsidenten.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ha!)

Vielmehr gab es eine Initiative, über die ich mich sehr freut habe,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Von den Grünen!)

von der CDU-Fraktion und der FDP/DVP-Fraktion. Diese haben das eingesetzt.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr richtig!)

Es gab auch eine Initiative von den Roten und von den Grünen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Eben!)

– Natürlich! Ich sage das doch. – Das hat dazu geführt, dass wir jetzt überplanmäßig 600 000 € bekommen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Das sind Montags- und Dienstagsentscheidungen!)

Das ist eine große Initiative. Dazu bedarf es bei uns keines Machtworts, sondern das ist in der Tat einfach auch eine vernünftige Entscheidung des Parlaments. Ich bedanke mich beim Parlament, dass Sie heute mithelfen werden, dass wir diesen Haushaltsansatz zum freiwilligen sozialen Jahr aufstocken können. Aber eine Kürzung hat hier nie in Rede gestanden.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das kommt darauf an! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wir haben sogar etwas zusätzlich getan und nicht gekürzt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen Schwerpunkte im Bereich der Politik für ältere Menschen setzen. Da spreche ich die Pflegeheimförderung an. Pflege- und Altenhilfe stellen uns, auch aufgrund der demographischen Entwicklung, in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen. Ich gehe davon aus, dass die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in unserem Land bis in zehn Jahren von derzeit 210 000 um knapp ein Drittel zunehmen wird. Deswegen werden wir zukünftig mehr stationäre Pflegeangebote brauchen und müssen diese ausbauen. Dazu gehört eine möglichst wohnortnahe Versorgungsstruktur.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Das geht nicht ohne eine zusätzliche Förderung des Landes, Herr Noll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es geht nicht ohne eine Förderung des Landes, wenn man wohnortnahe Versorgung will. Da kann Ihnen die Evangelische Heimstiftung noch so viele Briefe schreiben. Sie ist übrigens die einzige Institution, die auf genau diesem Dampfer fährt. Alle anderen sagen, wir hätten Recht, wenn wir auch weiterhin Objektförderung betreiben. Deswegen meine ich: Wir müssen auch weiterhin daran arbeiten. Wir bräuchten da eigentlich noch mehr Geld.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: So ist es! – Abg. Behringer CDU: Wer braucht kein Geld?)

Wir haben die Fördermittel vor zwei Jahren auf jetzt 60 Millionen € aufgestockt. Diesen Betrag könnten wir halten. Aber nachdem ein relativ großer Antragstau entstanden ist, werden wir die Fördermodalitäten verändern, um eben gerade keinen Antragstau auflaufen zu lassen. Wenn wir die Fördertatbestände einschränken, wenn wir den Eigenanteil der Träger auf 10 % festlegen und die Förderquote auf 45 % absenken, können wir das Fördervolumen, das jetzt insgesamt 150 Millionen € beträgt, mit 60 Millionen € Landesmitteln auf dann ca. 240 Millionen € aufstocken.

Ich komme zum nächsten Punkt, den Pflegeberufen. Wenn wir schon mehr Pflegebedürftige bekommen, brauchen wir in diesem Bereich auch mehr Personal. Wir brauchen die helfenden Hände – ehrenamtliche Kräfte, aber natürlich auch Profis.

Deswegen haben wir ja vor drei Jahren eine mehrjährige Werbe- und Imagekampagne für Pflegeberufe ins Leben gerufen. Sie wissen, wir haben vor zwei Jahren in diesem Haus darüber diskutiert, dass die Zahl junger Menschen, die einen Pflegeberuf ergreifen, einen Tiefpunkt erreicht hatte. Wir verzeichnen jetzt im dritten Jahr in Folge einen Höchststand an den Schulen für Pflegeberufe – im dritten Jahr in Folge!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Gott sei Dank!)

(Minister Dr. Repnik)

Das hat mit Sicherheit auch etwas mit der aktuellen Ausbildungsplatzsituation zu tun. Aber das ist auch ein Ergebnis von mehr als 80 000 Besuchen des Internetportals, von einer Vielzahl von Beratungen über die kostenlose Telefonhotline der Kampagne. Ich hoffe, dass sich dies so fortsetzt, dass wir auch künftig genügend Ausbildungsplätze für die Pflege haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Häusern, die ihrer Ausbildungsverantwortung gerecht werden und die erforderliche Zahl an Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellen.

Meine Damen, meine Herren, das Land hatte im Jahresdurchschnitt 2003 mit knapp 337 000 Arbeitslosen und einer Arbeitslosenquote von 6,2 % erneut die niedrigste Arbeitslosigkeit aller Bundesländer. Das ist gut so, aber das kann uns natürlich nicht befriedigen.

Wir hoffen für das Jahr 2004 auf eine leichte Entspannung am Arbeitsmarkt. Dennoch macht es uns Sorge, dass gerade die Langzeitarbeitslosigkeit zunimmt und dass vor allem unter den Langzeitarbeitslosen sehr viele eben nicht ausgebildet sind. Deswegen müssen wir hoffen, dass junge Menschen ausgebildet werden. Deswegen haben wir von allen Arbeitsmarktprogrammen eines belassen, nämlich das berufspraktische Jahr für junge Leute – unter dem Motto „Nonstop vom Praktikum zum Beruf“ –, weil es mit relativ wenigen Mitteln und vielen Teilnehmern eine Vermittlungsquote von 80 % aufweist.

Es wird immer gesagt, das Land Baden-Württemberg habe in den letzten zwei Jahren das Volumen des Langzeitarbeitslosenprogramms von 17 Millionen € auf inzwischen 600 000 oder 800 000 € gekürzt. Warum? Weil man sparen muss.

Verantwortlich für den Arbeitsmarkt sind der Bund und die Bundesagentur für Arbeit. Im Jahr 2003 stehen allein in Baden-Württemberg 630 Millionen € an normalen Eingliederungsmitteln zur Verfügung, weitere 530 Millionen € für Rehabilitation, Förderung der Selbstständigkeit und Ausbildung sowie 58,9 Millionen € für das Jugendsofortprogramm.

Das sind insgesamt über 1,2 Milliarden €. Da können Sie doch nicht sagen, dass die 17 Millionen €, die wir zur Verfügung gestellt haben, „das Ding noch fett machen“. Hinzu kommt, dass wir über die ESF-Mittel – das sind jährlich 30 Millionen bis 35 Millionen € – genau diese Programme fördern können. Warum sollen wir dann, wenn schon so viel Geld gegeben wird und wenn wir gemerkt haben, dass viele dieser Programme in der Tat nicht effizient waren, dafür noch diese Mittel einsetzen, zumal das Geld knapp ist?

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir werden uns bemühen, dass die EU-Mittel weiterhin gefinanziert werden können. Dies wird im sozialen Bereich leichter sein als im Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums, weil dort eben keine Komplementärfinanzierer zur Verfügung stehen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Dennoch, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu dem Punkt „bürgerschaftliches Engagement“. Dazu ist heute viel Falsches gesagt worden. So wurde behauptet, man würde das Ehrenamt zerstören. Wir sind ein Ehrenamtsland. In Baden-Württemberg arbeiten über 4 Millionen im Ehrenamt. Die zuständige SPD-Bundesministerin hat letztes Jahr gesagt, in Baden-Württemberg werde am meisten für das Ehrenamt getan. Wir führen das auch so weiter. Aber wir fördern Ehrenamtliche nicht, damit sie eben auch bezahlt werden, sondern wir fördern die Anerkennungs- und Würdigungskultur. Wir bilden sie aus. Wir führen Mentorenprogramme durch. Wir bringen junge Leute dazu – übrigens auch über die Landesstiftung –, sich in diesem Bereich zu qualifizieren und fortzubilden. Denn „einmal ehrenamtlich“ heißt in vielen Bereichen in der Tat „immer ehrenamtlich“.

(Beifall bei der CDU)

Viele sagen mir auch: „Einmal Zivi, immer Zivi.“ Auch darüber sollten wir einmal nachdenken, Herr Kollege Noll. Das tun wir aber nicht hier und heute und nicht mit Schaum vor dem Mund. Wir sollten aber Vor- und Nachteile auch eines so genannten Pflichtjahres einmal ganz in Ruhe besprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu einer guten Politik gehören gute Lebensbedingungen für Familien. Sie fördern die Entwicklung von Kindern, erleichtern das Zusammenleben von Eltern und sparen der Gemeinschaft Kosten. So einfach ist das.

(Beifall bei der CDU)

In der Jugendhilfe und in vielen anderen Bereichen wird immer deutlicher, dass die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern die wichtigsten Investitionsvorhaben einer Gesellschaft sind. Wer heute nicht in diese Bereiche investiert, wird morgen die Defizite ernten. Steigende Kosten zur Reparatur von Defiziten können wir uns aber alle schon längst nicht mehr leisten. Deswegen haben wir in Baden-Württemberg das Projekt „Zukunftswerkstatt Familien“, und das ist von zentraler Bedeutung.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Familien-TÜV!)

Wir wollen nämlich unter Einbeziehung aller Beteiligten im Land so gut wie möglich die Situation von Familien verbessern. Wir haben uns verpflichtet, zukünftig alle neuen Vorhaben, Gesetze und Verordnungen auf ihre Familienfreundlichkeit zu überprüfen. Alles, was im Land Baden-Württemberg an Gesetzen gemacht wird, wird auf Familienfreundlichkeit überprüft.

(Beifall bei der CDU – Abg. Marianne Wonnay SPD: Gilt das auch für die Verwaltungsreform?)

Wir haben schon mehrere Werkstücke in Arbeit und auf den Weg gebracht. Ich erinnere an das Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“. Ich nehme an, Frau Wonnay wird dazu etwas sagen. Es wird ihr immer zu wenig sein.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: So ist es!)

Ich erinnere an das Mehrlingsgeburtenprogramm. Ich erinnere an die Initiativen zur familienorientierten Personalpoli-

(Minister Dr. Repnik)

tik und zur Elternbildung, und ich erinnere auch an das Landeserziehungsgeld. Landeserziehungsgeld ist ein Stück Zukunft, weil Kinderlosigkeit Zukunftslosigkeit ist. Ich glaube nicht, Frau Lösch, dass wir eine Ideologie haben, wenn wir das Landeserziehungsgeld direkt an die Eltern geben, sondern eher, dass Sie da eine Ideologie haben, indem Sie das Motto „Der Staat wird alles besser richten“ vertreten. Baden-Württemberg ist das einzige Land in der Bundesrepublik, in dem mehr Kinder geboren werden, als Menschen sterben.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Wir wollen auch, dass die Kinder nicht nur geboren werden, sondern auch gut aufwachsen können.

(Abg. Schneider CDU unterhält sich laut mit Abg. Dr. Reinhard CDU. – Abg. Wieser CDU: Der Abgeordnete Landrat ist unruhig da hinten! – Abg. Fischer SPD: Nicht nur heute!)

Deswegen bauen wir ein bedarfsgerechtes Angebot für die Kinderbetreuung aus, und zwar mit dem Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“, um dem neuen Kindergartengesetz, dessen Umsetzung im Augenblick noch ein wenig Schwierigkeiten bereitet, wie alle Umsetzungen manchmal Schwierigkeiten machen, Rechnung zu tragen. Aber an 40 oder 60 Eingaben können Sie nicht die Behauptung festmachen, dass in 1 111 Gemeinden alles falsch laufe. Deswegen werden nach dem Inkrafttreten des neuen Kindergartengesetzes die Akteure, die die Rahmenbedingungen unterschrieben haben, spätestens Ende März zu einem Gespräch – dazu habe ich schon eingeladen – zusammenkommen,

(Beifall bei der CDU)

bei dem man gemeinsam mit den Kommunen, den Landesverbänden und den freien Trägern sowie den Kirchen bespricht, was schief läuft und warum es schief läuft. Wir setzen das Vertrauen voraus. Deshalb müssen wir da und dort vielleicht auch noch nacharbeiten.

(Abg. Wieser CDU: Nachsteuern!)

Aber wir haben die gemeindliche Bedarfsplanung, und jetzt ist es vielleicht auch wichtig, festzustellen: Mit der Förderung der Kleinkindbetreuung ist es schon jetzt gelungen, landesweit das Betreuungsangebot für Kleinkinder in Kindergärten und Kinderkrippen um 20 % auf mehr als 11 000 Plätze auszuweiten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut!)

Das heißt, es haben – Frau Lösch, damit Sie dies wissen –

(Abg. Wieser CDU: Sie liest doch schon wieder Zeitung!)

inzwischen ca. 6 % der Kleinkinder einen Platz.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Für 311 000 Kinder, Herr Repnik!)

– Von 311 000 Kindern sind 11 000 Plätze ca. 6 %. Aus, basta, stimmt!

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Es geht doch immer weiter! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Mathematiker!)

– Die unter Dreijährigen. Die Rechnung stimmt nicht ganz, die Tagesmütter kommen noch hinzu.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wir rechnen das nach! – Weitere Zurufe und Unruhe)

Das wären die 3,5 %, aber der Rest ist bei Tagesmüttern, die dabei nicht mitgerechnet waren. Natürlich.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Werden die Großmütter, die Kinder betreuen, auch eingerechnet? – Große Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort hat der Herr Minister, meine Damen und Herren!

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wir schicken den Sozialminister noch einmal in den Mathematikunterricht!)

Sozialminister Dr. Repnik: Die 11 000 Plätze sind die Plätze in Kinderkrippen und in altersgemischten Kindergartengruppen für Kinder unter drei Jahren. Die Tagesmütter, die wir dazurechnen müssen, sind mindestens noch einmal so viel.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Bisher waren es 7 000!)

– Es sind inzwischen mehr, Frau Wonnay. Sicher! Wir liegen bei insgesamt 6 %.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wenn Sie noch weiterrechnen, werden es mehr!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich, weil es da auch um Gesetze geht, die umgesetzt werden müssen, noch einen kurzen Blick auf die Bundespolitik werfen. Die Krankenversicherungen hatten Ende 2003 ein Defizit in Höhe von ca. 3 Milliarden €. Deswegen musste man dort handeln. Die Beitragssätze sind auf durchschnittlich 14,3 % gestiegen. Sie müssen wieder sinken. Es sind die höchsten Beitragssätze in der Geschichte. Oberstes Ziel der erst wenige Wochen alten Gesundheitsreform ist es daher, bei hohem Versorgungsniveau mittelfristig die Beitragssätze zu senken. – Herr Drexler, ich bin da nie abgetaucht. Ich stand immer zu dieser Gesundheitsreform. Ich hoffe nicht, dass sie jetzt plötzlich wieder sehr verwässert wird und zu viele

(Abg. Döpper CDU: Ausnahmen!)

Besonderheiten und Ausnahmeregelungen zugelassen werden; sonst wird es auf jeden Fall nicht gehen.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Wir sollten jetzt auf keinen Fall den Kompromiss zerreden, bevor die Reformmaßnahmen überhaupt greifen.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

(Minister Dr. Repnik)

– Danke schön. – Dabei werde ich in der Tat auch die Bundesgesundheitsministerin unterstützen.

(Abg. Wieser CDU zu Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie klatschen noch nicht einmal Beifall zu Ihren eigenen Reformen! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Die handelnden Akteure haben zum Teil jetzt schon Klarstellungen gemacht. Alle am Gesundheitswesen Beteiligten sollten die Chancen der Reform nun endlich nutzen und sie umsetzen und nicht blockieren. Wir haben in Baden-Württemberg ein gutes Forum, das Gesundheitsforum Baden-Württemberg, in dem genau die Vernetzung dieser Gedanken umgesetzt werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die hinter uns liegenden Haushaltsberatungen waren von Einsparnotwendigkeiten geprägt. Die Haushaltsberatungen werden auch weiterhin davon geprägt sein müssen. Im Sozialhaushalt des Landes konnten die Kürzungen begrenzt werden. Dafür danke ich Ihnen allen, vor allem den Partnern von den Wohlfahrtsverbänden, den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, den Ligaverbänden, mit denen wir die Kürzungen intensivst durchgesprochen haben. Natürlich ist niemand über Einsparungen erfreut. Wir haben es aber in Partnerschaft gemacht. Ich meine, mit dem, was wir Ihnen hier vorlegen, können wir auch künftig eine intakte Sozialstruktur in Baden-Württemberg sichern. Sie alle haben dazu beigetragen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Klenk.

(Abg. Wieser CDU: Jetzt kommt die Familienpolitik!)

Abg. Klenk CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich im Zusammenhang mit der Beratung des Einzelplans 09 das Thema Familienpolitik herausgreifen.

Zuvor gestatten Sie mir aber bitte eine Bemerkung: Ich höre in diesem Hause immer wieder von Ehrenamt im Zusammenhang mit Geld.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Als jemand, der seit über 30 Jahren in mehreren Institutionen ehrenamtlich tätig ist und dafür noch nie eine Mark oder einen Euro eingestrichen hat,

(Zuruf von der CDU: Bravo!)

muss ich Ihnen sagen: Da stimmt irgendetwas nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich habe den Eindruck, dass Ehrenamt und bürgerliches Engagement manchmal mit anderen Dingen in einen Topf ge-

worfen werden. Dass dahinter auch hauptamtliche Strukturen stehen müssen, wissen wir.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Aha! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Wer macht denn da was? Die Frau Oberbürgermeisterin?)

Aber dann müssen wir das offen ansprechen und dürfen nicht immer nur Bezug auf das Ehrenamt nehmen.

Meine Damen und Herren, um es gleich vorweg zu sagen: Gute Familienpolitik – es ist wichtig, das auch einmal zu sagen – hat nicht nur mit Geld zu tun.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wieser und Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Da klatschen nur die Männer! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Sonst wäre ich nämlich gar nicht auf der Welt! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir brauchen eine faire Politik, . . .

(Zurufe und Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Klenk!

Abg. Klenk CDU: . . . die Familien stärkt und die wieder Lust auf Kinder macht.

(Abg. Wieser CDU: Sehr richtig!)

Denn eine generelle Kinder- und Familienunfreundlichkeit der Gesellschaft ist nicht von der Hand zu weisen.

(Zurufe der Abg. Ursula Haußmann SPD und Hofer FDP/DVP)

Eine vorherrschende materiell-wirtschaftliche Orientierung lässt immer weniger Raum für Kinder. Um dem entgegenzutreten, bedarf es eigentlich einer Offensive.

(Zuruf von der SPD: Was für eine?)

Nicht nur die Politik, auch zentrale gesellschaftliche Gruppen wie Kirchen, Verbände, Gewerkschaften, Unternehmer, Medien und Wissenschaft sind aufgefordert, sich für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft einzusetzen. Weil wir gerade den Einzelplan 09 behandeln, sage ich: Familienpolitik ist auch nicht nur eine Aufgabe der Sozialpolitik. Nein, Familienpolitik ist über die reine Steuer- und Sozialpolitik hinaus Gesellschaftspolitik mit Querbezügen zu allen Politikbereichen.

(Beifall bei der CDU)

Dabei spielt aber die Neuordnung unserer sozialen Sicherungssysteme auch eine entscheidende Rolle. Die Systeme sind zwischenzeitlich mit Leistungen belastet, welche früher die Familien erbracht haben. Deshalb wehre ich mich dagegen, Familienpolitik nur noch unter dem Stichwort „Betreuung“ zu sehen. Familie ist nicht nur dort, wo Kinder und Jugendliche sind, sondern auch dort, wo Mütter, Väter und Senioren sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Klenk)

Ich sage nicht, dass Betreuung kein Thema ist. So unterstützen wir – dieses Beispiel wurde auch schon erwähnt – Tagesmütter und Kinderkrippen erneut mit rund 7 Millionen €. Kollegin Lösch hat zwar gesagt, dies sei ein Klacks, aber ich denke, in der heutigen Zeit – wir sind ja bei den Haushaltsberatungen – ist das ein ganz erklecklicher Betrag, und das ist nicht der einzige Beitrag zur Familienpolitik.

Es gibt aber noch mehr zu tun: Fragen der verbesserten Alterssicherung für Mütter und Väter. Das Modell „Vater, Mutter, Kind gleich Familie“ ist meist nur eine Variante. Unverheiratete Paare, Patchworkfamilien und Pflegefamilien erfordern differenziertere Maßnahmen. Der Trend zur Ein-Elter-Familie ist leider weiter ungebrochen. Alleinerziehende haben spezifische Probleme zu bewältigen. Und immer noch gibt es Schlupflöcher in der Gesetzgebung, die der unterhaltspflichtige Elternteil nutzen kann, um sich der Verantwortung zu entziehen.

Familien brauchen auch einen familiengerechten Wohnraum. Auf dem Wohnungsmarkt bleiben viele junge und kinderreiche Familien leider oft die Verlierer.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das ist aber schwierig, wenn Sie sich die Haushaltslage anschauen, Herr Kollege Klenk!)

– Ja, ja. Deshalb sage ich das. Das geht über mehrere Bereiche hinweg und ist nicht nur auf einen Bereich konzentriert.

Wenn die SPD die Ergebnisse der PISA-Studie – von den neuesten IGLU-Ergebnissen wollen Sie ja noch nichts wissen – in einer Pressemitteilung mit dem Vorwurf „Schlusslicht bei der Kinderbetreuung“ in Verbindung bringt, dann zeigt das leider, dass Sie damit eigentlich doch nur Ihre Ideologie verfolgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Familienpolitik darf nicht zur Funktion von Bildungspolitik werden, sondern die Bildungspolitik hat Familienpolitik zu stützen und zu fördern.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Wir finden es deshalb zu kurz gedacht, wenn Sie Ihre Forderungen in der Familienpolitik fast ausschließlich auf Betreuungskonzepte und Ganztagschulen projizieren. Für meine Begriffe sollte die Ganztagschule übrigens den Interessen der Kinder und nicht denen der Erwachsenen dienen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut!)

Vor allem müssen Betreuung und Erziehung – das ist auch wichtig – in erster Linie immer noch in der Familie bleiben.

(Zurufe von der CDU: Sehr richtig!)

Nur dort, meine Damen und Herren, wo Betreuung außerhalb notwendig ist, sollte sie eine sinnvolle Ergänzung sein.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Jetzt sagen Sie doch mal, was Sie wollen!)

Gerade dort müssen wir die Möglichkeiten vor Ort ausloten. In diesem Bereich müssen wir also von unten nach

oben strukturieren und dürfen nicht von oben herab delegieren.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Jetzt aber ganz ehrlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Abg. Fischer SPD: Jetzt erst? Waren Sie bis jetzt nicht ehrlich? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ab jetzt ehrlicher! – Zuruf von der SPD: Jetzt sind wir aber gespannt! – Weitere Zurufe von der SPD – Zurufe von der CDU)

Jetzt aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, einmal ganz ehrlich: So arg viel Neues ist Ihnen zum vorliegenden Einzelplan 09 eigentlich nicht eingefallen. Erwarten Sie bitte nicht von uns, dass wir auf Ihre Bundesprogramme so mir nichts, dir nichts einfach aufspringen.

Trotz leerer Kassen haben wir von der CDU-Fraktion immer noch Schwerpunkte setzen können

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

und uns speziell im Familienbereich noch eine Freiwilligkeitsleistung wie das Landeserziehungsgeld mit einem Volumen von immerhin 85 Millionen € leisten können.

Überlassen Sie es also bitte getrost uns, zu entscheiden, wann die Zeit gekommen ist,

(Heiterkeit des Abg. Döpper CDU)

hier notwendige Umschichtungen und andere Prioritätensetzungen vorzunehmen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Seimetz: Sehr gut! Ausgezeichnet!)

Eine pauschale Umstrukturierung, liebe Kollegin Lösch, zugunsten der Kleinkinderbetreuung flächendeckend über das ganze Land halten wir keinesfalls für sinnvoll. Wir bejahen einen bedarfsgerechten Ausbau. Denn Baden-Württemberg ist nun einmal ein Flächenland, in dem der Bedarf in der Kinderbetreuung regional sehr unterschiedlich sein kann.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Genau!)

Gerade deshalb haben wir auch die Grundlage dafür geschaffen, örtlich maßgeschneiderte Betreuungsangebote zu entwickeln.

(Abg. Seimetz CDU: So ist es!)

Vor Ort, an der Basis muss im Dialog mit den Betroffenen der Bedarf beurteilt und dann entschieden werden. Eigenverantwortung zu übernehmen und zu stärken und davon abzukommen, alles zu reglementieren, sollte unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Auf das Beispiel „Novellierung des Kindergartengesetzes“ möchte ich nicht mehr eingehen; darüber haben die Kollegen schon genügend gesagt.

(Klenk)

Ich als Sozialpolitiker der CDU-Fraktion sage Ihnen aber noch eines: Ich empfinde es als völlig unangemessen, wenn Sie heute behaupten, wir hätten insbesondere im Sozialbereich in unverantwortlicher Weise nach dem Rasenmäherprinzip gekürzt.

(Unruhe bei der SPD)

Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Wir haben – und das nicht nur einmal – den Einzelplan von vorn bis hinten durchgearbeitet.

(Lachen bei der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD:
Das ist nicht wahr!)

Statt, wie Sie behaupten, mit dem Rasenmäher haben wir mit dem Kopf gearbeitet

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU – Abg. Wieser
CDU: Sehr gut!)

und sehr wohl abgewogen,

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

welche Programme wie gekürzt werden können und welche, auch – –

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Was haben Sie denn
im Kopf? Haben Sie den Kopf mit Heu gefüllt? –
Gegenrufe von der CDU)

– Nein, nein. Passen Sie auf! Ich möchte jetzt nicht meinen Blick in eine bestimmte Richtung schwenken.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Nach dem Rasenmäher kam das Hirn! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

(Abg. Wieser CDU: Keine Redezeitbegrenzung!)

Abg. Klenk CDU: Wir haben genau geprüft, wo gekürzt werden kann und welche Programme, auch wenn es wehtut, ersatzlos gestrichen werden müssen, um den verbleibenden Programmen wenigstens die Existenz zu sichern.

Wenn ich hier Kollegen Wieser anschau: Uns hat es sehr geschmerzt, manche Programme zu streichen, weil alle Programme im Sozialbereich letztendlich auf eine Initiative der CDU-Fraktion zurückgehen. Wir können es uns nicht so einfach machen wie Sie in Berlin und sagen: Das stammt alles noch von der Vorgängerregierung.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, die Botschaft ist klar: Lassen Sie uns mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auch weiterhin eine vernünftige Sozialpolitik und eine an den Bedürfnissen orientierte Familienpolitik machen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut! Bravo! – Abg. Seimetz CDU: Das war eine der besten Reden! Frenetischer Beifall! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Man müsste in die Geschäfts-

ordnung aufnehmen, dass die Zeit des Beifalls dem Nachfolgenden von der Redezeit abgezogen wird!
– Abg. Carla Bregenzer SPD: Das war knapp an der Büttensrede vorbei!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Wonnay.

(Unruhe)

Abg. Marianne Wonnay SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Kollege Klenk hat wohl jetzt gerade die Umsetzung des vom Herrn Ministerpräsidenten heute Morgen proklamierten Wortes „von der Hand ins Hirn“ versucht.

(Zuruf des Abg. Döpper CDU)

Ich muss Ihnen allerdings sagen: Es hat, wenn man es in die Realität übersetzt, schon eher den Anschein des Bildes von den Sonntagsreden und den dazu nicht passenden Alltags-taten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Der
Klenk wird auch noch Ministerpräsident!)

Es ist völlig unbestritten, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dass wir in diesem Land in der Familienpolitik eine der herausragenden Zukunftsaufgaben haben. Herr Minister Repnik, es besteht überhaupt kein Anlass, sich darauf auszuruhen, dass bei uns die Zahl der Geburten die Zahl der Sterbefälle übersteigt. Denn das ändert nichts daran, dass auch bei uns jede Elterngeneration nur noch zu zwei Dritteln durch ihre Kinder ersetzt wird. Das heißt, wir haben ein massives Problem damit, dass wir zu wenig Kinder haben. Deshalb ist der Grundsatz, junge Menschen dazu zu ermutigen, ihre Lebensvorstellung, als Familie mit Kindern zu leben, wieder zu realisieren. Das ist die Messlatte.

Sie haben ja – wie heißt es? – Ihre Familienwerkstatt oder Kinderwerkstatt, Zukunftswerkstatt. Wie passt dazu, dass Sie bei einem der entscheidenden Gesetze in diesem Bereich, nämlich bei dem neuen Kindergartengesetz, defensiv auf zurückgehende Kinderzahlen setzen? Das kann nicht die richtige Antwort sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir verfolgen für den Haushalt 2004 zwei familienpolitische Ziele. Das eine Ziel ist, neue Belastungen und Einschnitte für die Familien hier im Land zu vermeiden. Deshalb sind wir für die Rücknahme der Einschnitte beim Landesfamilienpass und dafür, das, was Sie so schleichend angelegt haben, nämlich den Auszehrungsprozess beim Programm „Mutter und Kind“, zu stoppen. Diese beiden Einschnitte müssen zurückgenommen werden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist schon witzig!)

Sie haben auch bei den Beratungen im Finanzausschuss bewiesen, dass das Sonntagslob für die Familien nicht mit den Taten im Alltag zusammenpasst: Sie waren im Finanzausschuss nicht bereit, diese familienpolitischen Sündenfälle zurückzunehmen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU)

(Marianne Wonnay)

Unser zweites Anliegen bei diesen Haushaltsberatungen ist, dafür zu sorgen, dass die zwei großen, herausragenden Ziele für die Landesfamilienpolitik, die aber auch bildungspolitisch, wirtschaftspolitisch und bevölkerungspolitisch wichtig sind, angepackt werden. Das heißt: Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots und Stärkung des Bildungsauftrags unserer Kindergärten. Das war für uns die Leit-schnur.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zur Klarheit einfach einmal ein paar Zahlen nennen. Damit wir nicht immer über Zahlen reden müssen, die die einen behaupten, verständigen wir uns auf die Zahlen, die von einer neutralen und sicher auch von Ihnen akzeptierten Stelle genannt werden. Die Familienwissenschaftliche Forschungsstelle des Statistischen Landesamts hat uns im Dezember 2003 die neuesten Zahlen für die Kinderbetreuung genannt. Im Dezember 2003 liest man:

(Zuruf von der SPD: Jetzt zuhören!)

In Baden-Württemberg leben fast 311 000 Kinder unter drei Jahren. Für ihre Betreuung standen in Tageseinrichtungen 7 321 Plätze zur Verfügung.

Das heißt, 100 Kinder haben gerade einmal 2,3 Plätze.

(Abg. Schmiedel SPD: Unglaublich!)

Das heißt, in Baden-Württemberg landen wir dort, wo andere Bundesländer schon vor fünf Jahren waren. Nordrhein-Westfalen hatte schon 1998 für 2,5 % der Kinder Betreuungsplätze, Hessen für 2,6 % der Kinder.

Ich denke, für die Weiterentwicklungen in diesem Land ist es notwendig, einfach eine nüchterne und realistische Grundlage zu nehmen und sich nicht immer von Schönfärberei gekennzeichneten Zahlen zu bedienen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie alle kennen ja die Präsidentin des Statistischen Landesamts.

(Abg. Wieser CDU: Jawohl, die kennen wir! Die finden wir gut!)

Sie wird Ihnen diese Mitteilung sicher zur Verfügung stellen.

Genau das Gleiche gilt für Betreuungsplätze für Schulkinder. Da haben wir für 2,3 % der Kinder ein Angebot. Ganztagsplätze im Kindergarten gibt es für 7,4 % der Kinder, wobei das ganz stark auseinander geht, je nachdem, ob Sie eine Stadt oder eine ländliche Region anschauen. Auf dem Land haben Sie für knapp 2 % der Kinder ein Angebot.

(Zuruf des Abg. Klenk CDU – Oh-Rufe von der SPD)

Ich sage nicht, dass Kinderbetreuung alles ist. Aber es tut gut, wenn man sich ideologiefrei – das sind wir, lieber Herr Kollege Klenk – in anderen Ländern umschaute. Was machen die Länder, die höhere Kinderzahlen haben, denn anders? Mit unserer Geburtenrate liegen wir unter den Ländern dieser Erde auf dem elftletzten Platz.

(Abg. Schmiedel SPD: Ein Skandal!)

Man kann feststellen, dass eine gut ausgebaute, qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsinfrastruktur einer der zentralen Schlüssel dafür ist, dass sich Familien wieder für mehr Kinder entscheiden. Lassen Sie uns also diesen Weg gehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben heute Morgen gehört: „von der Hand ins Hirn“.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Über die Qualität eines Bildes kann man streiten. Aber der Ansatz, zu sagen: „Wir müssen in Humankapital, nämlich in Bildung, investieren“, müsste eigentlich Allgemeingut sein. Das war ein Lernprozess, den wir in den letzten Jahren alle durchlaufen haben, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir müssen beim Fundament anfangen und in die Elementarbildung investieren. Der Herr Ministerpräsident hat vor dem Kompromiss über das neue Kindergartengesetz seinen kommunalen Partnern zugesichert, das Land werde sich an der Sprachförderung beteiligen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Und die haben das auch noch geglaubt!)

Wo ist denn Ihr Programm? Ihre interministerielle Arbeitsgruppe tagt und tagt. Offensichtlich gibt es seit Oktober ein Papier zu einer ganzheitlichen Sprachförderung von Anfang an – das will auch die SPD –, das zum Beispiel als einen Baustein vorsieht, die Fortbildung der Erzieherinnen in diesem Bereich voranzutreiben. Allerdings warten wir in den Haushaltsberatungen noch immer vergeblich darauf, nachdem das Land in hehren Proklamationen verkündet hat, es werde sich an diesen wichtigen Bildungsaufgaben beteiligen.

Bei der Novellierung des Kindergartengesetzes haben Sie zum Bildungsauftrag ausdrücklich hinzugefügt, dass die ganzheitliche Sprachförderung eine besondere Bedeutung hat. Allein, die Taten und die Konsequenzen lassen auf sich warten. Sie – zumindest diejenigen Kolleginnen und Kollegen von Ihnen, die bei der sehr informativen Anhörung des Schulausschusses aufmerksam zugehört haben – müssten am allerbesten wissen, dass wir dabei nun endlich vorankommen müssen und sich das Land daran beteiligen muss. Der Ansatz, besser das „Ansätzchen“, das Sie jetzt im Rahmen Ihrer Landesstiftung gefunden haben, ein Jahr vor Schuleintritt mit der Sprachförderung beginnen zu wollen, ist möglicherweise ein ergänzender Baustein, aber ganz sicher nicht die Lösung des Problems, zumal dieses Angebot der Landestiftung – wie Ihnen allen wohl bekannt ist – zwar nicht gerade ein Flop ist,

(Abg. Seimetz CDU: Na, na, na! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

aber nur einen Bruchteil der Kinder erreicht, für die es gedacht ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Wieser CDU: Jetzt loben Sie doch mal was!)

– Sie loben sich doch selber genug. Sie ertrinken ja fast im Eigenlob, Herr Wieser. Da muss ich Sie nicht auch noch loben.

(Marianne Wonnay)

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Dr. Lasotta CDU: Aber er wird so gern gelobt!)

– Ich weiß es. Vielleicht können Sie ihm nachher einmal über den Kopf streicheln, Herr Dr. Lasotta, dann reicht das.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Oh! – Abg. Seimetz CDU: Warum macht das nicht die Frau Wonnay? – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Ich bin doch nicht der Wonneray! Ich möchte schon jemand anders!)

Die SPD-Fraktion will Ihnen heute Gelegenheit geben, etwas für den Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur zu tun. Wir wollen ein Sonderprogramm im Umfang von 8 Millionen € auflegen, um damit 1 000 zusätzliche Plätze für Kleinkinder und 1 500 Plätze im Ganztagsbereich zu schaffen. 2 Millionen € wollen wir einsetzen, um die Fortbildung der Erzieherinnen im Bereich der Sprachförderung voranzutreiben. Das sind ganz wesentliche Punkte.

Sie haben jetzt die Chance, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, zumindest einmal am heutigen Tag Ihren schönen Worten zugunsten der Familie auch Taten folgen zu lassen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Abg. Birzele SPD: Und wenn du das so machst, Kollege Wieser, dann wirst du auch gelobt! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Wenn der Frieder Birzele mich mal lobt, dann bin ich glücklich!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch zwei kurze Anmerkungen, die eine zum Unterhaltsvorschussgesetz.

Vorab, Herr Minister Repnik: Abschaffen ist für uns überhaupt kein Thema. Aber so, wie der Bund dies vorsieht, werden ja bei uns jetzt auch die Kommunen finanziell beteiligt. Das Ziel ist klar: Ähnlich wie beim Platzverweis wollen wir das Unrechtsbewusstsein schärfen.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Es darf nicht sein, dass die Verweigerung von Unterhaltszahlungen als Kavaliersdelikt gilt. Dazu ist eine höhere Rückgriffsquote nötig. Wenn die Kommunen das erreichen wollen, entstehen ihnen allerdings wesentlich höhere Aufwendungen, vor allem im Personalbereich.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe im Raum bitten. Der Stenografische Dienst kann nichts mehr verstehen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Deshalb meinen wir, dass wir die Kommunen stärker an den hereingeholten Geldern beteiligen müssen, damit sich der Einsatz wenigstens einigermaßen rechnet. Wenn es sich dann herumspricht, dass Gelder mit hoher Wahrscheinlichkeit zurückgefordert werden, wird auch die Zahl der Anträge schnell abnehmen,

das heißt, in der Summe wird später weniger Geld dafür im Haushalt einzusetzen sein.

Wir müssen allerdings – ich habe das im Finanzausschuss schon erwähnt – noch eine Lösung finden, die Missbrauch ausschließt, damit nicht großzügig Gelder als Vorschüsse vergeben werden, von denen man sich sehr sicher ist, dass sie wieder hereinkommen. Wir wollen ja keine Lizenz zum Gelddrucken ausgeben. Diese Lösung müssen wir noch finden.

Ich möchte das Sozialministerium heute schon bitten, Herr Minister Repnik, auch im Hause zu überlegen, welche Möglichkeiten es denn gibt, die betreffenden Sachbearbeiter in den Landkreisen und in den Städten entsprechend zu schulen. Es muss ja nicht jeder das Rad neu erfinden. Ein Erfahrungsaustausch von bisher schon Erfolgreichen und weniger Erfolgreichen wäre sinnvoll. Das Thema Datenschutz sollte endlich vollends geklärt werden, damit man weiß, was man darf und was man nicht darf.

Das zweite Kapitel, das ich im Haushalt ansprechen möchte, ist das Kapitel 0921; das betrifft die Frauenförderung. Erfreulicherweise sind da genau die gleichen Haushaltsansätze drin wie im Vorjahr. Allerdings liegt die Krux im Haushaltsvollzug. Wenn man sich die Istzahlen des letzten Jahres anschaut, dann stellt man nämlich fest, dass insbesondere bei Titel 893 01 – Zuweisungen zur Förderung von Frauenhilfeeinrichtungen freier Träger – tatsächlich zwar 511 Millionen € bewilligt waren, aber nur 114 Millionen € ausgezahlt wurden – nicht etwa, weil keine Anträge vorgelegen hätten, sondern weil das Finanzministerium schon sehr früh, im April, eine Sperre veranlasst hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Da frage ich mich: Weshalb beschließen wir hier im Landtag einen Haushaltsplan, wenn das Finanzministerium damit nachher nach eigenem Gutdünken umgeht? Das darf so nicht mehr sein.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Deshalb möchte ich das hier mahnend noch anmerken.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Lösch, Sie erhalten das Wort für einen Satz. Sie haben exakt 48 Sekunden dafür Zeit.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das schaffe ich. – Ein Satz zum Kollegen Klenk zur Familienpolitik: Familie ist kein Auslaufmodell. Gott sei Dank entscheiden sich auch heute noch viele junge Menschen für die Familie.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut!)

Aber die haben vielleicht ein anderes Familienbild

(Abg. Dr. Caroli SPD: Der zweite Satz!)

als die CDU.

(Brigitte Lösch)

(Abg. Seimetz CDU: Kennen Sie unser Familienbild?)

Junge Männer und junge Frauen

(Abg. Dr. Caroli SPD: Dritter Satz!)

wollen nämlich beides.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Junge Frauen und junge Männer möchten beide arbeiten und möchten beide Zeit in die Familie investieren. Wir möchten mit der derzeitigen Ausschlusspolitik Schluss machen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das hat doch Herr Klenk überhaupt nicht gesagt!)

Wir möchten Männer nicht länger von der Familienarbeit ausschließen. Dazu ist natürlich eine gute Kinderbetreuung notwendig.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das hat doch niemand bestritten!)

Also ist die Familie kein Auslaufmodell.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut!)

Männer sind in der Familienarbeit willkommen. Deshalb brauchen wir eine gute Kinderbetreuung.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Sie haben ein ausgesprochen gutes Zeitgefühl, Frau Abg. Lösch.

Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen nun zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 09 – Sozialministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2809. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0901

Ministerium

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0902

Allgemeine Bewilligungen

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch diesem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0903

Arbeitsförderung und Berufsbildung

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Kapitel ist bei mehreren Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0904

Gesetzliche Unfallversicherung im Landesbereich

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Kapitel ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0905

Hilfen für Behinderte

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0906

Arbeitsgerichtsbarkeit

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Kann ich über die Kapitel 0911 bis 0915 zusammen abstimmen lassen? –

(Zuruf: Ja!)

Das ist der Fall.

Ich rufe auf

Kapitel 0911

Landesversorgungsamt

Kapitel 0912

Versorgungsämter

Kapitel 0915

Versorgungskuranstalten

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Kapiteln ist bei einigen Enthaltungen zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0917

Wohlfahrtspflege

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2849-1, und den Änderungsantrag der Frak-

(Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte)

tion GRÜNE, Drucksache 13/2849-7. Die beiden Änderungsanträge sind identisch. Kann ich sie miteinander aufrufen? –

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Ja!)

Das ist der Fall.

Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die beiden Anträge sind mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Kapitel 0917 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0918

Jugendhilfe

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0919

Familienhilfe

und dazu die beiden Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 13/2849-2 und 13/2849-3.

Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge abstimmen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Bitte getrennte Abstimmung!)

Es wird Einzelabstimmung gewünscht. Dann lasse ich zunächst über den Antrag Drucksache 13/2849-2 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag Drucksache 13/2849-3 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Kapitel 0919 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe nun auf

Kapitel 0920

Altenhilfe

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2849-4, und den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2849-8. Beide sind inhaltlich identisch. Wir können also gemeinsam über sie abstimmen.

Wer diesen beiden Änderungsanträgen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die beiden Anträge sind mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Kapitel 0920 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe nun auf

Kapitel 0921

Frauenförderung

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0922

Gesundheitspflege

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2849-5, den damit identischen Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2849-9, sowie den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2849-10, und den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2849-6.

Ich lasse zunächst über die beiden identischen Änderungsanträge Drucksachen 13/2849-5 und 13/2849-9 abstimmen. Wer diesen Anträgen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die beiden Anträge sind mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2849-10, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2849-6, zur Abstimmung auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0922 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe nun auf

Kapitel 0923

Landesgesundheitsamt und Gesundheitsämter

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist bei mehreren Enthaltungen zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe auf

Kapitel 0930

Zentren für Psychiatrie

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Der von Herrn Abg. Dr. Noll angesprochene Entschließungsantrag ist Gegenstand der Beschlussempfehlung zum Haushaltsstrukturgesetz 2004 und wird insofern hier nicht aufgerufen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber angekündigt!)

Damit, meine Damen und Herren, ist die Zweite Beratung des Einzelplans 09 abgeschlossen.

Ich rufe nun **Buchstabe d** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 11: Rechnungshof

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2811

Berichterstatlerin: Abg. Ursula Lazarus

Frau Abg. Lazarus, wünschen Sie als Berichterstatlerin das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 11 – Rechnungshof – eine Gesamtredzeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Wobei die Redezeit nicht in Anspruch genommen werden muss!)

Frau Abg. Lazarus, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Präsident Frank und sehr geehrte Damen und Herren! Mit 35 Seiten ist der Einzelplan 11 – Rechnungshof – nicht nur vom Umfang her der Einzelplan mit den wenigsten Seiten, sondern mit 18,7 Millionen € Gesamtausgaben auch der kleinste Einzeletat des Gesamthaushalts. Dass diese kleinste Einheit den im Verhältnis dazu riesigen Apparat der Landesverwaltung prüfen und kontrollieren soll, spricht für eine hohe Effizienz der Arbeit des Rechnungshofs. Diese steht damit im umgekehrten Verhältnis zur eigenen Etatgröße. Die Arbeit des Rechnungshofs kann nur deshalb so effizient sein, weil er sich selbst Instrumentarien und Methoden erarbeitet hat, mit denen nicht flächendeckend, aber gezielt und exemplarisch die kritischen Punkte gesucht und dann analysiert werden.

Einen Teil dieser Arbeit – das möchte ich heute einmal ausdrücklich nennen – leistet auch die beim Rechnungshof eingebundene Institution der Staatlichen Rechnungsprüfungsämter. Ich stelle das heute einmal extra heraus. Sie sind, um es mit einem Bild zu sagen, so wie die Hände an einem Körper, die einen großen Teil der praktischen Arbeit durchführen, deren Einsatz aber von einem Kopf in Karlsruhe geplant und geleitet wird.

Der Landesrechnungshof ist also eine moderne Kontrollinstanz, die vor kurzem – genauso wie das Land Baden-Württemberg – ihren 50. Geburtstag gefeiert hat.

Ein Blick ganz weit zurück: Die Wurzeln des Rechnungshofs reichen allerdings viel weiter, nämlich fast 200 Jahre, bis 1819, zurück. Warum? In Karlsruhe war die Wiege des Parlamentarismus in Deutschland. Die badischen Landstände – so hießen sie damals –, die den ersten Schritt in Sachen Demokratie gemacht haben, haben mit der Gründung ihrer Kammer auch das Entstehen einer unabhängigen Rechnungsprüfungsbehörde verbunden. Man stelle sich diese Idee vor fast 200 Jahren einmal vor, eine Idee, die damals, selbst aus heutiger Sicht betrachtet, sensationell war.

Ich gehe davon aus, dass dieses historische Moment auch der Grund dafür ist, dass der Landesrechnungshof seinen Sitz immer in Karlsruhe hatte. Ich denke, dass der Sitz in Karlsruhe auch heute noch gut ist. Denn er garantiert für eine gewisse Regierungsferne.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Sehr geehrte Damen und Herren, eines der modernen Instrumente des Rechnungshofs ist die Beratungstätigkeit. Sie greift eben nicht nur, wenn das Kind bereits im Brunnen liegt, sondern gibt oft schon weit im Vorfeld Warnzeichen.

Ich darf an eine solche beratende Äußerung, die heute topaktuell ist, erinnern. Sie stammt aus dem Jahr 1996 und blickt mahnend auf die expandierenden Pensionslasten. Die damalige Analyse hat den Punkt getroffen. Einige Vorschläge, die vor immerhin acht Jahren noch gar nicht realisierbar erschienen, werden gegenwärtig diskutiert oder sogar umgesetzt.

Auf Baden-Württemberg bezogen, wurde damals einmal der Anstieg der Versorgungslasten auf 35 Jahre im Voraus berechnet. Es wurde festgestellt – das ist auch für uns heute immer noch erschreckend –, dass die Versorgungslasten bis zum Jahr 2020 auf fast 10 % des gesamten Haushaltsvolumens wachsen werden.

In der beratenden Äußerung damals wurden Vorschläge gemacht, wie man dem begegnen könnte. Zum Beispiel ist die Rede von einer verminderten Anrechnung von Dienstzeiten als ruhegehaltstfähige Dienstzeiten. Es ist die Rede von einer Änderung der Ruhegehaltsskala; gemeint ist der Versorgungshöchstbetrag von 75 %. Es ist die Rede von einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit, und es ist nicht zuletzt die Rede von einer Zuordnung der Pensionszahlungen zu den Einzelhaushalten.

Ich denke, auch acht Jahre nach dieser beratenden Äußerung sehen wir diese Vorschläge als topaktuell an. Wir sind gerade dabei, einiges davon umzusetzen. Deswegen sind im vorliegenden Entwurf des Einzelplans 11 zum ersten Mal 5,8 Millionen € für die eigenen Versorgungslasten des Rechnungshofs etatisiert. Dem Rechnungshof ist also mit der beratenden Äußerung von 1996 – ich habe sie nur exemplarisch für andere herausgegriffen – fast prophetische Weitsicht zu bescheinigen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Zuruf des Abg. Moser SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, wäre nicht schon 1819 im fortschrittlichen Baden eine Prüfbehörde und wäre nicht

(Ursula Lazarus)

1952 unser Landesrechnungshof gegründet worden, müsste man ihn spätestens jetzt erfinden.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wollen nämlich Bürgerinnen und Bürger wissen, ob mit ihrem Steuergeld sorgfältig umgegangen wird. Nicht umsonst werden die Äußerungen des Rechnungshofs und seine Denkschriften von den Medien mit Spannung erwartet und werden die Ergebnisse – je nachdem – von der Presse spektakulär vermarktet. Das ist für die Landesverwaltung nicht bequem, und das soll es auch gar nicht sein. Aber die Arbeit des Rechnungshofs gilt dem Ziel, den bestmöglichen Umgang mit öffentlichen Geldern und effektives Verwaltungshandeln zu befördern. Mit dem kleinsten Einzelhaushalt also wird diese Aufgabe aus Sicht der Berichterstatterin und der CDU-Fraktion optimal wahrgenommen. Ich denke, wir sollten diesen Etat nicht nur billigen, sondern ihn, ich sage einmal, zu unseren eigenen Gunsten auch von Kürzungen ausnehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP und der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Junginger.

Abg. Junginger SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident Frank! Die Wertschätzung, die Frau Kollegin Lazarus zum Ausdruck gebracht hat, würde noch stärker wahrgenommen, wenn wir erstens einmal Gelegenheit hätten, diesen Haushaltsteil in einer öffentlichen Sitzung mit Publikum zu erörtern. Denn das, was wir dabei einstimmig verabschieden, würde auf die Zuhörer – von der parlamentarischen Behandlung her – sicherlich einen guten Eindruck machen.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Das Zweite wäre: Die Wertschätzung, die wir uns gemeinsam wünschen, könnten wir noch dadurch steigern, dass wir auch dem Rechnungshof Rederecht im Parlament einräumen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Es ist ein langjähriges Anliegen, dass auch der Rechnungshofpräsident ebenso wie die Minister im Plenum zum eigenen Haushalt und zur inhaltlichen Arbeit Stellung nehmen können sollte, damit sich die Diskussion nicht nur auf unser Lob und unsere Auswahl der Tätigkeiten des Rechnungshofs beschränkt. Wir danken der Rechnungshofführung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Staatlichen Rechnungsprüfungsämtern für die geleistete Arbeit. Sie war ausgezeichnet.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Heike Dederer GRÜNE und Theurer FDP/DVP)

Wir sehen in unserem Landesrechnungshof – dass er in Karlsruhe sitzt, ist kein Nachteil; wir begrüßen das ausdrücklich – einen absolut kompetenten Politikbegleiter. Ich stelle als Gesprächspartner des Rechnungshofs fest, dass

mittlerweile auch Landesrechnungshöfe miteinander Prüfungen und Kontrollen vornehmen, so zum Beispiel in der Frage der Statistischen Landesämter. Wir untersuchen ja im Querschnitt der Republik einmal und fragen: Wo läuft etwas doppelt? Was lässt sich vereinfachen? Das ist eine moderne Aufgabenstellung, die wir ausdrücklich begrüßen, denn Verwaltungshandeln darf nicht an Ländergrenzen Halt machen, insbesondere wenn es darum geht, zu klären, welche Daten erhoben werden und wer schwerpunktmäßig – unter Umständen mit den neuen Medien – sehr leicht auch Aufgaben übernehmen kann.

(Beifall des Abg. Moser SPD)

Die Frau Berichterstatterin hat ja im Ausschuss auch darauf hingewiesen, dass einerseits, wenn wir die Versorgungsleistungen herausrechnen, der Etatsansatz des Rechnungshofs objektiv sogar gesunken ist und dass andererseits dieser Haushaltsplan auch die Vorgaben des Finanzministeriums bezüglich des Sachkostenlimits einhält. Auch das sollte, meine ich, ausdrücklich erwähnt werden, weil von der Aufgabenstellung her die Tätigkeit des Rechnungshofs nicht abnimmt, sondern eher zunimmt. Alles das, was in beratenden Tätigkeiten umgesetzt wird, lässt sich ja nicht so ohne weiteres in Personalstellen und in Abläufen einordnen. Auch die Konsultation in aktuellen Fragen – ich denke an die NSI-Verträge, an Sonderaufträge – und auch gelegentliche beratende Tätigkeiten sind wichtig und gehen über die klassische Kontroll- und Prüfungstätigkeit hinaus.

Ich lese immer mit besonderem Interesse auch die Schuldenbewertung, denn der Rechnungshof ist ja die neutrale Instanz, die sich auch einmal mit den Zahlen ohne Bewertung auseinander setzt und uns alljährlich immer wieder vor Augen führt, dass außerhalb des Landshaushalts erhebliche weitere Schulden angesetzt sind, die immer mit bedacht werden müssen, und deren Anstieg ist etwas, was eine bedenkliche Entwicklung widerspiegelt. Deswegen auch besonderer Dank, dass in deutlichen Worten und ohne Rücksicht auf politische Positionen die Grundlagen geliefert werden, um hier über Landesschulden und deren Entwicklung diskutieren zu können.

(Beifall bei der SPD)

Es ist selbstverständlich, dass wir in jedem Jahr alle drei Kapitel des Haushaltsplans des Rechnungshofs einstimmig verabschieden. Deswegen brauche ich meine Redezeit nicht in vollem Umfang in Anspruch zu nehmen. Aber der Wunsch besteht, dass wir einmal öffentlich und ausführlich darüber reden können, was eigentlich Rechnungshofaufgabe darstellt, und auch darüber reden können, wo die politische Vorgabe und die Vorgaben des Haushaltsrechts miteinander in eine vernünftige Übereinstimmung gebracht werden müssen. Denn das ist die wesentliche Aufgabe, uns die Voraussetzungen zu liefern, damit wir in unserer Verantwortung richtig entscheiden können. Wir stimmen diesem Einzelplan zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die große Übereinstimmung zwischen den Fraktionen zeigt die hohe Wertschätzung, die der Rechnungshof und die Arbeit des Rechnungshofs hier im Parlament genießen.

Meine Damen und Herren, der Rechnungshof ist für uns als Parlament ein unverzichtbares Instrument, um wichtige Einblicke in die einzelnen Haushaltspläne, vor allem auch in den Verwaltungsvollzug zu bekommen. Insofern kann man sagen: Der Rechnungshof ist ein Stachel im Fleisch der Bürokratie. Wir von der FDP/DVP-Fraktion halten es für positiv, dass es diesen Stachel gibt, weil selbstverständlich jede Organisation immer wieder kritisch überprüft werden muss, um zu vermeiden, dass Betriebsblindheit dazu führt, dass mit Mitteln verschwenderisch umgegangen wird.

Angesichts der großen Übereinstimmung und der fortgeschrittenen Zeit möchte ich mich auf wenige wichtige Punkte beschränken.

Wir als FDP/DVP-Fraktion sind der Auffassung, dass es in der heutigen Zeit hoch anzurechnen ist, dass der Rechnungshof von sich aus bei der Wiederbesetzung von Stellen einen Einsparbeitrag für den Landeshaushalt erbringt. Wir sind aber nicht der Auffassung, dass es sinnvoll ist, die Personalstellen des Rechnungshofs zusammenzustreichen und weiter abzubauen. Denn gerade in einer Zeit großer und wachsender Einsparerfordernisse ist der Rechnungshof für das Parlament, aber auch für die Landesverwaltung, die Ministerien und die nachgeordneten Behörden, eine ganz wichtige Einrichtung, um die gewünschten Einsparerfolge erzielen zu können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Personalbudgetierung. Von der Kollegin Lazarus ist angesprochen worden, dass der Rechnungshof in vielen Bereichen selbst Vorreiter bei der Umsetzung einer transparenteren Haushaltsführung ist, zum Beispiel bei der Berücksichtigung der Pensionslasten. Er war auch Vorreiter bei der Personalbudgetierung. Dieses Modell ist abgeschlossen. Es ist über mehrere Jahre erprobt worden. Möglicherweise war die dort gewählte Art der Budgetierung nicht die richtige oder nicht ausreichend. Ich meine aber, dass es wert ist, Herr Präsident Frank, die dort gewonnenen Erfahrungen sehr genau zu prüfen und zu diskutieren, nicht nur mit dem Finanzministerium, sondern auch mit dem Finanzausschuss. Denn ich bin sehr wohl der Meinung, dass wir die Budgetierung verstärkt vorantreiben sollten und dass auch die Personalbudgetierung umgesetzt werden muss – vielleicht nicht in der Form, wie sie beim Rechnungshof erprobt worden ist, aber wir können, glaube ich, daraus wichtige Erkenntnisse erzielen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Theurer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Boris Palmer?

Abg. Theurer FDP/DVP: Warum nicht?

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Palmer.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt kommt wieder was!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Kollege Theurer, wie stehen Sie zu dem Vorschlag der SPD, dem Rechnungshof, der hier schweigend beiseite sitzen muss, ein Rederecht im Parlament und damit auch die Möglichkeit einzuräumen, seine Vorschläge zu begründen?

Wie stehen Sie zum Beispiel zu dem Vorschlag des Rechnungshofs, Schattenhaushalte abzuschaffen und Sonderprogramme für den Landesstraßenbau, meinetwegen auch in Horb, im Haushalt ordentlich auszuweisen?

(Abg. Fischer SPD: Eine sehr gute Frage!)

Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Kollege Palmer, das war nicht eine Zwischenfrage, sondern das war ein ganzes Fragenbündel.

Erstens: Ich stehe zu dieser Frage aufrecht.

Zweitens: Ich empfinde die Diskussion mit dem Präsidenten des Rechnungshofs und den Rechnungshofdirektoren im Finanzausschuss immer als sehr bereichernd und zielführend. Insofern möchte ich auf diese Diskussion in dem dafür zuständigen Fachausschuss nicht verzichten.

Die andere Frage, ob dem Rechnungshof ein Rederecht hier im Parlament eingeräumt werden sollte, werde ich gerne noch einmal mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion besprechen

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Wo sind die denn?)

– die sitzen alle hier, und zwar in viel stärkerer Zahl als Ihre Fraktion, Frau Kollegin –, weil ich die Beschlusslage unserer Fraktion hierzu nicht kenne.

(Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Da ich aber Herrn Frank sehr schätze, könnte ich mir persönlich ein solches Rederecht sehr wohl vorstellen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Das andere, Herr Kollege Palmer, war ein ganzes Fragenbündel, das ich in der mir noch zur Verfügung stehenden Redezeit von 33 Sekunden nicht entsprechend beantworten kann. Ich bitte deshalb, Herr Palmer, dass wir diese Frage im zuständigen Fachausschuss erörtern.

Wir als FDP/DVP-Landtagsfraktion jedenfalls werden dem Haushalt des Rechnungshofs zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Einstein hat einmal gesagt: „Ein Abend, an dem sich alle einig sind, ist ein verlorener Abend.“ Ich sehe das etwas anders.

(Zurufe von der SPD)

(Heike Dederer)

Das heißt ja nicht, dass alle einer Meinung wären und diese Meinung nicht begründen könnten. Ganz im Gegenteil, ich gehe davon aus, dass jede Fraktion den Einzelplan 11 gründlich geprüft hat und dabei zu der Meinung gekommen ist, man könne ihm problemlos zustimmen. Dass zwischen uns heute Abend Einigkeit besteht, mag vielleicht Einstein stören, aber mich in diesem Falle nicht.

Die Beratungen im Finanzausschuss – sie waren sehr kurz – haben auch gezeigt, dass ein großes Vertrauen gegenüber dem Rechnungshof herrscht. Letztlich ist es einfach so, dass der Rechnungshof ein Verbündeter dieses Parlaments bei der Kontrolle und Überprüfung der Regierungstätigkeit und – Frau Kollegin Lazarus hat es schon gesagt – auch ein Verbündeter bei der Prüfung der Frage ist, ob Einnahmen und Ausgaben tatsächlich ordnungsgemäß behandelt wurden und ob wirtschaftlich gearbeitet wurde.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Sehr positiv finde ich es – das haben Kollegin Lazarus und Kollege Theurer schon gesagt –, dass der Rechnungshof nicht nur gute Ratschläge gibt, sondern selber auch mit positivem Beispiel vorangeht. Auch das kann man diesem Haushalt entnehmen. Es gibt beispielsweise den Pilotversuch Outsourcing bei IuK, und es gibt die selbst gesteuerte Bewirtschaftung der Personalausgaben, zwei Pilotversuche, die im Jahr 2004 bzw. im Jahr 2005 enden. Für uns wäre es sicherlich interessant, im Finanzausschuss einen Bericht über die Erfahrungen des Rechnungshofs zu erhalten.

Wir haben beschlossen, dass der Rechnungshof im Jahr 2004 zusätzlich noch eine Stelle abbaut. Auch da möchte ich der Kollegin Lazarus zustimmen: Für uns hat der Personalabbau beim Rechnungshof Grenzen. Wir sehen es nicht gern, wenn der Rechnungshof personell geschwächt wird, und zwar aus den Gründen, die ich vorhin schon genannt habe, aufgrund der Bedeutung, die er für unsere Arbeit im Parlament hat.

Wir sind froh, dass die Kontrollinstanz Rechnungshof in den letzten Jahren verstärkt zusätzliche Aufgaben übernommen hat. Der Rechnungshof übt ja immer mehr auch eine Beratungsfunktion aus und entwickelt sich damit auch immer mehr zu einer Dienstleistungsbehörde für die Landesverwaltung. Das ist auch gut so. Ich glaube, dass es sich unter dem Strich für das Land lohnt, für das Land rechnet, wenn nicht nur im Nachhinein geprüft und einfach festgestellt wird, wo möglicherweise Geld verschwendet wurde, sondern wenn konsequent auch Großprojekte begleitet werden. Ich denke da an die Neuen Steuerungsinstrumente, an das elektronische Grundbuch oder an die Verwaltungsreform. Es spart unter dem Strich Geld, wenn der Rechnungshof solche Projekte begleitet. Das sorgt auch für das nötige Kostenbewusstsein in der Verwaltung.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich denke, es ist auch wichtig, dass dieses Kostenbewusstsein nicht verloren geht. Deswegen ist der mahnende Zeigefinger des Rechnungshofs immer nötig, vor allem auch – Frau Lazarus, Sie haben das auch schon gesagt – in Anbetracht der Finanzlage des Landes. Wenn es den Rechnungs-

hof nicht schon gäbe, müsste man ihn spätestens bei diesen Haushaltsberatungen erfinden.

Wir halten es für wünschenswert, dass der Rechnungshof uns bei unseren Sparbemühungen unterstützt. Wir würden es begrüßen, wenn der Rechnungshof beispielsweise eine Projektgruppe gründen würde, die sich mit Einsparpotenzialen im Landeshaushalt befasst. Wir können das vom Parlament aus nicht bestimmen. Deswegen äußere ich das hier einfach als Bitte oder als Wunsch. Der Rechnungshof ist eine außerhalb der Ministerien stehende Instanz. Er könnte gute Vorschläge machen, und er steht nicht in Diskussionszusammenhängen wie die Ministerien. Es ist doch nicht so einfach, Einsparvorschläge aus den Ministerien heraus zu entwickeln. Vielleicht kommt dieser Wunsch bei Herrn Frank entsprechend an, oder vielleicht gibt es beim Rechnungshof schon Überlegungen, in einer solchen Richtung zu arbeiten.

Aber klar ist: Dafür braucht man natürlich auch Personal beim Rechnungshof. Denn für uns ist es wichtig, dass gleichzeitig auch die Kontrollfunktion, die der Rechnungshof ja originär auch nach der Landeshaushaltsordnung innehat, nicht zu kurz kommt.

Meine Damen und Herren, zum Schluss darf ich mich herzlich bei Ihnen, Herr Rechnungshofpräsident Frank, für die hervorragende Arbeit, die in Ihrem Hause geleistet wird und die für uns als Parlament eine große Hilfe ist, bedanken. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Ursula Lazarus CDU und Theurer FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, wenn in der Allgemeinen Aussprache das Wort nicht mehr gewünscht wird,

(Zuruf von der CDU: Wehe!)

kommen wir in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 11 – Rechnungshof. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2811. Hierzu liegen keine Änderungsanträge vor.

Ich rufe auf

Kapitel 1101

Rechnungshof

Wer dem Kapitel 1101 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Kapitel 1101 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1102

Allgemeine Bewilligungen

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1102 ist einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe auf

Kapitel 1103

Staatliche Rechnungsprüfungsämter

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1103 ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit ist die Zweite Beratung des Einzelplans 11 abgeschlossen.

Ich darf Sie noch darauf hinweisen, dass der Bus zum Parlamentarischen Abend des VDI unmittelbar im Anschluss an diese Sitzung vor dem Haus des Landtags abfährt.

(Abg. Hauk CDU: Du kannst etwas schneller reden, Christa! Es ist 19 Uhr!)

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 29. Januar 2004, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 19:02 Uhr